

REIHE GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Cornelia Domaschke, Daniela Schmohl,  
Günter Wehner (Hrsg.)

# Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien

In memoriam Fred Löwenberg

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Manuskripte 84

Rosa-Luxemburg-Stiftung

**Reihe Geschichte für die Zukunft**

CORNELIA DOMASCHKE, DANIELA SCHMOHL,  
GÜNTER WEHNER (HRSG.)

**Nationalsozialismus und  
antifaschistischer Widerstand in  
Schlesien**

  
**In memoriam Fred Löwenberg**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 84  
ISBN 978-3-320-02191-7

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2009

Satz: Marion Schütrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung  
Printed in Germany

# Inhalt

## **BIOGRAFISCHES zu Fred Löwenberg und seine Botschaft an die Jugend**

- „Geschichte für die Zukunft“ 7
- DANIELA FUCHS-FROTSCHER  
Gespräche mit Fred Löwenberg über sich und seine  
Heimatstadt Breslau 11
- MARTIN LÖWENBERG  
Aus der Dankesrede während der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille  
im Dezember 2004 durch die Internationale Liga der Menschenrechte 21
- CORNELIA DOMASCHKE  
Erinnerung an Geschichte – Verantwortung für die Zukunft. Erfahrungen  
der RLS aus der Zusammenarbeit mit Fred Löwenberg 24

## **UNERFORSCHTES zum Nationalsozialismus und zum antifaschistischen Widerstand in Schlesien 1933-1945**

- DANIELA SCHMOHL  
Schlesien als Desiderat der NS-Forschung 35
- GÜNTER WEHNER  
Quellen- und Forschungsstand zum gemeinsamen deutsch-  
polnischen antifaschistischen Widerstand in Schlesien 45
- RAMONA BRÄU:  
Shoah und „Arisierung“ in Schlesien – aktueller Forschungsstand 54
- ERNESTO KROCH: Es ist nicht umsonst gewesen.  
Persönliche Widerstandserfahrungen in Breslau 72

GÜNTER LEDER Schlesier des Kreises Strehlen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus	83
EKKEHARD SCHULZE Das Leben und Widerstehen Laubaner Bürger während der NS-Diktatur	105
KLAUS WOINAR KP in Oberschlesien 1933-1938	113
HEINRICH FINK Fred Löwenberg auf der Suche nach den Spuren von Katharina Staritz	123
DANIELA SCHMOHL Der Komplex RIESE – vom Spagat zwischen touristischer Erschließung und historischer Aufarbeitung	130
<b>JUGEND- und PRAXIS-PROJEKTE</b>	
SIBILLE BÜHRING Zwiegespräch mit unserem Freund und Mitbegründer des Schülernetzwerkes „MuT“ (für Menschlichkeit und Toleranz) Fred Löwenberg	144
BURKHARD ZIMMERMANN Meine Begegnung mit Fred Löwenberg	151
„Gegen das Vergessen, zusammen in die Zukunft“: Eind deutsch-polnische Begegnung mit Schwerpunkt Geschichte. Aufruf zu einen Jugendgeschichtsprojekt	153
AutorInnen und HerausgeberInnen	155

Die Gegenwart ist frustrierend; die Zukunft ist ungewiss!

Was soll Jugend dann ausgerechnet mit Geschichte anfangen können?

In das Heute sind die Jungen hineingeboren. Dieses Heute war aber noch Zukunft, als die Weichen für den Zustand der heutigen Gesellschaft gestellt wurden.

Soll die Welt von morgen eine andere, bessere sein, ist Rebellion ebenso angesagt wie Mitgestaltung.

Wie soll Mitgestaltung aussehen? Was soll künftig ganz anders sein?

Kenntnis über gewordene Realitäten wäre für den Anfang nicht schlecht! Und: Ohne Kenntnis von Ursprüngen und Prozessen ist auch keine wirkliche, bewusste Aneignung von Handlungskompetenzen zum Zwecke der nach Veränderung schreienden Realitäten zu erwarten.

Was ist passiert, dass die Elterngeneration der Kindergeneration eine Gesellschaft bietet, die die am Leben gebliebene Großeltern- und Urgroßelterngeneration niemals wieder zulassen wollte?

Fragen an das 20. Jahrhundert sind Fragen an das „Jahrhundert der Extreme“ (Eric Hobsbawm), an Menschen die Opfer oder Täter bzw. Täter und schließlich Opfer waren, die Leiden und Verbrechen in bis dahin unbekanntem Ausmaß gesehen, überlebt, erduldet, nicht verhindert oder mitverantwortet, aber auch widerstanden haben.

Erinnern heißt leben!

Fragen an das 20. Jahrhundert sind Fragen an lebendige Geschichte.

Neben all dem Gegenständlichem, Schriftlichem und Überliefertem, was uns in Bezug auf Geschichte sonst als Quelle dient, konnte Jugend bisher Zeitgeschichte immer auch durch ZeitzeugInnen und AkteurInnen der Zeitgeschichte direkt erfahren. Spätestens seit dem Ende der 70er Jahre des vorangegangenen Jahrhunderts galt „ZeitzeugInnenbefragung“ trotz aller wissenschaftlichen Vorbehalte sogar als eigenständige historiografische Teildisziplin. Die zeitlichen Möglichkeiten kommunikativen Erinnerns und generationsübergreifenden historischen Lernens über die Zeit des Nationalsozialismus 1933 -1945 sind dennoch begrenzt. Fast 65 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus übergeben die letzten Überlebenden ihr Vermächtnis in die Hände der Generation, die die Verantwortung für die Zukunft übernehmen wird:

Eine bessere Welt ist nötig; eine bessere Welt ist möglich !

Reflektionskompetenz zum gewordenen Sein ist ohne Sach- und Medienkompetenz zur Zeitgeschichte ebenso undenkbar wie die Erlangung von Handlungskompetenz für gesellschaftliche Mitgestaltung und Veränderung. Für diese Sach-

und Medienkompetenz öffnet und gestaltet die Rosa Luxemburg Stiftung mit ihren KooperationspartnerInnen Lernräume für ein selbst bestimmtes, aktives Lernen aus Geschichte. Bisher vernachlässigte Themen, gewagte Methoden und wissenschaftlich auch kontrovers diskutierte Bildungsformate sollen in die Reihe „Geschichte für die Zukunft“ ebenso Eingang finden wie unsere Projekterfahrungen zum biografisch-historischen Lernen.

Wegbereiter biografisch-historischen Lernens an und mit der Rosa Luxemburg Stiftung war Fred Löwenberg, dem dieser erste Manuskriptband „Geschichte für die Zukunft“ gewidmet ist.

Cornelia Domaschke und René Mounajed



**Ferdinand “Fred“ Löwenberg**

19. April 1924 – 30. Mai 2004



## **Gespräche mit Fred Löwenberg über sich und seine Heimatstadt Breslau**

Die Bekanntschaft mit Fred Löwenberg verdanke ich meinem Sohn Janek. Damals gehörte er einem Schülernetzwerk gegen Rechtsextremismus und Neonazis in Berlin Marzahn-Hellersdorf an, das 2001 gegründet wurde. Fred Löwenberg hatte von Anfang an dieses Projekt betreut. Die Jugendlichen mochten ihn, spürten, dass er sie und ihre heutigen Probleme ernst nahm. Nie hob er belehrend den Zeigefinger. Noch drei Wochen vor seinem Tod war er mit ihnen im ehemaligen Konzentrationslager Ravensbrück unterwegs. Selbst Häftling von Konzentrationslagern konnte er den Schülerinnen und Schülern viel aus eigenem Erleben berichten.

Fred stammte aus Breslau und lebte nach dem Kriegsende noch bis Oktober 1948 im nunmehr polnischen Wrocław. Über diese Zeit und seine Erlebnisse, die die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und die Machtübernahme durch Polen betreffen, wollte ich mit ihm sprechen.

Fred Löwenberg empfing mich am 7. Juli und 21. August 2003 in seinem Büro am Franz-Mehring-Platz in Berlin. Bis zu seinem Tode am 30. Mai 2004 war er dort als Vorsitzender der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener, so der offizielle Name, tätig. In seinem Büro war ein ständiges Kommen und Gehen, Telefone klingelten. Erst als ich alte Fotos aus Breslau zeigte und ihm von meinem Geschichtsstudium in Wrocław erzählte, wurde Fred ruhiger und konzentrierter. Leider blieb keine Zeit, alle Fragen ausführlich zu besprechen und zu prüfen.

Einmal gestand er mir, dass die Gespräche ihn emotional sehr berührt hätten, denn er denke oft an seine Heimat.

### **Eine Jugend in Breslau**

Geboren wurde Fred Löwenberg am 19. April 1924 in einer sozialdemokratischen Familie. Sein eigentlicher Geburtsname Ferdinand war eine Hommage seiner Eltern an einen der Urväter der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle. Zur Familie gehörte auch sein jüngerer Bruder Martin. Die Eltern hatten sich durch gemeinsame Gewerkschaftsarbeit kennen gelernt. Der jüdische Vater, Julius Löwenberg, Hauptbetriebsrat der Breslauer Reichspost, starb bereits 1933. Die Mutter schilderte mir Fred als eine liebevolle, starke und mutige Frau. Sie hatte sich bei einer Vorladung der Gestapo standhaft geweigert den Namen Löwenberg abzulegen. Das Breslauer Adressbuch von 1941 weist folgenden Eintrag aus: Löwenberg,

Katharina, Witwe, I. Stock, Hirschstraße 75.<sup>1</sup> Freds Familie würde man heute als multikulturelle Familie bezeichnen, da es auch familiäre Verbindungen zu Polen gab: Ein Halbbruder von Katharina Löwenberg, ein polnischer Unterleutnant, fiel gleich am ersten Kriegstag und Freds Großmutter war in zweiter Ehe mit einem polnischen Starosten, einem Landrat, verheiratet gewesen.

In der Hirschstraße, heute ulica Mikołaja Sepa-Szarzynskiego, wohnten damals vor allem Arbeiterfamilien. Ganz in der Nähe befindet sich die Michaeliskirche, zu der einstmals ein Kloster gehörte. Die Mönche hatten den Waschteich angelegt, den es auch heute noch gibt. Die Michaeliskirche war für die aus einer jüdischen Familie stammenden Ordensschwester und Philosophin Edith Stein ein Ort der Kontemplation. Die Karmeliterin wurde 1942 im Vernichtungslager Auschwitz ermordet und 1998 von Papst Johannes Paul II. heilig gesprochen.

Die Löwenbergs wohnten direkt an der Grenze zweier Stadtteile zwischen Scheitniger Park und Odertor. Katharina Löwenberg organisierte illegal in einem Schrebergarten zum 14. Geburtstag ihres Sohnes Fred eine Jugendweihefeier für ihn und zwei seiner Freunde. Offiziell wurde Fred später in der berühmten Breslauer Kreuzkirche, die sich auf der Dominsel befindet, konfirmiert. Besucher Wroclaws finden sie schnell, zumal vor ihr der Brunnen mit dem heiligen Nepomuk steht.

Fred hatte zunächst eine weltliche Schule besucht, die zum Freidenkerverband gehörte und in der Nazizeit aufgelöst wurde. Später ging er in die evangelische Kreuzschule. Freds konspirative Arbeit begann innerhalb der sozialdemokratischen Jugend bei den „Falken“ und in einer evangelischen Gruppe. Wie auch seine Eltern gehörte er später der Gewerkschaftsbewegung an. Das Gewerkschaftsgebäude befand sich hinter der Kaiserbrücke (most Grunwaldzki) in der Herbert-Welke-Straße, benannt nach einem SA-Sturmführer.

Die Löwenberg-Brüder nahmen die Regeln der Konspiration sehr ernst. Das hieß, vor allem zu schweigen, um den anderen nicht zu gefährden. Fred wusste nicht, was Martin tat und Martin nicht, was Fred vorhatte. Katharina Löwenberg hat ihre Söhne immer unterstützt und auch so gut es ging, geschützt.

Eine besonders „rote“ Ecke, erinnerte sich Fred, war Brigittental (ul. Łukasza Gornickiego). Dort gab es ein Haus, wo es besonders lebhaft zuzuging. 350 Kinder wohnten in den sieben dazu gehörigen Hinterhäusern. Eine Begebenheit hatte sich Fred nachhaltig eingeprägt. Am 5. März 1933 wehte von der Laurentiuskirche eine große Fahne der KPD. Die Nazis haben dann Stunden gebraucht, um sie zu entfernen. Auf dem zur Kirche gehörenden Laurentius-Friedhof ist heute noch das erhaltene Grab des schlesischen Heimatdichters Paul Keller zu sehen. Keller, ein Vertreter des späten Naturalismus, gehörte zu den meist gelesenen Schriftstellern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

1 <http://www.breslau-wroclaw.de/de/breslau/ab/1941/>

Fred liebte den im 3. Reich verpönten Swing und Jazz. Er hatte mit Gleichgesinnten für polnische Zwangsarbeiter aus dem Lager Bergstraße (ul. Gornicza) Lebensmittel und Bekleidung organisiert. Den Nazis war er nicht nur politisch ein Dorn im Auge. Er galt ihren Rassegesetzen nach als „jüdisch versippt“. Er hatte keine Chance seine Kellner- und Kochlehre zu beenden. Der Schutzhaftbefehl der Gestapo warf dem 18-Jährigen Ausländerbegünstigung und Heimtücke und seine sogenannte arische Freundin vor. Nach Folter und Verhören im Gestapokeller in der Angerstraße (ul. Lakowa) wurde er in das Polizeipräsidium am Schweidnitzer Stadtgraben (Podwale) gebracht, das auch die Gestapo beherbergte. Hinter dem Folterkeller befand sich die Gauleitung der NSDAP. Am Schweidnitzer Stadtgraben hatte ebenfalls die Gebietsleitung der Hitlerjugend ihr Domizil.

Das Gebäude wurde viele Jahre später Generalkonsulat der DDR. Nach der Vereinigung beherbergt es heute das Konsulat der Bundesrepublik Deutschland.

Nach sechsmonatiger Einzelhaft wurde Fred ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Fred war der Meinung, dass er noch Glück gehabt hätte, denn zu dieser Zeit gab es von Breslau aus eine Transportsperre nach Auschwitz. Dort hätte er mit Sicherheit den sofortigen Tod gefunden. Von Buchenwald kam Fred später strafverschärfend in das Konzentrationslager Neuengamme. Bis aufs Skelett abgemagert, wurde er in dessen Außenlager Hohwacht im Frühjahr 1945 von britischen Truppen befreit.

In einem Lazarett kam er langsam zu Kräften. Später sollte er erfahren, dass seine Mutter, sein Bruder Martin und er als einzige aus der Familie den Naziterror überlebt hatten. 15 Familienmitglieder waren dem Holocaust zum Opfer gefallen.

### **„Bürgermeister“ von Wroclaw**

Zunächst war Fred unschlüssig, wohin er gehen sollte. Breslau, noch im Herbst 1944 von den Nazis zur Festung erklärt, wurde am 6. Mai 1945 von der Roten Armee befreit. Fred entschied sich zunächst nach Leipzig zu fahren, weil er dort einen Jugendfreund hatte. In Leipzig traf Fred Löwenberg mit dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten der KPD Fritz Selbmann zusammen. Selbmann hatte den antifaschistischen Block in Leipzig mitbegründet, der sich aktiv in den Wiederaufbau der Stadt einbrachte. So etwas schwebte Selbmann auch für Breslau vor. Deshalb hatte er sogleich Verwendung für den jungen Mann. Fred sollte nach Breslau reisen, um die Breslauer Antifa erneut aufzubauen. Zur Antifa vor Ort gehörten vornehmlich Leute, die von den Nazis als Wirtschaftskriminelle eingesperrt worden waren, die sich dann aber als politisch Verfolgte des Naziregimes ausgaben. Sie waren nicht vertrauenswürdig und korrupt.

Fred erzählte: „Fritz Selbmann brachte mich mit Breslauern, das waren vor allem Kommunisten, zusammen, die mit einem sogenannten Antifa-Zug unter dem

Schutz der Roten Armee von Breslau bereits nach Dresden gekommen waren. Diese Breslauer hatten während der Nazizeit Widerstand geleistet und sich in den ersten Monaten nach Kriegsende an der Aufbauarbeit beteiligt. Ihnen war vielleicht bewusster als mir, dass Breslau für Deutschland verloren war.“

Das Problem Antifa in Breslau ist ein Thema, was noch einer gründlicheren Recherche und Bearbeitung bedarf. In der Literatur finden sich dazu widersprüchliche Angaben.

Fred war froh, nach Breslau reisen zu können, denn er hoffte, dort seine Angehörigen zu finden. Im August 1945 kam der 21-Jährige in Breslau an. Seine Heimatstadt war kaum wiederzuerkennen. Zu 80% zerstört, gab es nicht nur Trümmer, sondern auch den Heimatverlust: Gerade hatte die Potsdamer Konferenz der Alliierten sich auf die Festlegung der polnischen Westgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße geeinigt. Breslau gehörte somit zu Polen. Die Formulierung unter polnischer Verwaltung und die endgültige Bestimmung durch einen Friedensvertrag sollte in den nächsten Jahrzehnten zu heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Systemen führen. Die deutsche Bevölkerung musste Breslau verlassen. Nach Freds Meinung war die Abtretung Schlesiens vom Völkerrecht her widerspruchsvoll. Sie war politisch verständlich, aber historisch nicht zu begründen. Als Fred nunmehr in Wroclaw eintraf, machte er sich unverzüglich an die Arbeit. Sein Büro am Ritterplatz (pl. Biskupa Nankiera) wurde jedoch innerhalb kürzester Zeit geschlossen, die Antifa von polnischen Behörden zwangsaufgelöst. Es herrschte Chaos. Hinzu kamen Unklarheiten vor Ort über die Ausführung der Potsdamer Beschlüsse. Drei Verwaltungen arbeiteten in dieser Zeit neben- und nicht unbedingt miteinander. Es gab die polnische Militärkommandantur und die polnische Stadtverwaltung, an deren Spitze der Stadtpräsident stand sowie die sowjetische Militärkommandantur. Hinzu kam die deutsche Selbstverwaltung, die von den Polen, so berichtete Fred, mehr oder weniger geduldet, von den Russen erst ermöglicht und unterstützt wurde. Die deutsche Selbstverwaltung gliederte sich in 13 Verwaltungseinheiten, die von sogenannten Quartalsleitern<sup>2</sup>, so die polnische Bezeichnung, geführt wurden. Fred wurde ihr Sprecher. Die Russen nannten ihn daraufhin den „Bürgermeister“. Manchmal, erinnerte sich Fred, lösten sich auch Strukturen auf oder die Arbeit lief doppelgleisig. Meine Frage, ob die Quartalsleiter Kommunisten gewesen waren, verneinte Fred. Er bezeichnete sie als Antifaschisten. Es waren zum Teil auch ausgewiesene Fachleute, um das elementare Leben in der Stadt wieder in Gang zu bringen. Einer von ihnen war Facharbeiter für die Kanalisation. Freds Gebiet, das er betreute, war sein alter Heimatbezirk. Er war verantwortlich für das Quartal Sternstraße, Hirschstraße, Bockstraße (ul. Rozbrat), Fiedlerstraße (ul. Ukryta). Zu den Aufgaben der deutschen Selbstverwaltung gehörte es, sich um die deutsche Bevölke-

2 abgeleitet vom polnischen Wort kwartal. In der Übersetzung gibt es die Bedeutung Quartal aber auch Quartier.

nung, die vor allem aus alten Menschen, Frauen und Kindern bestand, zu kümmern. Es lebten zu dieser Zeit noch etwa 115 000 Deutsche in der Stadt. Sie mussten entsprechend der Verordnungen auf die Räumung und die Transporte vorbereitet werden. Plünderungen sollten dabei verhindert werden. Finanziert wurden die Transporte von den staatlichen Behörden, manchmal auch von der Kirche. Die Züge fuhren dann über den Eisenbahnknotenpunkt Kohlfurth (Wegliniec) in Richtung Westen. Wenn die polnischen Behörden die Räumung angeordnet hatten, mussten die Bewohner innerhalb von zwölf Stunden ihre Sachen packen. Sie durften die Hälfte ihres Eigentums, Lebensmittel und die Federbetten mitnehmen. Fred, manchmal im Besitz der Listen, hat die Leute auf die Ausreise vorbereitet, in dem er ihnen Bescheid sagte, bevor die amtliche Räumungsaufforderung kam. Sie haben dann mehr eingepackt als sie durften. Fred hat viele bittere und tragische Schicksale erlebt. Von einem soll hier die Rede sein: „Ein deutsches Ehepaar, das ich vom Sehen her kannte, denn sie wohnten in der Nähe meiner elterlichen Wohnung, habe ich vor der unmittelbaren Räumung gewarnt. Der Mann hieß Julius Martin. Er und seine Frau waren weit über fünfzig. Ihre Wohnung sollte dann ein polnisches Eisenbahnerehepaar übernehmen. Am Tag der Räumung ging ich also in die Wohnung. Sie hatten nichts gepackt. Ich sah keine Koffer, keinen Handwagen. Ich war erschrocken, denn sie hatten nur noch vier Stunden Zeit. Herr Martin sagte in etwa zu mir: ‚Komm lass fahren dahin. Sie haben kein Gewinn. Das Reich Gottes muss uns doch bleiben.‘ Es stellte sich heraus, dass das Ehepaar Martin zu den Bibelforschern gehörte. Nach dem Ablauf der Frist, die neuen polnischen Bewohner waren schon da, standen beide nackt vor uns. Ich habe dann schnell einen Koffer genommen und ein paar Sachen eingepackt. Auch das polnische Paar redete auf sie ein, etwas mitzunehmen. Sie haben nichts mitgenommen, nicht einmal ein Stück Brot.“

Froh war Fred als er einen Transport mit ehemaligen BDM-Mädchen stoppen konnte, der im Winter 1945/46 bei eiskaltem Wetter durchgeführt werden sollte. Da es keine geheizten Waggons gab, wurde die Abfahrt auf wärmeres Wetter verschoben. Dieser Transportstopp gelang ihm nur, weil er sich um Hilfe an die sowjetische Militärkommandantur gewandt hatte. Die deutsche Selbstverwaltung war anfangs auch für die Wiederherstellung der Kanalisation und der Elektrizität sowie für die Freilegung des Binnenhafens verantwortlich. Diese deutschen Fachleute durften zunächst nicht ausreisen, da es adäquate polnische Fachleute noch nicht gab. Die ersten zwei Jahre nach Kriegsende arbeiteten auch deutsche Facharbeiter in den Straßenbahnhöfen. Sie wurden dann nach und nach durch Polen ersetzt.

Fred Löwenberg erinnerte sich an ein Gespräch mit dem ersten Stadtpräsidenten Wroclaws. Das war Dr. Boleslaw Drobner, der dieses Amt bis Juni 1945 ausübte. Zur Zeit des Gespräches mit Fred jedoch nicht mehr im Amt sein konnte. Vielleicht hatte Fred auch mit dem Nachfolger Drobners, Aleksander Wachniwski oder einem anderen führenden Vertreter der Stadtverwaltung gesprochen. Ich

hatte leider durch Freds Tod keine Möglichkeit mehr, nochmals zu fragen. Dennoch scheint mir der Gesprächsinhalt interessant und soll deshalb erwähnt werden. Die Gesprächsinitiative ging von polnischer Seite aus. Freds Gesprächspartner wollte den „Bürgermeister“ kennen lernen. Fred sagte: „Es war ein höfliches, aber sehr distanzierendes Gespräch, ohne Sympathie von seiner Seite. Ich hatte ihm auch von meinem sozialdemokratischen Elternhaus und meiner eigenen Arbeit im Widerstand berichtet.“ Die etwas zynische Frage, wie viele wir denn im Widerstand gewesen seien, konnte Fred natürlich nicht beantworten. Ihm wurde während des Gespräches klar, die polnische Stadtverwaltung duldet die Vertreter der deutschen Selbstverwaltung nur, um die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung zu gewährleisten. „Die Spannung zwischen Deutschen und Polen war in dieser Zeit so groß, man konnte es fast knistern hören. Für die nach Wroclaw kommenden Polen, darunter auch Vertriebene aus Ostpolen, waren wir Deutsche der blanke Horror, denn wir waren daran schuld, dass viele ihre Heimat, die nun sowjetisch wurde, verlassen mussten“, erinnerte sich Fred. „Deutsche wurden auch niemals im Rathaus empfangen, nur in bestimmten Büros, denn wir waren keine Bürger Polens“.

Zu Freds bitteren Erfahrungen gehörten die Erlebnisse in polnischen Gefängnissen. Die Anlässe waren nichtig. Es war eine chaotische Zeit mit hoher Kriminalität. Fred wurde zum Sündenbock der SS-Wachmannschaft des KZ Groß-Rosen, mit denen er wochenlang eine Zelle im Gefängnis Kletschkastraße teilen musste, und der polnischen Wachmannschaft. Beide Seiten prügelten ständig auf ihn ein. Für die Misshandlungen durch polnische Wachleute fand Fred sogar eine Erklärung: „Es waren ganz junge Burschen, die noch Kinder waren, als ihr Land von Nazideutschland überfallen wurde. Sie waren in Lagern gewesen und hatten Angehörige verloren und besaßen keine Bildung.“ Fred wurde an diesem Punkt unseres Gespräches sehr nachdenklich. Er war der Meinung, dass dennoch über Verbrechen an der deutschen Bevölkerung berichtet werden muss, denn das sollte nicht nur den Landsmannschaften überlassen werden. Mit leiser Stimme berichtete er mir, wie er miterlebt hatte, dass 14-jährige deutsche Jungen wegen Wehrwolfverdachts gefoltert und auch getötet wurden. Fred saß nicht nur im Gefängnis des Polizeipräsidiums, sondern fand sich auch im ehemaligen Folterkeller der Gestapo wieder. Das war für ihn besonders schmerzhaft, denn als er von den Nazis eingesperrt worden war, da wusste er den Grund. „Einmal wurden mitten in der Nacht die Türen aufgerissen und die Gefangenen mussten auf den sogenannten Industriebhof heraustreten. Dieser Industriebhof mit einer Gefängnis Schlosserei und Bäckerei existierte schon während der Nazizeit. Eine große Grube wurde von Autoscheinwerfern angestrahlt. Ein Massengrab war entdeckt worden. Die etwa 50 Toten lagen in mehreren Schichten übereinander, bedeckt mit ungelöschtem Kalk. Unter Prügel und in Anwesenheit des US-Konsuls mussten wir mit bloßen Händen die Leichen aus der Grube bergen. Von dem ungelöschten Kalk habe ich mir Hände und Füße verbrannt.“ Dass Fred die Prügelorgien überlebte, verdankte

er u.a. einem jungen Polen aus der Wachmannschaft, Hähnchen genannt, der Spanienkämpfer gewesen war und Fred aus der Zelle der SS-Leute verlegen ließ.

In Schwierigkeiten kam Fred, als er Zeuge wurde, wie eine deutsche Frau ihr Federbett auf dem Schwarzmarkt gegen Butter eintauschen wollte. Ein Pole nahm das Federbett, gab als Gegenleistung aber die Butter nicht heraus. Fred kannte ihn, da dieser wie er Häftling in Buchenwald gewesen war. Er forderte ihn auf, entweder die Butter herauszurücken oder der Frau das Federbett wiederzugeben. Es kam zum Wortwechsel und Fred wurde laut als SS-Mann beschimpft und eingesperrt. Erst die Russen holten ihn aus dem Gefängnis heraus.

Das Verhältnis zwischen Polen, Russen und Deutschen zu jener Zeit schilderte Fred als außerordentlich kompliziert. Die deutsche Selbstverwaltung und Vertreter der Roten Armee arbeiteten relativ gut zusammen. Mit der polnischen Verwaltung war kaum ein Miteinander möglich. „Sie wollten nicht mit uns zusammenarbeiten, auch nicht mit den Linken, nicht mit Sozialdemokraten und nicht mit Kommunisten. Die Kriminalität war sehr hoch. Es verging fast kein Tag in dieser Zeit, an dem nicht ein russischer Soldat oder ein Jude an einem Laternenpfahl hing. Diese Verbrechen wurden nie aufgeklärt.“

Die deutsche Selbstverwaltung hatte keine Polizeirechte. Wenn es zu Plünderungen kam, so erzählte Fred, sollten wir sofort ans Fenster treten und laut die Hausnummer auf russisch rufen. Das Alarmzeichen bestand aus dem Zusammenschlagen von Kochtopfdeckeln.

Auf meine Frage, ob die deutsche Selbstverwaltung mit anderen Organisationen zusammen arbeiten konnte, sagte Fred: „Unsere deutsche Selbstverwaltung hat mit der katholischen Hilfsorganisation, der Caritas zusammengearbeitet. Ihr Büro befand sich in einem Gebäude auf dem Domplatz (plac Katedralny). Die Caritas wurde von Polen geleitet. Sie hatten aber noch deutsche Mitarbeiter. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen war verboten. Etwas Hilfe bekamen wir vom Josefs-Krankenhaus. Die katholische Kirche hat auch Umsiedlertransporte mit uns gemeinsam organisiert.“ Zaghafte Kontakte gab es zur evangelischen Kirche. Die Treffen fanden in der Maria-Magdalenen-Kirche in der Altstadt statt.

Das komplizierte Verhältnis zwischen Russen, Polen und Deutschen, das schwierige Miteinander aber auch Gegeneinander beschreibt der Historiker Gregor Thum in seinem Buch „Die fremde Stadt. Breslau nach 1945“<sup>43</sup> und bestätigt somit Freds Erlebnisse.

## Bademeister und PPS-Mitglied

Fred Löwenberg blieb bis Oktober 1948 in Wroclaw. Da gab es schon keine deutsche Selbstverwaltung mehr. Fred arbeitete ab Frühjahr 1946 in der jüdischen Gemeinde in Wroclaw, deren Mitglieder zu 90% Polen waren. Der Rest waren deutsche und russische Juden. Deutsche Juden durften in der jüdischen Gemeinde Mitglied sein, im Zentralkomitee aber nicht. Fred bildete eine Ausnahme. Er wurde angestellt, weil er Antifaschist war und als Häftling in mehreren Konzentrationslagern gesessen hatte. Die große Synagoge in der Schweidnitzer Straße (ul. Swidnicka) war von den Nazis gesprengt worden. Die alte jüdische Synagoge „Zum weißen Storch“ befindet sich in der Graupenstraße (ul. Krupnicza). Nach jahrelangem Verfall ist sie heute wieder hergerichtet und renoviert worden. Ganz in der Nähe befand sich die Mikwe, das jüdische Bad. Die Mikwe wurde Freds Arbeitsplatz, er wurde dort Bademeister. Scherzhaft bemerkte er, er habe eine Karriere vom Bürgermeister zum Bademeister gemacht. Seine Wohnung lag in unmittelbarer Nähe, in der Wallstraße (ul. Pawla Wlodkowicza). Spielte das jüdische Leben in Freds Elternhaus keine Rolle, so begann er sich nun dafür zu interessieren. Das Interesse weckte auch seine damalige Freundin, die aus einem jüdisch-orthodoxen Elternhaus stammte. Ihr Vater verlangte von Fred, dass er das Beten erlernen und sich auch beschneiden lassen sollte. Fred erzählte lachend: „Selbst zum Beschneiden war ich bereit. Diese Operation führte Herr Königsberger durch, der von Beruf Schächter war. Ich wartete auf seinem Hof und sah zu, wie jüdische Frauen ihre Hühner zum Schächten brachten. Ich sah das Blut und den Messer wetzenden Herrn Königsberger. Mir wurde übel. Ich verließ, so schnell ich konnte den Hof. Aus der Verbindung mit dem Mädchen ist dann nichts geworden.“

Fred spielte sogar mit dem Gedanken nach Palästina zu gehen. Einen Lehrgang der „Haganah“ (Verteidigung), einer Kerntruppe aus der sich später die Streitkräfte Israels formierten, hatte er bereits besucht. Diese Ausbildung wurde von der polnischen Regierung gefördert. Einen wichtigen außenpolitischen Grund für die Unterstützung der jüdischen Einwanderungspolitik in Palästina sieht der Historiker Gerd Kaiser<sup>4</sup> darin, sich Optionen auf eine betont antiimperialistische Nahostpolitik zu sichern. Sie richtete sich gegen die damalige Kolonialpolitik Großbritanniens, die der Gründung des Staates Israel entgegenwirkte. In London residierte außerdem die polnische Exilregierung, die der Regierung Volkspolens zu schaffen machte. Als mir Fred von seiner militärischen Ausbildung in einem Lager erzählte, kann er eigentlich nur in Bolkow in der Nähe von Jelenia Gora (Hirschberg) gewesen sein. Dort wurden allein Mitte 1948 über 2.500 Soldaten für Israel ausgebildet. Auch die Verlegung der Soldaten nach Nahost wäre ohne die Unterstützung der staatlichen Stellen Volkspolens nicht möglich gewesen. Die Frage, warum Fred dann doch von einer Auswanderung Abstand nahm, muss leider unbeantwortet bleiben.

4 Gerd Kaiser: [http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Utopie\\_kreativ/69/69Kaiser.pdf](http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/69/69Kaiser.pdf)

Fred kam von seinen sozialdemokratischen Wurzeln nicht los. Ein junger Pole, der für die jüdische Gemeinde Botengänge machte, nahm Fred zu einer Versammlung der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der polnischen Sozialdemokratie mit. Fred wurde dort freundlich aufgenommen und kurze Zeit später Gastmitglied dieser Partei. In diesem Kreis fühlte sich Fred sehr wohl. Ihm lag viel daran, dass das deutsche sozialdemokratische Erbe der Stadt in die richtigen Hände kam. Seine Kenntnisse über Gebäude und Versammlungslokale der SPD erwiesen sich für die Genossen der PPS als nützlich, denn sie gingen später in das Eigentum der PPS über. Auf seine Initiative wurde das von den Nazis in der Kristallnacht 1938 geschändete Grab von Ferdinand Lassalle auf dem alten jüdischen Friedhof wieder hergerichtet. Die PPS widmete dem deutschen Arbeiterführer eine Tafel, die sich heute noch an seinem Grab befindet: „Ferdinand Lassalle – dem große Sozialisten – PPS am Tag ihres 27. Kongresses am 14. 12. 1947.“ Die PPS wurde bekanntlich im Dezember 1948 Bestandteil der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Der jüdische Friedhof gilt heute als Museum und ist ein touristischer Besuchermagnet.

Ich fragte Fred, ob er sich an bestimmte politische Ereignisse jener Zeit in Wroclaw erinnern könnte. Spontan nannte er den Weltfriedenskongress der Intellektuellen zur Verteidigung des Friedens, der am 25. August 1948 im Wroclawer Politechnikum eröffnet wurde. 400 Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler aus 45 Ländern, darunter P. Picasso, A. Seghers, B. Brecht, F. Juliot-Curie waren dabei. Fred hatte als Gast teilgenommen und war sehr beeindruckt. Obwohl nach hitzigen Diskussionen ein Abschlusskommunique verabschiedet wurde, versackte die angestrebte „breite und offene“ Diskussion zur Verhinderung eines neuen Krieges bereits in den Gräben des Kalten Krieges.

Freds Interesse hatte immer der Geschichte gegolten. Stolz berichtete er mir, dass er den 2. Preis in einem gesamtpolnischen Geschichtswettbewerb gewonnen hatte, der von Warschau aus initiiert worden war.

Als Fred Löwenberg Wroclaw verließ war die Stadt, wie der polnische Historiker Marek Ordylowski<sup>5</sup> schreibt, eine neue, andere Stadt mit einer neuen polnischen Bevölkerung geworden.

Fred Löwenbergs weiteres Leben verlief nicht weniger dramatisch. In München, wo er seine Mutter und seinen Bruder wiedertraf, wurde er Mitglied der SPD. Bereits 1950 schloss ihn diese Partei aus. Den Genossen der SPD war sein Engagement für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ein Dorn im Auge. Arbeitete diese Organisation doch eng mit Kommunisten zusammen. Als er erneut Verfolgungen ausgesetzt wurde, siedelte er in den sechziger Jahren in die DDR über. Er arbeitete u.a. als Journalist für die Zeitschrift „Die Wirtschaft“.

Fred Löwenberg wirkte bis zu seinem Lebensende für die Verwirklichung seines Credo: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.“ Er hätte noch viel zu erzählen gehabt.

5 Marek Ordylowski: *Zycie codzienne we Wroclawiu 1945 –1948*, Wroclaw 1991, S. 5.

## Post mortem – Spurensuche in Wroclaw

Nach Fred Löwenbergs Tod interessierte mich, ob er in Wroclaw Spuren hinterlassen hat. Große Hoffnungen machte ich mir nicht, denn in den Kriegs- und Nachkriegswirren war an ordnungsgemäße Archivierung von Dokumenten nicht zu denken. Dennoch wollte ich den Versuch wagen und schrieb verschiedene Archive an.

Das Staatsarchiv Wroclaw antwortete mir am 2. Juli 2004, dass Ferdinand Löwenberg bis 1943 mit seiner Mutter Katharina in der Hirschstraße 75 gewohnt hat. Eine weitere aufwändigere Suche im Archiv müsste ich selbst vor Ort durchführen.

Das Niederschlesische Wojewodschaftsarchiv in Wroclaw informierte mich am 15. Oktober 2004, dass im Archiv des Standesamtes eine Geburtsurkunde von Ferdinand Löwenberg vorhanden ist. Als Geburtsjahr sei aber das Jahr 1923 angegeben. Zur erneuten Prüfung wären der Name des Vaters und der Mutter notwendig.

Am 16. Juli 2004 erhielt ich eine freundliche E-Mail von Jan Lorenc vom Büro der Jüdischen Gemeinde Wroclaw. Er bedauerte sehr, mir keine Auskünfte geben zu können, da keine Dokumente aus den Anfangsjahren der Jüdischen Gemeinde nach 1945 erhalten geblieben sind. Auch seine Bemühungen Zeitzeugen zu finden, die Fred Löwenberg kannten, verliefen im Sande.

Eine ergebnislose Antwort erhielt ich auch vom Jüdischen Historischen Museum in Warschau.

Am 6. Januar 2006 schrieb ein Mitarbeiter des Instituts des Nationalen Gedenkens – Kommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen das Polnische Volk in Wroclaw, dass ich eine Akte Ferdinand Löwenberg betreffend für wissenschaftliche Zwecke einsehen könnte. Ich fuhr nach Wroclaw und am 8. Februar 2006 hielt ich die Akte in den Händen, die jedoch viele Fragen nach wie vor offen lässt. Am 21. März 1946 wurde Fred durch einen Vertreter des Amtes für Öffentliche Sicherheit, und zwar der Abteilung I, die sich dem Kampf gegen deutsche Spionage und den Resten des Hitleruntergrundes in Polen widmete, festgenommen. Am 25. April 1947 wurde Fred Löwenberg vom Bezirksgericht in Wroclaw zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er wurde schuldig gesprochen, im KZ Buchenwald selbst bei kleinsten Vergehen als Blockleiter und Kapo polnische Gefangene, darunter einen Stanislaw Wolbrowski, geschlagen zu haben. Möglicherweise handelt es bei Wolbrowski um denjenigen, der wie bereits erwähnt, eine Frau um ihr Federbett betrügen wollte. Wie lange Fred in diesem Falle wirklich im Gefängnis, einschließlich Untersuchungshaft gesessen hat, ist unklar.

Fred hatte wiederholt Versuche unternommen, sowohl zu Zeiten der Volksrepublik Polen als auch 1994, an seine Akte zu kommen, um sich rehabilitieren zu lassen und somit die Kassation des Urteils zu erwirken. Die Antwort lautete immer wieder, dass es keine Akte gäbe.

## **Aus der Dankesrede während der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille im Dezember 2004 durch die Internationale Liga der Menschenrechte**

„Zuerst einige persönliche, sehr persönliche, Bemerkungen:

Das letzte Mal war ich am 7. Juli dieses Jahres in Berlin. Im Unterschied zu heute galt mein damaliger Aufenthalt einem tieftraurigen Anlass. Ich nahm teil an der Gedenkfeier und Urnenbeisetzung meines Bruders Fred, der, wie vielen hier Anwesenden bekannt, bis zum Ende seines Lebens Vorsitzender der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am Antifaschistischen Widerstand, Verfolger des Naziregimes und Hinterbliebener e. V. war. Besonders Fred war es, der mein Leben sehr, sehr stark beeinflusst, oft Weichen für mich gestellt hat. Es ist traurig, dass er meine heutige Ehrung nicht mehr miterlebt hat. Wie sehr hätte er sich darüber gefreut. Er war ein Bruder, im wahrsten Sinne des Wortes.

Neben Fred war und ist es insbesondere meine liebe Frau und Kampfgefährtin, die in über 51 gemeinsamen Ehejahren meinem Leben Inhalt und Richtung gegeben hat und noch gibt. Wie oft sage ich immer: Sie hat mich gelenkt, auch dann, wenn ich mit dem Kopf durch die Wand ging; sie hat mich aber auch gebremst, wenn ich – was nicht selten der Fall war – ohne Kopf durch die Wand wollte. Groß ist meine Freude, dass es sich meine Frau trotz schlechten Gesundheitszustandes nicht nehmen ließ, heute und hier an dieser Feierstunde teilzunehmen. Nehme ich doch die Carl-von-Ossietzky-Medaille in Empfang, zugleich stellvertretend für sie und andere politische Wegbegleiter...

Besonders in den letzten Monaten bin ich aufgrund meiner Aktivitäten gegenüber antidemokratischen Kräften immer wieder gefragt worden: Warum tust Du Dir das noch in Deinem Alter an? Ich antworte darauf stets mit den Worten: Meine Verhaltensweisen und konkreten Handlungen lassen sich im besonderen aus meinem Lebenslauf erklären.

Meine Eltern waren aktive Sozialdemokraten und Gewerkschafter; mein Vater jüdischer Herkunft. Ich habe bewusst den Faschismus an der Macht und sein Ende, aber auch vor der Machtübergabe, erlebt. Aus der Vielzahl einprägsamer Erlebnisse bis 1945 nenne ich:

1932 Überfall von SA und HJ Gruppen auf unser Jugend- und Kinderheim der ‘Sozialistischen Jugend – Die Falken’ deren Mitglieder mein Bruder und ich waren. Am 9. November 1938 habe ich mit ansehen müssen, wie jüdische Gotteshäuser angezündet, jüdische Geschäfte geplündert, Menschen gejagt, geschlagen, verhaftet wurden. Ende 1941 musste ich die Deportation von 15 jüdischen Ver-

wandten 'gen Osten' verarbeiten. Keiner überlebte den Holocaust. Und ab Mai '44 erlebte ich in KZ- und Zwangsarbeit in unterirdischen Rüstungsbetrieben hautnah die Nazi-Zielsetzung 'Vernichtung durch Arbeit'. Von diesen und anderen unvergesslichen Erlebnissen mich leiten lassend, sagte ich: Die Nazidiktatur ist doch nicht über Nacht über Deutschland 'hereingebrochen'. Sie ist gemacht, vorbereitet worden, einfach gesagt, von Menschen. Und muss also auch von Menschen verhindert werden. Eine bittere Lehre, die wir Überlebende der faschistischen Barbarei nach der Befreiung ziehen mussten, war die Erkenntnis, dass Nazismus, Völkermord und Krieg hätten verhindert werden können, wenn Antinazis und Demokraten die Gefahr rechtzeitig erkannt und gemeinsam den Kampf gegen die braune Pest geführt hätten.

Diese und andere Schlussfolgerungen fanden nach der Befreiung 1945 ihren Niederschlag in zahlreichen Programmen demokratischer Organisationen und Parteien, aber auch in Länderverfassungen und im Grundgesetz der BRD.

Auf heute bezogen heißt das für mich: Antinazistische Grundaussagen und Artikel, ja, Wesensinhalt des Grundgesetzes lassen eine Legitimierung rechtsextremistischer Aktivitäten jeder Art nicht zu. Deutlicher gesagt: Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus, die Kernpunkte nazistischer Ideologie und Politik sind mit dem Wesensinhalt des Grundgesetzes unvereinbar! Dürfen auch nicht mit dem Versammlungsgesetz legitimiert werden! Ich unterstreiche folgendes ganz bewusst: Die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Gut. Versuche ihrer Einschränkung müssen von uns Demokraten verhindert werden. Aber: Für die Totengräber der Demokratie darf es keine Toleranz geben! Nie wieder darf sich in Deutschland jenes wiederholen, was der Nazi-Propagandaminister Goebbels wie folgt beschrieb: 'Es wird wohl immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde.'

Nazis aller Schattierungen stehen für mich außerhalb des Verfassungsrahmens. Jede nazistische Betätigung muss deshalb unterbunden werden. Aus dieser Pflicht entlasse ich niemanden, auch nicht den Staat, seine Polizei und Justiz. Da ich natürlich weiß, dass Verfassungsfragen vor allem Machtfragen sind und staatliche Stellen den Marsch des braunen Mobs zunehmend legitimieren, gerade zu Verfassungsrang einräumen, bei gleichzeitiger Diffamierung und Kriminalisierung demokratischer Gegenaktivisten sage ich: Für mich ist von ausschlaggebender Bedeutung das entschlossene, gemeinsame Handeln vieler demokratischer und antifaschistischer BürgerInnen. Nur diese bilden einen stabilen Damm gegen alle Varianten des Faschismus. Von dieser Stelle aus möchte ich mich bei all jenen bedanken, die in allen Teilen Deutschlands mitbauen an der Errichtung dieses Damms. Besonders Hoffnung und Kraft gibt mir dabei das Engagement, die Zivilcourage vieler junger Menschen, die den Feinden der Demokratie nicht die Straße und die Köpfe überlassen. Und sich – gleich mir – vor dem Strafrecht nicht fürchten...

In absehbarer Zeit wird es keine antifaschistischen Zeitzeugen der Nazizeit mehr geben. Meine Bitte, ja mein Appell richtet sich insbesondere an die jungen Menschen: Sorgt ihr dafür, dass aus der BRD ein dauerhaftes humanes antifaschistisches Gemeinwesen wird, in dem Nazismus, Rassismus, Nationalismus und Militarismus kein Raum mehr gegeben wird.

Schaut nicht weg, wo Menschenrechte verletzt werden; lasst euch nicht wegnehmen, was noch an demokratischen und sozialen Errungenschaften vorhanden ist, erkämpft von euren Eltern und Großeltern. Festigt das Band der Solidarität mit den Benachteiligten und Ausgegrenzten in aller Welt. Übernehmt ihr, den noch immer zu erfüllenden Auftrag des antifaschistischen Widerstandes wie er im Schwur von Buchenwald formuliert ist: 'Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, eine neue Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.'

Solange Kopf und Körper noch mitmachen, werde ich mithelfen auf dem Weg zu diesem menscheitsbeglückenden, menscheitsbefreienden Ziel. Wissend, dass ich selbst dieses nicht mehr erleben werde. Aber die Vorfreude daran lasse ich mir von niemanden rauben!''

## **Erinnerung an Geschichte – Verantwortung für die Zukunft. Erfahrungen der RLS aus der Zusammenarbeit mit Fred Löwenberg**

Erinnerung an Geschichte – Verantwortung für die Zukunft, diese beiden Seiten einer Medaille gehörten bei Fred Löwenberg untrennbar zusammen. Beschäftigung mit Geschichte war für ihn nie Selbstzweck. Fred verstand die Auseinandersetzung mit Geschichte, insbesondere die stetige Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Zeitgeschichte, im Dialog mit der Jugend – der Generation, die die Verantwortung für die Zukunft übernehmen wird – als (Über-) Lebensauftrag. In diesem Dialog gab es für ihn weder Tabufragen noch den erhobenen Zeigefinger. Fred war Partner der Jugend und als solcher immer auf der Suche nach Gleichgesinnten. Immer wieder konnte man ihn sagen hören: „Wir, die Älteren, haben die Erfahrung eines langen und oft sehr schweren Lebens, die Jugend hat die Zukunft – da sollte man aufeinander zu gehen – mit Gewinn für beide Seiten.“

In diesem Zusammenhang war Fred ein leidenschaftlicher, wenn auch nicht für alle ZeitgenossInnen einfacher Verfechter von Netzwerken – antifaschistischen, demokratischen, generationsübergreifenden, ehrenamtlichen, thematischen, temporären ... Die Kriterien für sein aktives Mitwirken in einer Reihe von Netzwerken mögen z.T. variabel gewesen sein. Die Synthese von Erinnerung an Geschichte und Verantwortung für die Zukunft in gleichberechtigter Partnerschaft von Überlebenden des Nationalsozialismus mit der Jugend indes, waren für ihn unumstößliches Prinzip.

### **Netzwerke zur Zeitgeschichte, die Jugend magisch anziehen**

Ein solches Netzwerk ist heute die „AG Geschichte für die Zukunft“ als eines der z.Z. bestehenden zeitgeschichtlich orientierten Gesprächskreise des Stiftungsverbundes der RLS. Die „AG Geschichte für die Zukunft“ unterstützt, befördert und initiiert historische Lernprozesse, in denen der biografische, generationsübergreifende Ansatz eine zentrale Rolle spielt. Hauptziel ist die Entwicklung, Unterbreitung und Durchführung von Bildungsprojekten und -formaten vorrangig für solche Zielgruppen, die ihre Schul- und Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen haben. Die „AG Geschichte für die Zukunft“ ist Kommunikations- und Arbeitszentrum für das in der „Akademie für politische Bildung“ verortete Themenfeld „Biografisch-historisches Lernen“. Etwa 35 (ständig, teils auch themenbezogen)

aktive Mitglieder oder InteressentInnen bringen sich in die Arbeit des Themenfeldes ein. Mit Ausnahme der Koordinatorin arbeiten von Anbeginn alle Mitglieder und InteressentInnen ehrenamtlich.

Die Ursprünge der „AG Geschichte für die Zukunft“ reichen bis in die Jahre 2000/2001.

Zwei zunächst extern an die RLS herangetragenen ZeitzeugInnenprojekte gaben den Anstoß:

- „Junge Menschen im antifaschistischen Widerstand am Beispiel der Herbert-Baum-Gruppe. Spurensicherung mit Zeitzeugen“ - ein Projekt, dessen erzielte Ergebnisformen die Projektarbeit mit und an Schulen bis heute nachhaltig beeinflussen;

- „Gegen Vergessen und Verdrängen. Späte Spurensuche. Ein Projekt mit Zeitzeugen und Zeugen von Zeitzeugen bisher nicht gewürdigter Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand und NS-Verfolgter in Schlesien 1933-1945“ – ein Projekt, dass auf Initiative von Fred Löwenberg entstanden ist.

Die inhaltliche, territoriale und zeitliche Ausdehnung beider Projekte, ihre nachhaltigen Wirkungen auf Folgeprojekte insbesondere mit schulischen KooperationspartnerInnen ließen eine längerfristige stiftungsübergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit ratsam erscheinen. Mit internationalen und bundesweiten Opfer- und Antifa- Organisationen wie FIR, VVN/BdA, DRAFD, KFSR hat sich im Laufe der Jahre eine gute Partnerschaft entwickelt. Gemeinsam wurde an einem ZeitzeugInnenpool gearbeitet. Zahlreiche gemeinsame Bildungsprojekte, in denen kommunikatives Erinnern an Geschichte und Verantwortung für die Zukunft miteinander verschmolzen, wurden so erst möglich. Die Anzahl der Schulen, SchülerInnen-Geschichtswerkstätten und Antifa-Jugendinitiativen, die im Laufe der letzten Jahre Kontakt zur RLS gesucht haben und auch weiter pflegen sind kontinuierlich gewachsen. ZeitzeugInnen-Bildungsprojekte wie die mit Emilie Schindler ( 2001 verstorben), Fred Dellheim (verstorben 2003), Lisa Behn (verstorben 2008), Vera Ansbach, Walter Sack (verstorben 2008) und weitere ZeitzeugInnen aus dem Umfeld der Widerstandsgruppen um Herbert Baum, Gerda Szepansky (verstorben 2004), Lore Krüger (verstorben 2009), Wladimir Gall (Russland), Sally Perel (Israel), Ernesto Kroch (Uruguay), Adolf Burger (Tschechien) haben biografisch-historisches Lernen in und mit der RLS maßgeblich geprägt. Bei anhaltend hohem Interesse an der Auseinandersetzung mit Themen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und stark abnehmenden Möglichkeiten einer kommunikativen Erinnerungsarbeit sind alternative Wege und Methoden historisch-politischer Bildungsarbeit gefragt. Die bisherigen Erfahrungen bei der Arbeit mit dem biografischen, generationsübergreifenden Ansatz finden indes Eingang in Bildungsprojekte zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte.

Fester Bestandteil der AG-Aktivitäten ist seit langem auch die Kooperation mit den jährlichen SchülerInnen-Wettbewerben „Zivilcourage vereint“ unter Federführung des MdB-Büros von Gesine Löttsch. Die Sieger jedes Wettbewerbs fah-

ren alljährlich mit und zu ZeitzeugInnen des antifaschistischen Widerstands in ein Land Europas (Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Griechenland, Österreich). Jugendprojekte, die direkt oder indirekt durch die RLS/„AG Geschichte für die Zukunft“ gefördert wurden und werden, gehörten und gehören immer wieder zu den Preisträgern. Einer der ersten Preisträger war das SchülerInnen-Netzwerk „MuT“ aus Marzahn-Hellersdorf, an dessen Entstehung Fred Löwenberg so großen Anteil hatte (s. dazu auch die Beiträge von Sibille Bühring und Burkhard Zimmermann). Vielleicht führt ja eine der nächsten Wettbewerbsreisen auch in die Heimat von Fred, seinen Geburtsort Breslau (heute Wrocław), in die unweit von Wrocław gelegene und so wenig bekannte KZ-Gedenkstätte Groß-Rosen und ins Eulen-Gebirge, wo die Nationalsozialisten noch in der Endphase ihres verbrecherischen Krieges ein weiteres Hauptquartier Namens „Riese“ aus dem Boden stampfen wollten.

Mit Sicht auf jugendliche BildungsadressatInnen wollen die AkteurInnen der „AG Geschichte für die Zukunft“ künftig unter dem gemeinsamen Dach des „Gesprächskreises Geschichte“ der RLS weiterhin dazu beitragen, dass

- ein breites Angebot für lebendige Auseinandersetzung mit und Erinnerung an Geschichte unterbreitet wird;
- interessante Lernräume für selbst bestimmtes, aktives Lernen aus der Geschichte für die Entwicklung persönlicher und gesellschaftlich relevanter Wertmaßstäbe eröffnet werden;
- bei bereits bestehenden zeitgeschichtlich orientierten Bildungsinitiativen umfassende Unterstützung und Beratung für ihre Realisierung ermöglicht wird.

Mit der Entstehung und Entwicklung des gemeinsamen, stiftungsübergreifenden „Gesprächskreises Geschichte“ sollen künftig auch verstärkt Bildungsangebote für LehrerInnen und weitere MultiplikatorInnen dazu beitragen, dass diesen AdressatInnen

- bei ihrer Suche nach Wegen, historisch-politische Bildungsarbeit für SchülerInnen interessanter, spannender, abwechslungsreicher, persönliche Lebenswege prägender zu gestalten, größtmögliche Unterstützung zuteil wird;
- bei ihrer eigenen Weiterbildung ein interessantes, linkes, an aktuellen Forschungsergebnissen orientiertes Bildungsprogramm der RLS nahe gelegt wird;
- neue Erkenntnisse linker historischer Forschung für populäre Bildungsformate aufbereitet werden. Die in diesem Manuskriptband vorgelegten, bisher nicht bekannten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse zum Nationalsozialismus und zum Widerstand in Schlesien, die Fred Löwenberg so vehement eingefordert hat, sollen auch den MultiplikatorInnen/LehrerInnen nützlich sein, die sich in länderübergreifenden, deutsch-polnischen Jugendprojekten engagieren.

## **Kommunikatives Erinnern mit ZeitzeugInnen, eine bevorzugte Methode in der historisch-politischen Jugendbildung**

Über viele Jahre waren Projekte kommunikativen Erinnerns an Nationalsozialismus und antifaschistischen Widerstand eine der Hauptarbeitsmethoden biografisch-historischen Lernens an und mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Zeitzeuge Fred Löwenberg gehörte zu den wichtigsten Pionieren und Wegbereitern der schnell zunehmenden Projekte biografisch-historischen/generationsübergreifenden-historischen Lernens. Es verging nicht eine Arbeitswoche ohne Gespräche/ Projektideen/Projektplanungen mit dem Vorsitzenden der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (B.V. VdN) e. V. In seinem Büro im Erdgeschoss des ND-Gebäudes klingelte pausenlos das Telefon, ständig konnte man/frau bei ihm ZeitzeugInnen, politische BildnerInnen, StudentInnen, SchülerInnen kennen lernen, die mit Fred in dem einen oder anderen antifaschistischen Netzwerk aktiv waren.

Eines mochte Fred gar nicht – das Wort „Zeitzeuge“, obwohl es in seinem eigenen Projekt gemeinsam mit der RLS sogar im Titel gleich mehrfach erscheint. Lange hatten die WorkshopteilnehmerInnen im Dezember 2001 diskutiert, bis Fred sich mit dem Arbeitstitel des zu gründenden temporären Netzwerkes „Gegen Vergessen und Verdrängen – Späte Spurensuche. Ein Projekt mit Zeitzeugen und Zeugen von Zeitzeugen bisher nicht gewürdigter deutscher Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand und NS-Verfolgter in Schlesien 1933 -1945“ anfreundete konnte. Letztlich stimmte Fred zu, um den ohnehin schon langen Arbeitstitel nicht noch weiter zu strapazieren. Alle hatten aber auch verstanden, warum Fred das Wort „Zeitzeuge“ nicht mochte, nicht mögen konnte: Es war ihm in erster Linie wohl viel zu passiv und Alles und Nichts sagend. Fred war „Akteur der Zeitgeschichte“, Netzwerke-Erbauer im Ringen um generationsübergreifendes demokratisches Miteinander.

Die Kooperation mit den SchülerInnen- sowie LehrerInnen-/Eltern-Netzwerken „MuT“ (Für Menschlichkeit und Toleranz) bereits in deren Gründungsphasen verdankt die RLS Fred Löwenberg. LehrerInnen und SchülerInnen aus Marzahn-Hellersdorf waren aktiv beteiligt an der Abschlussveranstaltung des ersten Lesereiseprojekts von Wladimir Gall aus Moskau (Parlamentär von Spandau) am 14. Juni 2001 in Gedenken an den faschistischen deutschen Überfall auf die Sowjetunion von 60 Jahren. Wenige Tage zuvor, auf der 6. Delegiertenkonferenz in Berlin hatte der alte und neue Vorsitzende der B.V. VdN, Fred Löwenberg, gemahnt: „... die Jugend... erwartet immer mehr unseren Rat für die Gegenwart, unsere Einschätzung der Ereignisse der jüngsten Geschichte und unseren Standpunkt zu den Fragen der Gegenwart, um ihren Weg in die Zukunft zu finden. Das aber zwingt gerade auch unsere Kameradinnen und Kameraden, ihre eigene Geschichte neu zu durchdenken, die daraus abzuleitenden gegenwartstauglichen Lehren zu ziehen und sich daher auch intensiv mit der Gegenwart auseinander zu setzen“.

Marzahn-Hellersdorfer SchülerInnen traten auf der Gedenkveranstaltung mit einem eigenen, multikulturellem Musikprogramm auf. Die RLS hatte mit Texten aus dem Buch von Wladimir Gall „MOSKAU-SPANDAU-HALLE. Etappen eines Lebensweges“ für die SchülerInnen eine Kombination aus Szenischer Lesung und Fragen an Wladimir Gall vorbereitet. Szenische Lesungen und Theaterarbeit überhaupt nehmen inzwischen in der historisch-politischen Jugendbildungsarbeit der RLS einen nicht mehr weg zu denkenden Platz ein. Der Grundstein dazu wurde in den Jahren 2000/2001 gelegt, nicht ohne Zutun von Fred, der nicht müde wurde, neue Wege zu erschließen, die Zeitgeschichte für Jugend interessant und wichtig für die eigene Lebensplanung machen.

Wenige Wochen nach dem erfolgreichen, ersten Lesereiseprojekt mit Wladimir Gall, am 13. Juli 2001, gab es für die RLS und die B.V. VdN, namentlich ihrem Vorsitzenden Fred Löwenberg, eine eindrucksvolle Begegnung und anregende Gespräche mit Emilie Schindler.

Emilie Schindler (geb. 1907, gest. im Oktober 2001 in Strausberg bei Berlin) – die „Zeitzeugin im Schatten“ – kam im Juli 2001 mit der Historikerin Erika Rosenberg von Buenos Aires nach Berlin; im Gepäck ihre Autobiographie „In Schindlers Schatten“.

Eingeladen von der Oskar-Schindler-Oberschule in Hohenschönhausen, besuchte sie nach 59 Jahren erstmals wieder Berlin, nach 52 Jahren wieder Deutschland. Die Witwe von Oskar Schindler war Gast der Schule, deren SchülerInnen gegen den Willen so mancher LehrerInnen diesen Namen als einzige Schule in der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt hatten. Es gab auch Pläne der SchülerInnen, den Namen ihrer Schule zu erweitern: „Oskar und Emilie Schindler Oberschule“. (Inzwischen ist diese Schule den Schließungsplänen in Berlin zum Opfer gefallen, trotz Widerstand von SchülerInnen und einer Reihe von LehrerInnen, trotz modernem Bau und tollen Lernbedingungen.)

Die entstandene Kooperation von RLS – Fred Löwenberg – Oskar Schindler Oberschule hatte aber nach der eindrucksvollen Begegnung mit Emilie Schindler viele neue Impulse erhalten. Das ist nicht zuletzt dem großen Engagement von Studienrat, Axel Gebauer, zu verdanken, damals noch Fachbereichsleiter „Geschichte“ an der Oskar-Schindler-Oberschule und heute nicht minder aktiv in der Kooperation mit der RLS an der Robert-Jungk-Oberschule in Berlin-Wilmersdorf.

Im Juni 2003 fand z.B. in der Oskar Schindler Oberschule mit Hilfe der RLS und in enger Zusammenarbeit mit Axel Gebauer eine ganze „Projektwoche mit ZeitzeugInnen“ für den Leistungskurs Geschichte in den Klassen 9-13 statt. Übergreifendes Thema war der Umgang mit gravierenden, persönlichen Brüchen im Leben von ZeitzeugInnen, Menschen also, die sich in jungen Jahren und in schwierigen historischen Situationen als Menschen beweisen mussten und auch wollten. In Form eines Politikaffees diskutierten die SchülerInnen mit dem Offizier der Roten Armee, Wladimir Gall, und Gottfried Hamacher, seit Juli 1941 sowjetischer Kriegsgefangener und seit 1943 Frontbeauftragter und Armeebefauf-

tragter des NKFD, mit Hanna Poymachina und Stefan Doernberg, zwei Deutschen in der Roten Armee, mit Lore Krüger und Kurt Hälker, zwei Deutschen im antifaschistischen Widerstand in Frankreich und in anderen Ländern, mit Pastorin Ilse-gret Fink von der RLS zu Fragen, welche Religion ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, und natürlich auch mit Fred Löwenberg über seine historischen und aktuellen Erfahrungen antifaschistischer Kämpfe und Netzwerke. „Die Enkel und Urenkel der Zeitzeugen sind oftmals offener und sensibler als es die Kinder-generation nach 45 war“, so Fred in einem Interview für das Projekt „Standpunkte“ – ein Netzwerk von Berliner PädagogInnen gegen Gewalt und Extremismus, dem er sich ebenfalls sehr verbunden fühlte. „Die hatten“, so Fred weiter, „damals andere Sorgen, der Hunger, das Kriegsende, die Perspektivlosigkeit. Aber heute setzen sich junge Menschen damit auseinander, die wollen heute wissen, wie haben sich unsere Großeltern verhalten, wie hat sich der und der verhalten, war das ein Nazi, war der schuldig. Das heißt also auch, die Menschen von heute wollen mehr davon wissen wie der Alltag im Faschismus war. Sie wollen wissen, was man heute tun kann und tun muss, auch aufgrund unserer Erfahrungen, um Wiederholungen zu verhindern, darauf kommt es an. Es kommt nicht darauf an, sich in geschichtsträchtigen Erinnerungen zu verlieren, es wird so vermittelt, dass man für heute einen Zweck daraus ziehen kann...“

Ich halte nichts davon, zu sagen, die junge Generation sei entpolitisiert oder politikfeindlich – es gibt solche in jeder Generation – denn wenn man sie anspricht, interessieren sie sich. Sie wollen auch gebildet werden, wenn man sie nicht mit dem Zeigefinger zu erziehen versucht, sondern wenn man sie als gleichberechtigte Partner nimmt.

Man muss Verständnis haben, dass die junge Generation das Recht hat, mit dem eigenen Kopf zu denken und auch mit dem eigenen Herzen zu fühlen. Auch in politischen Angelegenheiten, in der Erinnerung an Widerstand, Verfolgung, den Holocaust, hat die junge Generation das Recht, damit umzugehen wie es der eigenen Mentalität entspricht. Ich habe keine Schwierigkeiten mit den Jungen ins Gespräch zu kommen.“<sup>1</sup>

Derlei Schwierigkeiten kannten auch viele andere ZeitzeugInnen und AkteurInnen der Zeitgeschichte nicht, wie sich beispielsweise im SchülerInnen-Politik-kaffee der Oskar-Schindler-Oberschule gezeigt hatte. „Fragt uns, wir sind die Letzten, die Euch aus eigenem Erleben noch Rede und Antwort stehen können“ – dieser, in den letzten Jahren so oft gehörte Satz, ist inzwischen fast verstummt.

So wie Fred sind von diesen ZeitzeugInnen heute auch Gottfried Hamacher und Lore Krüger nicht mehr unter uns. Gottfried hat in seinen letzten Lebensjahren sehr intensiv an einer Sammlung von Kurzbiographien „Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung ‘Freies

1 Interview mit einem Zeitzeugen: Fred Löwenberg. In: Projekt Standpunkte. Sonderheft Interkulturelle Beiträge 38, Berlin 2003, S. 34 f.

Deutschland“ gearbeitet, die Dank des Engagements von Jörn Schütrumpf, Geschäftsführer des Karl Dietz Verlag Berlin, 2005 in der Manuskripte-Reihe veröffentlicht wurden. Von Lore haben wir uns erst vor wenigen Wochen mit einer akademischen Trauerfeier in der RLS verabschiedet. Die mehr als Einhundert Trauergäste haben auf Wunsch der Angehörigen ihre Ehrerbietung nicht mit Blumen und Kränzen zum Ausdruck gebracht, sondern mit umfangreichen Spenden, die weiteren SchülerInnen ermöglichen wird, beim diesjährigen Wettbewerb „Zivilcourage vereint“ ausgelobt zu werden und teil zu nehmen an der Gedenkstättenfahrt mit ZeitzeugInnen zu ZeitzeugInnen des antifaschistischen Widerstandes in Österreich.

Netzwerk- und Projektarbeit mit und in KZ-Gedenkstätten war immer auch ein Anliegen von Fred. Heute können wir von der RLS sagen, dass wir in diesem Sinne Vieles auf den Weg gebracht haben: Wir kooperieren mit dem Kinderring Berlin e.V., der mehrfach in jedem Jahr für Berliner SchülerInnen Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz durchführt, aber auch für MultiplikatorInnen. Seit kurzen gibt es auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Mauthausen Komitee Ost e. V., das aus der Lagergemeinschaft Mauthausen hervorgegangen ist. Gedenkstättenfahrten in die Republik Polen, in Verantwortung des VVN/BdA unterstützen wir seit Jahren. Auch mit der Eigenverantwortung von Gedenkstättenfahrten für MultiplikatorInnen nach Tschechien in Zusammenarbeit mit dem Zeitzeugen Adolf Burger haben wir uns versucht. Nicht zuletzt gibt es eine enge Zusammenarbeit mit dem RLS-Büro in Warschau, das kürzlich eine Studienfahrt nach Warschau und Treblinka für MultiplikatorInnen/LehrerInnen historisch-politischer Jugendbildung zu aktuellen Fragen von Gedenkstättenpädagogik und Holocaust-Eduktion ermöglichte. Der Austausch mit LehrerInnen aus Polen war sehr anregend; neue Schulprojekte sowohl in Berlin als auch in Niedersachsen, konkret in Hildesheim, sind in Arbeit. So schließt sich wieder ein Kreis. Hildesheim war der letzte Wohnort von Oskar Schindler. Die am evangelischen Gymnasium in Hildesheim kürzlich ins Leben gerufene SchülerInnen-Geschichtswerkstatt hat begonnen, auf Spurensuche zu gehen. Im November wird Erika Rosenberg, die als Zeugin der Zeitzeugin Emilie Schindler, bundesweit Lesereisen an Schulen, u.a. in Zusammenarbeit mit der RLS, zum Wirken von Oskar und Emilie Schindler durchführt, in Hildesheim aktiv.

Dass ZeugInnen von ZeitzeugInnen künftig immer mehr das Erbe von Überlebenden des Nationalsozialismus in ihre Hände nehmen müssen, dass es v.a. Jugendliche sein sollen, die die Verantwortung für die Zukunft einer friedlichen, demokratischen, solidarischen Gesellschaft noch vor sich haben, hat Fred immer bedacht. Um sie auf diese Aufgabe vorzubereiten, hat er stets darauf gedrängt, so lange es möglich ist, gemeinsam mit Jugendlichen die Erinnerungsorte nationalsozialistischer Schreckensherrschaft zu besuchen. Wenige Wochen nach seinem 80. Geburtstag (geb. am 19.4.1924) und kurz vor seinem plötzlichen Ableben (30.5.2004) hat er mit MultiplikatorInnen historisch-politischer Jugendbildung

seine Heimat Niederschlesien, Wroclaw (seine Geburtsstadt Breslau) und die KZ-Gedenkstätte Groß-Rosen besucht.

## **Groß-Rosen – einer der unbekanntten und vergessenen Erinnerungsorte**

Nach Folter und Einzelhaft in den Gestapokellern von Breslau war Fred Löwenberg bis zur Befreiung vom Hitlerfaschismus Häftling in Buchenwald und Neuengamme. Kurz nach Kriegsende ging er für einige Zeit in seine Heimatstadt Breslau zurück, um als „Bürgermeister“ die deutsche Selbstverwaltung in der Stadt zu koordinieren. Bei der polnischen Militärkommandantur und der polnischen Selbstverwaltung in Wroclaw genügten schon nichtige Anlässe, um Fred zum „Sündenbock der SS-Wachmannschaft des KZ Groß-Rosen“, mit denen er wochenlang eine Zelle im Gefängnis Kletschkaustraße teilen musste, und der polnischen Wachmannschaft zu machen (Siehe Daniela Fuchs-Frotscher: Gespräche mit Fred Löwenberg über sich und seine Heimatstadt Breslau).

Historisch-politische Jugendbildungsarbeit in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Groß-Rosen wurde in den letzten Lebensjahren von Fred Löwenberg geradezu ein „Muss“ bei von ihm konzipierten und/oder von ihm begleiteten Studienfahrten in die Republik Polen. Das unbekanntte und vergessene Groß-Rosen war für ihn exemplarisch für die unzähligen, selbst bei MultiplikatorInnen historisch-politischer Bildung kaum oder nur wenig bekannten Konzentrationslager, mit denen der Nationalsozialismus Europa überzogen hatte. Neueste Forschungen zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager bestätigen, was Fred über die Gründe des „vergessenen Lagers“ berichtet hatte: „Groß-Rosen ist in Deutschland nicht nur aufgrund von Sprachbarrieren kaum bekannt – der niederschlesische Ort Groß-Rosen heißt heute Rogoznica und liegt in Polen-, sondern auch, weil es in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg nur schwer erreichbar war: Es lag in einem historischen Niemandsland, zwischen den Vernichtungslagern in Polen und den Konzentrationslagern bei München und Berlin, bei Hamburg und Weimar. Die Region Schlesien stand zudem im öffentlichen Bewusstsein der deutschen Nachkriegsjahrzehnte, vor allem für verlorene Heimat, Flucht und Vertreibung. Es gab in der Bundesrepublik auch keinen Aufsehen erregenden Prozess gegen die Kommandanten, Funktionäre oder Bewacher von Groß-Rosen, und es liegen vergleichsweise wenig publizierte Aufzeichnungen und Zeugnisse in deutscher Sprache vor.“<sup>2</sup> Auch Fred Löwenberg hat weder zu seiner eigenen Biographie noch zur Geschichte seiner Heimat Niederschlesien kaum Schriftliches hinterlassen.

2 Isabell Sprenger/Walter Kumpmann: Groß-Rosen – Stammlager. In: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, hrg. Von Wolfgang Benz und Barbara Distel, Bd. 6, Verlag C.H. Beck oHG, München 2007, S. 195.

Mit etwa 120 000 verschleppten Menschen gehörte Groß-Rosen dennoch zu den größten Zwangslagern überhaupt.

Das Konzentrations- und Zwangsarbeitslager Groß-Rosen in Niederschlesien westlich von Wroclaw (Breslau) war 1940 zunächst als Außenlager des KZ Sachsenhausen vom NS-Staat errichtet worden. Ein Jahr später wurde es selbständiges Hauptlager und verwaltete bis zu seiner endgültigen Evakuierung im Februar 1945 ca. 100 Nebenlager, davon allein 40 für Frauen. Dazu gehörte das Frauenarbeitslager Brännlitz (heute Brnec in Tschechien), dessen Installierung in engem Zusammenhang mit der Umfunktionierung der damaligen Krakower Emailfabrik von Oskar Schindler in eine Munitionsfabrik stand. Auch 300 Frauen (295 Polinnen, drei Deutsche, eine Tschechin, eine Staatenlose) aus dem KZ Plaszow (Häftlingsnummern 76 201 – 76 500) gelangten durch die „Schindler-Liste“ schließlich nach Brännlitz. 297 von ihnen überlebten.

Der schnelle Ausbau von Groß-Rosen seit 1944, war bedingt durch den Anschluss weiterer Nebenlager, durch den Aufbau eines sogenannten „Auschwitzlagers“ im Hauptlager selbst und die Einrichtung mehrerer spezieller Arbeitsabteilungen auf dem Lagergelände, z.B. die „Wetterstelle“. Unter diesem Codenamen verbargen sich geheime Forschungen auf dem Gebiet der Hochfrequenztechnik. Die Anfänge der „Wetterstelle“ gehen ins Jahr 1940 zurück und waren zunächst dem KZ Dachau unterstellt. Seit Juni 1944 hatte Groß-Rosen das Kommando übernommen.

### **Die Forschungen zum Lager Groß-Rosen, sind wenig fortgeschritten.**

Als Gedenkstätte mit Museum existiert Groß-Rosen aber bereits seit Mitte der 80er Jahre. In Deutschland Ost wie West ist es der historisch, politisch interessierten Öffentlichkeit trotz seiner geographischen Nähe zu Krzyzowa (Kreisau, Gut des Grafen von Moltke, auf dem der Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 geplant wurde) aber kaum bekannt.

Insbesondere der „Verein zur Förderung der politischen Bildung“ e.V. hatte sich in enger Zusammenarbeit mit Fred Löwenberg die Aufgabe gestellt, mit SchülerInnen und LehrerInnen auf Spurensuche in Groß-Rosen zu gehen, gemeinsam mit WiderstandskämpferInnen aus dem nahe gelegenen Wroclaw. Das korrespondierte mit dem, ebenfalls auf Initiative von Fred, an der der RLS ins Leben gerufenen Bildungsprojekt: „Gegen Vergessen und Verdrängen – Späte Spurensuche. Ein Projekt mit Zeitzeugen und Zeugen von Zeitzeugen bisher nicht gewürdigter deutscher Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand und NS-Verfolgter in Schlesien 1933-1945“. Im Oktober 2002 startete die erste Jugend-/MultiplikatorInnenfahrt, leider ohne Fred Löwenberg. Trotz Krankheit ließ es sich Fred aber nicht nehmen, die Studienfahrt telefonisch logistisch zu unterstützen und zu begleiten.

Andere Fahrten folgten, einschließlich der, am 24. und 25. April 2004, die zum letzten gemeinsamen Projekt mit Fred werden sollte.

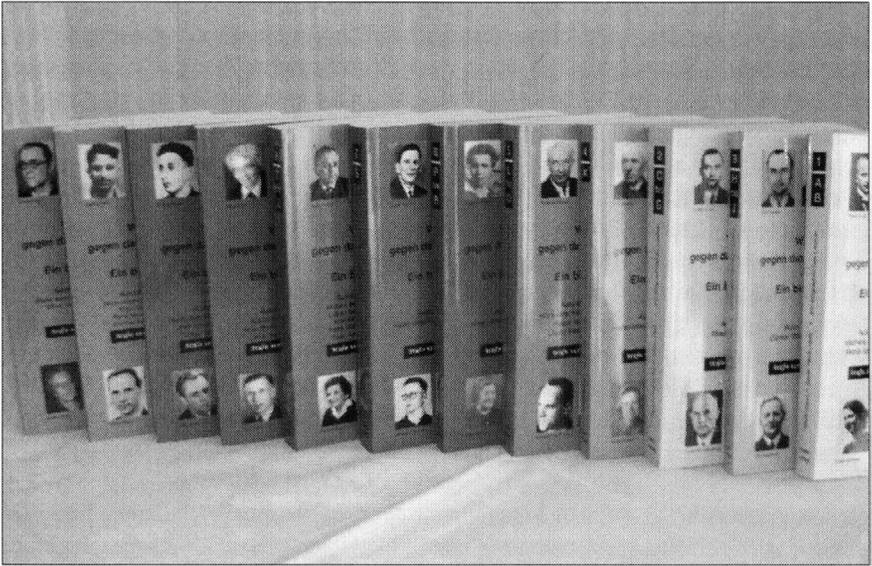
## **Forschungslücken zur Zeitgeschichte benennen und entsprechende Projekte befördern**

Das von Fred Löwenberg initiierte Gemeinschaftsprojekt mit der RLS „Gegen Vergessen und Verdrängen – Späte Spurensuche. Ein Projekt mit Zeitzeugen und Zeugen von Zeitzeugen bisher nicht gewürdigter deutscher Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand und NS – Verfolgter in Schlesien 1933 – 1945“ war zuallererst ein historisch-politisches, generationsübergreifendes Bildungsprojekt. Fred hegte indes aber auch die Hoffnung, dass im Realisierungsprozess des selbst gestellten Bildungsauftrages auch InteressentInnen zu uns stoßen würden, die sich der einen oder anderen Lücke im wissenschaftlich nur marginal behandelten Forschungsthema „deutscher und gemeinsamer deutsch-polnischer antifaschistischer Widerstand in Schlesien 1933 – 1945“ annehmen würden. Zuallererst ging es aber darum, in Schlesien geborene ZeitzeugInnen, die dort auch ihre Jugend verbracht hatten, zu finden und bisher ihre Lebensgeschichten noch nicht offengelegt hatten. Die Aufrufe in Tageszeitungen, Publikations- und Wissenschaftsorganen unseres gemeinsamen Umfeldes waren jedoch nicht so erfolgreich, wie wir erhofft hatten. Zwar gelang es uns mittels PraktikantInneneinsatz und mit Hilfe kleinerer Honorarverträge, ZeitzeugInnen in Sachsen, Niedersachsen, Bayern, Berlin ... zu interviewen. Die Ergebnisse fließen auch in Forschungsvorhaben junger WissenschaftlerInnen ein, die die Zeitgeschichte Schlesiens in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken. (Siehe dazu Teil 2 dieses Manuskriptbandes „UNERFORSCHTES“). Oft genug kam unsere „späte Spurensuche“ aber auch zu spät, wie beispielsweise bei der gebürtigen Breslauerin Irmgard Konrad (1915 -2003).

Neben den zahllosen offenen Forschungsfragen zu Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien, verbunden mit unzähligen vergessenen Lebensgeschichten, engagierte sich Fred für ein vergleichbares Forschungsprojekt an seinem Wohnort Berlin: „Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 – 1945. Ein biographisches Lexikon“ in 10 Bänden, trafo verlag 2002 – 2005, 1. Auflage. Einer Geschichtswerkstatt, bestehend aus erfahrenen (Lothar Berthold, Hans-Joachim Fieber, Klaus Keim, Günter Wehner) und noch jungen Wissenschaftlern (Michele Barricelli, René Mounajed, Oliver Reschke), fühlte sich Fred sehr verbunden. Besonders wichtig war ihm, gerade die jungen Leute des Teams auch mit seinen antifaschistischen, historisch-politischen Bildungsaktivitäten, wie Gedenkstättenfahrten nach Groß-Rosen, vertraut zu machen. Das Forscherteam/die Geschichtswerkstatt nahm geschlossen an Freds letztem großem Projekt – der Studienfahrt nach Wroclaw und Groß-Rosen am 24./25.4.2004 – teil. Michele Barricelli ist heute Professor an der Universität in Hannover, René Mounajed hat seine Promotion im Oktober 2008 an der Universität Göttingen/Bereich Didaktik der Geschichte abgeschlossen, arbeitet derzeit als Referendar am Evangelischen Gymnasium in Hildesheim und unterstützt die RLS seit deren Kooperation mit Fred

Löwenberg in zahlreichen Projekten historisch-politischer Jugendbildung, Oliver Reschke ist inzwischen Promotionsstipendiat der RLS.

Eine zweite, inzwischen stark erweiterte Auflage des biografischen Lexikons zum „Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945“ wäre von Nöten, auch und nicht zuletzt für die biografisch-historische Jugendbildungsarbeit in Berlin. Aber: Eine Realisierungsmöglichkeit ist nicht in Sicht. Mit diesem Manuskriptband, „In memoriam Fred Löwenberg“ soll zumindest auf die Notwendigkeit eines solchen Vorhabens hingewiesen werden.



Obwohl wir wussten, dass Fred nie die Absicht hatte, eine Autobiographie zu schreiben und zu veröffentlichen, sind wir auch bei ihm mit unserer „späten Spurensuche“ zu spät gekommen. Unser Wissen über Freds Biographie ist mehr als lückenhaft. Da gibt es verschriftlichte Reden von und Interviews mit ihm, Gedächtnisprotokolle zu gemeinsamen Projektbesprechungen..., systematische Interviews mit ihm, über sein überaus bewegtes Leben und biografische Forschungen dazu, aber gibt es nicht. Freds Verdienste bei der Etablierung biografisch-historischen, generationsübergreifenden- historischen Lernens an und mit der RLS legen aber nahe, dass diejenigen in der „AG Geschichte für die Zukunft“, die sich Fred und seinen Anliegen besonders nahe fühlten und fühlen, eine möglichst umfangreiche Biographie Fred Löwenbergs ganz oben auf die Agenda ihrer Projekte in aller nächster Zukunft setzen.

## Schlesien als Desiderat der NS-Forschung

*“Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Schlesien hat bis heute kein ‘Gesicht’, was im Gedächtnis vieler deutscher Schlesier eine säuberliche Sortierung der Erinnerung ermöglicht: Hier die verklärte verlorene Heimat, dort die erst in der Flucht- und Vertreibungserfahrung konkretisierten Kriegsschrecken.”<sup>1</sup>*

Was Maximilian Eiden in seinem Forschungsüberblick zur Gedächtnisgeschichte der Historischen Schlesienforschung 2005 konstatierte, begegnet uns immer wieder: auf Veranstaltungen, die irgendwie die ehemaligen deutschen Ostgebiete thematisieren, in abendfüllenden Spielfilmen und insbesondere in der politischen Auseinandersetzung um das “Sichtbare Zeichen” der Stiftung “Flucht, Vertreibung, Versöhnung” und das “Zentrum gegen Vertreibungen” des Bundes der Vertriebenen – und das hängt eng mit der Forschungslage zum Nationalsozialismus in Schlesien zusammen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die wissenschaftliche Beschäftigung mit den historischen ostdeutschen Provinzen stark vernachlässigt und so blieben zahlreiche Aspekte der Geschichte Schlesiens, insbesondere für die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus unerforscht. Da die wissenschaftliche “Zuständigkeit” für Schlesien nun in Polen und der Tschechoslowakei lag, gab es Überlegungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften Mitte der 50er Jahre zur Arbeitsteilung zwischen polnischen und tschechoslowakischen Wissenschaftler\_innen.<sup>2</sup> Während in der DDR beispielsweise die schlesische Arbeiterbewegung nur marginal Beachtung fand<sup>3</sup>, war die bundesdeutsche Schlesienforschung anfangs sehr auf die Vertreibungs- und Heimatgeschichtsschreibung fixiert. Der Schwerpunkt lag eindeutig auf dem “Konservieren des kulturhistorischen Erbes”<sup>4</sup>, wie zahlreiche Veröffentlichungen zeigen. Während in der allgemeinen Geschichtswissenschaft der Schwerpunkt auf der Zeitgeschichte liegt und eher die

1 Maximilian Eiden: Gedächtnisgeschichte, In: Joachim Bahlcke (Hg.): Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft, Köln 2005, S. 477-510, bes. S. 504.

2 Bahlcke: Historische Schlesienforschung, S. XVf.

3 Bspw. in der unveröffentlichten Dissertation von Christel Gibas: Kommunistische Parlamentspolitik im Niederschlesischen Provinziallandtag für die Interessen der Werktätigen, gegen imperialistische Ostpolitik und drohende faschistische Gefahr (1925 bis 1932/33), unveröff. Diss., Halle 1967.; Ralph Schattkowsky: Zum gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Kommunisten in Oberschlesien im Zeitraum 1918/19 bis 1933, unveröff. Diss., Rostock 1983. Schwerpunkt in der DDR war Oberschlesien.

4 Matthias Weber: Über die Notwendigkeit einer Standortbestimmung der historischen Schlesienforschung in Deutschland, In: Ders./ Carsten Rabe (Hg.): Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung, Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag, Würzburg 1998, S. 13-25, hier S. 20.

frühe Neuzeit bis zum 19. Jahrhundert vernachlässigt wird, ist dies bei Schlesien eher umgekehrt - wie der Blick in ältere Jahrgänge des "Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität" belegt.<sup>5</sup>

Wissenschaftliche Arbeiten wurden sicher auch durch die Trennung von den Quellen erschwert, aber auch das Interesse der Leser\_innen war eher auf "schöne" Erinnerungen - ergänzt um Vertreibungsgeschichten ausgerichtet - als auf eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und der eigenen Verantwortung darin.<sup>6</sup> In allen vier Ländern blieb so die Forschung lange Zeit "von politischen Tagesinteressen, ideologischen Vorgaben und akademischen Tabuisierungen nicht unbeeinflusst".<sup>7</sup>

Recherchiert man die neueren wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema, stellt man schnell fest, dass Schlesien im Vergleich zur bundesdeutschen NS-Forschung im heutigen Bundesgebiet immer noch ein Forschungsdesiderat ist.

Dabei ist gerade die Forschung und wissenschaftliche Aufarbeitung ein wichtiger Bestandteil einer kritischen Erinnerungskultur in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Doch auch nach 1989 blieben die ehemaligen deutschen Ostgebiete in der öffentlichen Wahrnehmung oft nur die "verlorene Heimat" ohne Geschichte - vor allem aber ohne nationalsozialistische Vergangenheit. Sicher gibt es wissenschaftliche Arbeiten zum Thema, doch die Wahrnehmung der "schönen, alten Heimat" bestimmen nach wie vor überlieferte Familiengeschichten<sup>8</sup>, die Vertriebenenverbände und in den letzten Jahren verstärkt Fernsehproduktionen von Guido Knopp bis zu Filmen wie die "Die Flucht", deren wissenschaftlicher Gehalt und erinnerungspolitische Aussage in Zweifel gezogen werden darf.<sup>9</sup>

Im folgenden soll auf einige Veröffentlichungen und Tagungen eingegangen werden, die die vorhandenen Lücken aufzeigen oder zu schließen versuchen. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf Niederschlesien liegen.<sup>10</sup> Zudem werden einige wichtige Forschungsfelder aufgezeigt, die bisher noch nicht oder nicht ausreichend bearbeitet wurden.

## **Aktuelle Veröffentlichungen**

Detlef Schmiechen-Ackermann stellte in seiner Bilanz der lokal- und regionalgeschichtlichen Literatur zum Nationalsozialismus fest, dass Breslau diejenige der

5 Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, im Auftrag der Stiftung Kulturwerk Schlesien, hrsg. von Josef Joachim Menzel, Sigmaringen.

6 Vgl. dazu Ulrich Schmilewski: Stadtgeschichte, In: Bahlcke: Historische Schlesienforschung, S. 391.

7 Bahlcke: Historische Schlesienforschung, S. XVf.

8 Zu dieser Problematik siehe die Studie von Harald Welzer/ Sabine Moller/ Karoline Tschuggnall: "Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/ Main 2002.

9 Dazu u.a.: Frank Bösch: Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft, In: VfZG 1/2007.

10 Schlesien als ehemalige preußische Provinz wurde 1919 in die Provinzen Nieder- und Oberschlesien geteilt. Die NSDAP-Gaue gleicher Bezeichnung wurden 1938 bis 1941 zu einem Gau Schlesien zusammengelegt. Ab 1941 wurden sie jedoch wieder getrennt verwaltet.

deutschen Großstädte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist, zu der kaum Untersuchungen zur NS-Zeit vorliegen<sup>11</sup> und das kann man ohne weiteres für Schlesien insgesamt verallgemeinern.

Selbstverständlich gibt es grundlegende Veröffentlichungen zu einzelnen Städten (insbesondere zu Breslau, Oppeln, Liegnitz<sup>12</sup> etc.<sup>13</sup>), doch im Vergleich insbesondere mit dem heutigen Bundesgebiet sind die Arbeiten verschwindend gering, oft auf kleine Regionalstudien beschränkt, widmen sich bestimmten Teilaspekten (wie z.B. der Jüdischen Gemeinde in der Stadt) und sind sie zudem meist nicht in größerem Rahmen veröffentlicht.

Überblicksdarstellungen zur schlesischen Geschichte findet man einige<sup>14</sup> - doch sucht man darin neue Forschungsergebnisse oft vergebens. Es gibt keine umfassenden Analysen zur NS-Herrschaft in Schlesien, keine spezifischen Regionalstudien und keine Arbeiten auf lokaler Ebene zum Beispiel zu einzelnen Städten - nicht zu Konsens und Zustimmung der Bevölkerung, nicht zur Systemstabilisierung bspw. in der kommunalen Verwaltungsebene und auch nicht zu den lokalen Funktionsträgern und Tätern. Diese Unwissenheit betrifft in großem Maße aber auch die Entwicklung der NSDAP im Gau Schlesien bzw. den Gauen Nieder- und Oberschlesien und den frühen städtischen Hochburgen (wie Breslau oder Liegnitz<sup>15</sup>) – weder für den Aufstieg der NSDAP und ihre Machtdurchsetzung in den städtischen Behörden und Institutionen noch für lokalen Protagonisten und Unterstützer der Nationalsozialisten kann die Forschungslage als ausreichend bezeichnet werden. In der Regel erschienen erste Arbeiten zum Thema in den letzten Jahren in Polen und wurden daher von der bundesdeutschen Forschung nur in sehr geringem Rahmen wahrgenommen, da sie in der Regel auch nicht in der Bundesrepublik publiziert werden.

Der 1989 von Lothar Bossle herausgegebene Sammelband zum Thema "Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien"<sup>16</sup> beschäftigte sich erstmals mit Einzelaspekten der Forschung zum Nationalsozialismus. Die Publikation zeigt die Schwerpunkte der NS-Forschung in den letzten Jahren nur zu deutlich: die Erfor-

11 Detlef Schmiechen-Ackermann: Großstadt und Nationalsozialismus. Eine Bilanz der lokal- und regionalgeschichtlichen Literatur in vergleichender Perspektive, In: Archiv für Sozialgeschichte, Band XXXVIII, Bonn 1998, S. 488-554. Hier bes. S. 508.

12 Eine der wenigen Arbeiten zur NS-Zeit vor 1989: Werner Elsner: Liegnitzer Stadtgeschichte (1933-1945), Lorch 1978.

13 Bibliographisch erfasst bei: Hugo Weczerka (Hg.): Schlesien. Handbuch der historischen Stätten, Stuttgart 22003, S. 667-675.; Marek Czaplinski: Polnische Forschungen zur Städtegeschichte Schlesiens. Stationen, Tendenzen, Ergebnisse. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 40/41 (1999/2000), S. 409-424.

14 Vgl. dazu Joachim Bahlcke: Schlesien und die Schlesier, München 2000.; Arno Herzig: Schlesien. Das Land und seine Geschichte in Bildern, Texten und Dokumenten, Hamburg 2008.

15 Im Juli 1932 erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen 43,5% bzw. 48,8% in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz und wurde damit stärkste politische Kraft. In Oberschlesien konnte sie den Stimmenanteil von 9,5% auf 29,2% steigern. Bahlcke: Die Geschichte der schlesischen Territorien von den Anfängen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in: Ders.: Schlesien und die Schlesier, S. 137.

16 Vgl. Lothar Bossle/ Günter Granicky et al. (Hg.): Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien, Sigmaringen 1989.

sung des militärischen wie des christlichen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und die Zeit des Zusammenbruchs und des Kriegsendes in Schlesien. Dabei werden jedoch mehr Lücken aufgezeigt als geschlossen. Insbesondere die problematische Heroisierung des militärischen Widerstandes aus dem schlesischen Adel wirft Fragen zur Definition des Widerstandsbegriffes und nach der Analyse der Verbreitung und Unterstützung nationalsozialistischer Ideologie auf. Die Verfolgung und systematische Ermordung von Jüdinnen und Juden spielte in diesem Band beispielsweise nur in einem Beitrag eine Rolle.

Ein methodisch wie thematisch umfassender Band zum Stand der modernen Schlesienforschung wurde 2005 vom Projektbereich Schlesische Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart vorgelegt. Der Band "Historische Schlesienforschung"<sup>17</sup> eröffnet in zahlreichen Beiträgen interessante Perspektiven beispielsweise auf die "Gedächtnisgeschichte" (Maximilian Eiden) oder die "Parteiengeschichte" (Helmut Neubach). In den Einstiegsdarstellungen werden der aktuelle Forschungsstand, offene Fragen aber auch vorherrschende Perspektiven wiedergegeben. Nicht alle Beiträge verknüpfen – wie beabsichtigt – die historische Schlesienforschung mit modernen kulturwissenschaftlichen Perspektiven und einige Beiträge sind dann doch nur auf die Situation in Oberschlesien oder einen eingegrenzten Zeitraum beschränkt.<sup>18</sup> Auch dieser Band zeigt, dass trotz angestrebter (und sicher auch vorhandener) Kooperation zwischen polnischen, tschechischen und deutschen Wissenschaftler\_innen sich dies leider noch viel zu selten in Publikationen niederschlägt.

Arno Herzig resümiert in seinem Beitrag, dass die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schlesiens in Überblicksdarstellungen weitgehend ausgeblendet blieb, obgleich die Situation in Schlesien nach 1919 interessante und aufschlußreiche Perspektiven bietet. Gerade die Teilung des oberschlesischen Industrieviers, die Randlage an den Grenzen zu Polen und zur Tschechoslowakei und die dadurch bedingte politische Radikalisierung mit reichsweit überdurchschnittlicher NSDAP-Wählerschaft 1932/33 könnten als Aspekte für die zeitgeschichtliche Betrachtung neue und interessante Anknüpfungspunkte bieten.<sup>19</sup> Zudem zeigt diese Publikation einmal mehr, wie sehr umfassende Arbeiten zur Parteiengeschichte, zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte aber auch zur Alltagsgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus fehlen. Und wie wichtig solche Arbeiten auch für die Zeit der Weimarer Republik, z.B. zur Geschichte des Parlamentarismus oder Minderheiten- und Nationalitätenfragen, nach wie vor sind.

Dass sich zahlreiche Nachwuchswissenschaftler\_innen durchaus für schlesische Geschichte interessieren, zeigte die im November 2006 stattgefundenende

17 Joachim Bahlcke (Hg.): Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft, Köln 2005.

18 Z.B. Oberschlesien vor allem im Beitrag von Kai Struve: Nationalismus- und Minderheitenforschung, In: Bahlcke: Historische Schlesienforschung, S. 293-322.

19 Arno Herzig: Wirtschafts- und Sozialgeschichte, In: Bahlcke: Historische Schlesienforschung, S. 159-184, hier S. 169.

“Junge Akademie Schlesien”, eine internationale Nachwuchstagung der Historischen Kommission für Schlesien in Zusammenarbeit mit dem Schlesischen Museum zu Görlitz und dem Gerhard Möbus-Institut für Schlesienforschung, die einen Überblick über laufende Forschungsarbeiten gab. Bezeichnenderweise beschäftigten sich von 32 Referaten über die schlesische Geschichte seit dem Spätmittelalter nur drei mit verschiedenen Aspekten des Nationalsozialismus in Schlesien. Dagegen thematisierten allein fünf den Konflikt um Oberschlesien zwischen 1918 und 1922.<sup>20</sup>

## **Polnische Schlesienforschung der Nachkriegsjahrzehnte bis zur Gegenwart**

Regionalforschung war in der Volksrepublik Polen nicht erwünscht und dennoch wurde sie in den so genannten “wiedergewonnenen Gebieten” (Ziemia Odzyskane) betrieben. Den Bewohner\_innen des westpolnischen Staatsgebiets musste eine Identifikationsmöglichkeit geboten werden, was mit dem Verweis auf das piastische Mittelalter und die Kontinuität polnischer Geschichte in Schlesien geschah.<sup>21</sup>

Neben diesen Forschungsarbeiten gab es einige wissenschaftliche Zeitschriften, die sich insbesondere mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges beschäftigten. Publikationen wie “Studia Slaskie” (Schlesische Studien), “Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi” (SFZH/ Studien über Faschismus und die Verbrechen des Hitlerregimes) oder “Biuletyn Główniej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskiej” (Das Mitteilungsblatt der Kommission zur Erforschung der Hitlerverbrechen in Polen)<sup>22</sup> veröffentlichten wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten über die schlesische Industrie und den Einsatz von Zwangsarbeiter\_innen während der NS-Zeit sowie Studien über lokale Machtausübung z.B. durch die schlesische Gauleitung, zur Entwicklung der NSDAP in Schlesien aber auch über die unterschiedlichen Konzentrationslager, insbesondere das KZ Groß-Rosen und seine zahlreichen Außenlager.<sup>23</sup>

Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die grundlegenden Arbeiten von Karol Jonca zur Jüdischen Geschichte (insbesondere zur Vernichtung der Jüdischen Gemeinden)<sup>24</sup> sowie von Alfred Konieczny. Letzterer arbeitete

20 Tagungsbericht Junge Akademie Schlesien - Nachwuchstagung der historischen Schlesienforschung. 24.11.2006-26.11.2006, Görlitz. In: H-Soz-u-Kult, 02.02.2007, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1474>>.

21 Vgl. dazu Gregor Thum: Die fremde Stadt. Breslau nach 1945, München 2006, S. 304-337.

22 Seit 2001 “Biuletyn Instytutu Pamięi Narodowej” (Bulletin des Nationalen Gedächtnisses).

23 Vgl. dazu der Beitrag von Daniela Schmohl: Der Komplex RIESE - vom Spagat zwischen touristischer Erschließung und historischer Aufarbeitung in diesem Band.

24 Karol Jonca: Schlesiens Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft 1933-1945, In: Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumentation einer Tagung in Breslau, hrsg. v. Friedrich Carl Schultze-Rhonhof, Hannover 1995, S. 55-65.; Ders.: Die Deportation und Vernichtung der schlesischen Juden, In: Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialisti-

neben der Jüdischen Geschichte zum Einsatz ziviler Arbeitskräfte und Kriegsgefangener sowie zum Konzentrationslager Groß-Rosen und seinen Nebenlagern.<sup>25</sup>

Die polnische Forschung war bis Ende der 1980er Jahre jedoch auf die Besatzungsgeschichte im Zweiten Weltkrieg und den von Deutschen begangenen Verbrechen im besetzten Polen konzentriert.<sup>26</sup> Gerade Niederschlesien war „Niemandland“, da es bis in die Achtzigerjahre deutsch-polnischen Forschungsaustausch ebenso wie eine systematische Auswertung polnischer Archivbestände kaum gab.<sup>27</sup>

Seit 1990 ist eine deutliche Veränderung in der polnischen Regionalforschung zu beobachten – das Interesse junger polnischer Historiker\_innen an der preußisch-deutschen aber auch der jüdischen Geschichte<sup>28</sup> ihrer Städte ist sprunghaft angestiegen.<sup>29</sup>

## Zu offenen Fragen der NS-Forschung

1998 erschien ein Aufsatz von Marek Maciejewski<sup>30</sup> in der Festschrift für Norbert Conrads „Silesiographia“ über die NSDAP in Schlesien bis 1933. Darin geht er ausführlich auf die Entstehungsbedingungen und die Entwicklung der NSDAP in den Zwanzigerjahren ein. Schlesien war eine der ersten preußischen Provinzen, in der intensiv politische Agitation der national(sozial)istischen Bewegung betrieben wurde. Vor allem der Konflikt um Oberschlesien bot ein politisches Betätigungsfeld, in dem trotz Verboten auch zahlreiche paramilitärische Formationen mit nationalsozialistischem Profil (wie Freikorps, Grenzschutz und Selbstschutz) aktiv

schen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag, hrsg. von Helge Grabitz, Klaus Bästlein u.a., Berlin 1994, S.150-170.; Ders.: Jewish Resistance to Nazi Racial Legislation in Silesia, 1933-1937, In: Germans against Nazism. Nonconformity, Opposition and Resistance in the Third Reich, hrsg. von Francis R. Nicosia, Lawrence D. Stokes, New York/ Oxford 1990, S. 77-86.

25 Alfred Konieczny: Ludność żydowska na Śląsku wsiewietle spisu z 17 maja 1939 r. [Die jüdische Bevölkerung in Schlesien nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939], in: SFZH 1992, Nr. 15, S. 376-377.; Ders.: The „Schmelt Organisation“ in Silesia, in: Marcin Wodzinski/ Janusz Spyra (Hg.): Jews in Silesia, Cracow 2001, S. 173-180.; Ders.: VIII. wrocławska akcja deportacji Żydów z 31. marca/ 1. kwietnia 1943 [Die VIII. Breslauer Judendeportationsaktion vom 31. März/ 1. April 1943], in: SFZH 2002, Nr. 25, S. 46-67.

26 Einen Einblick in das Forschungsfeld gibt Tomasz Kranz: Die Verbrechen des Nationalsozialismus als historische Erfahrung der Deutschen und Polen, in: Ders. (Hg.): Die Verbrechen des Nationalsozialismus im Geschichtsbewußtsein und in der historischen Bildung in Deutschland und Polen, Lublin 1998, S. 13-30.

27 Zum Beispiel arbeitete Christel Gibas (siehe Anmerkung 3) nur mit Archivmaterial in der DDR.

28 Zum Forschungsstand zur Geschichte der Juden in Schlesien siehe Beitrag von Ramona Bräu: Die „Arisierung“ und Shoah der Breslauer Juden in diesem Band.

29 Krzysztof Ruchniewicz: Die Herausbildung einer regionalen Identität in Niederschlesien in den letzten zehn Jahren, in: Heinrich Trierenberg (Hg.): Niederschlesien im Wandel, Dülmen 2002, S. 63-73. Einen Überblick über die Städteforschung gibt: Marek Czaplinski: Polnische Forschungen zur Städtegeschichte Schlesiens. Stationen, Tendenzen, Ergebnisse. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 40/41 (1999/2000), S. 409-424.

30 Marek Maciejewski: Zur Entstehung und Entwicklung der NSDAP in Schlesien bis 1933, In: Weber/ Rabe (Hg.), Silesiographia, S. 435-446.

waren.<sup>31</sup> Maciejewski beschreibt in seiner Arbeit das Auf und Ab der völkisch-nationalen Bewegung bis hin zur Festigung von NSDAP und SA und deren Erfolg bei der Bevölkerung<sup>32</sup> und den Wahlen bis 1933, aber auch deren Terror gegen politische Gegner\_innen<sup>33</sup>. Er schildert anschaulich mit welchen antidemokratischen, antikommunistischen, antijüdischen und nationalistischen Losungen sowie soziale Demagogie die NSDAP bei den Wähler\_innen immer stärkeren Anklang fand.<sup>34</sup>

Bedauerlicherweise hat diese Publikation keine adäquate Fortsetzung gefunden, die sich mit der NSDAP, ihren Gliederungen oder auch ihren Funktionsträgern über 1933 hinaus auseinandersetzt. Nur wenige Arbeiten beschäftigen sich bspw. mit Terrorinstrumenten der nationalsozialistischen Herrschaft oder auch zentralen Ereignissen des NS-Alltags in Schlesien.<sup>35</sup>

Betrachtet man die aktuelle regional- und lokalgeschichtliche Forschung zum Nationalsozialismus, so stellt man fest, dass in den letzten Jahren zahlreiche Studien veröffentlicht wurden, die die Konsens- und Systemstabilisierungsfaktoren der "Zustimmungsdiktatur" und die Selbstmobilisierung der nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" analysieren.<sup>36</sup> Gerade im Rahmen der Erforschung der Kommunalen- und Mittelinstanzen wurde festgestellt, wie die entscheidende Rolle der kommunalen Verwaltung bei der Mobilisierung von Ressourcen für den nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg aber auch die ausschlaggebende Mitwirkung bei Verfolgung und Verbrechen aussah.<sup>37</sup> Solche Arbeiten fehlen jedoch für Schlesien bisher vollkommen. Darüber hinaus wurden

31 Vgl. dazu auch Richard Bessel: *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934*, New Haven/ London 1984, S. 17. Siehe auch Arbeiten von Bialy, Polomski und Maciejewski bei Maciejewski, *Entstehung der NSDAP*, In: Weber, *Silesiographia*, S. 436, Anm. 2.

32 Ende 1930 rückte der Gau Schlesien sowohl in Bezug auf Mitgliederzahlen als auch in der politischen Aktivität in Preußen direkt nach dem Bezirk Rheinland an den zweiten Platz - trotz des von Oktober 1929 bis Juli 1932 geltenden Verbotes der NSDAP-Ortsgruppen. Gab es 1930 4.700 SA-Männer, so waren es 1932 bereits etwa 40.000.

33 Die Gründung des "Kampfbundes gegen den Faschismus" im Oktober 1930 in Schlesien war eine Reaktion auf den anhaltenden Terror durch die SA, dem allein in Oberschlesien in den Monaten zuvor bereits neun Menschen zum Opfer gefallen waren. Maciejewski, *Entstehung der NSDAP*, In: Weber, *Silesiographia*, S. 443f.

34 Maciejewski, *Entstehung der NSDAP*, In: Weber, *Silesiographia*, S. 441ff.

35 Andrea Rudorff: "Privatlager" des Polizeipräsidenten mit prominenten Häftlingen. Das Konzentrationslager Breslau- Dürrgoy, In: Wolfgang Benz/ Barbara Distel (Hg.): *Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937*, Berlin 2003, S.147-170.; Ludwig Foerder: *SA-Terror in Breslau*, In: Mira und Gerhard Schoenberner: *Zeugen sagen aus. Berichte und Dokumente über die Judenverfolgung im "Dritten Reich"*, Berlin 1988, S.18-22.; Helmut Neubach: *Die Gründung der NSDAP in Breslau am 15. März 1925. Bemerkungen zu einem Brief des Gauleiters Helmuth Brückner an Adolf Hitler*, In: ders.: *Parteien und Politiker in Schlesien*, Dortmund 1988, S. 202-209.; *Die schlesische NSDAP im Urteil schlesischer Antifaschisten*, In: ders.: *Parteien und Politiker in Schlesien*, S. 217-248.; Zur polnischen Literatur siehe weiter unten Anmerkung 38.

36 Vgl. dazu exemplarisch die Arbeiten von Sabine Mecking/ Andreas Wirsching (Hg.): *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft*, Paderborn 2005.; Bernhard Gotto: *Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung*, München 2006.

37 Rüdiger Fleiter: *Kommunen und NS-Verfolgungspolitik*, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15 (APuZ)*, Bonn 2007, S. 35-40.

auch der Konsens und die Zustimmung der Bevölkerung in Niederschlesien zum Nationalsozialismus aber auch die Systemstabilisierung auf Verwaltungsebene und der Beitrag zur wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Vorbereitung und Durchführung des Vernichtungskrieges und dem "permanenten Ausnahme- und Mobilisierungszustand" (J. John) der nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" noch nicht regional untersucht.

Grundlegende Arbeiten zu NSDAP und SA in Schlesien stehen nach wie vor aus und das obwohl Schlesien mit der politischen Radikalisierung am Ende der Weimarer Republik mit reichsweit überdurchschnittlicher NSDAP-Wählerschaft 1932 für eine Untersuchung prädestiniert wäre. Die in Polen dazu bereits erschienenen Arbeiten, sind in der Bundesrepublik bisher nicht publiziert worden.<sup>38</sup>

Darüber hinaus gibt es kaum umfangreiche Arbeiten zu Verfolgung und Terror gegen politische Gegner\_innen und ebensowenig zum Spannungsfeld von Verweigerung bis zum aktiven Widerstand im NSDAP-Gau Niederschlesien.

Den Begriff des "Widerstands" gegen die nationalsozialistische Diktatur zu definieren, löst nach wie vor heiße Diskussionen aus. Deswegen an dieser Stelle einige Anmerkungen dazu.

Zum einen gibt es in Polen und der Bundesrepublik sehr unterschiedliche Auffassungen, was unter "Widerstand" zu verstehen ist - und auch in der Geschichtsschreibung von DDR und BRD gab es sehr unterschiedliche Deutungen von dem was "Widerstand" war. In Polen versteht man unter Widerstand zuerst den Kampf der polnischen Untergrundarmee (Armia Krajowa), den Kampf der Partisan\_innen und Aufstände wie der in Warschau 1944. Wie in den anderen von den Deutschen besetzten europäischen Ländern, egal ob Jugoslawien, Griechenland, die UdSSR oder Frankreich kämpfte man gegen die Invasion, die Besatzung, den (deutschen) äußeren Feind.<sup>39</sup>

Solche militärischen Auseinandersetzungen waren jedoch innerhalb Deutschlands nicht möglich. Die gescheiterten Attentate auf Hitler (von Georg Elser<sup>40</sup> bis Claus Graf Schenk von Stauffenberg) zeigen dies. Allerdings wird im Geschichtskanon der "Berliner Republik" gern vergessen, dass der Widerstand gegen die Nationalsozialisten nicht erst mit dem Scheitern der Weltkriegspläne begann. Widerstand wurde von Anfang an aus allen politischen Lagern (zu allererst und mit den größten Opfern aus dem sozialistischen Milieu, u.a. von Kommunist\_innen, Sozi-

38 Auch diese Arbeiten widmen sich überwiegend der Anfangszeit des NS-Systems. Tomasz Kruszewski: Narodowi socjalisci w landtagach prowincji śląskich (1929-1933) [Die Nationalsozialisten in den Landtagen der Provinz Schlesien 1929-1933], In: SFZH 20, 1997.; Ders.: Partia narodowosocjalistyczna na Śląsku w latach 1933-1945. Organizacja i działalność [Die NSDAP in Schlesien in den Jahren 1933-1945. Organisation und Aktivitäten], Wrocław 1995.; Miroslaw Cyganski: SS w pruskich prowincjach Śląska w latach 1929-1935 [Die SS in den preußischen Provinzen Schlesiens 1929-1935], In: Studia Śląskie 25 (1974).

39 Vgl. dazu Krzysztof Ruchniewicz: Die Rezeption des deutschen Widerstands gegen die Nationalsozialisten in Polen, In: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA, Darmstadt 2002, S. 150-164. Hier bes. S. 159.

40 Onlinebiographie Georg Elser, dessen Attentat auf Hitler am 8.11.1939 scheiterte und im KZ Dachau am 9.4.1945 hingerichtet wurde: <<http://www.georg-elsler.de/>>

aldemokrat\_innen und Gewerkschafter\_innen), aus religiösen Gründen und aus persönlichen Überzeugungen geleistet. Manche lehnten den Nationalsozialismus von Anfang an ab, andere lösten sich erst allmählich von ihrer Zustimmung zum NS-System.

Die Ablösung der nationalsozialistischen Herrschaft ist das wohl am klarsten zu definierende Widerstandsziel. Andere nonkonforme Verhaltensweisen kann man treffender als Opposition oder Verweigerung bezeichnen, die eher eine teilweise Ablehnung des NS-Systems ausdrücken. Dabei muss bei der Beurteilung schon sehr differenziert werden, um nicht jedes Schimpfen über "die Nazis" als Widerstandshandlung zu interpretieren. Keinesfalls darf mit einem zu breiten Widerstandsbegriff der Eindruck entstehen, außer Hitler und der nationalsozialistischen Führungselite hätte es keine Deutschen gegeben, die die unbeschreiblichen Verbrechen an den europäischen Jüdinnen und Juden, den Sinti und Roma aber auch an den politischen Gegner\_innen in Deutschland und in allen von der Deutschen Wehrmacht besetzten Ländern begangen haben oder sie begeistert bejubelten.<sup>41</sup>

Es gab keine einheitliche Bewegung und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus war keineswegs ein Massenphänomen. Im Vergleich zu den begeisterten Anhänger\_innen der nationalsozialistischen Ideologie blieben die Menschen, die sich diesem System aktiv widersetzen verschwindend Wenige.<sup>42</sup>

So ist denn auch der Forschungsstand zu Verweigerung und Widerstand in Schlesien sehr ungleich gewichtet: während sich zur kirchlichen (katholischen wie evangelischen) Opposition<sup>43</sup>, zum Widerstand polnischer Zwangsarbeiter<sup>44</sup> oder auch zum Kreisauer Kreis und den Verschwörern des 20. Juli 1944<sup>45</sup> doch einiges an Literatur finden lässt, erfahren wir vom Widerstand aus dem sozialistischen

41 Vgl. dazu z.B.: Christopher R.Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die "Endlösung" in Polen, Reinbek 1999.

42 Grundsätzlich: Peter Steinbach/ Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn 2004.; Detlef Schmiechen-Ackermann: Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im regionalen Vergleich, Berlin 1997.

43 Elisabeth Franke: Das Wirken von Dr. Edith Stein in Breslau, Annweiler/ Essen 1998.; Jana Leichsenring: Gabriele Gräfin Magnis. Sonderbeauftragte Kardinal Bertrams für die Betreuung der katholischen "Nichtarier" Oberschlesiens. Auftrag – Grenzüberschreitung - Widerstand?, Stuttgart 2000.; Karol Jonca: Die katholische Kirche Schlesiens in Opposition gegen ein totalitäres Regime (1933-1945), In: Widerstand und Verteidigung des Rechts, Bonn 1997, S.39-50.; Dietrich Meyer/ Wolfgang Benz: Widerstand und Anpassung der evangelischen Kirche von Schlesien während des Nationalsozialismus, Berlin 2003.; Gerlind Schwöbel: "Ich aber vertraue". Katharina Staritz, eine Theologin im Widerstand, Frankfurt/ Main 1993.

44 Alfred Konieczny: Polska grupa konspiracyjna "Olimp" w wojennym Wrocławiu. Wydawnictwo Dolnośląskie, Wrocław 1989.

45 Klaus Hornung: Der Kreisauer Kreis und die deutsche Zukunft, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44, Bonn 1994, S. 22-30.; Karol Jonca: Niemcy – Polska – Europa w doktrynie politycznej "Kreisauer Kreis" Helmutha Jamesa von Moltke [Deutschland - Polen - Europa in der politischen Doktrin des "Kreisauer Kreises" von Helmut James von Moltke], W: Historia – Prawo – Państwo. Zbiór studiów, Red. Stanisław Kazmierczyk. Wrocław 1995, S. 63-79.; Isabell Sprenger: Vom Widerstand zum Staatsstreich. Die Träger des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 in Südwestdeutschland und Schlesien, In: Weit in die Welt hinaus... Historische Beziehungen zwischen Südwestdeutschland und Schlesien. Ausstellungskatalog, Calw 1998, S. 117-122.

Milieu, der Arbeiterbewegung, nur von einzelnen Personen und dies oftmals aus (auto-) biographischen Werken.<sup>46</sup> Andere ältere Werke bspw. über die Arbeit von sozialdemokratischen Gruppen werden wissenschaftlichen Ansprüchen nicht gerecht und können höchstens ein erster Ansatz für Recherchen zu einzelnen Gruppen und Personen sein.<sup>47</sup>

Diese eher ernüchternde Bilanz der bisherigen NS-Forschung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, jede neue Publikation, die sich mit oben genannten Aspekten und offenen Forschungsfragen beschäftigt, ist zu begrüßen.

Bleibt zu hoffen, dass die Geschichtsschreibung zu Schlesien bald einige der Forschungsdesiderate aufarbeiten kann und die "schöne, alte Heimat" sich mit ihren ehemaligen Bewohner\_innen auch ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit stellen muss.

46 Bspw.: Michael Herms/ Gert Noack: Aufstieg und Fall des Robert Bialek, Berlin 1998.; Ernesto Kroch: Heimat im Exil - Exil in der Heimat. Autobiographie, Berlin 2004.; Johannes Rau/ Bernd Faulenbach (Hg.): Heinz Putzrath. Gegen Nationalsozialismus - für soziale Demokratie. Skizzen zu Leben und Wirken, Essen 1997.

47 Dies gilt vor allem für die Publikationen des Arbeitskreises "Ehemals Schlesischer Sozialdemokraten": Lothar Korschak (Red.): Der Widerstand gegen das Nazi-Regime in Schlesien von 1932 bis 1945 durch SPD und andere Gruppen, hrsg. vom Arbeitskreis "Ehemals Schlesischer Sozialdemokraten", Bonn 1987.; Hans Stephan: Notizen zur Geschichte der Sozialdemokratie in Schlesien bis 1933 und im Widerstand, hrsg. vom Arbeitskreis "Ehemals Schlesischer Sozialdemokraten", Bonn 1985.; Siehe auch Günther Schmerbach: Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen Faschismus und Kriegsgefahr im Bezirk Oberschlesien 1932/33, unveröff. Diss, Jena 1957.

## **Quellenlage und Erforschungsstand zum gemeinsamen deutsch-polnischen antifaschistischen Widerstand in Schlesien**

### **Quellenlage zum Widerstand in Schlesien**

Die Quellenlage zum Widerstand in Schlesien ist bedingt durch den Zweiten Weltkrieg als sehr kompliziert einzuschätzen, da zahlreiche Quellen durch die Kriegseinwirkungen verloren gingen. Hinzu kommt, dass im Ergebnis des Krieges Schlesien Bestandteil der polnischen Republik wurde. Die ersten Nachkriegsjahre waren im Bezug auf die Sicherung und erste Auswertung schlesischen Quellenmaterials darauf beschränkt, Quellen über faschistische Verbrechen gegen die Menschenrechte auch in Schlesien zu sichern und zur Bestrafung von Kriegsverbrechen zu nutzen.

Sowohl die beiden deutschen Staaten als auch die Republik Polen zeigten wenig Interesse, eine intensive Forschung zur Thematik des Widerstandes gegen das NS-Regime zu betreiben.

Im Zusammenhang, das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 zu erforschen, rückte der schlesische Ort Kreisau ins Gesichtsfeld der Erforschung des Widerstandes der Frauen und Männer des 20. Juli 1944. Hier in Kreisau trafen sich führende Vertreter der Verschwörer auf dem Gut des Grafen James Graf von Moltke zu mehreren Beratungen über die Zukunft Deutschlands nach dem Sturz von Hitler und dessen Regierung.

Mitte der siebziger Jahre wurden in den sechs Bänden "Deutschland im Zweiten Weltkrieg" Widerstandsaktionen deutscher Fallschirmspringer, die im Auftrag der Roten Armee in den schlesischen Wäldern absprangen, erwähnt. Diese Aktionen wurden mit polnischen Partisanen durchgeführt. In diesen Publikationen wurde auch über illegale Aktionen polnischer und deutscher Antifaschisten während der Belagerung Breslaus im Frühjahr 1945 berichtet. Mit diesen wenigen Beispielen zum Widerstand in Schlesien erschöpft sich bereits die Erforschung und Darstellung des Ringens in Schlesien gegen das NS-Regime. Die vielfältigen Aktivitäten der Christen beider Konfessionen in Schlesien sind weitgehend unbekannt. Der umfangreiche Anteil der Sozialdemokraten, Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und parteiloser Antifaschisten im Kampf gegen die braune Diktatur seit 1933 bis 1945 ist völlig unbekannt.

In Gesprächen mit dem Widerstandskämpfer Fred Löwenberg aus Breslau erhielt ich mehrmals Hinweise über den erheblichen Anteil schlesischer Bürger am

Widerstand gegen die NS-Diktatur. Auf der Suche nach entsprechenden Quellen und Literatur stieß ich im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde und in Dahlwitz-Hoppegarten auf umfangreiches bis heute nicht ausgewertetes Archivmaterial zum Widerstehen in Schlesien. Die Akten bestehen überwiegend aus Nazijustizakten, Gestapo-Lageberichten, Akten über den KPD-Bezirk Schlesien und Oberschlesien sowie aus Erinnerungsberichten überlebender Antifaschisten einschließlich eines Namensverzeichnisses von Antifaschisten, das alphabetisch geordnet mehrere Tausend Namen umfasst.

Das Aktenmaterial ist unter folgenden Signaturen zu finden: NJ-Akten, das sind die Nazijustizakten verschiedener Gerichte, VGH-Akten sie betreffen ausschließlich Unterlagen des Volksgerichtshofs Bestand R 58 er erschließt Akten der Gestapo die Überwachung und Verfolgung aller Regimegegner betreffend. Das vorhandene Findbuch zu diesem Bestand umfasst 667 Seiten mit einem umfangreichen Orts- und Namensregister. Ihm ist zu entnehmen, wo in Schlesien Widerstandsaktivitäten stattfanden.

Der Bestand Ry1, zu finden in den so signierten Findbüchern, umfasst den KPD-Bezirk Schlesien und Oberschlesien von 1919-1945

Im Bestand EA finden die Forscher Erinnerungsberichte und Nachlässe von und zu Persönlichkeiten des Widerstandes auch auf Schlesien ebenfalls alphabetisch geordnet.

Der Bestand Ry1 ist überwiegend als Filmmaterial zu bestellen und zu sichten. Folgende Akten sind für Schlesien wichtig:

FBS 242/ 11408, 1934-1939 Frauen im Widerstand in Schlesien,

FBS 286/ 12786 Fakten zu den KPD Unterbezirken Neustadt u. a. Orten 1933-1945,

FBS 287/ 12797 Tätigkeit der Bezirksparteiorganisationen 1933-1945 u. 1945 sowie Berichte von ehemaligen Mitgliedern der KPD und Antifaschisten über ihre illegale Tätigkeit; A-K (Namen),

FBS 287/ 12798 Fortsetzung der Berichte L-St und U-Z,

Ry1/I 2/3 119 enthält Fakten zu Breslau,

Ry1/I 2/3 703/83 enthält Fakten zu Breslau,

Ry1/I/2 708, 95, 98 enthält Fakten zu Breslau,

Ry1/I 3/7 3, 15, 16, 17, 28, 29 enthalten Fakten zu Breslau,

Ry1/I 3/6 2, 34, 5, 12, 19, 23 enthalten Fakten zu Gleiwitz,

Ry1/I 3/7/5, 10,15 enthalten Fakten zu Langenbielau,

Ry1/I 3/6/12 enthält Fakten zu Neustadt/Oberschlesien,

Ry1/ I 2/1/38 Fakten zu Oberschlesien (dazu liegen 16 Akteneinheiten vor),

Ry1/ I 3/8-10/16 Fakten zur Niederlausitz und Schlesien (dazu liegen 22 Akteneinheiten vor),

Ry1/I 2/3/148 Fakten zur Oberlausitz

Ry1/ I 3/8/33 (die letzte Zahl kennzeichnet die jeweilige Akte)

In dem genannten Findbuch sind alphabetisch alle Personen in Bezug auf Schlesien erfasst.

Ferner findet man Fakten zu bzw. über Schlesien 1933 bis 1945 in den Akten

Dy 30/2/427,

R 58/3726,

R 58/ 2313,

R58/5844

Dy 55/V 278/2/71,

Dy 55/V 278/4/106,

Dy 55/V 278/21 und 27,

Dy 55/241/7/30,

Dy 30/IV 2/4/274,

NJ 1107 Widerstand in Breslau,

NJ 1137 Widerstand in Breslau,

NJ 5312 Widerstand in Breslau und Schlesien insgesamt

R 3016/491 Todesurteile gegen Richard Dornig und den Antifaschisten Josetzki.

Die bis her ausgewerteten Akten lassen die Schlussfolgerung zu, dass bereits in den ersten Wochen der NS-Diktatur umfangreiche Aktivitäten in Breslau, Gleiwitz, Goldberg, Hirschberg und Liegnitz gegen das Terrorregime durchgeführt wurden. Breslau und die Industrieorte Schlesiens blieben bis Kriegsende Orte des Widerstehens.

Die Bibliothek des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde verfügt über folgende Zeitungen zur Thematik Widerstand in Schlesien:

Die Fackel – Sozialistische Wochenzeitung in Breslau. Sie erschien auch in der Illegalität, Gegen den Strom; Organ der KPD Opposition Nr. 4 vom 25.2.1933. Der ganze Jahrgang ist vorhanden sowie die Schlesische Tageszeitung, die Frontzeitung der Festung Breslau, vom 7. März 1945; auch hier sind weitere Nummern vorhanden.

Ein umfangreiches Literaturangebot ist in der Handbibliothek des Archivs einsehbar und aus den Katalogen zu entnehmen. Als Beispiel sei hier auf die Publikation von Theodor Bergmann: „Gegen den Strom“ verwiesen. Er stellt in dem Buch Biografien schlesischer Widerstandskämpfer vor.

Im Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten lagern unter dem Signum „ZC“ Akten des Volksgerichtshofs und des Berliner Kammergerichts. Der Bestand „ZB“ enthält Fakten zur Überwachung aller Regimegegner und Akten über die Täter in Form von Karteien und Personalakten.

Bisher bekannte Akten dieses Bestandes zum Widerstand in Schlesien sind:

ZC 13820 Spittelberichte bezogen auf Breslau,

ZJ 216 Akte 10 Widerstand in Breslau,

ZC 20050 Akte 10 Widerstand in Breslau (bearbeitet) dazu gibt es noch NJ 5277 und NJ 16732 in Lichterfelde,

ZC 20107, Akte 8 Schlesien,

ZC 20109, Akte 1 Breslau,  
ZC 20153 Akte 1 Breslau,  
ZC 20155 Akte 4 Breslau, Akte 6 Breslau, Akte 18 Breslau, Akte 24 Breslau Ak-  
ten 26-27 Breslau,  
ZC 20157 Akte 24, Akte 26, und Akte 28 Breslau,  
ZC 20159 Akte 7, Akte 14 und Akte 16 Breslau,  
ZC 20160 Akten 16-17 Breslau,  
ZC 20161 Akten 1 Breslau, Akten 5-6 Breslau, Akte 8 Breslau, Akte 14 Breslau,  
Akte 17, Breslau und Akte 20 Breslau,  
ZC 20162 Akte 7 Breslau,  
ZC 20165 Akte 5 Breslau,  
ZC 7861 Schlesien,  
ZC 5861 Schlesien,  
ZC 12428 Bd. 1-44, Prozeß gegen Ernst Niekisch u. a., ca. 300 Angeklagte aus  
ganz Deutschland (ausgewertet),  
ZR 929 Akte 2 Schlesien,  
ZB 19838 Bd. 2 kirchlicher Widerstand in Schlesien,  
ZB 1 1625 kirchlicher Widerstand in Schlesien.

Der ZB Bestand müßte insgesamt durchgearbeitet werden auf den Widerstand  
in Schlesien, da in diesem Bestand die gesamte Kirchenüberwachung von 1933  
bis Ende 1944 archiviert ist. Der Bestand beläuft sich allerdings auf mehrere Ki-  
lometer Akten.

Die NS-Akten der genannten Archive enthalten die Festnahme- und Verhör-  
protokolle. Die Anklageschrift umfasst den gesamten persönlichen und politi-  
schen Lebensweg bis zur Verhaftung. Das Urteil mit Begründung gibt Auskunft  
über das Strafmaß. Der persönliche Schriftverkehr mit Rechtsanwälten Familien-  
angehörigen und Eingaben der Inhaftierten sowie Gnadengesuche, Einschätzun-  
gen der Zuchthaus- bzw. Gefängnisverwaltung und die Vollstreckungsunterlagen  
der zum Tode verurteilten Antifaschisten sind ebenfalls in den Akten vorhanden.  
Es sind als Belegmittel für den Anteil am Widerstand illegale Flugschriften, Zei-  
tungen und Tarnbroschüren sowie persönliche Dokumente wie Reisepässe und  
Notizen den jeweiligen Akten zugeordnet.

Größere Widerstandsgruppen, die in das Netz der Gestapo gerieten, wurden bei  
der Anklageerhebung unterteilt, so dass man Anklageschriften und Urteile aufge-  
gliedert von A bis F zum gleichen Widerstandskomplex vorfindet.

In Dahlwitz-Hoppegarten finden die Nutzer auch Akten zu den meisten Kon-  
zentrationen mit ausführlichen Angaben über die Häftlinge sowie die Wach-  
mannschaften und Struktur der Lager.

Im Landesarchiv sind im Archivbestand C Rep. 118-01, der über 30 000 Per-  
sonen umfasst, ebenfalls Persönlichkeiten aus Schlesien zu finden, da sie bei dem  
Ersuchen als Antifaschisten und Verfolgte anerkannt zu werden einen detaillierten  
Fragebogen auszufüllen hatten und wenn vorhanden entsprechende Dokumente

und Zeugen beizufügen hatten. Die in den Osten Deutschlands ausgewiesenen Deutschen fanden auch in Berlin eine neue Heimat, so daß eine Recherche auch im Berliner Landesarchiv erfolgreich sein kann. Der Bestand ist per Computer einzusehen alphabetisch geordnet und die jeweilige Aktennummer zur gesuchten Persönlichkeit ist ablesbar nebst Foto, wenn vorhanden.

Die angeführten Archive sind nicht die einzigen Quellenfundorte, aber die mit dem umfangreichsten Faktenmaterial. Die Mitarbeiter der genannten Archive geben bei Nachfrage stets Hinweise, in welchen Archiven noch recherchiert werden kann.

Am Beispiel der ausgewerteten Prozeßakten gegen Ernst Niekisch und andere, möchte ich aufzeigen, welche Fakten für den antifaschistischen Widerstand aus den Justizakten zu entnehmen sind.

### **Ein Beispiel für viele – Biografische Kurzskeizze zum antifaschistischen Widerstand von Ernst Niekisch und seinen Kontakten nach Schlesien**

Ernst Niekisch am 23. Mai 189 in Trebnitz Schlesien geboren, besuchte nacheinander die Volks- dann Real- und danach die Präparandenschule in Nördlingen. Anschließend absolvierte er das Lehrerseminar in Altendorf bei Nürnberg, an welchem er im Jahr 1907 die Abschlußprüfung bestand. Er war sodann in verschiedenen Dörfern in Süddeutschland als Lehrer tätig. Von 1910 bis 1911 diente er als Soldat in Neuburg an der Donau. 1912 erhielt Ernst Niekisch eine Anstellung als Volksschullehrer. Während des Ersten Weltkrieges bildete er, da er wegen eines Augenleidens nicht kriegsverwendungsfähig war zunächst Rekruten aus und führte dann in einem bayrischen Gefangenlager die Geschäfte des Kompaniefeldwebels.

Nachdem er im Frühjahr 1917 auf Ersuchen seiner Dienststelle aus dem Heeresdienst entlassen worden war, übte er bis zur Novemberrevolution 1918 in Augsburg wieder den Lehrerberuf aus. Später widmete er sich ausschließlich der politischen und schriftstellerischen Tätigkeit.

Ernst Niekisch war schon vor 1914 Mitglied der SPD. Er hielt bei Parteiveranstaltungen Bildungsvorträge und gab dabei Berichte über politische Vorgänge. Im Jahr 1918 wurde er während der Novemberrevolution in den Augsburger Soldatenrat und Anfang 1919 in den Zentralen Arbeiterrat in München entsandt. Im Zentralen Arbeiterrat übernahm er nach kurzer Zeit den Vorsitz und vereinigte nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Eißner am 21. Februar 1919 die gesamte vollziehende Gewalt in seiner Hand. Auf Veranlassung des neuen Ministerpräsidenten Hoffmann behielt er diese Stellung auch als sich Bestrebungen zur Bildung einer Räterepublik abzeichneten. Er behielt seine politische Position bis Anfang April 1919 nach Ausrufung der Räterepublik. Als Vorsitzender des Revolutionären Zentralrates veranlasste er die Veröffentlichung einer Kundgebung an das bayrische Volk, in welcher die Diktatur des Proletariats erklärt und die

Übernahme der öffentlichen Gewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte, die Entlassung des Landtages und die Ersetzung der Minister durch Volksbeauftragte bekanntgegeben wurde. Ferner wies er am 7. April 1919 die bayrischen Verwaltungsbehörden an, die Ausrufung der Räterepublik bekannt zu geben und zu feiern. Am 8. April 1919 legte Ernst Niekisch den Vorsitz im Zentralrat nieder, erklärte aber seine Bereitwilligkeit zur weiteren Mitarbeit. Nach der Niederwerfung der Münchner Räterepublik wurde er am 5. Mai festgenommen und am 23. Juni 1919 von dem standrechtlichen Gericht in München wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt. In einem anschließenden Dienstverfahren wurde seine Entlassung aus dem Schuldienst ausgesprochen.

Am 1. Mai 1919 trat Ernst Niekisch zur USPD über, weil er wie in der Begründung seines Aufnahmegesuchs angegeben hat, als überzeugter Anhänger des Räteresystems in Gegensatz zur Politik der SPD geraten war. Noch während der Strafverbüßung wurde er auf der Liste der USPD zum Landtagsabgeordneten gewählt. Sein Mandat übte er nach der Strafhaft bis 1922 aus und schloss sich dann wieder der SPD an. Er erhielt in der wirtschaftlichen Abteilung des Textilarbeiterverbandes Anstellung als Sekretär und siedelte nach Berlin über. Im Sommer 1926 schloss sich Ernst Niekisch der Altsozialistischen Partei (ASP) an und schuf sich in Berlin einen eigenen Verlag unter dem Namen „Widerstandsverlag“. Bereits zu dieser Zeit publizierte er gegen die sich rasch entwickelnde NSDAP unter Hitler und dessen Gefolgsleuten. Mit dem Bund Oberland schuf er eine demokratische Gegenbewegung. Im Bund Oberland vereinigten sich linksdenkende und handelnde Kräfte aus den verschiedensten Bevölkerungsteilen. Auf Betreiben Ernst Niekischs entstand 1931 in Berlin eine Ortsgruppe und in dieser Zeit wurde auch die Zusammenlegung der örtlichen Oberlandkameradschaften mit den Mitstreitern um Ernst Niekisch in die Wege geleitet. Seine Verbindungen nach Schlesien rissen nie ab. In der Anklageschrift gegen Ernst Niekisch wird hervorgehoben, dass er in den Jahren 1931 bis 1932 auf einen organisierten Ausbau der Widerstandsbewegung hingearbeitet hat und sich bereits zu diesem Zeitpunkt ein umfangreiches Netz von Vertrauensleuten in Deutschland schuf. Der anklagende Staatsanwalt des Volksgerichtshofes schlussfolgerte, dass die Widerstandsbewegung nicht lediglich als lose Vereinigung der Freunde des Widerstandsverlages, sondern als fest organisierter nach weiterer Ausbreitung strebender Zusammenschluss gedacht war. Mindestens vom Jahr 1933 ab hat der Angeschuldigte Niekisch den Plan verfolgt, mit Hilfe eines gewaltsamen Umsturzes der Widerstandsbewegung die Regierungsgewalt im Deutschen Reich zu verschaffen.

Diese Feststellung in der Anklageschrift ist in sofern zutreffend, weil aus den Prozessunterlagen deutlich die Breite der Widerstandsbewegung hervorgeht. Von Berlin aus leitete Ernst Niekisch in Breslau, Glogau, Oppeln, Nürnberg, München, Augsburg, Leipzig, Dresden und Chemnitz die Widerstandsgruppe. In seinem Verlag erschien die halblegale Schrift „der Widerstand“ bis 1935/36, ferner arbeitete er an einem Buchentwurf „Hitler ein Verhängnis der deutschen Geschichte.“

Durch Spitzel kam die Gestapo der umfangreichen Widerstandsgruppe auf die Spur. Ernst Niekisch wurde am 22 April 1937 festgenommen und im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit inhaftiert. Am 10. Januar 1939 verurteilte der Volksgerichtshof Ernst Niekisch wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechen gegen § 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 zu lebenslangem Zuchthaus.

In diesem ersten Prozeß waren mitangeklagt seine Frau und sein engster Mitstreiter der Regierungsrat Karl Tröger aus Breslau. In den nachfolgenden Prozessen wurden mehr als 100 Angeklagte zu langen Haftstrafen verurteilt. Während der Untersuchungshaft verübten nach den brutalen Verhörmethoden durch die Gestapo mehr als drei Antifaschisten Selbstmord.

In den Urteilsakten zu Ernst Niekisch ist mit Rot vermerkt „Rückkehr unerwünscht!“<sup>1</sup> 1945 wurde Ernst Niekisch im KZ Buchenwald von der Roten Armee befreit.

## **Gemeinsam für Frieden und Demokratie**

Die illegal wirkenden Antifaschisten in Schlesien suchten frühzeitig Kontakt zum polnischen Widerstand nach der Okkupation Polens.

Die polnische Bevölkerung – wie auch die in anderen besetzten Ländern- sah zu Recht in den Angehörigen der Besatzungstruppen und -verwaltung zuallererst die Unterdrücker und begegnete ihnen mit Misstrauen. Es fiel den wenigen deutschen Gegnern des NS-Regimes schwer, Kontakt zum polnischen Widerstand zu finden. Sie mußten zunächst isoliert handeln, wenn sie beweisen wollten, dass nicht alle Deutschen Faschisten waren.

Von einem guten Wort, einer freundlichen Geste über Hilfe bei Verwaltungsangelegenheiten und materieller Unterstützung bis zu aktiveren Aktionen reichte die Verhaltensweise deutscher Kriegsgegner in Polen. So informierte ein Koch des Wehrmachtstabs in Sanok 1941/42 polnische Widerstandskämpfer über die Bewaffnung, Kräfte und Pläne der Division gegen die örtliche Widerstandsbewegung. Er half jüdische Bürger zu versorgen und zu verbergen. Angehörige der deutschen Arbeiterbewegung fanden meistens schneller Kontakt zu polnischen Widerständlern. So deckten im Juli 1941 die deutschen Kommunisten Alfred Kerut und Paul Kreigemeier die Sabotage beim Bau einer Wasserleitung für das IG-Farben-Werk bei Auschwitz durch den polnischen Kommunisten Karol Musiol. In den Betrieben der Hugo Schneider AG in Kielce und Skarzysko-Kammienna arbeiteten deutsche Antifaschisten gemeinsam mit Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zusammen, deren Baracken sie desinfizieren mußten. In Konskie in der Wojewodschaft Kielce beschlossen in der Wohnung des deutschen Kommunisten

1 Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten ZC 12428, Bd. 13 ohne Signatur.

Wilhelm Jeske zehn polnische Kommunisten, eine Organisation der Vereinigung der Freunde der Sowjetunion zu schaffen.

Ähnlich waren deutsche Antifaschisten in anderen polnischen Orten tätig. Sie verbreiteten illegale Schriften. Im August 1941 kursierten in Inowroclaw Flugblätter mit dem Titel „Haben Sie schon einmal nachgedacht?“<sup>2</sup>, die zum Abhören ausländischer Sender aufriefen. Deutsche Antifaschisten erwiesen auch solidarische Hilfe, wie in Jarocin. Dort unterstützte ein Baumeister eine polnische Gruppe, die sowjetischen Kriegsgefangenen die Flucht aus dem Lager ermöglichte. In Lodz verhaftete die Gestapo von Oktober 1940 bis September 1941 46 Polen und zehn Deutsche wegen ihres gemeinsamen Widerstandes gegen das NS-Regime. Ferner wurden 18 Deutsche und fünf polnische Antifaschisten wegen des Verbreitens von Nachrichten ausländischer Sender verhaftet. In der Stadt wirkte auch der Schlosser Eduard Barth für das Komitee zur Verteidigung der Stadt Lodz, dass von polnischen Kommunisten und linken Sozialdemokraten im Juli 1941 gebildet worden war.

Die verhältnismäßig starke illegale KPD in Oberschlesien stützte sich vor allem auf Parteigruppen im Gebiet von Kattowitz, die von Roman Ligendza, der vor 1933 Mitglied des Preußischen Landtages war und bis 1933 der Stadtverordnetenversammlung in Hindenburg in Oberschlesien angehörte, geführt wurden. Im April 1943 erhielten die Antifaschisten Hilfe durch den abgesprungenen deutschen Kommunisten und Angehörigen der Roten Armee Vincent Porombka. Gemeinsam organisierten sie Widerstandsaktionen.<sup>3</sup> Es gelang enge Kontakte zu den polnischen Antifaschisten unter Leitung des Widerstandskämpfers Rudolf Krzyszyk herzustellen. Mit ihrer Hilfe konnte sich Vincent Porombka vor dem Zugriff der nach ihm fahndenden Gestapo entziehen und von geeigneten Verstecken aus seine Funkverbindung nach Moskau aufrechterhalten. Diese Gruppe konzentrierte sich vorwiegend auf die Bekämpfung von Wehrmarchzügen mit Kriegsmaterial.

In der Nacht vom 23. zum 24. August 1944 sprangen bei Kotfin, südlich von Radomsko Joseph Giefer, Ferdinand Greiner, Artur Hofmann, Josef Kiefel und Rudolf Gyptner per Fallschirm ab und reiheten sich in die polnische Al-Brigade mit dem Decknamen „General Josef Bem“ ein.<sup>4</sup> Sie verbreiteten Materialien des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und funkten Ergebnisse ihrer Kundschaftertätigkeit nach Moskau. Die Gruppe unter Leitung von Joseph Giefer wechselte häufig ihren Standpunkt, weil Suchkommandos der Wehrmacht und Gestapo mit Peilwagen ihren Spuren folgten. Über viele Mittelsleute, vorwiegend polnische Bauern hielten sie Kontakt zur polnischen Untergrundarmee. Von ihnen bekam die Gruppe wichtige Informationen über die Lage und Stärke der deutschen Truppen, die Rudolf Gyptner der Moskauer Zentrale mit dem Funkgerät übermittelte.

2 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde: St 3/103

3 Vgl. Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Karl Dietz Verlag Berlin 2008, Seite 552 f..

4 Vgl. Lebendige Tradition. Lebensbilder deutscher Kommunisten und Antifaschisten, 2. Halbband, Militärverlag der DDR Berlin 1974, S. 250 ff..

Es gelang der Gruppe nicht, in Schlesien und Sachsen den Partisanenkampf zu organisieren, um dennoch ihre Kundschaftertätigkeit fortzusetzen, entschlossen sie sich, die Gruppe zu teilen.

Ferdinand Greiner, Artur Hofmann und Josef Kiefel versuchten, nach Görlitz zu gelangen. Nach großen Schwierigkeiten konnten sie Mitte Januar 1945 vorrückende Einheiten der Roten Armee erreichen.

Joseph Giefer und Rudolf Gyptner setzten ihre Tätigkeit in und um Lubliniec fort. Rudolf Gyptner funkte weiterhin Informationen, die für die Rote Armee wichtig waren wie zum Beispiel über die Stärke der deutschen Garnison in Lubliniec sowie über die Lage der dortigen Munitionsfabrik. Die beiden Widerstandskämpfer versuchten, ihren Weg nach Kattowitz fortzusetzen, um zu der dortigen deutsch-polnischen Widerstandsgruppe Kontakt aufzunehmen. Ihr Vorhaben konnten sie nicht mehr realisieren. Durch eine Razzia der Gestapo in Lubliniec beunruhigt, der viele polnische Widerstandskämpfer zum Opfer fielen, wechselten die beiden deutschen Patrioten mehrmals ihr Quartier bei polnischen Antifaschisten. Sie errichteten mit Hilfe des Müllers Roch Kurpies eine neue illegale Basis in dessen Mühle in Pawonków ein. Von diesem Stützpunkt führten sie weiterhin ihre Erkundungs- und Aufklärungsarbeit durch.

Am Dienstag den 28. November 1944 fielen Rudolf Gyptner und Josef Giefer im Kampf gegen eine Übermacht an Waffen-SS, Feldgendarmarie und Polizisten, die die Scheune des polnischen Widerstandskämpfers Roch Kurpies umstellt hatten. Er wurde von den Häschern hinterrücks erschossen.<sup>5</sup>

5 Vgl. Ebenda..

## Die “Arisierung” und Shoah der Breslauer Juden. Zum aktuellen Forschungsstand

“Wer einen einzigen Ort sucht, an dem sich das ganze Drama Europas im 20. Jahrhundert verdichtet erfahren lässt, der findet ihn in dieser Stadt. Breslau ist das Prisma, durch das sich Europas Selbstzerstörung erkennen lässt: Nationalismus und Provinzialisierung, Xenophobie und Antisemitismus, die Zerstörungswut des Zweiten Weltkriegs, die Germanisierungsfantasien des Dritten Reiches und die Ermordung der europäischen Juden, der totale Zusammenbruch von 1945, die Verschiebung der Staatsgrenzen in Mitteleuropa und die Zwangsumsiedlungen, schließlich die Spaltung des Kontinents im kalten Krieg und die geistige Erstarrung im Ost-West-Gegensatz. Breslau befand sich stets im Zentrum des Geschehens.”<sup>1</sup> So schildert Gregor Thum mit knappen Worten das Schicksal der Stadt, die in den letzten Kriegswochen in einem sinnlosen Wahn in ein Trümmerfeld verwandelt wurde, um dann in einem bis dahin nicht gekannten Bevölkerungsaustausch ihrer gesamten angestammten Einwohnerschaft verlustig zu gehen. Voraus ging diesem abschließenden Kapitel deutscher Siedlungsgeschichte die Zerstörung und Vernichtung der jüdischen Gemeinde zu Breslau, deren Mitglieder die ersten Opfer in dieser sich überlagernden Geschichte von Enteignung und Vertreibung waren. Die Breslauer jüdische Gemeinde war eine der bedeutendsten und zugleich größten Gemeinden im Deutschen Reich. Mit der konsequenten Verdrängung und Ausschaltung der jüdischen Bürger aus dem öffentlichen Raum der Odermetropole und schließlich ihrer physischen Vernichtung ging ein wertvoller Teil jüdischer Geschichte und Tradition Schlesiens, Preußens und Deutschlands verloren.

Die restlose Zerstörung der Synagogengemeinde, “deren wirtschaftliche und kulturelle Wurzeln bis ins Mittelalter zurückreichten”<sup>2</sup> schien durch die für die Stadt bis heute so einschneidenden bevölkerungspolitischen Umwälzungen des Jahres 1945 für Jahrzehnte unentdeckt, ja gänzlich verloren zu sein. Im Unterschied zu anderen deutschen Großstädten leben in Wrocław keine Zeitzeugen, die die Ereignisse vor 1945 in Geschichten und Erzählungen an folgende Generationen hätten weitergeben können. Weder Opfer noch Täter oder Zuschauer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Breslau leben heute in der Stadt. Die Profiteure von einst mussten ebenso wie ihre Opfer alles aufgeben und wurden aus der Stadt vertrieben. Der vollständige Bevölkerungsaustausch nach 1945 verwandelte eine ehemals deutsche Großstadt in eine polnische Metropole mit einer

1 Thum, Gregor, Die fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003, S. 12f.

2 Lagiewski, Maciej, Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau, Berlin 1999, S.10.

Stadtgemeinde ohne Beziehung zu Tradition und Geschichte ihrer neuen Heimatstadt. Breslau wurde zu Wroclaw, einer "Stadt ohne Gedächtnis"<sup>3</sup>. In der polnischen Öffentlichkeit existierte über Jahrzehnte kaum Wissen über das Schicksal der Breslauer Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft, ihrer Ausgrenzung, Enteignung und Extermination. Das ehemalige Wertheimkaufhaus (Handelshaus Renoma) in der ul. Swidnica (Schweidnitzer Straße) ist nurmehr ein Geschäftshaus unter vielen, der ehemalige Standort der Neuen Synagoge in der ul. Lakowa (Am Anger) den polnischen Einwohnern bis zur Denkmalsenthüllung 1998 unbekannt, die Tradition der großen jüdischen Geschäfte am Rynek (Ring) vergessen. Die Auslöschung der jüdischen Gemeinde zu Breslau schien endgültig zu sein. Auch die in den Nachkriegsjahren nach Wroclaw zugewanderten polnischen Juden konnten und wollten nicht an Geschichte, Kultur und Tradition der früheren Breslauer Gemeinde anknüpfen. Die wirtschaftliche Verdrängung und Ausschaltung der Juden als ein Teilaspekt der nationalsozialistischen Judenverfolgung wurde in den vergangenen Jahren für zahlreiche deutsche Städte und Gemeinden im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Geschichte der regionalen jüdischen Gemeinden während der NS-Zeit erforscht. In Breslau ist dies nach Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges und der staatlich verordneten Geschichtsinterpretation der "wiedergewonnenen Westgebiete" in der Volksrepublik Polen in dieser Form für Jahrzehnte nicht möglich gewesen. So gerieten die jüdische Gemeinschaft Breslaus und ihre bekannten Vertreter wie die Familien Friedländer, Caro, Schottländer, Schweriner und Bielschowsky anders als die Familien Wertheim, Tietz, Oppenheim und Warburg in Vergessenheit.<sup>4</sup>

### **"Arisierung" – ein problematischer Begriff**

Nach der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten kam der Begriff des "Arischen" in allen Lebensbereichen der "Volksgemeinschaft" zur Anwendung so auch in der Wirtschaft. Es galt nach nationalsozialistischer Ideologie die "verjudete" Wirtschaft zu "arisieren" und den so entjudeten Besitz in "arische Hände" bzw. "arischen Besitz" zu überführen.<sup>5</sup> Dieser Prozess der "Arisierung" umfasst nach der Definition von Wolfgang Benz "sowohl die Enteignung jüdischen Besitz-

3 Vgl. Thum, S. 498-501.

4 Vgl. Mönninghoff, Wolfgang, Enteignung der Juden. Wunder der Wirtschaft. Erbe der Deutschen, Hamburg/Wien 2001, S. 70-84./ Vgl. ebd., S.124-128./ Vgl. Stürmer, Michael, Wägen und Wagen - Sal. Oppenheim jr. & Cie, Stuttgart 1991./ Vgl. Chernow, Ron, Die Warburgs. Odysee einer Familie, Berlin 1994./ Vgl. Rosenbaum, Eduard, Das Bankhaus M. M. Warburg & Co. 1798-1938, Hamburg 1978.

5 Vgl. die ausführlichen Ausführungen zum Arisierungsbegriff in: van Laak, Dirk, Die Mitwirkenden bei der "Arisierung". Dargestellt am Beispiel der rheinisch-westfälischen Industrieregion 1933-1940, in: Büttner, Ursula (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 231-257, S. 253./ Vgl. Rappl, Marian, "Unter der Flagge der Arisierung...um einen Schundpreis zu erraffen". Zur Präzisierung eines problematischen Begriffs, in: Baumann, Angelika und Heusler, Andreas (Hrsg.), München arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit, München 2004, S. 17-31.

zes und Vermögens zugunsten von Nichtjuden (Ariern) als auch die Einschränkung jüdischer Erwerbstätigkeit und den direkten Zugriff auf jüdische Vermögen.“<sup>6</sup> Der Begriff wurde vorwiegend als Synonym für die wirtschaftliche Ausschaltung der “Juden”<sup>7</sup> benutzt, erlangte jedoch, obwohl der aus völkisch-antisemitischen Kreisen der 1920er Jahre stammende Begriff seit Mitte der Dreißigerjahre in die Behördensprache Einzug gehalten hatte, nie juristischen Rang. Vielmehr nutzten die Nationalsozialisten parallel den Begriff der “Entjudung”, welcher an Worte wie Entlausung und Reinigung anklingt. Beide Neologismen wurden ohne Differenzierung benutzt<sup>8</sup> und stehen im engeren Sinn für den Eigentumstransfer von “jüdischen” in so genannten arischen Besitz, im weiteren Sinn bezeichnen sie den Prozess der wirtschaftlichen Verdrängung und Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Die Art und Weise einer heutigen Verwendung des euphemistischen Propagandabegriffs mit seinem unverkennbar inhumanen Potential wird in der Forschung rege diskutiert. Um die Unschärfe des Begriffes, der eine breite Palette von antijüdischen Maßnahmen in sich versammelt, als wissenschaftlichen Untersuchungsgegenstand zu konkretisieren, ist die Forschung zudem um eine begriffliche Präzisierung und Differenzierung bemüht.<sup>9</sup> Mit der Ausweitung des Begriffes kann der universelle Kontext des gesamtgesellschaftlichen Vorgangs des Eigentumstransfers von jüdischen in nichtjüdischen Besitz in seiner Vielschichtigkeit der sozialen und materiellen Enteignung als öffentlicher Vorgang dargestellt werden.<sup>10</sup> Der Verdrängungsprozess der jüdischen Bevölkerung aus Wirtschafts- und Berufsleben ist einem Verschwinden aus dem öffentlichen Raum aus dem Stadtbild gleichzusetzen, der sich nicht wie der spätere Massenmord “im Osten” abspielte, sondern in der Mitte der “Volksgemeinschaft” und die unvorstellbare Wirkungsmöglichkeit des Antisemitismus, der ab 1933 wesentlicher Bestandteil der deutschen Regierungspolitik war, vor Augen führt. Die “Arisierung als Breitenphänomen”<sup>11</sup> lässt sich gerade deshalb auf der Mikroebene einer Regionalstudie erfassen und beforschen.

6 Benz, Wolfgang, Graml, Hermann und Weiß, Hermann (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997, S. 374.

7 Ist im Folgenden die Rede von “Juden”, so ist damit der Personenkreis gemeint, der nach nationalsozialistischer Rassenlehre als “jüdisch” galt. Im fortlaufenden Text wurde auf die Anführungszeichen für die Begriffe “Jude” und “jüdisch” verzichtet, da der Text sonst darin zu ertrinken drohte.

8 So findet sich auch in den Gesetzeskommentaren und der Literatur der Zeit weder eine offizielle Definition noch eine Abgrenzung der beiden Begriffe. Vgl. Scholl, Albert, Die Entjudung des deutschen Grundbesitzes. Die Verordnung vom 3. Dezember 1938 nebst Durchführungsverordnung vom 16. Januar 1939 und den ministeriellen Durchführungsbestimmungen vom 6. Februar 1939, 2. Auflage, Berlin 1940./ Markmann, Werner und Enterlein, Paul, Die Entjudung der deutschen Wirtschaft. Arisierungsverordnungen vom 26. April und 12. November 1938, Berlin 1938./ Krüger, Alf, Die Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft. Kommentar zur Judengesetzgebung, Berlin 1940.

9 Vgl. Köhler, Ingo, Die “Arisierung” der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung, München 2005, S. 39.

10 Vgl. ebd., S. 12

11 Vgl. Bopf, Britta, “Arisierung” in Köln. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden 1933-1945, Köln 2004.

Der Arisierungsprozess wird in zwei Etappen eingeteilt.<sup>12</sup> Die "Arisierung von unten" war ein schleichender Prozess, der im Frühjahr 1933 unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mit ersten Ausschreitungen und Übergriffen begann und vorerst am 1. April 1933 im organisierten Boykott der jüdischen Geschäfte gipfelte. Es folgte eine zweite Boykottwelle im Jahr 1935, in deren Kontext auch die antijüdischen Rassengesetze auf dem Nürnberger Parteitag beschlossen wurden. Bis zur 1938 staatlich legitimierten "Zwangsarisierung" erfolgten die Eigentümerwechsel trotz oftmals beträchtlichen Drucks zumindest formal als "freiwillige" Verkäufe, wobei Geschäfte, Firmen, Grundstücke und Wertgegenstände nur noch weit unter Wert verkauft werden konnten. Art und Weise dieser Verkäufe waren abhängig von lokalen Gegebenheiten und dem Verhalten der "arischen" Erwerber sowie den lokalen Parteigliederungen. In vielen Fällen eilten die lokalen Instanzen den reichsweiten Anordnungen voraus.<sup>13</sup> Mit den Ereignissen des Novemberpogroms war der willkommene Anlass gefunden, die seit Beginn des Jahres 1938<sup>14</sup> von staatlicher Seite sukzessive vorbereitete systematische Zwangsenteignung einzuleiten.<sup>15</sup> Die Radikalisierung, die mit der "Arisierung von oben" einsetzte, stellte die Enteignung bzw. Stilllegung der noch existierenden jüdischen Betriebe bis zum 1. Januar 1939 als Ziel. Den Abschluss der "Arisierung" bildete die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941, nach der das gesamte Vermögen der ausgewanderten, der in die Vernichtungsstätten deportierten und der im Deutschen Reich verstorbenen Juden dem Reich verfiel.

## Zum Forschungsstand

Die Bedeutung der wirtschaftlichen Ausgrenzung und Enteignung der als nicht arisch stigmatisierten Bevölkerungsgruppe und damit einer der umfangreichsten Enteignungs- und Umverteilungsprozesse der deutschen Geschichte schlägt sich erst seit wenigen Jahren verstärkt in der Forschung nieder. So stellt Frank Bajohr, seine Regionalstudie "Arisierung in Hamburg" einleitend, noch im Jahr 1997 fest, dass "[...] die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden nur auf ein be-

12 Eine solche Einteilung nahm bereits Genschel in seiner Pioniersudie 1966 vor. Vgl. Genschel, Helmut, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

13 So beschreibt Frank Bajohr für Hamburg einen weitgehenden Verzicht der örtlichen Parteiführung auf Radikalisierung der Judenpolitik. Vgl. Bajohr, Frank, "Arisierung" in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg 1997.

14 Aufgrund der Verordnung zur Anmeldung des Vermögens von Juden (26. April 1938) mussten Vermögen über 5000 RM angemeldet werden. Mit der 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz (14. Juni 1938) wurde die Bestandsaufnahme aller jüdischen Betriebe verfügt. Vgl. Walk, Joseph (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, 2. Auflage, Heidelberg 1996, S. 222ff.

15 Am 12. November 1938 verlangte eine VO die vollständige "Entjudung der deutschen Wirtschaft". Am 3. Dezember 1938 folgte die VO über "den Einsatz des jüdischen Vermögens", nach der die Juden ihren Besitz nicht mehr zu eigentlichen Wert, sondern zu amtlich festgesetzten Preisen verkaufen mussten. Vgl. ebd., S. 255ff.

grenztes Interesse der Historiker gestoßen [ist]. Im Schatten des millionenfachen Massenmordes an den europäischen Juden stehend, hat die Beschäftigung mit der 'Arisierung' bislang eher eine historiographische Nichtexistenz gefristet."<sup>16</sup> Hinzu kam, dass in Deutschland Archivbestände bis in die jüngste Zeit vernichtet wurden und ein Großteil der Fiskalakten oftmals bis heute mit dem Verweis auf Archivgesetzgebung, Datenschutz und Steuergeheimnis gesperrt sind. Dabei wurden und werden vor allem die Täter, die nicht gegen geltendes Recht verstoßen haben, sondern die legal, ordnungsgemäß und gesetzestreu die "Entjudungsmaßnahmen" umsetzten und von der "Arisierung" profitierten, geschützt. In dem seit Bajohrs Studie vergangenen Jahrzehnt ist eine Vielzahl an Forschungsliteratur zu diesem Thema publiziert worden. Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über den Forschungsstand in Deutschland und Polen mit Schwerpunkt Judenverfolgung und "Arisierung" in Schlesien gegeben werden.

Während zur Geschichte zahlreicher jüdischer Stadtgemeinden Studien und Abhandlungen vorliegen, war die Geschichte der Juden in Schlesien bzw. in Breslau in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lange Zeit ein Forschungsdesiderat<sup>17</sup>, wie auch die Geschichte des Nationalsozialismus in Schlesien zu großen Teilen bis heute unerforscht ist.<sup>18</sup> Zwar sind in jüngster Zeit einige Arbeiten erschienen, die sich mit der Geschichte der Juden in Breslau befassen. Diese sind jedoch zumeist auf das 18. und 19. Jahrhundert konzentriert.<sup>19</sup> So behandelt Hettling in seinem Sammelband vor allem die Fragen nach "Transformationsprozessen jüdischen Lebens im Übergang von der ständischen Ordnung zur bürgerlichen Welt", nach den sich verändernden Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden innerhalb einer großstädtischen Gesellschaft, nach der "Formierung innerjüdischer Vergesellschaftungsprozesse" im Gefolge der Emanzipation und des aufkommenden Antisemitismus.<sup>20</sup> In der viel beachteten Studie Till van Rahdens untersucht der

16 Bajohr, "Arisierung" in Hamburg, Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, S. 10.

17 Vgl. Heitmann, Margret und Reinke, Andreas; Brocke, Michael, Schoeps, Julius H. und Wiesemann, Falk (Hrsg.), Bibliographie zur Geschichte der Juden in Schlesien, München 1995, S. 38-44./ Vgl. Maser, Peter, Das schlesische Judentum, in: Menzel, Josef Joachim (Hrsg.), Geschichte Schlesiens. Preußisch-Schlesien 1740-1945/ Österreich-Schlesien 1740-1918/1945, Stuttgart 1988, S. 333-360.

18 Die bisher einzige Studie aus deutscher Sicht, die sich mit einem Teilaspekt der Geschichte des Nationalsozialismus in Schlesien beschäftigt, ist der von Lothar Bossle herausgegebene Sammelband zum Thema "Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien". (Vgl. Granicky, Günter et al.; Bossle, Lothar et al. (Hrsg.), Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien, Sigmaringen 1989.) Zum Forschungsstand und den Forschungslücken der historischen Schlesienforschung vgl. Bahlcke, Joachim (Hrsg.), Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft, Köln 2005. Darin besonders: Struve, Kai, Nationalismus und Minderheitenforschung, in: Bahlcke, Joachim (Hrsg.), Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft, Köln 2005, S. 293-322.

19 Zur Geschichte der schlesischen Juden seit dem Mittelalter: Vgl. Brillling, Bernhardt, Geschichte der Juden in Breslau von 1454-1702, Stuttgart 1960./ Vgl. Brillling, Bernhardt, Die jüdischen Gemeinden Mittelschlesiens. Entstehung und Geschichte, Stuttgart 1972.

20 Vgl. Hettling, Manfred und Reinke, Andreas, Handlungslogiken und Sinnkonstruktionen. Juden im Breslau der Neuzeit, in: Hettling, Manfred, Reinke, Andreas und Conrads, Norbert (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 7-21.

Autor anhand umfangreichen Datenmaterials die "Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925."<sup>21</sup> Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Sozialstruktur von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg, das jüdische Vereinswesen, die jüdisch-christlichen Ehen und das Breslauer Schulwesen sowie Antisemitismus und jüdische Gleichberechtigung. Van Rahden zeichnet ein Bild von gelungener jüdischer Integration in die städtische Gemeinde Breslaus und spricht von der "Vielfalt in der Einheit der Stadt". Diskriminierung und Ausschluss und die sich verschlechternden Beziehungen zwischen "Juden und anderen Breslauer[n]" im Gefolge des Ersten Weltkrieges finden jedoch lediglich im Epilog Platz.<sup>22</sup> Beide Darstellungen, die sich bewusst nicht auf die Opferrolle der Juden in der deutschen Geschichte konzentrieren wollen, behandeln weder die rasche Zunahme physischer Gewalt gegenüber Juden nach 1918 noch die folgende Diskriminierung und Entrechtung, die schließlich in Enteignung und Vernichtung kulminierten. Ausgespart bleibt ebenfalls die Frage des Umbruchs nach 1945 und in welchem Maße die nach der Vertreibung der nichtjüdischen deutschen Stadtbevölkerung sich ansiedelnde polnisch-jüdische Gemeinde an deutsch-jüdische Traditionen anknüpfen wollte oder konnte. Einen anderen Weg schlägt Andreas Reinke mit seiner Mikrostudie zur Geschichte des Israelitischen Krankenhauses zu Breslau ein, in welcher er ausführlich von den Anfängen der Krankenanstalt bis zu deren Ende das System der jüdischen Wohlfahrtspflege und Selbsthilfe darstellt und darüber hinaus ein Bild der Breslauer Gemeinde anhand einer ihrer zentralen Einrichtungen zeichnet.<sup>23</sup>

In Polen prägt die Katastrophenerfahrung des Zweiten Weltkriegs bis heute die polnische Geschichtsschreibung, die einen schier unüberschaubaren Ertrag an Forschungsbeiträgen zur deutschen Okkupationszeit und den NS-Verbrechen im besetzten Polen in unterschiedlichster Qualität und Quantität hervorbrachte.<sup>24</sup>

21 Vgl. van Rahden, Till, Juden und andere Breslauer. Die Beziehung zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000.

22 Olaf Blaschke entzaubert dieses harmonische Bild der Eintracht hingegen, indem er kritisch anmerkt: "Daher wird man sich das Verhältnis von Juden und Nichtjuden in der zweitgrößten Stadt Preußens nicht zu idyllisch vorstellen dürfen. Vor allem das Bild einer 'deutsch-jüdischen Symbiose' ist längst als rückwärtsgewandte Verklärung erkannt worden. Das gilt auch für Breslau trotz weitgehend friedlicher Koexistenz und guter Freundschaft." Blaschke, Olaf, "Das Judentum isolieren!" Antisemitismus und Ausgrenzung in Breslau, in: Hettling, Manfred, Reinke, Andreas und Conrads, Norbert (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 167-184, hier: S. 169.

23 Vgl. Reinke, Andreas, Judentum und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Das jüdische Krankenhaus in Breslau 1726-1944, Hannover 1999.

24 Als Standardwerke zur deutschen Geschichte in Polen während der Zeit des Zweiten Weltkriegs gelten bis heute die Studien von Czesław Madajczyk (Vgl. Madajczyk, Czesław, Polityka III. Rzeszy w okupowanej Polsce [Die Politik des III. Reiches im besetzten Polen], Warszawa 1970.) und Czesław Łuczak (Vgl. Łuczak, Czesław, Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce [Die Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik des hitleristischen Deutschlands im besetzten Polen], Poznań 1979.), die die NS-Besatzungspolitik in Polen in komplexer Weise darstellen. (Vgl. dazu auch: Kranz, Tomasz, Die Verbrechen des Nationalsozialismus als historische Erfahrung der Deutschen und Polen, in: Kranz, Tomasz (Hrsg.), Die Verbrechen des Nationalsozialismus im Geschichtsbewusstsein und in der historischen Bildung in Deutschland und Polen, Lublin 1998, S. 13-30.)

Dabei fand jedoch die Verfolgung und Vernichtung der polnischen und der in das besetzte Polen deportierten europäischen Juden in der auf das polnische Leiden konzentrierten Forschung der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst wenig Beachtung.<sup>25</sup> Erst die Publikationen wissenschaftlicher Zentren wie des Westinstitutes in Poznan, der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen (Gówna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce)<sup>26</sup> und vor allem des Jüdisch Historischen Instituts in Warschau lenkten den Blick verstärkt auf diesen Themenbereich.<sup>27</sup> Betrachtet man nun die polnische Schlesienforschung der Nachkriegsjahrzehnte stellt man folgendes fest: Eine gezielte Regionalforschung war in der zentralistischen Volksrepublik zwar unerwünscht, wurde in den so genannten "wiedergewonnenen Gebieten" (Ziemie Odzyskane) jedoch intensiv betrieben. Ziel dieser identitätstiftenden Regionalhistorie war es durch den Verweis auf die Kontinuität polnischer Geschichte in Schlesien seit dem piastischen Mittelalter eine enge Verbundenheit zum polnischen Staatsterritorium zu konstruieren.<sup>28</sup> Mit der politischen Wende Ende der 1980er Jahre setzte indes geradezu ein Boom in der Regionalforschung ein. So auch in den ehemaligen deutschen Ostgebieten wie Schlesien. Die jungen, engagierten polnischen Historiker entdeckten das preußisch-deutsche und auch das jüdische Erbe ihrer Heimat.<sup>29</sup> Die über Jahrzehnte im kommunistischen Polen unerwünschte Forschung zur jüdischen Geschichte erlebte zum Ende der 1980er Jahre geradezu eine Blüte. Hinzu kommt, dass das Schicksal der deutschen Juden bis zum Kriegsbeginn, also die sukzessive Verdrängung, Entrechtung und Enteignung keine Parallele zur polnischen Erfahrung des unverhohlenen Raubens und Mordens auf polnischem Territorium aufweist und ebenso wie der hohe Assimilationsgrad der deutschen Juden im Vergleich zu ihren polnischen Glaubensgenossen in der polnischen Forschung un bearbeitet war. Besonders seien die intensiven und erfolgreichen Bemühungen Maciej Lagiewskis in seiner Funktion als Direktor des Historischen Museums Breslau erwähnt, der seit Beginn der 1980er Jahre die verbliebenen jüdischen Spuren durch denkmalpflegerische Betreuung zu retten suchte und der Öffentlichkeit zugänglich machte. Mit seiner Publikation über den jüdischen Friedhof in der Lohestraße (heute ul. Slezna), dem "[...] Pantheon namhafter jüdischer Persönlichkeiten [...]" , gelang es Lagiewski bereits Mitte der 1980er Jahre, die ehe-

25 Vgl. ebd. (Anm. 48), S. 28.

26 Vgl. Walczak, Ryszard, Die NS-Verbrechen im Spiegel der Ermittlungen der Hauptkommission, in: Kranz, Tomasz (Hrsg.), Die Verbrechen des Nationalsozialismus im Geschichtsbewußtsein und der historischen Bildung in Deutschland und Polen, Lublin 1998, S. 63-74.

27 Vgl. Eisenbach, Artur, Hitlerowska polityka zaglady Zydow [Die nationalsozialistische Politik der Judenvernichtung], Warszawa 1961./ Vgl. auch Berenstein, Tatiana, Eisenbach, Artur und Rutkowski, Adam, Eksterminacja Zydów na ziemiach polskich w okresie okupacji hitlerowskiej. Zbiór dokumentow [Die Vernichtung der Juden auf polnischem Boden im Zeitraum der nationalsozialistischen Okkupation. Eine Dokumentensammlung], Warszawa 1957.

28 Vgl. Thum, S. 304-337.

29 Vgl. Ruchmiewicz, Krzysztof, Die Herausbildung einer regionalen Identität in Niederschlesien in den letzten zehn Jahren, in: Trierenberg, Heinrich (Hrsg.), Niederschlesien im Wandel, Dülmen 2002, S. 63-73.

malige Breslauer jüdische Gemeinde einer interessierten polnischen Öffentlichkeit bekannt zu machen.<sup>31</sup> Zur Geschichte der schlesischen Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft sind die Arbeiten Karol Joncas<sup>32</sup>, der sich im Besonderen mit der katholischen Kirche Schlesiens und der Judenverfolgung<sup>33</sup> sowie den Ereignissen der Pogromnacht in Schlesien<sup>34</sup> aber auch mit dem Widerstand gegen das NS-Regime in Schlesien auseinander setzte, anzuführen. Der Schwerpunkt der polnischen Forschung zur Geschichte der schlesischen Juden im Dritten Reich konzentrierte sich jedoch vor allem auf das Ende der Gemeinde und die Deportation der schlesischen Juden in den Jahren 1941 bis 1944.<sup>35</sup> Zum Thema "Arisierung" in Schlesien ist die Monographie Franciszek Polomskis<sup>36</sup> die bisher einzige sich ausführlich diesem Thema widmende Studie.<sup>37</sup> In der Arbeit, die sich auf den

- 30 Jagiewski, Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau, S.125.
- 31 Vgl. Jagiewski, Maciej, Macewiy mowia [Die Mazzewen sprechen], Warszawa 1991.
- 32 Vgl. Jonca, Karol, Schlesiens Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft 1933-1945, in: Schultze-Rhonhof, Friedrich-Carl (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1995, S. 55-66.
- 33 Vgl. Jonca, Karol, Kosciol katolicki na Slasku wobec problemu oznakowania niemieckich ȳdȳw 1941 r. [Die katholische Kirche in Schlesien und das Problem der Kennzeichnung der deutschen Juden im Jahr 1941], in: Studia Slaska, 1983, Nr. 41, S. 81-106.
- 34 Vgl. Jonca, Karol, "Noc krysztalowa" i casus Herschela Grynszpana [Die "Kristallnacht" und der Fall Herschel Grynszpan], 2. Auflage, Wroclaw 1998./ Vgl. auch Polomski, Franciszek, Kontrybucja Zydow Slaskich po pogromie z 9-10 listopada 1938 roku [Die Kontribution der schlesischen Juden nach dem Pogrom vom 9-10 November 1938], in: SFZH, 1992, Nr. 15, S. 259-279.
- 35 Vgl. Jonca, Karol, Deportacje niemieckich Zydow z Wroclawia w swietle relacji naocznych swiadkow (1941-1944) [Die Deportation der deutschen Juden aus Breslau in Augenzeugenberichten (1941-1944)], in: SFZH, 1994, Nr. 17, S. 220-251./Vgl. Jonca, Karol, Die Deportation und Vernichtung der schlesischen Juden, in: Grabitz, Helge, Bästlein, Klaus und Tuchel, Johannes (Hrsg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994, S. 150-170./Vgl. Jonca, Karol, Nazistowska polityka "ostatecznego rozwiazania kwestii zydowskiej" [Die nationalsozialistische Politik der "Endlösung der Judenfrage"], in: SFZH, 1999, Nr. 2, S. 252-283./ Vgl. Konieczny, Alfred, VIII. wroclawska akcja deportacji Zydow z 31. marca/ 1. kwietnia 1943 [Die VIII. Breslauer Judendeportationsaktion vom 31. März/ 1. April 1943], in: SFZH, 2002, Nr. 25, S. 46-67./ Vgl. Polomski, Franciszek, Deportacje Zydow z Dolnego Slaska w latach 1941-1944. Proba rekonstrukcji [Die Deportation der Juden aus Niederschlesien in den Jahren 1941-1944. Der Versuch einer Rekonstruktion], in: Historia, 1991, Nr. 84, S. 83-119./ Vgl. Polomski, Franciszek, Holocaust we Wroclawiu i na Dolnym Slasku w swietle dokumentow administracji skarbowej [Holocaust in Breslau und in Niederschlesien nach Quellen der Finanzverwaltung], in: Dzieje Najnowsze [Neueste Geschichte], 1986, Nr. 3-4, S. 235-246./ Vgl. Sadowski, Mirosław, Deportacje niemieckich Zydow z Wroclawia do KZ Theresienstadt w styczniu i kwietniu 1944 r. [Die Deportation der deutschen Juden aus Breslau in das KZ Theresienstadt im Januar und April 1944], in: SFZH, 1995, Nr. 18, S. 261-270./ Vgl. Konieczny, Alfred, Tormersdorf, Grüssau, Riebzig. Obozy przejsciowe dla Zydow z Dolnego Slaska z lat 1941-1943 [Tormersdorf, Grüssau, Riebzig. Durchgangslager für die Juden aus Niederschlesien in den Jahren 1941-1943], Wroclaw 1997.
- 36 Vgl. Polomski, Franciszek, Prawo wlasnosci a tzw. "roswiazanie kwestii zydowskiej" w Niemczech hitlerowskich [Das Eigentumsrecht und die sog. "Lösung der Judenfrage" im NS-Staat], Wroc[aw 1991.
- 37 Einen kurzen Überblick über seine Forschungsergebnisse in deutscher Sprache vermittelt die Verschriftlichung eines Vortrages aus dem Jahre 1991, in der der Autor in Kürze über Materialgrundlage und wenige Beispiele für Schlesien berichtet. Vgl. dazu Polomski, Franciszek, Die "Arisierung" des jüdischen Vermögens in Schlesien 1933-1945, in: Schultze-Rhonhof, Friedrich-Carl (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1995, S. 67-74. Im polnischen Original: Vgl. Polomski, Franciszek, "Aryzacja" mienia zydowskiego na Slasku ze szczegolnym uwzględnieniem Wroclawia ["Arisierung" des jüdischen Vermögens in Schlesien unter besonderer Berücksichtigung Breslaus], in: Slaski Kwartalnik Historyczny Sobotka [Schlesische historische Vierteljahresschrift Sobotka], 1991, Nr. 1-4, S. 251-258.

Zeitraum vom Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 bis zur 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz 1941 erstreckt, thematisiert Polomski ausführlich die “institutionellen Formen des Rechtsbruchs wie Beschlagnahme und Sicherstellung (zajęcie i zabezpieczenie), Einziehung (konfiskata) und Verfall (przepadek)”<sup>38</sup> jüdischer Vermögen. Dabei dominiert die Betrachtung der Verletzung des Eigentumsrechts durch die Legalisierung des Raubs jüdischen Besitzes in den Jahren ab 1938.<sup>39</sup> Da sich der Autor ausführlich der rechtlichen Stellung der deutschen Juden im gesamten Reich widmet, wurden regionale Bezüge vor allem im Zusammenhang mit der Registrierung jüdischen Vermögens (Rejestracja mienia. Przykłady z prowincji)<sup>40</sup>, der Emigration (Emigracja z Dolnego Śląska)<sup>41</sup> und im Zuge der so genannten “Sühneleistung” nach dem Novemberpogrom 1938 (Straty związane z pogromem z 1938 r. i Kontrybucja żydowska na przykładzie Dolnego Śląska)<sup>42</sup> in die Arbeit eingebracht. Die Gesamtdarstellung Leszek Ziatkowski zur Geschichte der Breslauer Juden vom Mittelalter bis in die Gegenwart ist die neueste Veröffentlichung zur Geschichte der Breslauer Juden und gibt einen kurzen Überblick über die bisherige Forschung, wobei die Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gemeinde nur einen kleinen Teil einnehmen kann. Allerdings ist die Entwicklung der polnischen Gemeinde seit der Nachkriegszeit sehr ausführlich dargestellt und die Rekonstruktion einer Topographie des deutsch-jüdischen Breslaus gelungen.<sup>43</sup> Des Weiteren arbeiten polnische Historiker an einem Forschungsprojekt zur Erfassung der Archivbestände zur Geschichte der Juden in den preußischen Ostprovinzen in den Jahren 1772-1945<sup>44</sup>, dessen Ergebnisse in den kommenden Jahren weiterführende Studien zur Geschichte der Juden in den ehemaligen deutschen Ostgebieten erwarten lassen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die deutschsprachige Forschung zur “Geschichte der Juden in Schlesien” wie der Herausgeber des gleichnamigen Tagungsbandes bereits 1995 betonte<sup>45</sup>, auf den Zeitraum zwischen dem preußischen Emanzipationsedikt von 1812 und dem Machtantritt der Nationalsozialisten im Jahr 1933 konzentriert, während der Fokus der polnischen Regionalforschung auf den Jahren der Verfolgung und Vernichtung der Breslauer Gemeinde liegt.<sup>46</sup> Seit einigen Jahren gibt es

38 Polomski, Prawo własności a tzw. “roswiązanie kwestii ydowskiej” w Niemczech hitlerowskich [Das Eigentumsrecht und die sog. “Lösung der Judenfrage” im NS-Staat] (Anm. 60), S. 1.

39 Vgl. ebd., S. 224-233.

40 Vgl. ebd., S. 146-152.

41 Vgl. ebd., S. 182-183.

42 Vgl. ebd., S. 198-223.

43 Vgl. Ziatkowski, Leszek, Die Geschichte der Juden in Breslau, Wrocław 2000/ Vgl. Ziátkowski, Leszek, Dzieje Żydów we Wrocławiu [Die Geschichte der Juden in Breslau], Wrocław 2000.

44 Vgl. Jersch-Wenzel, Stefi, Inventory of Archival Resources for the history of the Jews in the Polish Archives (The former east Prussian Provinces 1772-1945) A Research Project, in: Wodzinski, Marcin und Spyra, Janusz (Hrsg.), Jews in Silesia, Cracow 2001, S. 321-326.

45 Vgl. Schultze-Rhonhof, Friedrich-Carl (Hrsg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1995.

46 Aus diesem bilateralen Forschungsbereich sticht der Brite Norman Davies, der bisher als einziger nichtpolnischer Historiker eine umfassende Darstellung der polnischen Geschichte verfasste (Vgl. Davies, Norman, God's Playground. A History of Poland, Oxford 1982.) mit seiner Überblicksdarstellung zur Breslauer Stadtge-

eine, wenn auch recht überschaubare Zahl ins Deutsche übersetzter Arbeiten polnischer Historiker, besonders erwähnt seien hier die Publikationen Karol Joncas und Maciej Lagiewskis. Erwähnenswert sind überdies zwei Projekte: Zum einen haben das Edith Stein Haus Breslau und das Willy Brandt Zentrum Breslau in den Jahren 2004 und 2005 ein Ausstellungsprojekt zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Widerstandes in Breslau erarbeitet (Narodowy socjalizmi ruch oporu we Wroclawiu 1933-1945)<sup>47</sup> Zum anderen wurde seitens des Willy Brandt Zentrums in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Polen- und Ukrainestudien an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) das Oralhistory-Projekt “Das polnische Breslau als europäische Metropole – Erinnerung und Geschichtspolitik aus dem Blickwinkel der Oral History” erfolgreich durchgeführt.<sup>48</sup> Jedoch scheint die Sprachbarriere weiterhin einen fruchtbaren Austausch zu erschweren.<sup>49</sup>

### Demografische und wirtschaftliche Lage der Breslauer Juden vor 1933

Schlesien und seine Provinzhauptstadt gehörten zu den Regionen in Mitteleuropa, in denen seit dem Mittelalter kontinuierlich Juden siedelten und das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Leben prägten.<sup>50</sup> Die jüdische Gemeinde zu Breslau war nach Berlin und Frankfurt am Main die drittgrößte im damaligen Reichsgebiet. Mitte der Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts lebten in Breslau, das mit circa 560.000 Einwohnern zu den größten Städten Deutschlands zählte<sup>51</sup> über 23.000 Bürger, die sich zum israelitischen Glauben bekannten.<sup>52</sup> “Sie bildeten einen integrierten Bestandteil des sozialen Lebens in Breslau, in Schlesien, ja in Europa.”<sup>53</sup>

schichte heraus. Allerdings wird diese Arbeit in vielerlei Hinsicht wissenschaftlichen Ansprüchen nicht gerecht. Vgl. Davies, Norman und Moorhouse, Roger, Die Blume Europas. Breslau – Wrocław – Vratislavia. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt, München 2002.

47 Vgl.: <http://www.breslau1933-1945.pl> (09.01.2009)

48 Vgl.: <http://oral-history.euv-ffo.de/breslau/index.html> (09.01.2009) und Ther, Philipp, Krolik, Tomasz und Henke, Lutz (Hrsg.), Das polnische Breslau als europäische Metropole. Erinnerung und Geschichtspolitik aus dem Blickwinkel der Oral History, Wrocław 2005.

49 Joachim Bahlcke betont zwar in seiner Einleitung zum aktuellen Sammelband, das die heutigen Historiker beiderseits von Oder und Neiße “nicht das Trennende betonen, sondern das Verbindende suchend” sich in regem Austausch befänden, doch stammen von den 27 Beiträgen lediglich drei von polnischen Autoren. (Vgl. Bahlcke.)

50 Vgl. Schwerin, Kurt, Die Juden in wirtschaftlichen und kulturellen Leben Schlesiens, in: JSFUB, 1988, Nr. 25, S. 93-177./ Vgl. Brillling, Bernhard, Geschichte der Juden in Breslau von 1454-1702, Stuttgart 1960./ Vgl. Menzel, Josef Joachim, Die Juden im Breslau und Schlesien bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Kühnel, Horst (Hrsg.), Juden in Breslau 1850-1945, München 1993, S. 21-25./ Vgl. Lagiewski, Maciej, Breslauer Juden 1850-1944, Wrocław 1996.

51 Vgl. Statistisches Amt der Stadt Breslau (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch des Stadt Breslau 1934, 7. Auflage, Breslau 1934, S. 4.

52 Für das Jahr 1933 bestimmte das Statistische Amt der Stadt für Breslau 20.202 Personen (3,2%) und für Niederschlesien 25.195 im Vergleich zu Berlin mit 160.564 (3,8%); Frankfurt am Main mit 26.158 (4,7%); Köln 14.816 (2,8%), Leipzig 11.564 (1,1%). Vgl. Jonca, Karol, Jüdisches Breslau im 20. Jahrhundert. Blüte, Zerstörung und Neubeginn, in: Jahn, Hajo (Hrsg.), Zwiseelenstadt. Ein Else-Lasker-Schüler-Almanach, Wuppertal 2004, S. 27-48, hier: S. 30.

Bis zu ihrer Entrechtung und Verfolgung bildete die jüdische Bevölkerung “[...] eine eigene festgefügte Schicht [...]”<sup>54</sup> und Säule des Breslauer Bürgertums. Jüdische Familien haben den Handel getragen und die großen Kaufhäuser errichtet und das geistige, kulturelle und politische Leben der Stadt maßgeblich geprägt. Der soziale Aufstieg der Breslauer Juden im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ist mit ihrer ungewöhnlich starken Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung Ober- und Niederschlesiens in der Zeit der fortschreitenden Industrialisierung verbunden. Im Jahr 1905 verfügten die Breslauer Juden, die nur 4,3 % der Bevölkerung der Stadt ausmachten, über 20,3 % des Gesamteinkommens.<sup>55</sup> Neben der führenden Stellung in Handel und Gewerbe prägten die bürgerlichen Juden das städtische Vereinsleben<sup>56</sup> und die linksliberale Kommunalpolitik.<sup>57</sup> Dabei stellten die Juden vor allem in den Kreisen politisch aktiver Liberaler des gehobenen Bürgertums die Mehrheit. Mit der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts 1918 verlor das jüdische Bürgertum auch in Breslau innerhalb kürzester Zeit seine Mitgestaltungsmöglichkeit in der Kommunalpolitik. So ist es bezeichnend, dass eine Hochburg des Liberalismus, wie es die Odermetropole im Kaiserreich zweifellos war, bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 diejenige Stadt sein sollte, in der die NSDAP mit 43 Prozent der Stimmen einen ihrer größten Wahlerfolge feiern sollte.<sup>58</sup> Obgleich die antisemitische Gesellschaftsstimmung des konservativen Flügels innerhalb des Breslauer Bürgertums in den Achtziger- und Neunzigerjahren des 19. Jahrhunderts die weitere Zunahme der jüdischen Integration verhinderte<sup>59</sup>, war der Integrations- und Assimilationsgrad hoch und der Antisemitismus sei in Breslau, so van Rahden, keinesfalls die soziale Norm, allenfalls ein kultureller Code gewesen.<sup>60</sup> “Die Juden galten als Teil einer Vielfalt in der Einheit der

53 Lagiewski, Maciej, Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau, Berlin 1999, S. 126.

54 Elias, Norbert, Norbert Elias über sich selbst, Frankfurt a. M. 1990, S. 13.

55 Vgl. Hettling, Manfred, Sozialstruktur und politische Orientierung der jüdischen Bevölkerung im Kaiserreich, in: Hettling, Manfred, Reinke, Andreas und Conrads, Norbert (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 113-130, hier: S. 115.

56 An dieser Stelle seien nur exemplarisch der Verein des Jüdischen Museum zu Breslau, die Gesellschaft der Freunde und die zionistische Ortsgruppe genannt. Zur jüdischen Vereinsstruktur in Breslau vergleiche ausführlich: Reinke, Andreas, Gemeinde und Verein. Formen jüdischer Vergemeinschaftung im Breslau des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, in: Hettling, Manfred, Reinke, Andreas und Conrads, Norbert (Hrsg.), In Breslau zu Hause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003, S. 131-147.

57 Vgl. van Rahden, Till, Juden und andere Breslauer. Die Beziehung zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000.

58 Vgl. ebd., S. 321./ Vgl. zum Aufstieg der NSDAP in Nieder- und Oberschlesien Maciejewski, Marek, Silesian Nazi Nationalism and Anti-Semitism 1921-1933, in: Wodzinski, Marcin und Spyra, Janusz (Hrsg.), Jews in Silesia, Cracow 2001, S. 141-158, besonders S. 15ff. Wahlergebnisse der NSDAP in Breslau: Reichstagswahl am 20. Mai 1928 1,0% der Stimmen; Reichstagswahl am 14. September 1930 24,2% der Stimmen; Reichstagswahl am 31. Juli 1932 43,5% der Stimmen; Reichstagswahl am 6. November 1932 40,4% der Stimmen; Reichstagswahl am 5. März 1933 50,2% der Stimmern. (Vgl. Falter, Jürgen W., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.)

59 So forderte auch die in Breslau erscheinende streng katholische Zeitung Deutscher Volksfreund im Jahr 1880, dass “[...] die erdrückende Macht des Judenthums gebrochen und dem zersetzenden Einfluß, den es auf die christliche Gesellschaft ausübt, ein Ende gesetzt werden, so müssen wir dasselbe isolieren [...]” Vgl. Zur Judenfrage, III, in: Deutscher Volksfreund, 9. Januar 1880, o. S.

Stadt.”<sup>61</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg verschlechterten sich die Beziehungen jedoch dramatisch und die jüdische Integration erodierte im Laufe der folgenden Jahre. “Sicherlich waren Juden auch nach 1918 noch in Breslau ‘zu Hause’, aber dieses Haus war ungemütlich, wenn nicht gar gefährlich geworden. Für Juden, mehr noch als für andere Breslauer, wurde Gefährdung zum Signum der ‘neuen’ Zeit.”<sup>62</sup> Breslau war mit den Grenzziehungen von 1918 zur Grenzstadt geworden und die wachsende Zuwanderung so genannter Ostjuden aus dem wiedererstandenen Polen und Russland verschärfte ebenso wie die Tatsache, dass sich die Stadt zur Operationsbasis für Freikorpsverbände entwickelte den radikalen Antisemitismus der Rechten. Hinzu kam der durch Wirtschaftskrise und Inflation bedingte Verlust wirtschaftlicher Potenz. Zweimal sollte das Verhältnis zwischen “Juden und anderen Breslauern” durch pogromartige Ausschreitungen noch vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten im Schlesien der Weimarer Republik erschüttert werden. Am 20. August 1920 und am 20. Juli 1923 folgten im Anschluss an Demonstrationen wüste Gewaltausbrüche, die mit mehreren Toten und Verletzten und der Plünderung jüdischer Geschäfte endeten.<sup>63</sup> Die erste deutsche Großstadt, die mit dem Botaniker Ferdinand Julius Cohn einen Juden zu ihrem Ehrenbürger ernannte und in der im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten “– mit der einzigen Ausnahme von Frankfurt –” nach der Einschätzung des Breslauer Juraprofessors Ernst Cohn “die innere Verknüpfung der Juden mit ihren nichtjüdischen Mitbürgern so stark gediehen [war] wie in Breslau”<sup>64</sup>, war zugleich die Stadt in der diese Verbindung um so gewalttätiger zusammenbrach.

### **“Arisierung” in Breslau**

In Breslau, das bis 1945 Bestandteil des Deutschen Reiches war, behalten die allgemeinen Feststellungen der Forschung zum Verlauf der Verdrängung, Ausschaltung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung ihre Gültigkeit. Von den 525.000 Juden, die 1933 im Deutschen Reich verteilt auf ca. 1.600 Synagogengemeinden lebten, konzentrierten sich über zwei Drittel auf die Großstädte<sup>65</sup> und davon etwa 20.000 auf Breslau. Die Zerstörung der drittgrößten jüdischen Siedlungsgemeinde in Deutschland begann ebenso wie andernorts mit ersten gezielten Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser sowie die freien Berufe im März 1933. Mit der Übernahme des Amtes des Polizeipräsidenten durch Edmund Heines war in Breslau die Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung zur Tagesordnung

60 Vgl. van Rahden, S. 326.

61 Ebd., S. 327.

62 Ebd., S. 317.

63 Vgl. van Rahden.

64 Schultze-Rhonhof, S. 5.

65 Vgl. Barkai, Vom Boykott zur Entjudung. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, S. 11f.

geworden.<sup>66</sup> Mit der Beamtengesetzgebung verloren auch in Breslau die Beamten, Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und städtischen Angestellten ihre Stellen.<sup>67</sup> Die wirtschaftliche Absonderung und schleichende Verdrängung trieb in der Odermetropole wie im Rest des Reiches bereits im Jahr 1933 die ersten jüdischen Unternehmen an den Rand des Ruins und zwang die Inhaber zur Aufgabe.<sup>68</sup> Bis zum Frühjahr 1938 waren aufgrund der die jüdische Bevölkerung stigmatisierenden und segregierenden Rassengesetze und dem zunehmenden Druck – ausgeübt durch die lokalen NSDAP-Gliederungen und “arischen” Käufer – die großen jüdischen Warenhäuser und Einzelhandelsunternehmen wie das Leinenhaus Bielschowsky, das Warenhaus der Gebrüder Barasch, die Koerbersche Buchhandlung, die Geschäfte der Firmen Lewy und Trautner wie der überwiegende Teil der jüdischen Unternehmen aus dem Stadtbild verschwunden und in “arische Hände”

66 In Breslau stürmten SA-Trupps unter dem Kommando des neuen Polizeipräsidenten, SA-Obergruppenführer Edmund Heines, am 11. März 1933 das Gerichtsgebäude am Stadtgraben (ul. Podwale). Vgl. den Bericht von Ludwig Foerder: WL, Der erste Pogrom auf ein deutsches Gericht. Erinnerung eines Augenzeugen, Nr. 047-EA- 0502 (P.II.b.No.174), Bl. 1-6. Das Gericht nahm seine Tätigkeit erst nach drei Tagen wieder auf, nachdem zugesichert worden war, dass 17 jüdische Anwälte ihre Tätigkeit für das Gericht weiterführen durften. Vgl. (Anonym), Reinigt die Breslauer Gerichte. Der “schwarz-rote Vatikan” - Ein deutscher Richter entschuldigt sich bei Polen, in: Schlesische Tageszeitung, 16. März 1933, o. S. Vgl. auch Weiss, George (Hrsg.), Einige Dokumente zur Rechtsstellung der Juden und zur Einziehung ihres Vermögens 1933-1945, Berlin 1954, S. 9ff. Bereits wenige Tage später am 20. März übersandte das preußische Justizministerium dem preußischen Staatsministerium einen Gesetzentwurf, der die Entlassung aller nichtchristlichen Richter und Staatsanwälte in Preußen vorsah. (Vgl. Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt am Main 1990, S. 88.)

67 Das Städtische Krankenhaus Breslau kündigte seinen 28 jüdischen Ärzten im April 1933 das Dienstverhältnis. Zum 8. April 1933: den Volontärärzten Dr. Gutfeld, Dr. Kittner, Dr. Preiß, Dr. Steinitz, Dr. Leo, Dr. Le-sewer und den Medizinalpraktikanten Dr. Rosenbaum und Dr. Lewin; zum 30. Juni 1933: den Primärärzten Prof. Dr. Frank, Dr. Goerke, Prof. Dr. Hannes, Prof. Dr. Kuznitzky, Prof. Dr. Melchior; den Oberärzten Dr. Guttman und Dr. Wagner; den Sekundärärzten Dr. Jakobowitz und Dr. Kuttner; den Assistenzärztinnen Dr. Sonnenfeld, Dr. Fischer, Dr. Hirsch, Dr. Leiser, Dr. Klein und Dr. Fellner; der Assistenzärztin Dr. Schweitzer; dem Facharzt am Allerheiligenhospital Dr. Leichtentrirt und dem Facharzt des Gesundheitsamtes Dr. Wiener, den Primärarzt Dr. Chotzen und Prof. Dr. Heinrichsdorff (Vgl. (Anonym), Kündigung jüdischer Ärzte, in: Schlesische Tageszeitung, 31. März 1933, Nr. 78, o. S.) Zur Ausschaltung jüdischer Mediziner der Universität Breslau vgl. Andree, Christian, Die Ausschaltung jüdischer Mediziner der Universität Breslau und die Gleichschaltung der Ärzteschaft durch den Reichsärztführer Gerhard Wagner, in: Bossle, Lothar et al. (Hrsg.), Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien, Sigmaringen 1989, S. 105-120. Zur Aberkennung der Doktorwürde der Mediziner vgl. Konieczny, Alfred, Pozbawienie niemieckich Żydow-emigrantow stopni doktorskich Uniwersytetu Wroclawskiego w latach 1938-1942 [Die Aberkennung des Doktorgrades der Breslauer Universität für deutsch-jüdische Emigranten in den Jahren 1938-1942], in: SFZH, 1994, Nr. 17, S. 332-364. vgl. Reinke, Judentum und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Das jüdische Krankenhaus in Breslau 1726-1944, S. 244f.

Studienrat Willy Cohn, der sich der Sozialdemokratie verbunden fühlte, wurde zum 31. August 1933 unter dem Vorwand kommunistischer Haltung und damit politischer Unzuverlässigkeit und auf Grund seiner “nicht arischen Abstammung” seine Stelle als Lehrer am Johannesgymnasium gekündigt. (Vgl. Cohn, Willy; Conrads, Norbert (Hrsg.), Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941, Köln/Weimar 2006. Die Tagebucheinträge vom 18. Juni und 31. August 1933. Vgl. ebd., S. 52/72.)

68 Zu einer der ersten “Arisierungen” in Breslau zählt die “Gleichschaltung” der Firma “Schlesische Plakatsäulen- und Reklame-Gesellschaft O.H.G.” (Schlerek), deren Gesellschafter bereits 1934 auf Betreiben der nationalsozialistischen Stadtverwaltung ihren Betrieb in “arische Hände” übergeben mussten. (Vgl. Bräu, Ramona, “Arisierung” in Breslau. Die Entjüdung einer deutschen Großstadt und deren Entdeckung im polnischen Erinnerungsdiskurs, Saarbrücken 2008, dort: Wirtschaftliche Verdrängung und frühe “Arisierungen”, S. 31ff.)

übergegangen.<sup>69</sup> Mit der Legalisierung und staatlichen Überwachung des “Arisierungsprozesses” durch die Maßnahmen des Jahres 1938 wurden die noch in Breslau verbliebenen Unternehmen und Geschäfte, wie die Reederei Schalscha, der Kolonialwarenhandel der Perlhöfters und die Damenmäntelfabrik der Epsteins “arisiert” bzw. liquidiert.<sup>70</sup> Der Zerstörungswut des Novemberpogroms fielen auch in Breslau die Synagogen und jüdischen Institutionen zum Opfer und der spärliche Rest der jüdischen Gewerbetätigkeit wurde wie im gesamten “Altreich” und dem angeschlossenen Österreich geplündert und zertrümmert.<sup>71</sup> Diejenigen, die fliehen konnten, emigrierten und verloren dabei zumeist alles was ihnen geblieben war. Für diejenigen, denen die Flucht nicht gelang, setzte die letzte Phase der “Entjudungspolitik” ein, in der ihnen alle persönliche Habe geraubt wurde. Die schleichende Verdrängung ab 1933 und die “Arisierung” jüdischer Betriebe, Geschäfte, Konzerne und Banken “waren jedoch nicht allein das Ergebnis einer antijüdischen Politik, d.h. sie gingen nicht allein auf gesetzliche und administrative Maßnahmen des Staates und Initiativen der NSDAP zurück.”<sup>72</sup> Die “Arisierung” muss vielmehr als ein politisch-gesellschaftlicher Prozess verstanden werden, der sich vor den Augen der “Volksgemeinschaft” abspielte und ohne die direkte oder indirekte Beteiligung von Millionen ihrer Mitglieder nicht möglich gewesen wäre.<sup>73</sup> Die endliche Konsequenz eines jeden “Arisierungsvorgangs”, die gänzliche Übertragung jüdischen Besitzes in “arische” Hände, vollzog sich auf unterschiedlichste Weise mit einer Vielzahl verschiedener Typen von Beteiligten. In Breslau profitierten vor allem Unternehmer aus Breslau selbst oder Schlesien und nur vereinzelt Firmen außerhalb Schlesiens am “Arisierungsgeschäft”.<sup>74</sup> Im Bereicherungswettlauf um Kunstgüter und Immobilien versuchten vor allem die Stadtverwaltung und die städtischen Museen von der “Entjudung” zu profitieren. Das Schlesische Museum der bildenden Künste erweiterte seine Bestände aus der Zerschlagung der großen jüdischen Kunstsammlungen<sup>75</sup> und die Stadt bereicherte sich

69 Vgl. ebd., S. 57ff.

70 Vgl. ebd.

71 Vgl. ebd., S. 53ff.

72 Bajohr, “Arisierung” als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und “arischer” Erwerber, S. 17.

73 Ebd., S. 18.

74 Vgl. die Übersicht der “arisierten” Wirtschaftsunternehmen in Breslau, in: Bräü, “Arisierung”, S. 123ff. sowie die unvollständige Auflistung der vom Gauwirtschaftsberater Schlesien genehmigten “Arisierungen” im Zeitraum 1938-1939 zusammengestellt aus: (Anonym), Arisierte Wirtschaftsunternehmen in Schlesien, in: Führerblatt. Gau Schlesien der NSDAP, Oktober 1938, Nr. 37, S. 23-29, S. 23-25./ (Anonym), Arisierte Wirtschaftsunternehmen in Schlesien, in: Führerblatt. Gau Schlesien der NSDAP, November 1938, Nr. 38, S. 32-34, S. 32f./ (Anonym), Arisierte Wirtschaftsunternehmen in Schlesien, in: Führerblatt. Gau Schlesien der NSDAP, Dezember 1938, Nr. 39, S. 34-37, S. 34f./ (Anonym), Arisierte Wirtschaftsunternehmen in Schlesien, in: Führerblatt. Gau Schlesien der NSDAP, Januar 1939, Nr. 40, S. 32-34, S. 32./ (Anonym), Arisierte Wirtschaftsunternehmen in Schlesien, in: Führerblatt. Gau Schlesien der NSDAP, März 1939, Nr. 42, S. 27-32, S. 27f./ (Anonym), Arisierte Wirtschaftsunternehmen in Schlesien, in: Führerblatt. Gau Schlesien der NSDAP, Mai 1939, Nr. 44, S. 30-31, S. 30./ (Anonym), Arisierte Wirtschaftsunternehmen in Schlesien, in: Führerblatt. Gau Schlesien der NSDAP, Juni 1939, Nr. 45, S. 25-26, S. 25./ (Anonym), Arisierte Wirtschaftsunternehmen in Schlesien, in: Führerblatt. Gau Schlesien der NSDAP, September 1939, Nr. 48, S. 23-24, S. 23.

am umfangreichen Immobilienbesitz der Familie Schottländer<sup>76</sup> ebenso wie an den paritätischen Stiftungen.<sup>77</sup> Aber auch viele Einzelpersonen konnten durch "Arisierung" und "Entjudung" gut verdienen. Um die Ausschaltung der jüdischen Gewerbetreibenden und Unternehmer so effektiv als möglich zu gestalten, arbeiteten in Breslau die Finanz- und Devisenverwaltung des Oberfinanzpräsidenten Wapenhensch, das "Arisierungsbüro" des Regierungspräsidenten Kroll unter Regierungsrat von Natzmer, die Abteilung Handwerk und Handel der NSDAP unter Abteilungsleiter von Streitschwerdt und die Gauleitung unter Gauleiter Wagner und später Hanke sowie die Gauwirtschaftsberatung des Gauwirtschaftsberaters Jacob eng zusammen.

Betrachtet man die Reaktionen der Betroffenen jüdischen Unternehmer und Familien wird schnell deutlich, dass in Breslau keineswegs ein homogenes Judentum existierte. Die Breslauer Gemeinde bestand aus den unterschiedlichsten religiösen Strömungen und Interessen. Während die verschiedenen Institutionen und Einrichtungen in ihrer Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit immer stärker eingeschränkt und um ihr Überleben kämpfen mussten, flackerte zu Beginn der Unterdrückung und Entrechtung "in Breslau [sogar] ein Strohfeuer jüdischer Selbsterneuerung auf."<sup>78</sup> Die Reaktion auf die zunehmenden äußeren Repressalien war eine Stärkung innerhalb der jüdischen Gemeinde sowie eine intensive Auseinandersetzung mit dem eigenen kulturellen Erbe, wie anhand einer verstärkten Vortragsaktivität und der Gründung des jüdischen Museums festgestellt werden kann.<sup>79</sup> Auch versuchte die Gemeinde durch gesteuerte Maßnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten der zunehmend verarmenden jüdischen Bevölkerung Perspektiven und Beschäftigung zu bieten. Diese Aktionsradien wurden mit zunehmender Radikalisierung der antijüdischen Politik jedoch immer weiter verengt. Der Verlust von privatem Besitz, seien es Wertgegenstände, Aktien, Barvermögen, Unternehmen, Geschäfte, Häuser oder Grundbesitz bis hin zu Radioapparaten und Fahrrädern sowie der Verlust des Einkommens durch die Verdrängung aus dem Beruf waren dabei mehr als nur eine Verletzung des Eigentumsrechts und des Rechts auf freie Berufswahl, vielmehr entschieden sie über die soziale Stellung und Sicherheit des Individuums. "Solche Verluste sind auch immer Einschränkungen von Handlungschancen, Verletzungen des Selbstwertes, Bedrohungen der Identität."<sup>80</sup> In letzter Konsequenz bedeuteten sie die Bedrohung des Individuums

75 Vgl. Bräu, "Arisierung", S. 77ff.

76 Vgl. Polomski, Franciszek, *Deportacja Żydów z Dolnego Śląska w latach 1941-1944. Proba rekonstrukcji* [Die Deportation der Juden aus Niederschlesien in den Jahren 1941-1944. Der Versuch einer Rekonstruktion], in: *Historia*, 1991, Nr. 84, S. 83-119.

77 Vgl. ebd., S. 82ff./ Vgl. Gruner, Wolf, Die Grundstücke der "Reichsfeinde". Zur "Arisierung" von Immobilien durch Städte und Gemeinden 1938-1945, in: *Wojak, Irmitrud und Hayes, Peter (Hrsg.), "Arisierung" im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis*, Frankfurt am Main/ New York 2000, S. 125-156, hier: S. 126.

78 Cohn, *Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941*, S. VXII.

79 Vgl. Ziátkowski, *Die Geschichte der Juden in Breslau (Anm. 24)*, S. 101.

selbst – die Vernichtung der stigmatisierten und aus der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzten Menschen.<sup>81</sup>

## Wege in die Vernichtung

1939 setzt im gesamten Reich eine Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung durch Zwangsunterbringung in so genannten „Judenhäusern“ ein. Die Zusamendrängung der Breslauer Juden in kleinere Wohnungen, die sich hauptsächlich auf die Neue Graupenstraße (ul. Krupnicza), die Sonnenstraße (ul. Pawlowa) und die Wallstraße (ul. Wlodkowica) konzentrierten<sup>82</sup> und ihre teilweise Überführung in die schlesischen Sammellager außerhalb Breslaus, die euphemistisch als „jüdische Wohngemeinschaften“ bezeichnet wurden, wurde mit dem Ziel „Breslau in absehbarer Zeit von Juden freizumachen“ durch die Gauleitung am 28. Mai 1941 beschlossen.<sup>83</sup> Die Voretappe zur „Endlösung“ für die Breslauer Juden waren die drei schlesischen Sammellager, die als Aufenthaltslager zur Verwahrung bis zur endgültigen Deportation in die Vernichtungslager dienten. Die Lager befanden sich in der beschlagnahmten protestantischen Brüdergemeinde Zoar in Tomersdorf (Predoicice) bei Görlitz, im beschlagnahmten Zisterzienserkloster Grüssau (Krzyszow) bei Landshut (Kamienna Gora) und im ehemaligen RAD-Lager in Riebzig (Rybna) bei Brieg (Brzeg). Die auf Veranlassung von Gauleiter Hanke am 26. Juli 1941 angeordnete „Judenwohnaktion“<sup>84</sup> wurde mit dem Ziel, dass „[...] die Breslauer Juden laufend aus ihren Wohnungen entfernt und in das Lager Zoar etwa 7 km nördlich Görlitz, überführt [werden]“<sup>85</sup> von Gaupersonalamtsleiter Friedrich und den Gestapobeamten von Mankowski und Hampel<sup>86</sup> durchgeführt.

80 Welzer, Harald, Vorhanden/ Nichtvorhanden. Über die Latenz der Dinge, in: Wojak, Irmutrud und Hayes, Peter (Hrsg.), „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt am Main/ New York 2000, S. 287-308, hier: S. 287.

81 Hilberg begriff die „Definition“, die „Enteignung“, die „Konzentration“ und die „Ausrottung“ als folgerichtige Konsequenzen des „Vernichtungsprozesses“. Vgl. Hilberg, S. 56f.

82 Vgl. dazu die zwei Listen, die von der Gestapo in Zusammenarbeit mit der städtischen Preisbehörde nach der Anordnung des Gauleiters vom 20. November 1940 Juden nur noch in jüdischen Wohnungen unterzubringen, erstellt wurden: 1. Liste Aufstellung der jüdischen Grundstücke, die überwiegend von Juden bewohnt sind. (APW, RW Nr. 9976, Bl. 64.); 2. Liste Aufstellung der jüdischen Grundstücke, die nicht überwiegend von Juden bewohnt sind, wo aber geprüft worden ist, ob die Wohnungen für Nichtjuden geeignet sind. (APW, RW Nr. 9976, Bl. 64.) Es wurden 58 Grundstücke ermittelt, die überwiegend von Juden bewohnt sind, sieben Grundstücke wurden als geeignet empfunden und neun sollten erneut überprüft werden. (Vgl. auch Koniczny, Alfred, Tomersdorf, Grüssau, Riebzig, Obozy przejsciove dla Zydow z Dolnego Slaska z lat 1941-1943 [Tomersdorf, Grüssau, Riebzig, Durchgangslager für die Juden aus Niederschlesien in den Jahren 1941-1943], Wroclaw 1997, S. 18f.)

83 Geheimer Vermerk des Regierungspräsidenten vom 30. Mai 1941. (APW, RW Nr. I/ 9979, Bl. 4ff.)

84 Auf die 1. „Judenwohnaktion“ vom 31. Juli 1941 (APW, RW Nr. 9978, Bl. 31f.) folgten am 16. August 1941 und am 6. September 1941 zwei weitere. (APW, RW Nr. 9978, Bl. 34; APW, RW Nr. 9978, Bl. 39.) Zielort dieser drei Transporte war Zoar.

85 Vertrauliches Rundschreiben des Polizeipräsidenten an die Dienststellen der Polizei vom 26. Juli 1941. (APW, RW Nr. 9978, Bl. 31.)

86 Zur Rolle Hampels und anderer Gestapobeamter im Verlauf der Deportationen ab November 1941: Vgl. Jonca, SFZH 1994 (Anm. 237.)/ Vgl. Jonca, Karol, Die Deportation und Vernichtung der schlesischen Juden, in: Gra-

Die Wohnungen samt Einrichtung wurden durch die Gestapo beschlagnahmt und vom städtischen Wohnungsamt und dem Oberfinanzpräsidium übernommen. Mit dem Einsetzen der Massendeportationen im Oktober 1941 begannen die zuständigen Behörden mit dem schrittweisen Rücktransport aus den schlesischen Sammellagern nach Breslau in die vorgesehenen Sammelstellen in der Gerichtstrasse (ul. Sadowa), im Synagogenhof in der Wallstraße (ul. Wlodkowica) und im Haus der Gemeinschaft der Freunde in der Graupenstrasse (ul. Krupnicza), von wo aus die zur Vernichtung Bestimmten in die Endsammelstelle am Schießwerderplatz (pl. Strzelecki) gebracht wurden, um dort vom nahe gelegenen Odertorbahnhof deportiert zu werden. Mit dem ersten Transport vom 25. November 1941 wurden ca. 1.000 Breslauer Juden nach Kowno in Litauen transportiert. Dort angekommen wurden die Breslauer dieses Transportes zusammen mit 1.000 Wiener Juden im Fort IX erschossen.<sup>87</sup> Der direkt nach Auschwitz gehende Transport Anfang 1943 bildete das Ende der Breslauer Gemeinde. Mit der Deportation der Breslauer Juden wurden auch die letzten unter der Aufsicht der IHK und der Regierungspräsidenten genehmigten wenigen jüdischen Gewerbe gelöscht. Am 6. März 1943 meldete das Steueramt, dass allein in Breslau im Zeitraum von Januar bis Februar 1943 27 jüdische Gewerbetreibende ihren Betrieb eingestellt haben und noch 29 Betriebe in der Kartei geführt wurden. Dabei handelte es sich um den letzten Rest des jüdischen Wirtschaftssektors, der ohnehin überwiegend aus in den Wohnungen angebotenen Dienstleistungen wie Zimmervermietung, Ausbesserungsarbeiten und Mittagstisch bestand.<sup>88</sup> Die Geheime Staatspolizei fasst das Ende der Breslauer Gemeinde wie folgt zusammen: "Durch die vom Reichssicherheitshauptamt angeordneten Maßnahmen ist die im Bereich der Staatspolizeistelle Breslau befindlich gewesene Reichsvereinigung der Juden durch Abschiebung aller Juden praktisch seit dem 10.6.43 aufgelöst. Das Vermögen ist weisungsgemäß beschlagnahmt und dem Oberfinanzpräsidenten Schlesien zur Verwaltung übergeben worden. Durch den Abtransport der Juden haben daher Krankenhäuser, Altersheime oder sonstige der ehemaligen Reichsvereinigung der Juden unterstehenden Betriebe oder Einrichtungen im Bereich der Staatspolizeistelle Breslau zu existieren aufgehört."<sup>89</sup> Die Enteignung, Vertreibung und schließlich Vernichtung der Breslauer Juden sollte für die deutsche Einwohnerschaft, unter deren Augen und unter deren Mitwirkung dies geschehen konnte, ein Prolog zur eigenen Vertrei-

bitz, Helge, Bästlein, Klaus und Tuchel, Johannes (Hrsg.), *Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*, Berlin 1994, S. 150-170.

87 Zwei Transportlisten für den Transport nach Kowno und den Transport im April in den Distrikt Lublin wurden von Karol Jonca veröffentlicht (Vgl. Jonca, Karol, *Nazistowska polityka "ostatecznego rozwiązania kwestii żydowskiej"* [Die nationalsozialistische Politik der "Endlösung der Judenfrage"], in: SFZH, 1999, Nr. 22, S. 252-283.)

88 Schreiben des Steueramtes des Oberbürgermeisters Breslau an den Regierungspräsidenten vom 6. März 1943. (APW, RW Nr. I/9968, Bl. 62ff.)

89 Schreiben der Geheimen Staatspolizei an den Oberfinanzpräsidenten Schlesien vom 20. August 1943. (APW, USPD Nr. 1397, Bl. 37.) Diese Ereignisse fanden gleichzeitig mit der endgültigen Auflösung der in Berlin noch bestehenden Einrichtungen der Reichsvereinigung statt.

bung werden, die wenige Jahre später folgte. Doch wie in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft aus dem Mikrokosmos der Stadt alles Jüdische getilgt worden war, so vollständig sollte die Vertreibung der Deutschen am Ende des Krieges sein. Kurt Schwerin notiert 1988 wehmütig: "Das alte jüdische Leben in Schlesien ist unwiederbringlich verloren und nur diejenigen Bewohner, die fliehen konnten und überlebten, sind Zeugen seiner damaligen Größe."<sup>90</sup>

90 Schwerin, Kurt, Die Juden in wirtschaftlichen und kulturellen Leben Schlesiens, in: JSFUB, 1988, Nr. 25, S. 176

## **Es ist nicht umsonst gewesen. Persönliche Widerstandserfahrungen in Breslau**

Man vergisst es oft ... die ersten Opfer Hitlers waren Deutsche. Nicht von ungefähr. Am 30 Januar 1933, als, er von Reichspräsident Hindenburg berufen, das Kanzleramt antrat, war das Land noch nicht reif, das Volk noch nicht willfährig und bereit für ein totalitäres Regime und, weniger noch, zu einem neuen Eroberungskrieg. Die Vielfalt der Meinungen und Parteien gehörte zur zivilen Kultur der Mehrheit, die Furcht vor einem neuen Krieg war, nach der großen Niederlage von 1918, schmerzhaft noch im Gedächtnis. Ohne dieses Bewusstsein auszutilgen, jede selbst latente Opposition zu liquidieren, war kein faschistischer Staat und kein Krieg zu machen.

Um diesen passiven und aktiven Widerstand zu brechen, wurde ein Meinungsmonopol, das jede andere Stimme erstickte, mit Terror und Mord über ganz Deutschland verhängt. Vorprogrammiert mit dem Reichstagsbrand (28. Februar 1933) setzte die Hexenjagd ein. Zuerst auf die Kommunisten, dann auf alle Antifaschisten. Folter und Mord in den „Braunen Häusern“, die Misshandlungen in den Konzentrationslagern waren nicht nur zur Ausschaltung der verhafteten Gegner angelegt, die Panik davor sollte das Volk einschüchtern, bleierne Angst jeden Gedanken an Widerstand von vorneherein lähmen.

Die Ausgangsbedingungen zur Errichtung ihres „Dritten Reiches“ waren den Nazis leider günstig. Hitler trat an und seine Verbrecherbande begann ihr Werk ohne einen Aufschrei der damals noch mehrheitlichen, demokratischen Massen und Parteien, ohne mehr als ein paar vereinzelt lokale Widerstandsaktionen. So wurde z.B. die SA bei ihrem Einmarsch in das Arbeiterviertel Scheitnig in Breslau mit einem Hagel von Blumentöpfen und Eimern kochenden Wassers empfangen.

Warum aber gab es keinen Generalstreik am 30 Januar, als das noch möglich war? Wie seinerzeit beim Kapp-Putsch (März 1920), den die Arbeiter in 24 Stunden vereiteln konnten. Und bei dem zum Sturz der Cuno-Regierung (August 1923), mit dem eine Rechts-Diktatur der „Schwarzen Reichswehr“ abgeblockt wurde.

So wie es damals stand, hätte ein Generalstreik die Etablierung des NS-Regimes vielleicht nicht mehr verhindern können, wohl aber dieses von Beginn an gesellschaftlich isolieren und somit bessere Bedingungen für neue Widerstands-Aktionen angebahnt.

Was hätte geschehen können, aber nicht geschah, bleibt zwar pure Hypothese, aber erhält aus meiner späteren Erfahrung eine indirekte Bestätigung: Als 1973 in

Uruguay die Armee und pro-faschistische Politiker einen Staatsstreich inszenierten, brach am gleichen Tag der Generalstreik aus, standen für 15 Tage alle Räder still. Auch das hatte die Militärdiktatur nicht verhindern können, jedoch eine unüberbrückbare Kluft zwischen Volk und Regierung aufgemacht, so dass nur ein verschwindend kleiner Kreis von rechten Politikern und Großunternehmern mit den neuen Herren zu kollaborieren wagte. Der Streik eröffnete so eine Kette nicht abreisender Widerstandsaktionen, erst im Untergrund, dann immer offener, was 1984 zum Sturz des verhassten Regimes führte. Dass das möglich war, lag an der Einheit der Gewerkschaftsbewegung und dem Zusammenschluss aller linken Parteien in einer gemeinsamen Front, der „Frente Amplio“.

Dass 1933 eine ähnliche Einheit in Deutschland fehlte, war der eigentliche Grund, weshalb nichts dergleichen geschah und das Nazi-Regime letztlich nicht von innen heraus, sondern durch ausländische Armeen besiegt wurde. Die Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche wie die politische, war durch inneren Streit gelähmt gewesen. Die Sozialdemokratie huldigte der Wahnidee: „solange Hitler auf dem Boden der Verfassung bliebe, sich nicht zu einem Generalstreik provozieren zu lassen“. Doch „die Verfassung“ hinderte die SA nicht an Mord und Verfolgung, nicht daran, die Gegner zu dezimieren, und als das „Ermächtigungsgesetz“ die Verfassung ausser Kraft setzte, war es zu spät, die Opposition tot.

Die Kommunistische Partei war zwar streikbereit, aber in den Gewerkschaften eine Minderheit. Ihr Aufruf verhallte ohne Resonanz nach jahrelanger Abqualifizierung der Sozialdemokraten als „sozialfaschisten“ und „Lakaien des Kapitalismus“.

Erst der Terror der Nazis, der gleichermassen alle traf, korrigierte die beiden verfehlten Strategien: den Verfassungswahn der einen und den Irrglauben der anderen, man stände vor einer sozialistischen Revolution, deren grösste Barriere die deutschen Menschewiki, die SPD wäre. Spät aber endlich doch erkannten die einen und die anderen: die grösste Gefahr war Hitler gewesen und daher hätte man gemeinsam dessen Machtergreifung verhindern und die bereits angeschlagene Demokratie wiederbeleben müssen. Nun konnte nur die Einheit aller Antifaschisten zum Sturz des Nazi-Regimes und zur Wiedereroberung der verlorenen Freiheiten führen.

Das war das politische Panoram nach 1933. Unter dem allerorts wütenden Terror und der paralysierenden Angst der großen Mehrheit der Bevölkerung blieb der Widerstand auf einen kleinen Haufen der Standfesten beschränkt. Der wenigen, die ihrer Gesinnung treu bereit waren ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Aber jetzt hatten sie alle ein und dasselbe Ziel: Kampf dem Faschismus. Sie nahmen ihre Kraft aus der Wahrhaftigkeit ihrer Ideen von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit und aus einem starken Vertrauen auf das Volk, insbesondere auf die Arbeiter, die, wenn auch passiv, noch längst nicht vom chauvinistischen Hass der Nazis vergiftet, von deren demagogisch propagiertem „Sozialismus“ und Antisemitismus irreführt waren.

Was diesen Widerstand in Schlesien, in Breslau betrifft, so kann ich hier nur aus eigener, wenn auch beschränkter Erfahrung reden. Beschränkt ... denn ich war 17 Jahre alt, als die Gestapo mich im November 1934 verhaftete. Beschränkt vor allem, weil unter den Umständen der Illegalität, die Sicherheit der aktiven Antifaschisten strengste Abkapselung gebot. Keiner sollte mehr als vier andere kennen, womöglich auch nur deren Decknamen. Schon fünf Leute zusammen hätte Verdacht hervorgerufen, zumal die Fünferzelle als traditionelle Grundeinheit kommunistischer und sozialistischer Organisation bekannt war.

Da ich in der Fabrik (Feldbahnbau und Lokomotiven, Smoschewer) mit anderen Lehrlingen vom KJV (Kommunistischer Jugens-Verband) befreundet war, nahm ich an der Verteilung der „Roten Fahne“ und der Breslauer „Arbeiterzeitung“ teil. Sie denunzierten die Morde und Folterungen in den neu geschaffenen Konzentrationslagern, den Lohnabbau, die Korruption der neuen Herren, die Millionengeschäfte mit der Aufrüstung von Hitlers Geldgebern, Krupp, Thyssen, Flick, die geheime Kriegsvorbereitung und riefen zum Widerstand auf.

Natürlich durften wir uns dabei nicht erwischen lassen. Zur Sicherheit begannen wir in jedem Haus oder Hinterhaus im obersten Stockwerk und gingen, die Zeitung anbietend, von Tür zu Tür nach unten, so immer einen Fluchtweg offen lassend. Die Erbitterung der Arbeiter in den ersten Monaten des Schreckenregimes war so gross, dass wir eigentlich nie Probleme hatten. Die Zeitung kauften zwar nur wenige, aber oft rieten uns die Besuchten, an welche Tür im Haus wir lieber nicht klopfen sollten, denn selbstverständlich gab es schon einige Nazis in jedem Wohnblock.

Das mochte so bis Mai gegangen sein. Dann wurde es zu gefährlich. Wir fuhren nun an den Sonntagen mit den Fahrrädern aus der Stadt hinaus, an der Oder entlang bis nach Kottwitz, einer Ortschaft, in der viele Oderschiffer wohnten. Sie waren zumeist arbeitslos, denn die Krise hatte viele Oderkähne auf diesem wichtigsten schlesischen Wasserweg lahm gelegt. Wolf kannte ein paar Genossen dort, wir verkauften ihnen die Zeitung und sie wiesen uns an andere weiter. Mit einigen kamen wir ins Gespräch, diskutierten mit Sozialdemokraten und Kommunisten, auch einigen katholischen Schiffern. Obwohl sie sehr ärmlich lebten, boten sie uns stets Tee oder Limonade an. Wir hatten einen guten Absatz und fühlten uns an diesem Ort einigermaßen sicher.

Zu sicher leider. Denn eines Tages kamen wir an den Falschen. Wahrscheinlich war er bis vor kurzem noch links eingestellt gewesen und die Nachbarn hatten seinen Wandel nicht wahrgenommen. Als wir an einem Haus anklopfen, machte uns ein Mann in SA-Uniform auf. Er musste vorher schon beobachtet haben, dass wir diese Zeitungen bei uns hatten und sie seinen Nachbarn anboten. Er brüllte uns an, wir „Marxisten“ vergifteten das ganze Dorf mit Gräuelpopaganda, er werde uns das Handwerk legen. Doch bevor er handgreiflich werden konnte, hatten wir uns aufs Rad geschwungen und rasten, ohne abzuwarten, was er nun wirklich tun würde, in einem irren Tempo aus dem Dorf. Natürlich fuhren wir nicht die Oder

entlang, auf dem Weg, den wir gekommen waren, sondern Ortschaften meidend in großen Schleifen und in atemloser Hast auf Nebenwegen zurück nach Breslau.

Das war im Sommer 1933, und es war der letzte Ausflug mit den KPD-Zeitungen. Bald sollten auch keine gedruckten mehr erscheinen. 1934 nahm ich dann an Zusammenkünften der KJO teil, bei denen wir die politische Lage und unsere Aktivitäten besprachen.

Die „Kommunistische Partei Deutschlands/ Opposition“ war eine Abspaltung der KPD unter deren früheren Sekretär Brandler. 1928 aus der Partei ausgeschlossen, trat sie für die Politik einer Einheitsfront mit der SPD gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung ein. Ebenso für die Mitarbeit der Kommunisten in der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbewegung ADGB. Die KPO stimmte in ihren Zielen mit der KPD überein und prangerte auch die sozialdemokratische Politik des „kleineren Übels“ und ihr Verständnis als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ an, sah jedoch in einer Einheitsfront die einzige Möglichkeit, das vorranige Ziel, den Weg Hitlers zur Macht zu blockieren und die faschistische Diktatur und den Krieg zu verhindern. Zahlenmäßig war die KPO und ihre Jugendorganisation, die KJO, relativ klein. Doch waren ihre Mitglieder meist sehr aktiv und kampferprobt. Vielleicht war das der Grund, weshalb sie nach der Machtergreifung der Nazis eine der relevanten und dauerhaften Gruppen im Widerstand war. Davon zeugten auch die vielen Prozesse von 1934 bis 1941 gegen KPÖler wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, wie damals die Anklage wegen Teilnahme am antifaschistischen Kampf im Untergrund juristisch benannt wurde.

Wir waren in Vierergruppen organisiert. Mehrere in einem Stadtteil trafen über einen ihrer Genossen mit einem Stadtteilleiter in Verbindung – ich stellte den des Südens in Breslau – und diese wiederum trafen sich mit dem politischen Sekretär, nie aber alle gemeinsam. Stets kam nur einer der unteren Ebene mit einem der nächst höheren zusammen, sei es um Bericht zu erstatten, sei es um Information zu erhalten, Material zur Verteilung oder um eine Aktion zu koordinieren.

Die Vierergruppen konnten schlechterdings nicht in der Stadt zusammenkommen. Wir fuhren am Wochenende an die Oder raus, an eine der vielen Buchten mit Strand, wo man schwimmen und Ball spielen konnte, so wie es viele Jugendliche aus der Arbeiterschicht damals machten. Das war unauffällig und, bei allem ohnehin bestehendem Risiko, weniger gefährlich.

Am 1. Mai 1934 jedoch liessen wir alle Vorsichtsmassnahmen fahren. Wir fuhren in kleinen Gruppen an die Oder und trafen uns dort in einer Bucht mit vierzig, fünfzig anderen. Und es wurde eine richtige Maifeier. Oben am Wege standen einige Genossen Schmiere. Als bei der öffentlichen Mai-Kundgebung alle mitmachen mussten, an erster Stelle alle Nazis, von der Hitlerjugend bis zur SS, war die Umgebung von Breslau an jenem Tage von der „braunen Pest“ frei, und es war nicht viel zu befürchten. So sangen wir nach langer Zeit wieder einmal im Chor die alten Arbeiterlieder. Eine Ansprache wurde gehalten. Eingeständnis unserer grossen Niederlage und flammender Aufruf zur Fortsetzung des Kampfes gegen

Faschismus und Krieg zugleich, und als es zu dunkeln begann, ertönte vor dem lodernnden Feuer die Internationale. Es mochte leichtsinnig gewesen sein, aber bei der niederdrückenden Atmosphäre, in der wir unseren täglichen kleinen Aufgaben nachgingen, gab es uns neuen Mut.

Noch eine andere Episode sollte uns inmitten der einbrechenden Nacht des Faschismus einen Lichtblick geben. Es war ein Blitzlicht, leuchtete für den Bruchteil einer historischen Sekunde auf und erlosch. Die Nacht, die darauf folgte, war jedoch tiefer als alle anderen zuvor.

Zwei Monate nach jener begeisternden Maifeier kamen wir wiederum an einem Wochenende, es war der erste Juli, von unserer Fahrt an die Oder zurück. Schon bei unserer Fahrt durch die östlichen Vororte erschien uns die Stadt wie verwandelt. Überall standen Gruppen von Leuten und diskutierten mit lauter Stimme. Das hatte es seit anderthalb Jahren nicht mehr gegeben.

Als wir an einer SA-Kaserne vorbeikamen, wurden wir freundlich von einem Polizisten gebeten auf einer Nebenstrasse weiterzufahren. Wir konnten gerade noch sehen, dass Reichswehr vor dem „Braunen Haus“ stationiert war. Neugierig gemacht gesellten wir uns zu einer der unbehelligt diskutierenden Gruppen. Was wir erfuhren, war unklar, sich widersprechend, durch Gerüchte ergänzt, zumal den offiziellen Berichten sowieso niemand Glauben schenkte. Doch soviel stand fest: In der vergangenen Nacht hatte die Reichswehr, gemeinsam mit Görings Leibwache, der SS, die SA entwaffnet und in ihre Kasernen eingesperrt. Viele ihrer Führer waren erschossen worden. Ihren Stabschef Ernst Röhm und Edmund Heines, den SA-Obergruppenführer von Schlesien und Polizeipräsidenten von Breslau hatte man in Wiessee zusammen umgebracht. Auch der General Schleicher wurde in dieser „Nacht der langen Messer“ ermordet. Der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen kam mit eingeschlagenen Zähnen davon. Seine Lebensrettung verdankte er dem Eingreifen des Generals Freiherr von Fritsch, Chef der Heeresleitung.

Im Gau Breslau waren in jener „Bartholomäusnacht“ 185 Menschen von den SS-Mordkommandos umgebracht worden. War man auch über das Blutbad entsetzt, Heines Tod nahmen alle mit Genugtuung auf. Wegen seiner ruchlosen Verbrechen und Morde, seiner Korruption und der Orgien, die ein ganzes Häuserviertel im Umkreis seiner Residenz im Süden der Stadt geradezu unbewohnbar gemacht hatten, war er zum meist gehassten Mann Breslaus geworden.

Ein Bild von allem konnten wir uns vorerst nicht machen. Die offizielle Version des „Röhmputsches“ war ebenso idiotisch wie die angeblich „für den Führer unerträglich gewordene unnatürliche Veranlagung der SA-Führer“. Doch aus der allgemeinen Stimmung, die sich erstmals öffentlich auf den Strassen kundtat, schlossen wir, dass die Bevölkerung von den Auseinandersetzungen in den Nazi-Reihen und in der Reichswehr den Fall Hitlers und Görings erhoffte. Die Angst vor dem Naziterror schien gewichen.

Hätte eine einheitliche Führung bestanden, wären bei der grossen Erregung, vor allem in den Arbeitervierteln, Kampfmaßnahmen möglich gewesen. Aber die

allgemeine Schadenfreude lähmte eher ein gemeinsames Handeln. Als bereits am folgenden Tag ersichtlich war, dass sich die SA kampflos hatte überrumpeln lassen und Hitler und Göring fester denn je im Sattel sassen, folgte der Katzenjammer auf die voreilige Vorfreude. Am Montag liessen dann auch bei Smoschewer alle die Köpfe hängen.

Aus unserer über die Grenze geschmuggelten Zeitschrift „Gegen den Strom“ konnten wir Wochen darauf entnehmen, dass der Schlag gegen die SA-Führung von Hitler, Thyssen, Krupp, Kirdorf und dem Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg präzise vorbereitet worden war, um die absolute Machtstellung Hitlers als politischen Führer, des „Stahlvereins“ als Wirtschaftsdictator und der Reichswehrgeneralität auf militärischem Gebiet gegen jede Rivalität abzusichern. Dass dabei auch persönliche Rechnungen blutig beglichen wurden und die Täter des Reichstagsbrand als lästige Mitwisser liquidiert wurden, war nur eine Begleiterscheinung.

Die radikale Demagogie einer „zweiten Revolution“ konnte jedenfalls zu den Akten gelegt werden. Nachdem die uneingeschränkte Herrschaft der Spitze der Nazipartei im Verein mit der Rüstungsindustrie und der Armee konsolidiert war, bedurfte es keiner „sozialistischen“ Phrasen wie „Brechung der Zinsknechtschaft“ mehr. Der Weg zu Krieg und Eroberung stand offen. Unser Hoffnungsschimmer hatte nur einen Tag gedauert.

Welcher Art waren nun unsere politischen Aktionen?

Was ich aus meiner persönlichen Erfahrung weiss, mag, da die Bedingungen der Untergrundarbeit allerorts dieselben waren, ziemlich allgemeine Gültigkeit haben.

Relativ am sichersten war man noch in den Fabriken und Werkstätten. Unter den Arbeitern kannte man sich seit Jahren, die Gefahr denunziert zu werden, war wesentlich geringer als in der Anonymität der Nachbarschaft. Auch wenn man über Politik nur im Flüsterton redete, so war hier die Gesinnung immer noch die alte geblieben. Die Betriebsratswahl am 21. März 1933 bewies noch einmal statistisch, dass die Nazis unter den Arbeitern in der Minderheit waren. Der NSBO-Kandidat fiel bei uns durch, selbst nach eigenen Angaben waren im Reich nur 25% der Stimmen für deren Kandidaten abgegeben worden. So blieb auch bei uns der alte SPD-Betriebsrat im Amt.

Mit der NSBO schienen Göbbels und Ley, ebenso wie bei „Smoschewer“, überall keine guten Erfahrungen gemacht zu haben. Im Lauf der Zeit ging die unbedeutende Nazigewerkschaft ganz in der „Deutschen Arbeitsfront“ auf, in die jetzt alle eintreten mussten, die Arbeiter, die höheren Angestellten sowie die Unternehmer. Allerdings war das nun keine Gewerkschaft mehr, sondern eine reine Nazi-Propagandaorganisation, durch „Kraft durch Freude“ allenfalls noch für Freizeitgestaltung zuständig.

Anfang 1934 wurden mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ nach Aufhebung aller Tarifverträge auch die Betriebsräte in „Vertrauensräte“ um-

gewandelt, deren Vorsitzender der Betriebsleiter war. Von jetzt an wurde dieser „Gefolgschafts-Führer“ genannt und die Belegschaft „Gefolgschaft“. Diese feudalistische Namensgebung war symbolisch für die völlige Unterwerfung der Arbeiter unter die Macht der Unternehmer.

Die „Vertrauensrätewahl“ im März 1934 muss ein neuer Reinfall für die Nazis gewesen sein. Wie und weshalb weiss ich nicht, da wir Lehrlinge ja nicht wählen durften. Die Ergebnisse jedenfalls wurden nie bekannt gegeben, und seitdem wurden überhaupt keine Wahlen mehr in den Betrieben abgehalten.

Die Arbeiter wurden schweigsamer, aber es lag eine ebenso verhaltene wie verbissene Feindseligkeit in ihrem Verhalten. Als neue Hilfsarbeiter in die Fabrik kamen, sicherlich von der Partei empfohlen oder auch dem Betrieb aufgezwungen, arbeitslose PGs jedenfalls, tat sich ein Graben zwischen ihnen und den Stammarbeitern auf. Mit den Neuen sprach man nur über das für die Arbeit Unvermeidliche und vermied jeden persönlichen Kontakt. Auf ihre Lobpreisungen des Führers und der „Neuen Ordnung“ reagierte man nach der Art der Taubstummen. Es mag mitgespielt haben, dass man sie, die wenig mehr als Arbeitslosenunterstützung erhielten, als Lohndrücker betrachtete, zumal die Lohnsteuer aus „Solidarität mit den Erwerbslosen“ um drei Prozent erhöht worden war.

Meine Tätigkeit lag zu dieser Zeit wieder beim Schreiben, im Miniatur-Journalismus. Ich hatte Berichte aus den grösseren Metallbetrieben über die Arbeitslage, den nach Aus- bzw. Gleichschaltung der Gewerkschaften verstärkten Lohndruck, über die Stimmung unter den Arbeitern und über Widerstandsaktionen, die damals noch ab und zu stattfanden, zu sammeln.

Ausser zu meiner Fabrik „Smoschewer“, hatte ich Verbindung zu „Kemna“, „Montan“ und den „Linke-Hoffmann-Werken“. Mit je einem Genossen aus einem dieser Betriebe traf ich mich in einer Kneipe oder auch an einer Strassenecke, die Fabriken lagen nahe beieinander am Stadtrand, und sie erzählten mir, was bei ihnen passierte. Zu Hause schrieb ich es dann auf. Seltener übergaben sie mir einen geschriebenen Bericht. Die im Lauf des Monats gesammelten Berichte bewahrte ich in einem wasserdichten Gummibeutel im Spülkasten unserer Toilette auf. Die Spülkästen aus Gusseisen waren seinerzeit ganz oben unter der Decke angebracht.

Zu diesen Lokalnachrichten kam der Leitartikel hinzu, die Analyse der aktuellen politischen Lage. Meist handelte es sich dabei um Abschriften von Artikeln aus dem Ausland, die illegal nach Deutschland kamen. Ich selbst hatte einmal, zusammen mit anderen, in den Winterferien 1933 nach einem Treffen mit tschechischen Studenten in Pec (Petzer) Fotonegative im Format 6 x 9 cm, zusammengerollt und in den Skistöcken verstaut, skifahrend über die verschneite Grenze gebracht. Diese Negative wurden dann in Breslau abgezogen und – freilich in kleiner Zahl – vervielfältigt. Diese Zeitschriften: „Gegen den Strom“ und „Juniusbriefe“ gaben ein gutes Bild von der Situation in Deutschland und im Ausland, zu einer Zeit, in der die gesamte Presse gleichgeschaltet und alle Nachrichten durch die Zensur gefiltert waren.

Meine Aufgabe war es, die Artikel zusammenzustellen, zu überarbeiten, den Umbruch vorzubereiten und zusammen mit Rudi, einem Freund aus der „Kameraden“-Zeit, das Ganze auf eine Wachsmatrize zu tippen. Rudi, ein Büromensch, konnte perfekt Schreibmaschine schreiben und besaß einen Schlüssel zu dem Geschäft, in dem er arbeitete. Bis spät in die Nacht hinein saßen wir in seinem Kontor und fertigten das Bulletin an. Auch bei Rudi in der Wohnung tippten wir manchmal, wenn seine Eltern nicht zu Hause waren. Unsere Eltern durften auf keinen Fall wissen, was wir da trieben. Sobald wir sie kommen hörten, unterbrachen wir unsere Arbeit.

Selten wurde eine Zeitungsnummer auf einer einzigen Schreibmaschine hergestellt. Einmal mussten wir sogar drei verschiedene Maschinen für eine Ausgabe benutzen. Rudi sorgte zur Sicherheit dafür, dass keine Spuren hinterlassen wurden. Nach der Fertigstellung der Matrize vergaß er nie, alle Buchstaben auf einem Papierbogen mit dem Farbband mehrmals anzuschlagen, so dass den Typen wieder Druckfarbe anhaftete.

Obwohl die Gestapo einige dieser illegalen Zeitungen in gefalteten DIN A-3 Bogen in die Hände fielen, konnten sie doch nie die Schreibmaschine ausfindig machen, auf denen sie hergestellt worden waren. Jede hatte irgendeine Besonderheit, sei es auch nur an einer Type, und sicherlich haben sie bei der Haussuchung bei Rudi auch die Schreibmaschine seines Vaters unter die Lupe genommen. Die Vielfalt der benutzten Apparate erschwerte aber die Suche nach den besonderen Merkmalen der Lettern.

Den Gestettner-Vervielfältigungsapparat hingegen konnten sie bei einer Haussuchung beschlagnahmen. Über die Anzahl und Verteilung wusste ich nur das, was durch meine Hände ging. Einige Exemplare gab ich an vertrauenswürdige Lehrlinge und ältere Arbeiter in der Fabrik weiter. Auch auf der Toilette liess ich ein paar Zeitungen liegen. Als neue Hilfsarbeiter eingestellt wurden, unterliess ich das jedoch.

An eine Titelseite unserer Zeitung erinnere ich mich noch genau. Da stand ein Gedicht von Erich Weinert gegen den Krieg.

Für wen marschierst ihr?

Ist es so süß,

für die Schieber in London, Berlin und Paris

als Helden zu sterben, Soldaten?

Zwischen den Strophen liess ich von Kampfflugzeugen, die oben am Titelkopf flogen, Bomben fallen, die am unteren Rand des Blattes, wo sich Konturen von Häusern abhoben, zerbarsten. Auf der Matrize konnte man das mit einem Stilet sehr schön ins Wachs ritzen. Nur musste man dazu ein Stück Blech oder eine Glasscheibe darunter legen. Auf diese Art stellten wir zu besonderen Ereignissen auch kleine Flugblätter her. Da man aber Flugblätter nicht mehr vor Fabrikanten verteilen konnte, machten wir in der Dunkelheit zwischen drei und vier Uhr morgens Radrundfahrten, die über die Zufahrtsstraßen zu den Fabriken in den Aussenbe-

zirken der Stadt führten, und verstreuten die Flugblätter dort auf den unbewohnten Strecken, die zu dieser Zeit menschenleer waren. Früh um sechs oder sieben, wenn die Arbeiter in die Betriebe gingen, fanden sie die Flugzettel, lasen sie oder hoben sie auch auf.

Hitler hatte nach Hindenburgs Tod die Weimarer Verfassung endgültig außer Kraft gesetzt und beide Ämter, das des Reichspräsidenten und das des Reichskanzlers auf sich vereinigt. Nachträglich, im September 1934, veranstaltete er eine Volksbefragung, um sich seine jetzt allmächtige Position als „Führer und Reichskanzler“ bestätigen zu lassen.

Wir malten damals auf die Mauern der Stadt unser „Nein“ und verstreuten vor den Fabriken Flugzettel: Stimmt mit Nein gegen faschistische Diktatur und Krieg. Es waren trotz allem noch sieben Millionen, die mit „Nein“ stimmten.

Ich weiss nicht, zu welchem Anlass es war, zur Mai-Feier 1934, oder war es erst nach Hindenburgs Tod, Ende Juli des Jahres, dass die Nazis eine Massenkundgebung in Breslau unter dem Motto „Das Herz eines Volkes liegt an seinen Grenzen“ veranstalteten. Mit einer wüsten Hetze gegen Polen und Tschechen sollte Stimmung für die Einführung der Wehrpflicht gemacht und mit nationalistischen Phrasen die Unzufriedenheit wegen der grossen sozialen Missstände zum Schweigen gebracht werden.

Gegen die chauvinistische Vernebelung klebten wir eine Woche vor der Kundgebung in vielen alten Stadtteilen Breslaus Plakate (DIN A3), die aufzeigen sollten, wohin das führte, nämlich zu Krieg und Niederlage. Der Aufruf endete, pathetisch, aber leider bald nur zu wahr mit dem Satz: Wenn das deutsche Volk leben will, muss der Faschismus sterben.

Jene breite Klebeaktion wurde dadurch ermöglicht, dass sich drei sozialistische Jugendorganisationen in Breslau zu einem antifaschistischen Bündnis zusammengeschlossen hatten. Bei aller organisatorischen Selbstständigkeit – schon aus Sicherheitsgründen musste die Aufteilung in untereinander unbekannt kleine Gruppen beibehalten werden – koordinierte man über Verbindungsleute gemeinsame und gleichzeitig ablaufende Aktionen. Konkret nahmen beim Kleben dieses Aufrufes unsere KJO, der KJV und die Jugend der SAP, die SAJ teil.

In diesen Jahren war es nicht ungewöhnlich, dass man in der Nacht junge Pärchen in den Türnischen der Häuser in den Arbeitervierteln stehen sah, die nur hier ungestört zusammenkommen konnten. Dabei stand das Mädchen mit dem Rücken zur Tür und der Junge mit dem Rücken zur Straße. Das Besondere in dieser Nacht war, dass der Junge einen Topf mit Kleister und einen Pinsel unter seinem glockenförmigen Regentmantel verbarg und das Mädchen die zusammengerollten Plakate. Der Junge strich mit ein paar Pinselstrichen in Kopfhöhe eine kleine rechteckige Fläche der Haustür mit Kleister, das Mädchen hob ihre Rolle, der Junge ergriff sie, rollte sie ab, gab seiner „Freundin“ die restliche Rolle zurück und beide rückten nun etwas zur Seite, um das Plakat mit ihren Köpfen zu verdecken. So blieben sie ein Weilchen stehen, bis ein Radfahrer vorbeikam und das Mädchen sagte: „Wir können nun weitergehen“.

Hätte er einmal geklingelt, so hätten sie sogleich, doch ohne Eile, in der Richtung in der er fuhr, verschwinden müssen. Bei zweimal Klingeln in entgegengesetzter Richtung. Folgte dem eine schnelle Serie von Klingelzeichen hiess das: Kleistertopf und Papierrolle in der Haustür lassen und fortlaufen. Jedes Pärchen hatte einen Häuserblock zugeteilt bekommen und jeder Radfahrer die Betreuung von vier bis sechs Pärchen, je nach Seitenlänge und Lage der Häuserviertel. Zu dieser Stunde waren nur noch wenige Menschen auf der Strasse, und da die Haustüren meist im Halbdunkel lagen, waren die bereits geklebten Anschläge nicht auffällig. blieb jedoch ein Fussgänger vor einem stehen, so konnte das gefährlich werden. Ging er zu einer Telefonzelle, so musste die Aktion im ganzen Umfeld „abgeklingelt“ werden. Da es auch sein konnte, dass ein Nachtschwärmer vom Bummel nach Hause kam, hatte das Pärchen darauf zu achten, dass bei den meist doppelflügeligen Türen, nur der feste beklebt wurde, sie diesen und keinesfalls den aufschliessbaren verstellten.

Um drei Uhr war die Aktion abgeschlossen, die Radfahrer – einer war ich – mussten um halb vier in der „Kräuterbar“ Meldung erstatten. War alles gut abgelaufen, an die Theke treten, ein Bier bestellen, eine Zigarette rausnehmen, in den Taschen nach Streichhölzern suchen, keine finden und den Genossen, der daneben am Ausschank stand, um Feuer bitten. Nur im Fall, dass etwas nicht glatt gegangen war, sollte ich mich mit ihm in ein belangloses Gespräch einlassen, um uns dann zusammen in eine Ecke an einen Tisch zurückzuziehen.

Mein Einsatz im Widerstand währte kaum zwei Jahre. Dann folgten Gestapohaft, Verurteilung, Gefängnis und KZ Tausende gingen denselben Weg, nicht alle überlebten. Manche kämpften weiter im Untergrund bis zum Ende – für uns der Tag der Befreiung – als die Rote Armee Schlesien und schliesslich Breslau einnahm. Und da noch – wie mir Genossen später berichtigten – hatten sie das Zündkabel durgeschnitten und so die Sprengung der Kaiserbrücke über die Oder vereitelt. So dass die sowjetischen Truppen über diese einmarschieren konnten.

Es gab also auch einen Widerstand in Deutschland. Doch könnte man sich, angesichts der ungeheuren Opfer der Besten, fragen: Wozu diente er? Was hatte er für einen Sinn? Er verhinderte nicht die Naziherrschaft. Er verhinderte nicht den Krieg.

Ich stellte mir die Frage, als ich mich in den Fängen der Gestapo befand. Man kann sich für eine gute Sache opfern, hoffnungsvoll selbst in den Tod gehen, wenn man trotz aller umgebenden Finsternis am Ende des dunklen Tunnels ein Licht sieht. Ich sah keines mehr. Es war nicht nur, dass ich einsam und von aller Welt verlassen in dieser Zelle sass, aus der der einzige Ausgang durch dunkle, kafreske Gänge in Folterhöllen führte.

Mehr als der Terror, der mich und so viele andere in seinen Fängen hielt, war es die Einsicht, dass damals Ende 1934 ein Großteil der Bevölkerung bereits im Gleichschritt mit den Marschkolonnen des Nationalsozialismus und seinem allmächtigen Führer marschierte. Aus Überzeugung, aus Pflichtgefühl, Opportunis-

mus oder Anpassung, begeistert oder von Angst getrieben. Aber sie marschierten zu Millionen und Abermillionen mit.

Wie klein war dagegen das Häuflein derer, die sich der Sturmflut dem Chauvinismus und der Barbarei widersetzend, ihren Ideen treu geblieben waren: Sozialdemokraten, Kommunisten, Pazifisten, Humanisten und Christen. Im gewaltigen Gegenstrom mussten wir untergehen. Bestenfalls waren wir noch das Gewissen einer Nation zur Zeit ihrer absoluten Gewissenslosigkeit.

Und dieses Bewusstsein hielt mich aufrecht. Eine Sache der Menschenwürde, doch lediglich subjektiv und jenseits allen gesellschaftlichen Wirkens.

Erst viel Jahre danach begann ich die objektiv enorme Bedeutung des Widerstandes zu begreifen: Wer wenn nicht die, die im Untergrund den Faschismus bekämpft, die Zuchthaus und KZ überstanden und die aus dem Exil zurückkehrten, hätten die demokratischen und sozialen Werte und Rechte in die deutsche Gesellschaft nach zwölf Jahren Barbarei hineinbringen können? Im Osten und im Westen. Sie hatten die moralische Autorität und Befugnis dazu, sie hatten die im Widerstand erprobte Stärke und Authentizität der Überzeugung.

Ausländische Besatzungsarmeen können Diktatoren entmachten, Verwaltungsdekrete erlassen, allenfalls einen Wandel begünstigen oder hemmen. Der Prozess der Wandlung, die Entwicklung einer neuen humanistischen und solidarischen Kultur aber konnte nur aus dem eigenen Volk heraus entstehen, angebahnt von seinen verantwortungsvollsten Bürgern.

Auch die heutige Generation – unter anderen Bedingungen, gewiss – ebenfalls sich der Gängelung, dem Autoritarismus, der Kriegstreiberei und sozialer Ungerechtigkeit widersetzend, ist Erbe – Fortsetzung und Erneuerung – jenes Widerstandes zur Zeit, als die Welt vor einem Abgrund stand.

Und so ist es nicht umsonst gewesen.

## **Schlesier des Kreises Strehlen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus**

Zum niederschlesischen Kreis Strehlen (poln. Strzelin) gehörten 113 Dörfer, die Kreisstadt mit rund 12000 Einwohnern sowie die 3000 Bewohner zählende Stadt Wansen (poln. Wiazow). Im Norden bildet er eine gemeinsame Grenze mit dem Landkreis der Provinzhauptstadt Breslau (poln. Wrocław). Die östliche und südliche Begrenzung zum Kreis Grottkau (poln. Grodkow) stellte zugleich die Grenze zu Oberschlesien dar.

Die Ökonomie des Kreises wurde von der Landwirtschaft und vom Strehlemer Granitsteinbruch-der größte Europas-dominiert.

Von kaum einem der verheerenden Kriege im Osten Deutschlands blieb der Kreis Strehlen verschont.

In der Endphase des 2. Weltkrieges brach das Inferno über Schlesien und besonders auch über den Kreis Strehlen herein. Unweit des Kampfes um die Festung Breslau durchquerte eine fast sieben Wochen andauernde Front den gesamten Kreis. Die Zerstörungen waren immens. Die Kreisstadt versank zu 75% in Schutt und Asche.

Diese Kriegszerstörungen und die anschließende Ausweisung der Deutschen sowie die Besiedlung durch eine ortsfremde polnische Bevölkerung bilden eine ungünstige Basis für die Erforschung des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten.

Von den ohnehin spärlichen Quellen nutzten wir vorrangig für diese Arbeit regionale Veröffentlichungen zum Kreise Strehlen, wie Ortsbücher und Chroniken, Rundbriefe, Familiendarstellungen und Erlebnisberichte. Von unschätzbarem Wert waren die Kontakte und permanenten Verbindungen zu Zeitzeugen, oftmals bereits zu den Nachkommen der Erlebnisgeneration. Im polnischen Schlesien wurden nahezu alle Handlungsorte besucht. Unsere Absichten und Bemühungen gingen dahin, möglichst viele Aktivitäten der Opposition und des Widerstandes von Schlesiern des Kreises Strehlen sowohl im Kreisgebiet selbst wie auch andernorts zu erfassen und darzustellen.

### **Adlige und Gutsbesitzer im Widerstand**

Zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 vermerkt die Chronik des Kreises Strehlen: „Kein Mitwisser wurde verschont. Alle, die mit Stauffenberg und Goerdeler gesprochen hatten bzw. verkehrt waren, wurden zur Rechtfertigung gezwungen.

Damit erklärt sich die ungeheure Zahl von Verhafteten und zum Tode Verurteilten. Besondere Jagd wurde auf schlesische Gutsbesitzer gemacht“.<sup>1</sup>

Die Güter und Schlösser der beiden Führenden des Kreisauer Kreises, Helmut James Graf Moltke und Peter Graf von Yorck befanden sich unweit des Kreises Strehlen. Zum Moltke- Gut Kreisau (poln. Krzyzowa) waren es wohl 40 km und das Anwesen der Yorcks in Klein-Oels (poln. Olesnica-Mala) lag fast an der Strehlener Kreisgrenze.

### **Michael Graf von Matuschka – an der Seite der Kreisauer**

Der 1888 in Schweidnitz (poln. Swidnica) geborene Michael Graf von Matuschka war mit Pia Gräfin von Stillfried-Mettich auf Schloss Silbitz (poln. Zelowice) im Kreise Strehlen verheiratet. Die Matuschkas waren ein altes und bekanntes schlesisches Adelsgeschlecht, sowohl in Nieder- als auch in Oberschlesien zu Hause.

In seiner Jugend hatte Graf Matuschka das angesehene Matthias-Gymnasium in Breslau besucht, zu dessen berühmtesten Absolventen unter anderen der Dichter Joseph von Eichendorff und der Sozialistenführer Ferdinand Lassalle gehörten.

Dieses Gymnasium hatte wesentlichen Anteil an der Herausbildung einer humanistischen Haltung, die den Grafen Matuschka auszeichnete. Seine noble Gesinnung trug später in seinen Wirkungskreisen zu einer allseitigen Beliebtheit bei.

Die heutigen polnischen Schüler dieses Gymnasiums halten das Andenken Matuschkas in Ehren.

Ab 1923 wirkte Graf Matuschka als Landrat im oberschlesischen Oppeln (poln. Opole). In diesem Amte trat er konsequent für ein friedliches Zusammenwirken der deutschen und polnischen Bevölkerung im grenznahen Gebiet ein. 1932 kandidierte er erfolgreich für die von den oberschlesischen Katholiken stark unterstützte Zentrumsparterie bei den Wahlen zum Preußischen Landtag.

Bei Hitlers Machtantritt bekam Graf Matuschka sofort die Misgunst der Nationalsozialisten zu spüren. Nazi-Anhänger beschwerten sich bei Hermann Göring mit der Behauptung, Matuschkas Art der Agitation im polnischen Grenzgebiet sei der deutschen Sache abträglich. Bereits im Mai 1933 wurde der Graf seines Amtes enthoben, in dem er sich auch über lange Jahre hinweg für die Eichendorff-Tradition in Oberschlesien verdient gemacht hatte.

In Breslau, wo er nunmehr am Oberpräsidium tätig war, kommt er Ende 1943 mit Fritz Dietlof von Schulenburg in Kontakt, der von August 1939 bis Mai 1940 als Regierungspräsident von Niederschlesien bzw. stellvertretender Oberpräsident der Provinz Schlesien gewirkt hatte.<sup>2</sup>

1 Strehlen im Tausendjährigen Reich 1933-1945 (Chronik 4. Teil). Bearbeitet und herausgegeben von J.A. Hoffmann-Velen i. Westf. 1968 S. 42

2 Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer. Berlin 1935 S. 132

Im Auftrage des Kreisauer Kreises, zu dem Schulenburg in engster Beziehung stand, hat dieser Matuschka für das Amt des Regierungspräsidenten, falls der geplante Umsturz gelingt, geworben. Einen Tag nach dem missglückten Attentat auf Hitler wurde Graf Matuschka verhaftet. Der berüchtigte Volksgerichtshof verurteilte ihn zum Tode.<sup>3</sup>

Im Anklageprotokoll vermerken die Nazi-Blutrichter triumphierend:

„Matuschka wurde von den schon gerichteten Verrätern... in die Putschpläne gegen unseren Führer und gegen unsere nationalsozialistische Lebensart eingeweiht und nahm entgegen, dass er dabei Regierungspräsident beim Oberpräsidenten in Breslau werden sollte. Matuschka ist der vom Weimarer Zwischenstaat her bekannte oberschlesische Zentrumsabgeordnete des Preußischen Landtages... Matuschka hat alles gestanden...“<sup>4</sup>

Am 14. September ist Graf Matuschka in Berlin-Plötzensee hingerichtet worden. Als Familienvater hinterließ er neben seiner Frau drei Söhne und eine Tochter.

### **Johannes Graf von Francken-Sierstorpff – Opfer eines Todesmarsches**

Die riesigen Besitzungen des Grafen von Francken-Sierstorpff, der 1884 in Endersdorf (poln. Jedrzecow) im bereits oberschlesischen Nachbarkreis Grottkau geboren wurde, reichten bis in den Kreis Strehlen herein. Hier verfügte er in Krain (poln. Krajno) und Olbendorf (Gnojna) über Stallungen und ausgedehnte Ackerflächen. Johannes Graf von Francken-Sierstorpff gehörte zu den reichsten Gutsbesitzern Schlesiens.

Francken-Sierstorpff war ein außerordentlich fähiger Ökonom und Forstmann. Alfred Hinrichs, ein fachkundiger Mitarbeiter und Freund des Grafen kam zu folgendem Urteil: „Er war zu gütig und ein grundanständiger und durch und durch vornehmer Charakter“<sup>5</sup> Die Hofe-Leute sagten schlicht: Unser Herr is gutt. (Alle Schlesier haben den Vokal u in diesem Adjektiv kurz ausgesprochen.)

Gegen die Nazis war Francken-Sierstorpff von Anfang an skeptisch eingestellt. Vor allem verurteilte er den blindwütigen Rassenhass und die grausamen Verbrechen an den Juden.

Sein korrektes Verhältnis zu jüdischen Mitbürgern bezeugt ein Brief an den jüdischen Antik-Händler Walter Tausk vom 27. März 1939, indem ein Geschäftsverfahren verhandelt wurde. Francken-Sierstorpff hatte bei dem Juden Tausk einen kostbaren Antik-Schrank gekauft.<sup>6</sup>

3 Hans Ludwig: Michael Graf Matuschka. In: Archiv für schlesische Kirchengeschichte. Bd xxx Hildesheim 1972

4 Anklageprotokoll Bd III Mitverschwörer, Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berlin

5 Alfred Hinrichs: Als Landwirt in Schlesien. DLG-Verlag. Frankfurt/M. 1782 S. 100

6 Walter Tausk: Breslauer Tagebuch 1933-1940, Berlin 1984 S. 221

Es war damals keineswegs ungefährlich, mit einem jüdischen Händler derartige Geschäftsbeziehungen zu pflegen und mit ihm in einer höflichen und korrekten Art zu verkehren.

Graf Francken-Sierstorpff wurde bereits am 21. Juli unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zu den Verschwörern verhaftet. Zwar ließ sich diese Vermutung nicht beweisen, aber ein Bediensteter hatte das Grafenehepaar denunziert und der Gestapo das heimliche Abhören von Feindsendern im Schloss verraten. Graf und Gräfin erhielten harte Strafen.

Der Graf wurde ins Zuchthaus Brieg (poln. Brzeg) eingeliefert, und seine Gattin, Maria Anna, geborene Gräfin von Saurma-Jeltsch, wurde im Arbeitslager Hundsfeld (poln. Psie Pole) bei Breslau inhaftiert. Hier musste sie schwere körperliche Arbeit in den Rheinmetall-Borsig-Werken und für die Front verrichten.

Als sich im kalten Januar 1945 die russischen Divisionen der Oder (pol. Odra) näherten, mussten sich die Brieger Zuchthäusler auf Treck in Richtung Westen begeben.

Die schrecklichen Begebenheiten dieses „Todesmarsches“ schilderte am 7. April 1950 der polnische Arzt Dr. Taddäus Kania, ebenfalls Insasse des Zuchthauses Brieg, in einem Brief an die Gattin des Grafen Francken-Sierstorpff. Darin heißt es unter anderem:

„Der Graf war damals noch voller Zuversicht, nur eines machte ihm Sorge, dass auch Sie hinter Mauern waren. Am 22. Januar 1945 treckte das Brieger Zuchthaus zusammen mit dem Brieger Gefängnis über Strehlen, Schweidnitz, Hirschberg bis Löbau in Sachsen. Verpflegung gab es fast nie, höchstens mal spät nachts eine Suppe. Geschlafen wurde in Scheunen unter Bewachung. Unter anderem übernachteten wir in einem Ihrer Güter. Während ihr Gatte mit uns in der Guttscheune blieb, schlemmten unsere Beamten im Gutshaus. In Löbau wurden wir in Viehwaggons verladen. Obwohl ein Waggon, wie darauf ausgewiesen, nur 8 Pferde oder 42 Mann aufnehmen konnte, wurden von uns 60-70 Mann hineingepfercht. Wir fuhren nun durch das Sudetenland, fast ohne Verpflegung. Es brach eine Ruhrepidemie aus. Täglich starben 4-5 Mann. Auch Ihr Gatte erkrankte.

Er trug sein Leiden mit großer Geduld und jammerte nie. Er starb in meinen Armen. Seine sterblichen Überreste wurden von mir und einem anderen Mitgefangenen auf dem Perron des Bahnhofs Hof in Bayern niedergelegt. Er war nur in eine Pferdedecke gehüllt.“<sup>7</sup>

Damals hatte man Francken-Sierstorpffs Gattin ebenfalls mit den Häftlingen des östlich von Breslau gelegenen Arbeitslagers Hundsfeld auf einen Todesmarsch geschickt. Dabei konnte sich die Gräfin glücklicherweise noch in der Breslauer Gegend flüchtend in ein helfendes Pfarrhaus retten. Der Pfarrer, der ihr geistesgegenwärtig Unterschlupf bot, verhalf ihr zur Flucht ins Rheinland, wo sie die Schrecken der letzten Kriegswochen überlebt hat.

7 Brief von Taddäus Kania an die Gräfin von Francken-Sierstorpff vom 7.4.1950, geschrieben in Sivekowice

## Hans-Adolf von Moltke – mysteriöser Tod eines Diplomaten aus Schlesien

Ohne das umfassende Wissen über die Geschichte des Kreises Strehlen, das uns Gerhard Goral aus Reichertsheim in Bayern bereitwillig zur Verfügung stellte, hätten wir kaum erfahren, dass auch im Kreise Strehlen ein Gutsbesitzer mit dem Namen Moltke gewirkt hat. Gerhard Goral war als junger Landwirtschaftsleve auch auf dem Moltke-Gut in Klein-Bresa (poln. Brzezice) kurzzeitig als Praktikant tätig. Dabei ist ihm nicht entgangen, dass auf dem 350 Hektar großen Gut und im Ort allgemein eine positive Meinung über diese Moltkes vorherrschte.

Der 1884 in Oppeln geborene Hans-Adolf von Moltke war der Sohn Friedrich von Moltkes, des Besitzers vom Gut Klein-Bresa. Friedrich von Moltke, der 1927 in Klein-Bresa verstorben ist, war ein preußischer Staats- und Innenminister. Sein Bruder ist der königlich-preußische Generaloberst und Chef des Generalstabes Helmut Johannes Ludwig von Moltke (1848-1916) gewesen.

Helmut James Graf Moltke aus Kreisau, der im Januar 1945 hingerichtet worden ist, war der Neffe von Hans-Adolf von Moltke.

1926 hat Hans-Adolf von Moltke Davida Gräfin Yorck von Wartenburg geheiratet. Sie ist die Schwester Peter von Yorcks gewesen, der ebenfalls den Nazi-Henkern zum Opfer fiel.

Hans-Adolf und Davida von Moltke hatten acht Kinder. Im Jahre 1942 haben sie das Gut Wernersdorf (poln. Wojnarowice) geerbt, das sich unweit von Klein-Bresa im Kreis Breslau befindet.

Nach seinem Jurastudium begann Hans-Adolf seine Laufbahn im diplomatischen Dienst. Den Tätigkeiten in verschiedenen deutschen Botschaften (Konstantinopel, Athen) folgte seine Arbeit als Gesandter und ab 1934 als deutscher Botschafter in Warschau.

Als sich die Konflikte mit Polen verschärften, war er unablässig bemüht, einen Krieg mit dem östlichen Nachbarn unbedingt zu verhindern. Das war keinesfalls im Sinne von Ribbentrop, seinem obersten Vorgesetzten. So wurde Moltke 1939 aus Warschau zurück nach Berlin ins Auswärtige Amt beordert.

Während seiner Warschauer Tätigkeit war er permanent von einigen Mitstreitern umgeben, die in entschiedener Opposition zu Hitler standen.

Mit Rudolf von Scheliha, seinem schlesischen Landsmann aus Zessel (poln. Ciesle) Kreis Oels (poln. Olesnica), der später hingerichtet wird, war das Zusammenwirken am engsten und stets von großem gegenseitigem Vertrauen geprägt.<sup>8</sup>

Scheliha nahm oft kein Blatt vor den Mund und wusste sich, im Gegensatz zu seinem Vorgesetzten Moltke, nicht immer in der nötigen Zurückhaltung zu üben.

Als Scheliha durch einen Beauftragten Ribbentrops einmal denunziert worden war, hatte er es nur Moltkes beherztem Eingreifen zu danken, dass er nicht Gegenstand eines Disziplinarverfahrens wurde. Botschafter Moltke und sein Bot-

8 Ulrich Sahn: Rudolf von Scheliha 1897-1942. Ein deutscher Diplomat gegen Hitler. München 1990

schaftsrat Scheliha waren es, die die Berichte an das Auswärtige Amt in Berlin anfertigten. Geschickt versteckten sie ihre Kritik in den Texten. Während der Sudetenkrise beispielsweise erreichte ein Bericht zum Thema „Anwachsen der antideutschen Stimmung in Polen“ das Auswärtige Amt. Er enthielt zwischen den Zeilen die Warnung vor der aggressiven deutschen Polenpolitik.

Der Warschauer Vertreter der „Breslauer Zeitung“, der Oberschlesier Gerhard Kegel, den Moltke 1934 als polnisch sprechenden Wirtschaftsexperten in die Botschaft geholt hatte, wird später in seinen Memoiren die Feststellung treffen: „Ich bin übrigens der Überzeugung, dass damals Botschafter von Moltke das Hitlerregime und seine skrupellose Kriegspolitik mit wachsender Entschiedenheit ablehnte.“<sup>9</sup>

Der Jude und Kommunist Rudolf Herrstadt, ebenfalls ein Schlesier, hielt als Warschauer Korrespondent des „Berliner Tagesblatts“ enge Verbindung zur Botschaft. Moltke hat den versierten Journalisten und ausgewiesenen Polenkenner hochgeschätzt. Selbst nach den Nürnberger Rassegesetzen, nach dem der Jude Herrstadt im Journalismus kaum noch tragbar war, setzte sich Moltke für ihn im Auswärtigen Amt beharrlich ein.

Über das ambivalente Verhalten Moltkes, über sein Zögern und Zaudern darf man jedoch nicht hinweg sehen.

Die eindruckvollsten Aussagen über Charakter und Haltung des Diplomaten Hans-Adolf von Moltke hinterließ uns sein Neffe Helmut James von Moltke in seinen Briefen.<sup>10</sup>

Das damals neuvermählte Paar Helmut James und Freya von Moltke hatten den Botschafter-Onkel bereits in Warschau besucht. Danach rissen die Begegnungen und Gespräche nicht mehr ab. Bis 1943 waren mehr als 40 Gespräche zu registrieren.

Zunächst bemängelte der konsequente und entschiedene Hitlergegner Helmut James immer wieder auf's neue die Inkonsequenz und die Anpassung seines Onkels ans Dritte Reich, die fehlende Courage für den aktiven Widerstand gegen Hitler.

In dem Brief vom 13. November 1941 zeigt sich Helmut James von Moltke tief enttäuscht über die Begegnung mit Hans-Adolf von Moltke: „Er war völlig zerbrochen, aber denkst Du, jetzt fühlt er die Verpflichtung, etwas zu tun, um den Unrat zu beseitigen?“<sup>11</sup>

Nach vielen ähnlich sorgenerregenden Briefstellen weiß Helmut James von Moltke am 16. Januar 1942 endlich erfreuliches zu berichten: „Mittag hatte ich ein denkwürdiges Essen mit Hans-Adolf. Endlich liegt er 100 % auf unserer Linie, jetzt sogar 110 %... Seine Beurteilung der militärischen Lage ist aber noch schwärzer als meine...“<sup>12</sup>

9 Gerhard Kegel: In den Stürmen unseres Jahrhunderts. Berlin 1984 S. 121

10 Helmut James von Moltke: Brief an Freya 1939-1945. München 2006

11 Briefe an Freya... S. 317

Irina Liebmann, die Tochter von Rudolf Herrnstadt schreibt über die Zeit ihres Vaters im damaligen Warschau: „Er wird also kein Schuldgefühl gehabt haben, wenn er das Angebot Moltkes annahm, ihn zu beraten. Auch der schreibt Berichte, demnach auch Moltke ein Gegner der Nazis.“<sup>13</sup>

Zum Jahresende 1942 soll Staatssekretär Weizäcker Moltke vor die Frage gestellt haben: Botschafter in Spanien oder KZ! Moltke hatte seinen Dienst als Botschafter am 1. Januar.1943 in Madrid anzutreten. Bereits am 23. März 1943 starb er an einer Blinddarm-Operation. Ein mysteriöser Tod!

Moltkes Ehefrau Davida erinnerte sich an ein Gespräch mit ihrem Mann, wo dieser mitgeteilt haben soll, dass ihm schon mit 12 Jahren der Blinddarm entfernt worden sei.<sup>14</sup>

Die Zweifel an einem natürlichen Tod treten mehrfach auf. Gerhard Kegel hält es für ziemlich sicher, dass Moltke von der Gestapo umgebracht oder zum Selbstmord gezwungen worden ist.<sup>15</sup>

Eine ähnliche Vermutung brachte auch der damalige französische Botschafter in Warschau, Leon Noel zum Ausdruck.<sup>16</sup>

Und Herrnstadt konstatiert später: „Es gibt kaum noch jemanden von den mir nahestehenden Menschen aus den Jahren 1930-1953, der nicht ermordet wurde: meine Eltern, Ilse Stöbe, Moltke, Scheliha...“<sup>17</sup>

## **Rittergutsbesitzer Major von Kranhold – verweigert den Nazi-Gruß**

Sicherlich erscheint die Tat des Rittergutsbesitzers aus Ruppertsdorf (poln. Wyzonowice) im Kreise Strehlen auf den ersten Blick nur wenig spektakulär. Jedoch war schon eine derartige Handlung für die verbohrtten Nazi-Führer keinesfalls hinzunehmen und strafbar. Mit Recht schaffte es die noble Haltung von Major Kranhold in die Strehleener Chronik. Dort liest man:

„Vor dem Marienberg wird ein blockförmiges Kriegerdenkmal für die Strehleener Gefallenen des Ersten Weltkrieges errichtet. Auf Steintafeln sind die Namen der Gefallenen verzeichnet... Der Festredner, Major a.D. von Kranhold, Rittergutsbesitzer aus Ruppertsdorf, der einzige Pour le merite-Träger des Kreises, grüßt militärisch beim Deutschland – nicht jedoch beim Horst-Wessel-Lied. Tags darauf geht bei der Ortspolizei gegen ihn die Anzeige eines SA-Führers wegen Verunglimpfung des Liedes und der Partei ein. Bürgermeister Rother aber lässt sie unerledigt im Schreibtisch liegen.“<sup>18</sup>

12 Briefe an Freya... S. 346

13 Irina Liebmann: Wäre es schön? Es wäre schön. Mein Vater Rudolf Herrnstadt. Berlin Verlag 2008 S. 195f

14 Ulrich Sahn: Rudolf von Scheliha... S. 231

15 Gerhard Kegel: In den Stürmen... S. 122

16 Ebenda.

17 Nadja Stulz-Herrnstadt: Rudolf Herrnstadt. Das Herrnstadt-Dokument. Reinbeck b. Hamburg 1991 S. 282

18 Strehlen im Tausendjährigem Reich... S. 15

## Geistliche Opposition zum Dritten Reich

Auch im Kreise Strehlen haben sich christliche Persönlichkeiten beider Kirchen bereits zu Beginn der faschistischen Diktatur zur oppositionellen Haltung gegen den Hitlerstaat entschieden. Die menschenverachtende völkische Weltanschauung, die brutale Verfolgung Andersdenkender sowie die religiöse Verklärung der weltlichen Obrigkeit widersprachen zutiefst ihrer humanistischen Haltung. Evangelische und katholische Geistliche traten aus echter Glaubensüberzeugung für die Rechte ihrer kirchlichen Gemeinden ein und halfen nach besten Kräften jenen, die vom Nazi-Regime gnadenlos entrechtet und verfolgt wurden.

### Opposition evangelischer Geistlicher

In ganz Schlesien kam es im Jahre 1935 zu einer größeren Verhaftungswelle von evangelischen Pastoren. Die zweite preußische Bekenntnissynode hatte in Berlin-Dahlem eine Erklärung gegen das vom faschistischen Staat erklärte Neuheidentum beschlossen.

Alle Pfarrer der Preußischen Bekennenden Kirche waren angehalten, diese Erklärung im Gottesdienst zu verlesen. Die nationalsozialistischen Herrscher traten entschieden gegen diese Maßnahme auf. Sie forderten die Pfarrer zu einer Unterschrift dafür auf, dass sie die Erklärung der Bekennenden Kirchensynode weder verlesen noch verbreiten sollen. Für den Fall der Verweigerung wurden Inhaftierungen angedroht. In Schlesien haben 200 Pfarrer nicht unterschrieben.<sup>19</sup>

Im Kreis Strehlen waren es 14 Pfarrer, die man verhaftete; eine verhältnismäßige hohe Zahl. Wie die Strehleener Chronik vermerkt, wurden die 14 Pfarrer nach ihrer Verhaftung verhört und einige Tage lang im Hotel „Kaiserhof“-da es kein Gebäude für Untersuchungshäftlinge gab-unter Hausarrest gehalten. Vor diesem Hotel versammelten sich ständig mitfühlende Gläubige, um zu protestieren. Unter ihnen befanden sich auch Katholiken und Böhmisches-Reformierte aus den nahen Emigranten-Dörfern Hussinetz (poln. Gesinice) und Podiebrad (ponl. Gosciecice).

Die protestierenden Gläubigen brachten für die Inhaftierten Geschenke mit und sangen Kirchenlieder. Der katholische Stadtpfarrer, Erzpriester und Geistlicher Rat Dr. Fink, eine beliebte und geachtete Persönlichkeit weit über Strehlen hinaus, schickte den gefangenen Gehaltene einen Brief, in dem er ihnen christlichen Trost und Mut zusprach. Bald sah man sich zur Freilassung der Pfarrer veranlasst, obwohl diese trotz Drucks die geforderte Unterschrift zu Gunsten der Deutschen Christen und der neuheidnischen „Deutschen Glaubensbewegung“ nie geleistet haben.<sup>20</sup>

19 Christian-Erdmann Schott: Zwischen Drittem Reich und Untergang. In: Geschichte Schlesiens. Bd3 Stuttgart 1999 S. 318

20 Strehlen im Tausendjährigen Reich... S. 14

Zu den inhaftierten Pastoren gehörte auch Pfarrer Helmut Vogt, der seit 1929 in Schreibendorf (poln. Sarby) sehr erfolgreich gewirkt hat. Sein Einfluss als Mitglied der Bekennenden Kirche auf seine Gemeinde ist zum Leidwesen der Nationalsozialisten sehr nachhaltig und dauerhaft gewesen. Man sah sich schließlich 1942 veranlasst, ihn nach Friedersdorf (poln. Bietrzychow) zu versetzen.

Das rund 670 Einwohner zählende Schreibendorf, das sich an der südlichen Kreisgrenze befindet, die gleichzeitig die Grenze zwischen Nieder- und Oberschlesien bildet, kann auf eine nennenswerte Kirchengeschichte zurückblicken.

Schon zu Zeiten der Rekatholisierung und Gegenreformation kamen bedrängte evangelische Christen selbst aus entlegensten Gebieten in großer Zahl in die Schreibendorfer Kirche zum Gottesdienst, besonders aber zu Kindtaufen und Hochzeiten.

In der Zeit des Dritten Reiches kann diese Kirche auf Priesterpersönlichkeiten verweisen, die sich bleibende Verdienste im Kampf gegen die Nazis erworben haben.

### **Lic. Dr. Ulrich Bunzel – führend in der Bekennenden Kirche**

Dr. Ulrich Bunzel hat von 1916-1927 in Schreibendorf als Pfarrer gewirkt. In seiner Kirchengemeinde und bei den Schlesiern im weiten Umfeld besaß er Achtung und Sympathien. Sie liebten ihren Forr. (So hieß der Pfarrer in der schlesischen Mundart).

Ulrich Bunzel wurde 1890 in Lichtenau (poln. Zareba) Krs. Lauban (poln. Luban) geboren. Nach Abschluss des Sedlenitzkyschen Gymnasiums in Breslau begann er dort sein Theologiestudium, das er mit den akademischen Graden Licentiat und dem Dokortitel beendete.

Von Schreibendorf ging Bunzel 1927 an die bekannte Breslauer Maria-Magdalenen-Kirche, wo er bis 1946 tätig gewesen ist. Zwölf Jahre seiner Breslauer Tätigkeit entfielen auf das Jahrzwölft des Tausendjährigen Reiches. In Breslau, das die Nazi-Oberen zu „Adolf Hitlers treueste Stadt“ hochdeklariert hatten, befand sich auch das Zentrum der Bekennenden Kirche Schlesiens.

In Schlesien hatte sich bald ein dichtes Netz von Bruderräten herausgebildet. Ulrich Bunzel, der bereits Breslau auf der kirchenhistorischen Synode in Barmen vertreten hatte, stieg zu einem wichtigen Leiter der Bekennenden Kirche in Breslau auf. Unter seiner Federführung gestaltete sich am 21. April 1934 die erste Großveranstaltung der Bekennenden Kirche zu einem beachtlichen Erfolg. Leider und zum Leidwesen Bunzels wurde später die Bekennende Kirche Schlesiens zweigeteilt; in die Naumburger- und in die Christophorus-Gruppe, die hier in Breslau erfolgreich fortwirkte. Am 23. und 24. Mai 1936 tagte in der Christophorus Kirche die Synode der Christophorus-Gruppe, die sich nach dieser Kirche benannt hatte.

Die Nazis haben natürlich diesen kirchlichen Aktivitäten nicht tatenlos zugeesehen. Zahlreiche Pfarrer sind verhaftet worden, haben Rede- und Versammlungsverbot erhalten und

man hat sie zum Teil aus Schlesien ausgewiesen. Zu ihnen gehörte auch Ulrich Bunzel. Zahlreiche Christen zogen vor die Gefängnisse, beteten, sangen Kirchenlieder und forderten die Freilassung ihrer Priester.

So auch im Falle Bunzel, wie sich viele Jahre später eine Christin der Magdalenen-Gemeinde in einem Brief an ihren ehemaligen Pfarrer an dessen Gefängnishaft erinnert:

„Auch ich zähle mich als Rädchen in der hohen Gebetsmauer am Stadtgraben vor dem Polizeigefängnis. Als uns die Polizei zurückdrängen wollte, standen wir fest zusammen. (Es handelt sich um das Gefängnis am Schweidnitzer Stadtgraben in der Graupenstraße, im Breslauer Volksmund „Graupe“ genannt G.L.).

In einem anderen Brief heißt es: „Als man Sie eingesperrt hatte, sind wir abends ums Gefängnis herumgelaufen und haben laut gerufen: Gebt Pfarrer Bunzel frei! Als die Polizei hinter uns her war, sangen wir: „Ein feste Burg ist unser Gott“<sup>21</sup>

Dr. Bunzel wurde nach der Entlassung aus dem Gefängnis zeitweilig aus Breslau ausgewiesen.

### **Professor Dr. Hans Joachim Iwand – ein großer Theologe seines Jahrhunderts**

„Er war einer der großen Theologen dieses Jahrhunderts“, so lautete die Charakterisierung für Hans Joachim Iwand aus dem Munde Helmut Gollwitzers.<sup>22</sup>

Als evangelischer Theologe hat er außerordentlich Wertvolles zur theologischen Lehre beigetragen. Doch nicht nur als Theoretiker hat Professor Iwand bleibende Verdienste erworben. Als kämpferischer Humanist und konsequenter Antifaschist ging er das Wagnis ein, den Nationalsozialisten hartnäckig Widerstand zu leisten. Er hatte den Mut zu widersprechen und das Kreuz, bei den Oberen die ungeliebte Wahrheit zu sagen.

Als führendes Mitglied der Bekennenden Kirche sah er seine Existenz permanent bedroht. Entlassungen, Redeverbote, Bespitzelungen und Verhaftungen blieben ihm nicht erspart.

Hans Joachim Iwand wurde 1899 im Pfarrhaus zu Schreibendorf geboren. Seine Kinderzeit verlebte der älteste Sohn des Pfarrers Otto Iwand und der Mutter Lydia, geborene Herrmann, mit seinen fünf Geschwistern hier in seinem schlesischen Heimatdorf.

Im Jahre 1917 legte Hans Joachim Iwand in Görlitz (poln. Zgorzelec) erfolgreich das Abitur ab und beginnt das Studium der Theologie in Breslau, das durch den ersten Weltkrieg unterbrochen wird.

Ab 1919 kann er weiter studieren. Anschließend finden wir ihn als Hauslehrer in Machnitz (poln. Machnice), wenige Kilometer südlich der schlesischen Kreis-

21 Rundbrief Ulrich Bunzels. Coesfeld 1956

22 Peter-Paul Sängler (Hrsg.): Hans Joachim Iwand. Briefe, Vorträge, Predigtmeditationen. Berlin 1979 Schutzumschlag

stadt Trebnitz (poln. Trebnica). Hier beginnt er intensiv mit seinen Luther-Studien, die sich zu einem Lebenswerk ausweiten werden. Damit endet für Iwand das Leben und Wirken in Schlesien, und er übernimmt 1923 als Studiendirektor das Lutherhaus in Königsberg (russ. Kaliningrad). Hier heiratet er 1927 Dr. jur. Ilse Erhardt, die Tochter des dortigen jüdischen Professor Erhardt. Im selben Jahr wird ihnen das erste von fünf Kindern geboren.

Als 1933 die Nazis an die Macht gelangen, brechen für die Iwands schwere Zeiten an. Noch im selben Jahr wird Hans Joachim Iwand als Leiter des Lutherhauses entlassen. Sein Wirken im Pfarrer-Notbund und im Rahmen der Bekennenden Kirche haben Bespitzelungen und Denunziationen zur Folge. In Königsberg beispielsweise geht folgende Mitteilung der „Deutschen Christen“ an die faschistischen Behörden:

„Es gibt hier einen lic. Theol. Iwand, der mit einer Jüdin verheiratet ist und dessen Kinder nicht arisiert sind.“<sup>23</sup>

Seine leitende Tätigkeit des illegalen Predigerseminars der Bekennenden Kirche 1935 bis 1937 in Bloestau (Ostprien) und in Jordan (Neumark) werden durch die Gestapo jäh beendet. Iwand erhält 1936 Reichsrederverbot und wird mehrmals verhaftet. In Dortmund wird er zum Glück mit Stimmenmehrheit zum Pfarrer der St.-Marienkirche gewählt. So überlebte er die dunklen zwölf Nazi-Jahre und ist Hitlers und Himmlers Konzentrationslagern um Haaresbreite entgangen.

Das Leben Hans Joachim Iwands ist ein bewegtes, aber kein langes gewesen. Am 2. Mai 1960 ist er gestorben. Sein Grab befindet sich neben dem seiner Frau im Park des „Hauses der helfenden Hände“ in Beienrode.

## **Katholische Theologen gegen die Nazis**

Obwohl es zu offiziellen Protesten oder gar zu Widerstand seitens der katholischen Kirche nie gekommen ist, waren doch einzelne Kirchenvertreter mutige Verfechter der humanistischen Ideen gegen den Hitlerfaschismus.<sup>24</sup>

## **Geistlicher Rat Paul Peikert – ein Priester gegen den Festungswahn in Breslau**

Der 1884 in Langendorf (poln. Bodzano) Kreis Neisse (poln. Nysa) geborene Paul Peikert begann seine Seelsorgertätigkeit im Kreise Strehlen. Als Kaplan trat er seinen Dienst an der katholischen Kirche in Wansan an. Obwohl hier die Zeit seines Wirkens nur 13 Monate währte, wird er bei den Wansener Katholiken nicht in Vergessenheit geraten. Mit angespannter Aufmerksamkeit lauschte die Kirchengemeinde Sonntag für Sonntag seinen herzerfrischenden Predigten. So trauerten ihm

23 Peter-Paul Sänger: Hans Joachim Iwand... S. 51

24 Joachim Köhler: Die katholische Kirche: Geschichte Schlesiens Bd 3. Stuttgart 1999 S. 242

die Wansener nach, als er ihr 3000 Einwohner Städtchen in Richtung Jauer (poln. Jawor) verließ.

Bevor er seinen Dienst schließlich an der Breslauer Mauritiuskirche aufnahm, leistete er eine außerordentlich fruchtbare Arbeit in Niederhermsdorf (poln. Sobiecín) im Kreise Waldenburg (poln. Waldbrzych). Die Bergleute hier im Waldenburger Kohlenrevier fanden in ihrem Pfarrer einen leidenschaftlichen Vertreter ihrer sozialen Interessen.

Im August 1937-Peikert hatte nun bereits das Pfarramt der Mauritiuskirche übernommen-wurde er beim Vollzug einer priesterlichen Aufgabe im Kloster Grüssau (poln. Krzeszów) plötzlich verhaftet und mit weiteren Geistlichen in ein Breslauer Gefängnis eingeliefert. Damals fahndete die Gestapo nach dem anonymen Schreiber eines Briefes an Goebbels, in dem der Propaganda-Minister scharf angegriffen wurde, weil er einen Kardinal in Chicago wüst beschimpft hatte. Eine Wohnungsdurchsuchung bei Peikert hatte ein Exemplar dieses Briefes zu Tage gefördert.

Da die Gestapo jedoch gegen Paul Peikert keinen schlüssigen Beweis erbringen konnte, haben sie ihn im November wieder freigelassen. Als rächende Folge dieses Vorfalls lösten die Nationalsozialisten das männliche Jugendwerk der Katholiken in Breslau auf. Dessen Eigentum zogen sie kurzerhand ein. 1940 beweist der Bischof und Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz Adolf Kardinal Bertram, über den ein ambivalentes Urteil kursiert, mit einer noblen Geste auch viel Courage und ernennt den Erzpriester zum „Geistlichen Rat“.

Zu jener Zeit stand dem Mauritius-Pfarrer seine mutigste Tat noch bevor. In der Festungszeit wird er mit seinen Tagebuch-Aufzeichnungen, die durch die Veröffentlichung weithin bekannt geworden sind, den grenzenlosen Festungs- und Vernichtungswahn der Machthaber in der eingeschlossenen Oderstadt schonungslos entlarven.<sup>25</sup>

Die anklagenden Aufzeichnungen des Erzpriesters sind für ihn ein lebensbedrohliches Unterfangen gewesen, wenn man bedenkt, wie skrupellos die rabiate Hanke-Clique in der faschistischen Endzeit Todesurteile gefällt und vollstreckt hat. Peikert brachte nicht nur die erlebten Fakten zu Papier, sondern hielt dabei nicht mit seiner eigenen regimekritischen Meinung hinter dem Berg.

Seine Kritik verurteilte in aller Schärfe den Festungswahn-dieses Wort nimmt zurecht in den Aufzeichnungen einen Spitzenplatz ein-der faschistischen Machthaber. Sie prangert die sinnlosen Menschenopfer sowie die bewusst herbeigeführten Brandlegungen und Häusersprengungen an.

Doch Pfarrer Peikert ging noch weiter. Er sammelte als Ergänzung seiner Aufzeichnungen feindliche Flugblätter sowie illegale Zeitungen, welche die Widerstandsgruppen in der belagerten Stadt insgeheim verbreiteten. In jenen Tagen waren in der geschundenen Stadt mehrere Widerstandsgruppen bis zum Ende der Festungszeit im Untergrund aktiv.

25 Karol Jonca und Alfred Konieczny (Hrsg.): Paul Peikert. Festung Breslau in den Berichten eines Pfarrers. Wrocław.Warszawa.Krakow 1993

Die bedeutendste ist die „Freiheitsbewegung“ gewesen, die vier Nummern der Zeitung „Freiheitskämpfer“ herausgab. Darüber berichtete der Leiter der letzten illegalen Gruppen Breslaus, Herrmann Hartmann, auf einer Konferenz im Februar 1947:

„Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass die illegalen Kämpfer aus jenen Ostgebieten mit ihren Leistungen in keiner Hinsicht zurückstehen gegenüber den Leistungen, die die Kämpfer in den übrigen Gebieten vollbracht haben... wer weiß davon, dass viele Tausende Flugblätter von uns verbreitet wurden, dass auch wir bis zum letzten Atemzuge den totalen Krieg auf unsere Weise durchgekämpft haben mit unseren Widerstandsgruppen. Wir haben als letzte und höchste Aktion, die Sprengung von drei Ortsgruppenstellen durchgeführt... Zwei Tage vor der Beendigung der Festungszeit, am 4. Mai, mussten noch fünf unserer besten Kameraden ihr Leben lassen. Sie wurden von der Gestapo durch Genickschuss erledigt, nachdem sie bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen waren.“<sup>26</sup>

Den schweren Bombenangriffen in den ersten Apriltagen fiel auch die heute wieder aufgebaute Mauritiuskirche zum Opfer. Des Pfarrers Wohnung ging in Flammen auf. Peikert konnte sich nur mit Mühe und einer kleinen Gruppe seiner Kirchengemeinde auf die noch unversehrte Kaiserbrücke (poln. Grunwaldzki) retten.

Der prominente Pittsburger Historiker Gregor Thumm hat für die Wochen des Infernos und der Apokalypse für Breslau die treffende Metapher „Stalingrad an der Oder“ gefunden.<sup>27</sup>

„Als die Uhren stehen blieben“ und „der Himmel unten war“<sup>28</sup> hatten die Ausstehenden in der verwüsteten Stadt längst ihren Vorrat an Lebensmut aufgebraucht.

## **Prälat Dr. Kurt Engelbert – ein großer Charakter**

Der erfolgreiche Theologe und Kirchenhistoriker Dr. Kurt Engelbert wurde am 17.07.1886 in Wansan Kreis Strehlen geboren. Er war der Sohn des Wansener Lehrers und späteren Rektors Paul Engelbert.

Nach dem Gymnasiumsbesuch studierte er in Breslau katholische Theologie und Philosophie. 1911 ist er zum Priester geweiht worden. 1923 erwarb er den Dokortitel im Fach Theologie. Erzbischof Adolf Kardinal Bertram berief ihn 1918 in das Generalvikariat nach Breslau. Hier bekleidete er zunächst die Ämter eines Ordinariats- und Konsistorialrates.

26 Bericht von der Delegiertenkonferenz zur Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone am 22. Und 23. Februar 1947 in Berlin. Berlin 1947 S. 57

27 Günter Leder: Breslauer Apokalypse. In: Heimatblatt Strehlen/Ohlau 2005/5 S. 2

28 Es handelt sich um die Titel der Romane von Werner Steinberg („Als die Uhren stehen blieben. Halle/Saale 1964) und Hugo Hartung („Der Himmel war unten“. München 1982)

Besondere Verdienste erwarb er sich später als Direktor des Diözesanarchivs, das er bis 1945 bekleidete. Dr. Kurt Engelbert ist Verfasser zahlreicher Beiträge zur schlesischen Kirchengeschichte. Er gab die Publikationsreihe „Archiv für schlesische Kirchengeschichte“ heraus, die noch lange nach 1945 in Hildesheim erschienen ist. Der akribisch arbeitende Engelbert hat für diese Schriftenreihe zahlreiche Aufsätze selbst erstellt.

Im Jahre 1927 legte Engelbert die Chronik seiner Heimatstadt Wansen unter dem Titel „Die Geschichte der Stadt Wansen und das Wansener Halt.“ vor.<sup>29</sup> Dieser Schrift wegen geriet Engelbert mit den Nationalsozialisten gleich nach ihrem Machtantritt in Konflikte. Dr. Engelbert hatte für diese Chronik genauestens recherchiert. So konnte er auch die Raubpolitik Friedrich II. im Rahmen der Schlesischen Kriege objektiv und wahrheitsgetreu darstellen. Das aber passte nicht ins Konzept der neuen Machthaber. Deshalb verbietet die NSDAP diese Chronik, die sie obendrein noch beschlagnahmt.

Von nun an haben die Vertreter der Nazi-Partei stets ein Auge auf den kritischen Theologen geworfen. Auf der Breslauer Dominsel entsprach seine Arbeitsweise und seine aufrechten Handlungen so gar nicht den menschenverachtenden Auffassungen der Nazis. Seine selbstlose Unterstützung des bedrohten jüdischen Historikers Willi Cohn ist ein lobwertes Beispiel für eine konsequente Zivilcourage eines Kirchenmannes.

Willi Cohn hat über diese sorgenvollen Breslauer Jahre detailliert Tagebuch geführt. Breiten Raum widmete er in diesen Aufzeichnungen seinen Besuchen auf der Dominsel und den vertrauensvollen Gesprächen mit dem hilfsbereiten und couragierten Direktor.

Als Lehrer des Breslauer Johannesgymnasiums war Studienrat Cohn 1933 von den Nazi-Behörden sofort entlassen worden. Als Historiker hatte er sich um das Bemühen eines jüdischen Museums sowie durch zahlreiche Publikationen über das schlesische Judentum bleibende Verdienste erworben.

Cohn war eng mit vielen jüdischen Persönlichkeiten Breslaus, das einmal die drittgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland besaß, verbunden; wie beispielsweise mit den Familien Lasker und Latte, deren Schicksale später durch verschiedene Veröffentlichungen publik geworden sind.<sup>30</sup>

Auch der jüdische Gelehrte Leo Baeck, Präsident der Reichsvertretung deutscher Juden, der eng mit Breslau verbunden war, hatte Willi Cohn noch 1940 in der Oderstadt besucht. Zu dieser Zeit musste Cohn längst das Leben eines Ausgestoßenen führen. Seine Bücher hatte man im Mai 1933 auf dem Schlossplatz, dem Exer, wie man in Groß Brassel (Breslau im Volksmund) diesen Platz nannte, den Flammen preisgegeben. Sein Telefon war vom Netz abgetrennt worden. In der Programnacht hatte man seinen Bruder Rudolf verhaftet. Eine historische Tätig-

29 Kurt Engelbert: Die Geschichte der Stadt Wansen und des Wansener Halt. Ohlau 1927

30 Anita Lasker-Wallfisch: Ihr sollt die Wahrheit erben. Rembeck bei Hamburg 2004 und Peter Schneider: Und wenn wir nur eine Stunde gewinnen. Berlin 2001

keit war schon deshalb nahezu unmöglich geworden, weil ein Jude keinerlei wissenschaftliche Einrichtungen, weder Bibliotheken noch Archive besuchen und nutzen durfte. Er hatte kein Recht; nirgends.

Zu Beginn des Jahres 1940 wagte sich Willi Cohn trotz strenger Verbote in die katholische Diözese auf der Dominsel. Am 4. Januar begegnet er dem Direktor des Diözesan-Archivs, der gleichzeitig die Leitung der Dombibliothek und des Diözesan-Museums ausübte: Dr. Kurt Engelbert.

Der Direktor bereitete dem verängstigten, aber wissbegierigen Juden nicht nur einen freundlichen Empfang, sondern eröffnete ihm sogar die Möglichkeit, Archiv und Bibliothek für seine Arbeit nach Bedarf nutzen zu können. Dabei muss sich Engelbert möglicher schlimmer Folgen durchaus bewusst gewesen sein, hatte er doch das dem Priester Hubert Jedin zugefügte Unrecht aus nächste Nähe miterlebt. Bevor Engelbert in seine Leistungspositionen aufrückte, hatte Kardinal Bertram den aus Großbeeren (poln. Brzezini) Kreis Grottkau stammenden, theoretisch ebenfalls sehr versierten Hubert Jedin, vorgesehen.

Auf Grund der jüdischen Abstammung seiner bereits verstorbenen Mutter wussten die Nationalsozialisten seinen Eintritt in dieses Amt zu verhindern. Andererseits war Engelbert auch nicht entgangen, dass selbst in seinem Arbeitsumfeld Missgunst gegen seine Judenfreundlichkeit aufkam. Diesbezüglich hatte Cohn in seinem Tagebuch vermerkt:

„Mater Innocentia, mit der ich sehr gut stehe, sagte mir, dass Mater Huberta gemeint habe, ich gefährde durch meine Anwesenheit das Archiv, und sie verstünde den Direktor nicht, dass er mir das Arbeiten hier gestattet.“<sup>31</sup>

Trotz dieser prekären Situation ließ sich Dr. Engelbert von seiner Handlung nicht abringen, was Cohn auch durch den folgenden Eintrag bestätigt:

„Ich habe in Engelbert wirklich einen guten Berater. Er zieht mich auch immer zu allen möglichen Sachen heran; z.B. wenn heikle Gutachten anzufertigen sind. Heute habe ich für ihn auch Korrekturen zu seinem Buch `Geschichte der Michaeliskirche` gelesen.“<sup>32</sup>

Immer wieder beteiligt Engelbert den jüdischen Historiker an der Lösung brisanter fachlicher Probleme. Er bittet ihn hebräische Texte zu übersetzen, selten kostbare Buchausgaben zu ermitteln, unerforschte Akten zu sichten. Die Sorge des katholischen Diözesan-Direktors um den ausgegrenzten und entrechteten jüdischen Intellektuellen belegt auch die Cohn'sche Eintragung am 23. Dezember 1940:

„Heute bekam ich vom Direktor Engelbert eine Büchse kondensierte Milch, eine Tafel Schokolade und eine Büchse Sardinen geschenkt.“<sup>33</sup>

31 Willi Cohn: Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941 Bd 2. Wien 2006 (Hrsg. Norbert Conrads) S. 918

32 Willi Cohn: Kein Recht... S. 901

33 Willi Cohn: Kein Recht... S. 883

Als Willi Cohn wegen einer mittelschweren Krankheit mehrere Tage der Dominsel fern bleibt, gerät der Direktor sogleich in Sorge und schickt einen vertrauensvollen Mitarbeiter zu Cohn nach Hause in die Opitzstraße (poln. Zelazna), um nach dem Rechten zu sehen.

Cohn bedankt sich erneut für die selbstlose Fürsorge durch entsprechende Vermerke, wie den vom 19. Februar 1941:

„Engelbert ist immer rührend besorgt um mich.“<sup>34</sup>

Das vertrauensvolle Verhältnis zwischen dem schlesischen Archivdirektor und dem völlig rechtlosen jüdischen Historiker geht so weit, dass Willi Cohn sogar in politische Gespräche einbezogen und nach seiner Meinung gefragt wird.

Am 1. April 1941 können wir im Tagebuch nachlesen:

„Gestern früh im Archiv ziemlich viel Material für die ‘Germania Judaica’ gefunden. Kurz mit dem Direktor gesprochen. Wir waren uns über die Frontlage ziemlich einig. Im Osten scheint es nicht recht vorwärts zu gehen und es wird doch zum Stellungskrieg kommen.“<sup>35</sup>

Das folgende Verhalten Engelberts kommt schon einem riskanten Wagnis gleich. Cohn schreibt:

„Ich habe auch mit dem Direktor in seinem Arbeitszimmer gesprochen. Dort konnte ich auch den Brief lesen, den Bischof Graf Galen an einen Reichsminister geschrieben hat und der sich gegen die Gestapo richtete.“<sup>36</sup>

Am 08.09.1941 bringt Engelbert auch seine Haltung zu einer erneut entwürdigenden Maßnahme gegen das Judentum zum Ausdruck, und Willi Cohn gibt eine treffende charakteristisch über den mutigen schlesischen Kirchenmann:

„Der Direktor hat nun gesagt, dass ich trotz des Abzeichens (der gelbe Stern mit der Aufschrift ‘Jude` musste in Breslau ab 19. September 1941 getragen werden) weiter dort arbeiten darf. Er ist ein großer Charakter.“<sup>37</sup>

Am 05.11.1941 hat sich der Direktor mit brennender Sorge über die fürchterlichen Verbrechen erregt, die in der Provinz Posen an der katholischen Geistlichkeit verübt worden sind.<sup>38</sup>

Damit endeten die mehr als 50 Eintragungen über Willi Cohns Besuche auf der Dominsel bei Dr. Engelbert. Bald verstummt auch das Tagebuch. Im Oktober/November 1941 gingen Transporte auch mit Breslauer Juden in den Osten, zumeist in den Tod. Willi Cohn gehörte dazu.

34 Willi Cohn: Kein Recht... S. 906

35 Willi Cohn: Kein Recht... S. 962

36 Willi Cohn: Kein Recht... S. 981

37 Willi Cohn: Kein Recht... S. 978

38 Willi Cohn: Kein Recht... S. 1003

## Juden im Kreise Strehlen: diskriminiert, enteignet, verfolgt

In der Kreisstadt Strehlen lebten zu Beginn der Naziherrschaft rund 80 jüdische Bürger. Sie sind vorwiegend Kaufleute, Hausierer, Ärzte und Unternehmer gewesen. Auch der berühmteste Sohn Strehlens war ein Jude; er verstarb aber schon im Jahre 1915: der Sereologe, Mediziner und Nobelpreisträger Prof. Dr. Paul Ehrlich, der Begründer der experimentellen Chemotherapie und Erfinder des Salvarsans. Ehrlich, obwohl schon 18 Jahre tot, war 1933 einer der ersten jüdischen Bürger Strehlens, dem die neuen Machthaber sein Judentum heimzahlten. Seine Verdienste grob missachtend, wurde die Ehrentafel an seinem Geburtshaus am Strehlemer Ring rigoros entfernt, und der Paul-Ehrlich-Straße wird der Name des Nazi-Idols Horst Wessel übergestülpt.

Die noch lebenden Mitglieder der Ehrlich-Familie bekommen den Terror der Nationalsozialisten empfindlich zu spüren.

Ehrlichs jüdische Ehefrau Hedwig, geborene Pinkus, überlebte ihren Mann um 33 Jahre. Wie so viele verfolgte Juden hatte auch sie das faschistische Deutschland verlassen müssen.<sup>39</sup> Die Emigration blieb auch Ehrlichs Tochter Stephanie nicht erspart. Sie war mit dem Großindustriellen Ernst Schwerin verheiratet. Sie führten in Breslau einen glänzenden Salon, in dem auch Gerhart Hauptmann gerne verkehrte. Ernst Schwerin emigrierte 1937 mit seiner Familie in die USA. Er stand kurz vor seiner Verhaftung, war aber zum Glück gewarnt worden.<sup>40</sup>

Im Kreise Strehlen waren die wichtigsten jüdischen Unternehmer die Familie Schall und Oelsner. Sie hatten den Strehlemer Steinbruch, den größten Europas – gepachtet. Für die Stadt und den Kreis Strehlen waren die ökonomischen Ergebnisse dieses Unternehmens von unschätzbarem Wert. Der harte Strehlemer Granitstein war nicht nur in Deutschland begehrt. Gerne und häufig zitierte man die allen Strehlemer geläufigen Werbeverse:

„Was Europa braucht an Stein  
Kauft es gern in Strehlen ein,  
denn kein anderer Granit  
kommt mit unserm Hartstein mit“

Wenn die Schlesier auf Strehlen zu sprechen kamen, war ironischerweise von der „steinreichen“ Stadt die Rede. Nach dem berüchtigten „Arierparagrafen“ wurden die beiden jüdischen Familien gezwungen, im Sommer 1933 aus dem Betrieb auszuschneiden.

Auch den Quarzschieferbruch Krummendorf (poln. Krzywina) mussten seine jüdischen Unternehmer aufgeben.<sup>41</sup>

Auch in Strehlen war der 9. November 1938 eines der schändlichsten Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung. In der Strehlemer Chronik heißt es dazu:

39 Ernst Bäumer: Paul Ehrlich. Forscher für das Leben. Frankfurt/M. 1979 S. 68/69

40 Fritz Stern: Verspielte Größen. München 1996 S. 173/174

41 Strehlen im Tausendjährigen Reich... S. 8

„In Strehlen tobt die Räuberbande der SA weniger in jüdischen Geschäften, weil es die kaum noch gab, als in Privatwohnungen von Ärzten, Zahnärzten und Fabrikbesitzern in unbeschreibbarer Weise sich aus. Fensterscheiben, Lampen, Spiegel, Uhren, Glasschränke, ärztliche und zahnärztliche Instrumente werden mit Hämmern kurz und klein geschlagen. Am nächsten Tage müssen die Geschädigten die Trümmer ihrer Habe, soweit sie auf Bürgersteig und Straße liegen, selbst beiseite räumen.

Wenn die 1880 errichtete Strehleener Synagoge, wie die meisten jüdischen Gotteshäuser nicht in Flammen aufging, so liegt das daran, dass Bürgermeister Dr. Rother von einem alten SS-Mann, der noch einen Funken Anstandsgefühl in sich verspürte, am Tage vorher von dem Vorhaben benachrichtigt worden war, und schnell handelnd, das Gotteshaus im Auftrag des Magistrats mit Genehmigung des Breslauer Synagogenvorstandes für die Stadtgemeinde gekauft hatte.<sup>42</sup>

Der in Strehlen geborene Autor Fritz Moses hat mit seinem Buch über die jüdischen Bürger den Strehleener Juden ein Denkmal gesetzt.<sup>43</sup>

Auf zwei der in dieser Schrift dargestellten Familien soll hier näher eingegangen werden:

Über den angesehenen Zahnarzt Dr. Gerstel weiß Zeitzeugin Rosalinde Pahl zu berichten: „Dr. Gerstel hat uns Armen oft die Zähne blombiert oder gezogen, ohne jemals eine Rechnung auszustellen.“<sup>44</sup>

Als die Nazis die Macht übernahmen stellte man den Strehleener Zahnarzt Gerstel zwei Posten vor seine Zahnarztpraxis. Gerstel, der als Soldat im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, hat sich vehement gegen diese Diskriminierung empört. Schließlich erreichte er die Zurücknahme dieser schändlichen Maßnahme und der beiden Posten. Später, mit Einführung der Rassegesetze, musste Dr. Gerstel sein arisches Personal entlassen. Die Kinder Ruth und Franz verloren damit ihr verehrtes Kindermädchen. Die arische Musiklehrerin hat ihren Schüler Franz nicht mehr unterrichtet. Wie alle Juden, durften auch Gerstels nur noch zu vorbestimmten Zeiten einkaufen. Ein jüdischer Verwandter der Familie Gerstel hatte seine arische Sekretärin in seinem Auto mit nach Breslau genommen, wo sie in einem Vorort wohnte. Er wurde denunziert und bekam wegen Rasseschande eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, die er verbüßen musste. In der „Reichskristallnacht“ wurde Gerstels Wohnung wie auch die Zahnarztpraxis regelrecht zertrümmert. Frau Gerstel musste sich von den zerstörungswütigen Gestapo-Leuten sogar Schläge gefallen lassen. Ihr Mann wurde ins KZ Buchenwald eingeliefert. Tochter Ruth und Sohn Franz war der Besuch der Strehleener Schule nicht mehr gestattet. Sie mussten in die 40 Kilometer entfernte Angerschule in Breslau überwechseln.

42 Strehlen im Tausendjährigen Reich... S. 23

43 Fritz Moses: Strehlen. Erinnerungen an eine schlesische Kleinstadt und ihre jüdischen Bürger. Tomen 1995

44 Fritz Moses: Strehlen... S. 97

In dieser Zeit gerät die Zahnarztfamilie in eine kritische Lage. Vor allem fehlte es auch an Lebensmitteln. Patienten aus den umliegenden Dörfern bewiesen ihre Hilfsbereitschaft und brachten ihnen die wichtigen Nahrungsmittel. Als Frau Gerstel erfolgreich um ein Ausreisevisum gerungen hatte, wurde ihr Mann aus Buchenwald entlassen und sie konnten 1939 das Land verlassen. Was sie als Gepäck mitnahmen, mussten sie mit Geld ablösen. „Judenabgabe“ hieß das. Das Silber hatten sie abzugeben.

Die Kaufmannsfamilie Schnell ist eine der ältesten jüdischen Familien in Strehlen. Der Urgroßvater des 1904 geborenen Walter Schnell, Simon Schnell, kam aus Zülz (poln. Biala) in Oberschlesien; „Judenzüls“ genannt (es war der Ort Schlesiens, in dem zeitweilig mehr Juden als Christen lebten.) Walters Vater Wilhelm Schnell besaß das Porzellan- und Glasgeschäft an der Ostseite des Strehlemer Ringes. Nach dem Juden-Boycott stellten sich SA-Leute vor dem Schnell-Geschäft mit einem Schild auf, das die Aufschrift trug: Kauft nicht bei Juden! Manch übermütiger Arier stieß an den dunklen Abenden die Tür zum Kaufladen auf und rief hinein: „Wilhelm komm schnell zum Judenappell“! 1936 mussten Schnells ihr Geschäft für einen lächerlichen Preis verkaufen. Sie zogen nach Breslau in eine Mietwohnung. Hier erlebte Walter Schnell die „Kristallnacht“. Er gehörte zu den 2000 Juden, die verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht wurden. Die Eltern taten alles, um ihren Sohn freizubekommen. Glücklicherweise erteilte ihnen das Konsulat von Panama eine Einreiseerlaubnis. Daraufhin ordnete die Gestapo die Freilassung an. Warum war gerade Walter Schnell den Strehlemer Nazis so verhasst? Er war Ende der zwanziger Jahre mit dem sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Löbe bekannt geworden. Bei einem Berlin-Besuch durfte Walter Schnell einmal in der Präsidentenloge des Reichstages Platz nehmen.

Nach Strehlen zurückgekehrt, begann Walter Schnell mit den Vorbereitungen zur Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbanners „Schwarz, Rot, Gold.“ Bald war die Bildung dieser militärisch-organisierten Gruppe zur Verteidigung der Weimarer Demokratie vollzogen. Auf Walter Schnells Bitte hin war Paul Löbe Schirmherr dieser Strehlemer Gruppe geworden. Zum einjährigen Bestehen kam er nach Strehlen. Die Gruppenmitglieder holten ihn am Bahnhof ab, und sie marschierten durch die Stadt zum Hotel „Reichsadler“, wo er die Festrede hielt. Strehlen gehörte in Löbes politischer Arbeit zu den bevorzugten Städten. Hier war er öfter aufgetreten. In Strehlen, besonders unter den Steinbruch-Arbeitern, hatte Löbe viele Freunde. Auch Löbe war im Konzentrationslager. Zunächst wurde er gleich bei der Machtübernahme 1933 ins Breslauer KZ Dürrgoy eingeliefert. Später war er auch Häftling des KZ Groß Rosen (poln. Rogoznica).

## **Todesmarsch von Auschwitz nach Groß Rosen**

Im Winter 1945, an einem frostkalten Januartag, schleppte sich in Arnsdorf (Karnow) eine nicht endenwollende Menschenmenge über die verschneite Dorfstraße. Die Kolonne kam nur sehr langsam vorwärts. Zu beiden Seiten gingen SS-Männer.

Deren Bewegungen ließ darauf schließen, dass sie ständig zur Eile mahnten. An der Spitze des Zuges trollten sich einige Hunde. Da sah man, dass es Frauen waren. Unendlich abgemagerte Frauen in dünner Sträflingskleidung. Manche waren durch zerlumpte Mäntel oder zerschlossene Decken, die sie sich umgehängt hatten, gegen die strenge Kälte ein wenig besser geschützt. Jede trug einen großen gelben Stern auf der Sträflingsjacke. Einige zogen zweirädrige Karren, auf denen ebenfalls Gestalten in Sträflingsuniformen, mit Lumpen spärlich bedeckt, hockten oder lagen: Kranke, Erschöpfte oder bereits Tote. Alles vollzog sich bei einer unheimlichen Friedhofsstille. Später war zu erfahren, dass die geschundenen Jüdinnen aus Auschwitz (poln. Oswiecim) kamen und in der großen Feldscheune des Dominiums im Niederdorf die eiskalte Nacht auf spärlichem Stroh verbringen mussten.

Die Arnsdorfer Zeitzeugin Erna Rother, die Tochter aus der Bauernwirtschaft Schöfer, die sich direkt der besagten Feldscheune gegenüber befand, teilte uns dazu 1999 in einem Brief mit:

„Der Judentransport kam aus Auschwitz und zog nach Groß-Rosen. Dort sollten sie höchstwahrscheinlich vergast werden. Viele hatten nur Stroh und Lumpen um die kranken Füße gewickelt. Eine völlig abgemagerte jüdische Schneiderin musste für einen SS-Mann auf unserer Maschine einiges nähen. Heimlich bettelte sie bei meiner Mutter nach etwas Warmen für eine sterbenskranke Leidensgenossin. Trotz der großen Angst konnte ihr meine Mutter etwas zustecken. Meine Eltern und auch Nachbar-Bauer Kusche hatten durchgesetzt, dass sie je einen Kessel Kartoffeln in der Futterküche kochen durften.

So etwas Warmes hatten die Geplagten seit langem nicht gesehen. Arnsdorfer Bauern mussten anspannen und die Schwerkranken nach Strehlen zum Bahnhof fahren. Von dort ging es nach Groß-Rosen. Wie meine Eltern erzählten, führten die korrupten SS-Leute wohl gestohlene Pelze und kostbare Gemälde mit sich, mit denen sich die entkräfteten Häftlinge auch abplagen mussten. Die SS-Männer drangen damals sehr auf Eile, da sie einen plötzlichen Frontdurchbruch der russischen Truppen fürchteten.“

## **Arbeiterwiderstand – von Anfang an gegen Hitler**

Da für die antifaschistischen Handlungen meines Vaters, Alfred Leder, bis auf spärliche Schriftstücke keine Unterlagen vorliegen bzw. bisher nicht erbracht wer-

den konnten, stütze ich mich neben dem eigenen Erleben in der Familie auf Mitteilungen der Mutter, der älteren Geschwister sowie auf Aussagen weiterer Verwandter, Freunde und ehemaliger Dorfbewohner.

Alfred Leder wurde 1902 in Ottmachau (poln. Otmuchow) Krs. Grottkau als fünftes der zwölf Kinder von Franz und Anna Leder geboren. Armut war ständiger Begleiter in dieser Steinarbeiterfamilie.

Dass es rechts und links gab, hatte er schon früh erfahren. 1910 zog die Familie nach Strehlen, wo Alfred Leder die Schule absolvierte und danach wie sein Vater und der ältere Bruder im Steinbruch Arbeit fand.

Unter dem Einfluss der Steinarbeiter formten sich seine politischen Anschauungen. Bald hatte er es satt, nur arm zu sein. Früh wurde er Mitglied der KPD und später auch der Roten Hilfe. 1923 gründete Alfred Leder in Arnsdorf Krs. Strehlen seine eigene Familie. Ende der 20er Jahre nahm er seine Tätigkeit im landwirtschaftlichen Staatsdominium in Arnsdorf auf, wurde gewerkschaftlich im Landarbeiterverband aktiv tätig und auch Abgeordneter seiner Partei im Strehlemer Kreistag. Er und seine politischen Freunde hatten schon lange vor Machtantritt Hitlers vor diesem eindringlich und auch lauthals gewarnt. „Hitler bedeutet Krieg!“ war auch ihre Parole.

Als die Nationalsozialisten 1933 die Regierungsgewalt übernahmen, geriet er sogleich ins Visier der neuen Machthaber, die ihre Herrschaft auch im Kreise Strehlen mit Lug und Trug begannen. Seine konsequente Gegnerschaft zu den Nationalsozialisten blieb kaum verborgen, da sich in dem mäßig großen Dorf ohnehin alle kannten.

Seine frühere politische Arbeit trug ihm den Hass jener Bewohner ein, die sich quasi über Nacht zu Nazis umgewandelt hatten. Bald waren es recht viele, die sich den Irrlehren der Nationalsozialisten unterworfen haben.

Alfred Leder war durch und durch ein Mensch der praktischen Tat. Er ist schweigsam gewesen, redete nicht, wenn er nichts zu sagen hatte, „Besser ackern und düngen, als beten und singen“. Diesen Satz hatte er öfter auf den Lippen. Bei seinen riskanten Äußerungen über die Nazis – sie passten eigentlich nicht so recht zu seinem Wesen – nahm er oft kein Blatt vor den Mund. Es grenzte manchmal an ein überhöhtes Maß von Leichtsinn, wenn er abschätzige Bemerkungen über Symbole und Parolen der Nazis äußerte. Es hätte stets fatale Folgen haben können. Sie trugen ihm ohnehin Denunziationen und Strafen ein.

Regelmäßig traf sich Alfred Leder mit seinen Freunden, die alle Gegner der Nazis gewesen sind, zu politischen Diskussionen. Dabei ließ man die gebotene Vorsicht walten. Im Hause von SPD-Mitglied Ernst Nippert, der im Strehlemer Steinbruch arbeitete, fand man sich regelmäßig ein, um „feindliche Sender“ zu hören. Zugegen waren meist auch Schneider Wilhelm Döring und Tischler Ernst Heidenreich. Solche Nachrichten wurden vor allem in der Kriegszeit als Informationen an Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene weitergegeben. Dazu bestanden für Alfred Leder bei strenger Beachtung der konspirativen Regeln besonders gün-

stige Bedingungen, da er oft bei den Arbeiten an Großmaschinen der einzige Deutsche war, der für eine Vielzahl von Zwangsarbeitern bzw. Gefangenen verantwortlich zeichnete.

Besonders in den letzten Kriegsjahren waren für die Zwangsarbeiter und für die Gefangenen Nachrichten über die genaue Frontlage von besonderem Wert. So erinnere ich mich, wie manchmal ein bestimmter polnischer Zwangsarbeiter heimlich unsere Wohnung betrat, um an der sichtbar angebrachten Landkarte die Frontlage zu erfassen. Ein anderes Beispiel von Hilfe für Zwangsarbeiter erlebten wir Kinder, wenn wir Vater das Mittagessen hinaus aufs Feld trugen. Mutter hatte die Gefäße immer reichlich gefüllt, so dass der Vater stets den hungrigen Zwangsarbeitern davon abgeben konnte. Die permanente Hilfe für diese Bedrängten ist für Alfred Leder und seine Freunde sehr vielfältig gewesen. Sie wussten, dass ihnen deshalb KZ-Haft droht.

Alfred Leder war in den Jahren 1934 und 1935 zweimal zu Strafen verurteilt worden, die er im Zuchthaus Brieg (poln. Brzeg) zubringen musste. Einer der Gründe war folgender: Vater war damals von der Gestapo überrascht worden, als er eine Losung gegen Hitler anbringen wollte. Um ihn zu entlasten, hatte seine Frau unvorsichtigerweise die gleiche Tat wiederholt. Die Gestapo brachte sie in die Zentrale in Olbendorf (poln. Gnojna), wo sie geschlagen und misshandelt worden ist.

Teils wegen Wehrunwürdigkeit teils wegen kriegswichtiger Arbeit in der Heimat wird Alfred Leder auch mit Unterstützung seiner Arbeitgeber ständig vom Einzug zur Wehrmacht zurückgestellt. Jedoch im Herbst 1944 wird er vom „Unternehmen Bartold“, benannt nach einem historischen schlesischen Helden, erfasst. Die „Bartolde“ mussten östlich von Breslau Panzergräben und Befestigungsanlagen bauen, um so den anrückenden Feind kurz vor der schlesischen Hauptstadt zu stoppen. Ein zweckloses, ja sinnloses Unterfangen.

Als die russischen Truppen die Provinzhauptstadt, die inzwischen zur Festung erklärt worden war, belagert haben, geriet Alfred Leder am Südostende der Stadt zwischen die Fronten. Er wagte die Desertion und gelangte als ortskundiger Schlesier durch alle Kampflinien. Wäre er dabei gestellt worden, hätte es ihm wie beispielsweise dem Volkssturmmann Paul Hönig das Leben gekostet. Zu Paul Hönig schreibt die Strehlemer Chronik: „Am 2. Februar 1945 wird auf dem Marktplatz von Markt-Bohrau (poln. Borow) Krs. Strehlen der 58-jährige Volkssturmmann Paul Hönig aus Klein Peiskerau (poln. Piskorzowek) ohne Gerichtsverfahren nach Kriegsrecht erschossen, weil er seine Kompanie ohne Erlaubnis verlassen hat. Der Befehl zur Hinrichtung soll von Hauptmann Riedel, dem militärischen Berater des Ohlauer Kreisleiters Winkler, ausgegangen sein.“<sup>45</sup>

45 Strehlen im Tausendjährigen Reich... S. 51

## **Das Leben und Widerstehen Laubaner Bürger während der NS-Diktatur**

Eine wechselvolle Geschichte prägte die staatliche Zugehörigkeit und territoriale Entwicklung Laubans und des dazugehörigen Landkreises.

Das Zentrum des Kreises, westlich des Queis und östlich der Neiße gelegen, gehörte zur Oberlausitz und damit zur Mark Meißen bis 1158.

Ab 1158 bis 1253 war das Gebiet Bestandteil der Markgrafschaft Oberlausitz und zugleich auch des Königsreichs Böhmen.

Am 8.6.1815 kam die südliche Niederlausitz, die nördliche und östliche Oberlausitz bis zum Queis zu preußisches Schlesien und wurden der Provinz Niederschlesien, dem Regierungsbezirk Liegnitz, angegliedert. Der Kreis Lauban wurde unter Einbeziehung von schlesischen Dörfern ostwärts des Queis 1819 gegründet und Lauban Kreisstadt.<sup>1</sup>

Truppen der 3. sowjetischen Gardepanzerarmee der 1. Ukrainischen Front besetzten zwischen dem 15. und 17.2.1945 den nördlichen Teil des Kreises Lauban. Die Dörfer im Kampfraum und Lauban wurden zu über 60 % zerstört.<sup>2</sup>

Am 8. und 9.5.1945 nahmen sowjetische Truppen die Stadt Lauban und das bisher nicht besetzte Kreisgebiet ein. Der kurzfristigen sowjetischen Militärverwaltung folgte am 15.6.1945 die polnische Verwaltung.

Durch die Antihitlerkoalition erhielt die polnische Regierung die Genehmigung zur Verwaltung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße und die Erlaubnis zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung.

Der Kreis Lauban kam mit Wirkung vom 28.6.1946 zur Wojewodschaft Breslau (Wroclaw). Die alte Kreisstruktur blieb erhalten.

Der Kreis Lauban umfaßte eine Fläche von 524 Quadratkilometer und hatte 1942 72813 Einwohner. Sie lebten in 66 Gemeinden und Dörfern sowie in den Städten Lauban, Marklissa, Seidenberg und Schönberg. Der Kreis trug einen gemischtwirtschaftlichen Charakter mit stark ausgeprägter industrieller Struktur.

### **Widerstand im Kreis Lauban**

Die katholische und die evangelische Kirche prägten den Widerstand im Kreis maßgeblich.

1 Weczerka, Hugo: Handbuch der historischen Stätten, Schlesien, Stuttgart 1977, S. 172

2 Kasper, K.C.: Lauban i/Schl.-Schicksaljahr' 45, Bonn-O. 1988, S. 18 ff.

Das Widerstehen der katholischen Kirche zum NS-Regime war durch den prinzipiellen Gegensatz zu diesem Regime bestimmt. Das Reichskonkordat von 1933 garantierte der Kirche das Eigenleben, die Selbstbestimmung und ihre Wirkungsmöglichkeiten. Die grundsätzliche Ablehnung der nationalsozialistischen Bewegung und Weltanschauung war aber für die katholische Kirche bestimmend. In Hirtenbriefen des Episkopats „wurden die Wahrung der christlichen und rechtsstaatlichen Ordnung, des inneren Friedens, die Achtung und Gerechtigkeit für die unterlegenen Gegner, die Freiheit des Wortes und der Presse“ angemahnt und „vor Kriegstreiberei und Ungerechtigkeiten durch die ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes“ gewarnt im Kampf um die Selbstbehauptung der katholischen Kirche ging es um die Freiheit der Seelsorge und um den Fortbestand katholischer Organisationen wie Schulen und Klöster.<sup>3</sup>

Das Kloster der Magdalenerinnen betrieb ein Frauenkrankenhaus, ein Frauenaltersheim und richtete 1939 eine Kinderklinik ein. Das religiöse, kirchliche und das Vereinsleben der katholischen Gläubigen wurde schrittweise durch das NS-Regime eingeengt und behindert. Die Geistlichen des Dekanats Lauban bemühten sich dagegen zu widerstehen und waren bestrebt, das Gemeindeleben aufrecht zu erhalten. Erschwert wurde ihr Ringen durch die Schließung der katholischen Volksschule. Den Geistlichen wurde die Erteilung des Religionsunterrichts verboten. In allen Gemeinden schuf man Möglichkeiten, um freiwillige Seelsorgestunden für die Kinder und Jugendlichen zu erteilen. 1942 gelang es den Kirchenverantwortlichen im Neubau des Klosters ein Reservelazarett einzurichten, das vor weiteren Beschlagnahmen schützte.<sup>4</sup>

### **Beispiele widerständigen Verhaltens katholischer Geistlicher**

Karl Heisig (geb. 29.9.1886) war in Lauban Stiftsprobst des Klosters St. Maria Magdalena von der Buße. Am 14.3.1935 erfolgte bei ihm eine Hausdurchsuchung und ein Verhör durch die Gestapo. Am 2.4.1935 folgte ein weiteres Verhör durch die Staatsanwaltschaft in Berlin und am 6.4.1935 seine Inhaftnahme. Ein Berliner Schöffengericht verurteilte ihn am 31.5.1935 wegen eines angeblichen Devisenvergehens zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und zur Zahlung von 4000 RM Geldstrafe. Der Verteidiger und die Reichsdienststelle legten gegen das manipulierte Urteil Berufung ein. In der Revisionsverhandlung reduzierte das Gericht die Strafe auf 7 Monate Gefängnishaft und 500 RM Geldstrafe. Die ausgesprochene Strafe galt als verbüßt durch die Untersuchungshaft. Karl Heisig wurde aus der Haft entlassen.<sup>5</sup>

3 Stephan, Stanislaus/Piekorz, Edmund: Die katholische Kirche im Kreise Lauban In: Menzel, Wilhelm: Heimatbuch des Kreises Lauban in Schlesien. Seyboldsdorf-Vilsbiburg 1966, S. 327-331

4 Ebenda, S. 330

Der Kaplan Werner Mutke aus Lauban wurde im Herbst 1936 zu dem Zeitpunkt als die katholische Pfarrkirche das 75jährige Bestehen beging verhaftet und in Görlitz zu Gefängnis verurteilt.

Die Vergehen gegen das „Heimtückegesetz“ das Angriffe auf den Staat und die NSDAP sowie deren Repräsentanten unter Strafe stellte wurden besonders häufig Geistlichen angelastet. Die Gestapo und deren Beauftragte kontrollierten häufig die Pfarrer des Kreises. Regelmäßig wurden Predigten, Kanzelverkündigungen und das Verlesen von Hirtenbriefen überprüft in Bezug auf staatsfeindliche Äußerungen. Die Seelsorge für Zwangsarbeiter aus Polen, Frankreich und anderen Ländern war für die Priester mit Lebensgefahr verbunden, da die Teilnahme an Gottesdiensten und Einzelbeichten für Zwangsarbeiter verboten waren. Der Geistliche Rat Paul Skobel (1872-1952, ein strikter Gegner des NS-Regimes mußte bereits 1933 seine Pfarrei verlassen und zog als Einsiedler nach Berg-Neuland bei Löwenberg. Am 3.11.1933 wurde er für 2 Monate in KZ-Haft genommen und erhielt ein Berufsverbot, da er die Beerdigung eines Nationalsozialisten ablehnte. 1934 erhielt er auch ein Aufenthaltsverbot für Kamenz. Als Archivar des Klosters Lauban leistete er durch das Ordnen und Registrieren des alten Archivs der Magdalenerinnen in Lauban wertvolle Arbeit. Am 24.4.1943 wurde er wegen Abhörens feindlicher Rundfunksendungen erneut mit seiner Schwester Anna verhaftet und am 9.8.1943 vom Sondergericht in Görlitz zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, während seine Schwester zu 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren verurteilt wurde. Kardinal Bertram verschaffte dem Schwerkranken, der im Zuchthaus Brieg inhaftiert war Haftverschonung und bewirkte seine Entlassung am 21.11.1944. Seine Schwester brachte den Gelähmten nach Berg-Neuland und von da über Greiffenberg. Er mußte später diese Zufluchtsstätte verlassen und kam nach Schirgiswalde. Er starb an den Folgen seiner Haft am 23.6.1952.<sup>6</sup>

Pater Gerhard Michael Scherer war Hausgeistlicher des Klostersgutes Sächsisch-Haugsdorf Kr. Lauban. Er wurde am 15.3.1892 in Sams in Tirol geboren. Am 1.7.1939 wurde er von der Gestapo in Innsbruck für 14 Tage inhaftiert. Kurzfristig danach wurde er wegen „Mithilfe beim Wegschaffen von Wertgegenständen des Klosters Sams“ verhaftet. Im April 1943 erfolgte eine weitere Festnahme wegen Abhörens feindlicher Rundfunksender. Das Sondergericht Görlitz verurteilte ihn deshalb am 9.8.1943 zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus. Im März 1944 verstarb er an den Folgen der Haft im Zuchthaus Brieg.<sup>7</sup>

Franz Xaver Buchali (1901-1960) war Pfarrer in Marklissa und Beichtvater bei den Laubaner Magdalenerinnen von 1934 bis 1945. Er wurde vom 9.3.1942-17.6.1942 in KZ-Haft genommen, da er sich in der Silvesterpredigt 1941 auf den sogenannten „Möldersbrief“ bezog, der Formulierungen gegen Hitler enthielt.

5 von Hehl, Ulrich/Kösters, Christoph/ Stenz-Maur, Petra / Zimmermann Elisabeth: Priester unter Hitlers Terror - Eine biographische und statistische Erhebung, Paderborn-München-Wien-Zürich 1966, S. 502

6 Gottschalk, Joseph: Schlesische Priesterbilder. Aalen/Würt. 1967, S. 216.

7 von Hehl, Ulrich/Kösters, Christoph/ Stenz-Maur, Petra/Zimmermann: Priester unter Hitlers Terror – Eine biographische und statistische Erhebung, Paderborn-München-Wien-Zürich 1996, S. 520.

Gegen Pfarrer Erich Kalis (7.8.1909-24.2.1945), der Ortsgeistlicher von Bertelsdorf war, wurde im Frühjahr 1944 eine Geldstrafe in Höhe von 1000 RM als Sicherungsgeld verhängt. Am 24.2.1945 wurde er erschossen.

Bei dem Kaplan, Lazarettpfarrer und Religionslehrer Gerhard Kluge (12.5.1914-11.5.1993), tätig in Lauban, beschlagnahmte die Gestapo wegen der Vorführung eines Wilhelm-Busch-Filmes nach einer Glaubensstunde für Lazarettangehörige alle nicht religiösen Bildbände. Ferner erfolgte eine Verwarnung durch die Gestapo wegen der Unterlassung des Hitlergrußes. Nach der Anzeige des Ortsgruppenleiters der NSDAP wegen des Verlesens des „Möldersbriefes“ erhielt er eine Vorladung zur Gestapo und wurde erneut verwahrt.<sup>8</sup>

## **Widerstand der evangelischen Kirche**

Der Widerstand und Kirchenkampf war für die Christen der Bekennenden Kirche (BK) in den Jahren von 1933-1934 der kirchenpolitische und theologische Abwehrkampf gegen die Deutschen Christen (DC) und gegen das NS-Terrorssystem.

Bereits vor der Errichtung der NS-Diktatur begannen in Schlesien die Auseinandersetzungen mit den DC-Mitgliedern. Es gab Pfarrer und evangelische Laien, die sich frühzeitig dieser Bewegung anschlossen.

Nach 1933 bewußt gefördert, gewannen die DC großen Einfluss in den Gemeinden und Kirchenleitungen. Es bildete sich der „Gau Schlesien der DC“ deren erster Obmann Pastor Zarnikow wurde. Die DC bejahten den angeblichen politischen Aufbruch des NS-Regimes. Gegen den Marxismus und antisemitisch eingestellt, traten sie für völkisch christliche Anliegen ein. Sie forderten die Gleichschaltung der protestantischen Landeskirchen und wollten in einer Reichskirche nach dem „Führerprinzip“ unter einem Reichsbischof wirken.

Mit der Umsetzung des Arierparagraphen gegenüber Geistlichen ab 1933 rief Martin Niemöller zur Bildung des Pfarrernotbundes auf, die am 21.9.1933 erfolgte. Dem Notbundbrüdererrat gehörten die Pfarrer Dr. Robert Berger, Ernst Hornig, Paul Viebig, alle aus Breslau, und Wilhelm Voigt aus Obernigk an. Hans Büttner war Geschäftsführer von „Evangelium und Kirche“ und des Pfarrernotbundes. Er war als Pfarrer in Seifersdorf Kr. Bunzlau und 1939 in der Bekenntnisgemeinde Lauban tätig. Im Zweiten Weltkrieg fiel er am 21.9.1939 in Warschau.<sup>9</sup>

Der Pfarrernotbund in Schlesien beteiligte sich an der Kanzelabkündigung gegen den sogenannten Maulkorbberlass des Reichsbischofs vom 4.1.1934. Dieser bedrohte oppositionelle Pfarrer mit der Amtsenthebung. Im Zusammenhang mit den Kanzelabkündigungen wurden 200 schlesische Pfarrer verhaftet. Die Gestapo ging rigoros gegen Pfarrer und einzelne Gemeindeglieder vor. Mehr als 30 Be-

8 Ebenda, S. 506 u. 508.

9 Hornig, Ernst: Die Bekennende Kirche in Schlesien 1933-1945, Geschichte u. Dokumente, Göttingen 1977

kenntnisgemeinden mußten daher ohne Bekenntnispfarrer bestehen. Die BK als protestantische Oppositionsbewegung wurde von der Gestapo streng überwacht. Ihre Anhänger hatten ständig mit Verhaftungen, Verhören, Gerichtsverfahren oder KZ-Haft zu rechnen. Mitglieder der Pfarrerschaft der BK im Kreis Lauban waren Kiefel (Schwerta), Bütenhoff (Gebhardsdorf), Schlag (Oberwiesa) Hans Büttner (Seidenberg), Mochalski (Sächsisch-Haugsdorf), Daniel Hoffmann (Schwerta).

Am 23./24.5.1936 tagte in der Christopherikirche in Breslau die „Schlesische Synode der Bekennenden Kirche“, künftig Christopherisynode genannt. In der evangelischen Kirche zu Naumburg am Queis tagte vom 1.-4.7.1936 die 1. Schlesische Bekenntnissynode unter Leitung von Rechtsanwalt Berunde. Pfarrvikar Mochalski, Obertruppführer der SA, Mitglied der NSDAP und Deutscher Christ, wurde beauftragt, gegen die Bekennende Kirche aufzutreten. Unter dem Eindruck einer kirchlichen Veranstaltung mit Pfarrer Martin Niemöller trat er für die Bekennende Kirche und für die Naumburger Synode ein. Seine Gemeinde folgte ihm. Mitte Juni 1937 wurde Mochalski verhaftet und im Gefängnis Opoln inhaftiert. Nach acht Haftwochen wurde er entlassen und aus Schlesien ausgewiesen. Auf Weisung des Regierungspräsidenten erfolgte am 1.6.1937 die Räumung seines Pfarrhauses.<sup>10</sup>

### **Die Bekenntnisbruderschaft schlesischer Vikare nannte sich „Naumburger Gruppe“**

Die Errichtung der NS-Diktatur hatte 1933 entsprechende Auswirkungen auf die protestantische Kirche im Kreis Lauban. Ein großer Teil der Pfarrer und Mitglieder der Gemeindekirchenräte traten den DC bei. Es bildete sich in Lauban ein SA-Sturm, der nur aus Mitgliedern des örtlichen Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM) bestand.

Nach der Sportpalastkundgebung der DC am 13.11.1933 in Berlin verloren auch im Kreis Lauban die Deutschen Christen an Einfluss, während die BK an Zustimmung gewann. Als am 16.3.1935 in Schlesien 200 Pfarrer in KZ-Haft gerieten, betraf dies auch drei Pfarrer des Kreises Lauban. Der Leiter des Kirchenkreises Lauban wollte zu den DC keinen Trennungsstrich ziehen. Daraufhin verweigerte ein Teil der Pfarrerschaft die weitere Mitarbeit. Pfarrerkonferenzen und Synoden konnten daher jahrelang nicht erfolgen. In einigen Orten, so auch in Marklissa, reichte der Kirchenkampf bis in die Gemeinden hinein.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Ebenda, S. 359 Anhang

<sup>11</sup> Ebenda, S. 19, 29, 30, 60, 66, 76 ff. Saalfeld, Hans: Heimatbuch des Kreises Lauban in Schlesien. Seyboldsdorf-Vilsbiburg 1966, S. 303 f..

## Widerstand der Arbeiterbewegung und der Arbeiterparteien

Gegen die wachsende faschistische Gefahr fanden in den Jahren 1931/32 Kundgebungen und Demonstrationen der KPD, SPD des Reichsbanner und der Eisernen Front u. a. in Bunzlau, Görlitz, Greiffenberg, Naumburg a. Queis, Siegersdorf, Hirschberg, Lauban und Muskau statt.

Die Mitglieder der KPD und des „Roten Massensebstschutzes orientierten sich auf die Abwehr des Straßenterrors der schlesischen SA. in Görlitz und Umgebung kam es im August 1933 in Vorbereitung zu den Reichstagswahlen am 6.11.1932 zu 30 Anschlägen auf Sozialdemokraten und Konsumgeschäfte. In Lauban wurde das Gebäude des örtlichen Arbeitsnachweises gesprengt. Der Terror der SA-Banden, die im November 1932 ca. 427 000 Mitglieder hatten, war eine ernsthafte Bedrohung für die Arbeiterbewegung. Aus diesem Grund erhöhte der RFB seine Abwehraktionen. Es kam zu unbewaffneten Felddienstübungen des RFB Görlitz mit den Mitgliedern des RFB aus Lauban.<sup>12</sup>

Die KPD bereitete sich aber auch auf die drohende Illegalität vor. Für die Aufrechterhaltung der Verbindungen mit den illegalen Organisationen in Deutschland waren Grenzstützpunkte der KPD entlang der Grenze zur Tschechoslowakei bedeutsam. Den Funktionsären des Unterbezirks Görlitz-Lauban gelang es Widerstandsgruppen aufzubauen, die bereits Kontakte nach Lauban, Marklissa, Langenöls, Penzig und Weißwasser hatten. Maßgeblich Anteil daran hatte der Maler, Grafiker und Schriftsteller Johannes Wüsten mit seinen Kampfgefährten aus der Arbeiterspielgruppe „Rote Bühne“. Sie stellten Flugschriften her, brachten illegale Literatur und Schriften aus der CSR nach Schlesien und knüpften Verbindungen zu sozialdemokratischen und bürgerlichen Antifaschisten sowie zu Arbeitern und Angestellten in verschiedenen Betrieben.

Die größte Widerstandsgruppe in Görlitz die „Gruppe Peter“ verbreitete illegale Druckschriften aus der CSR und besaß Kontakte zu Funktionären der KPD in der CSR. Verbindungen dieser Widerstandsgruppe bestanden auch nach Lauban, Langenöls, Marklissa, Hirschberg, Penzig Weißwasser, Cottbus und über den Ort Seidenberg nach Hainsdorf in der CSR und weiter nach Prag. Es gelang der Gruppe von Ende 1934 bis zum Frühjahr 1937, die KPD-Organisationen wieder aufzubauen und illegal zu wirken. Die gefährvolle Grenzarbeit über mehr als vier Jahre gelang vor allem durch die Hilfe der KPC.

Sozialdemokratische Gruppen und ADGB-Mitglieder organisierten ebenfalls das Widerstehen gegen die NS-Diktatur. Der aus dem Amt verwiesene Redakteur der Görlitzer Volkszeitung und Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Görlitz, Wilhelm Baumgart, schuf eine Widerstandsgruppe der gemäßregelten Sozialdemokraten, der sich auch bürgerliche Antifaschisten anschlossen. Sie unterhielten Kontakte nach Lauban, Marklissa, Kohlfurt, Sagan, Sprottau und Glogau. Die Gruppe ver-

<sup>12</sup> Kretzschmar, Ernst: Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten 1933-1955, Görlitz 1973, S. 13.

breitete selbstgefertigte Flugblätter und Druckschriften aus der CSR und unterstützte während des Krieges Kriegsgefangene. Sie nutze bestehende persönliche Kontakte zu Parteifreunden im Grenzgebiet in Seidenberg, Wiesa und Tschernhausen für die illegale Arbeit. Illegales Druckmaterial wurde per Kinderwagen über die Grenze nach Ostrichen bei Seidenberg transportiert. Feste Treffs gab es in Reichenberg. Die vielfältigen illegalen Aktionen veranlaßte die Gestapo, die Illegalen verstärkt zu suchen und zu verfolgen. Über eingeschleuste Spitzel erfolgte am 2.4.1937 eine Verhaftungswelle, der ca. 300 Antifaschisten zum Opfer fielen. Die Mehrzahl der Verhafteten wurde zu hohen Haftstrafen verurteilt.<sup>13</sup>

Alfred Tierhold war vor 1933 Agitator und Redakteur der KPD-Zeitung und wirkte u.a. in Marklissa. Nach der Errichtung des NS-Regimes weigerte er sich die KPD zu verlassen und Mitglied der NSDAP zu werden. Bei dem Versuch, über Prag zu emigrieren, erfolgte dort seine Verhaftung; er kam in das KZ-Brandenburg.<sup>14</sup>

Ferner leisteten laut Lagebericht der Gestapo im Zeitraum vom 1.10.-31.12.1935 in Lauban bei der Firma Merfeld & Söhne Arbeiter passiven Widerstand. Sie weigerten sich die Winterhilfsrede Hitlers per Rundfunk in der Mittagspause anzuhören. In den Deutschen Astbestwerken von Georgi, Reinhold & Co. in Seidenberg Kr. Lauban legten Widerständler einen Brand der Schaden betrug 70 000 RM.<sup>15</sup>

## **Verlagerung der Rüstungsindustrie in Betriebe der Stadt Lauban und in den dortigen Kreis**

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Kriegswirtschaft erweitert. Vorwiegend wurde die Rüstungsproduktion in der Gustav Winkler KG in Lauban mit Sitz in Berlin durchgeführt, die durch den Luftkrieg ihre Produktion nach Lauban verlagerte. Auch die Gesellschaft für elektronische und mechanische Apparate (GEMA) aus Berlin-Köpenick wich nach Schlesien, sprich Lauban, aus. Sie richtete in der Stadt neue Produktionsstätten ein und fertigte hier das Funkmessgerät Freya, das bei der Luftabwehr zum Einsatz kam. Im Februar 1944 gab es unter Leitung der Doktoren Gustav und Helmut Winkler sowie Gustav Bütrow 5 Rüstungsunternehmen die als geheime Produktionsstätten geführt wurden.

Die Ruscheweyh AG mußte Packkisten für Munition und Flügel- und Zellenteile für Flugzeuge herstellen. Die Firma Hainke fertigte Flügel für die V1-Geschosse.<sup>16</sup>

13 Ebenda, S. 17 ff., 49, 61 ff..

14 Information von Kurt Michael Deckert, Archiv Lauban, Königslutter am Elm.

15 Pikarski, Margot: Gestapoberichte über den antifaschistischen Widerstandskampf, Berlin 1989, Bd. 1, S 131 u. Bd. 2, S. 401.

16 Kasper, Klaus Christian: Lauban putzt der Welt die Nase, Bonn-Oberkassel, 2000, S. 140 ff..

Der akute Arbeitskräftemangel führte zum Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Polen und der Sowjetunion, die unter menschenunwürdigen Bedingungen lebten und Sklavenarbeit leisten mußten. Auch im RAW Lauban leisteten sie Fronarbeit. Ferner gab es in der Stadt auch Außenlager des KZ-Groß-Rosen, deren Insassen als Sklavenarbeiter in der Stadt zum Einsatz kamen. Einige Häftlinge unternahmten Fluchtversuche, die erfolglos endeten. Nur dem Häftling Zygmunt Czechonisko gelang die Flucht. Im drohte wegen seiner Widerstandstätigkeit die Todesstrafe.

### **Widerstand in den letzten Kriegsmonaten**

Das bevorstehende Ende des sinnlosen Völkermordens verstärkte den Willen der Laubaner Antifaschisten, lebenswichtige Einrichtungen und Sachwerte nicht zu vernichten, sondern alles zu unternehmen, um das Weiterleben zu ermöglichen. So verhinderten Angehörige der BK die Sprengung der Talsperre von Marklissa und verhinderten eine Überschwemmung des Queisgebietes.

Beim Rückzug der deutschen Truppen am 8./9.5.1945 aus dem Kreisgebiet konnten Sprengungen von Bahnbrücken und Bahntunneln nicht verhindert werden. Das gilt auch für die Pestalozzischule und Posteinrichtungen in der Stadt. Bis zur letzten Minute wütete der NS-Terror gegen Widerstehende, so wurden der Rechtsanwalt Beck und der Notar Hubert Beck aus Lauban wegen Nichteinhaltung von Befehlen zum Tode verurteilt und standgerichtlich hingerichtet. Zwei Soldaten wurden in Lauban am 22.3.1945 wegen Fahnenflucht auf dem Marktplatz erhängt. In Geibsdorf dem Gefechtsstand der 6. Volksgrenadierdivision, wurden wegen des gleichen Deliktes sieben Soldaten erschossen.

## Die Organisation der KPD in Oberschlesien (1933 – 1938)

Dieser Artikel setzt sich das Ziel, meine bisherigen Erkenntnisse über die Entwicklung und den Kampf der ober-schlesischen Organisation der KPD unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur in Deutschland von 1933 bis 1938 auf der Grundlage einer noch unvollständigen Archivrecherche darzustellen. Die Quellenlage ist beschränkt, ich stützte mich auf die Bestände RY 1 (KPD) und R 58 (Reichssicherheitshauptamt) sowie SgY 30 (Erinnerungsberichte) des Bundesarchivs Berlin und den Bestand Oberpräsidium Oppeln im Archiwum Panstwowe w Opolu. Für eine vollständige differenzierte Darstellung dieses Themas sind aber weitere Archivstudien, vor allem in regionalen Archiven, wie auch in Archiven linker politischer Organisationen im heutigen Polen notwendig.

Bisher wurde die Geschichte der KP Oberschlesiens, die sich 1919 gründete und sich 1922 mit ihren auf deutschem Reichsgebiet befindlichen Gruppen der KPD anschloß, noch ungenügend untersucht<sup>1</sup>. Oberschlesien, in der Kaiserzeit ein Regierungsbezirk in der Provinz Schlesien, wurde um dessen politische Bedeutung zu erhöhen im Jahr 1922 zur preußischen Provinz erhoben. Während der Zeit der Weimarer Republik verfügte die KPD über beträchtlichen Einfluß auf die Arbeiterklasse in Oberschlesien, insbesondere im bergbaulich und montan geprägten Industrieviertel. Hier errang sie regelmäßig mehr Stimmen bei den Wahlen zum Reichstag als die SPD<sup>2</sup>.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf dem ober-schlesischen Industriegebiet um die Städte Gleiwitz (Gliwice), Beuthen (Bytom) und Hindenburg (Zabrze) (OS). Die zeitliche Eingrenzung ergibt sich mit der Machtübertragung an die Hitlerregierung im Januar 1933 und der Zerschlagung der KPD-Organisationen im Jahre 1938 durch die Gestapo. Für die spätere Zeit, in der sich durch die Annexion des von den Nazis sogenannten „Sudetengebietes“ im Herbst 1938, der endgültigen Zerschlagung der CSR im März 1939 sowie dem Beginn des II. Weltkrieges im Sommer 1939 die Bedingungen grundlegend änderten, fand ich bisher keine Quellen für eine funktionierende organisierte illegale kommunistische Vereinigung, was nicht weiteren Widerstand durch kleine isolierte Gruppen ausschließt.

Am 29. Januar 1933 veranstaltete der KPD-Unterbezirk Oberschlesien einen „Deutsch – polnischen Freiheitskongress“ im Gleiwitzer „Schützenhaus“. Mit dieser Veranstaltung reagierten die Kommunisten auf verstärkte deutsch-polnische

1 Wolfgang Schumann: Oberschlesien 1918/19. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter, Berlin, 1961.

2 „Oberschlesien hat gewählt“ in Oppelner Zeitung vom 21. Mai 1928 (Wahl 1928 KPD 71 734 [1924 – 66 092] Stimmen / SPD 70 383 [1924 – 36 592] Stimmen).

Spannungen nach der Durchsetzung der deutschen Forderung nach Aufhebung von Rüstungsbeschränkungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz und Drohungen des polnischen Staates nach Kündigung des „Genfer Minderheitenschutzvertrages von 1922“<sup>3</sup>. 349 Delegierte und 100 Gäste aus Deutschland (Oberschlesien, Niederschlesien, Ostpreußen) und dem Ausland (Polen, Tschechoslowakei und Danzig) verschiedener politischer Strömungen (KPD, SPD, oppositionelle Stahlhelmer und Erwerbslosenorganisationen) berieten hier neben der aktuellen politischen Lage über die „Klärung der Aufgaben für bevorstehenden Betriebsräte-wahlen“. Während der Beratung traf die Nachricht über den Rücktritt des Reichskanzlers von Schleicher aus Berlin ein. Der Vertreter des ZK der KPD, Theodor Neubauer, sagte in seiner Rede: „... Wir kennen den neuen Mann nicht, wir wissen nicht, heißt er von Papen, heißt er Hitler? ... Aber wir wissen eines was uns eine neue Regierung bedeutet. Sie bedeutet verschärften Angriff auf die deutsche Arbeiterklasse, sie bedeutet Rückkehr zu dem Kurs Papenschen Lohnabbaues, Sozialabbaus sie bedeutet Rückkehr zu der faschistischen Terror-Ära von Juli, August, September, sie bedeutet Rückkehr zum Generalangriff auf das Proletariat.“ In einer Schlussresolution versprachen die Delegierten: „... Gelöbnis abzulegen, nicht nachzulassen trotz schärfsten Terrors und aller Unterdrückungsmaßnahmen, die wir in der letzten Zeit erfahren und in der nächsten Zeit zu erwarten haben, ...“<sup>4</sup>

Trotz allem waren die Arbeiterorganisationen nicht auf den kommenden Terror vorbereitet.

In einem 1934 an die KPD-Zentrale gesandten Schreiben wurde eingeschätzt: „Der Bezirk [Oberschlesien] hat monatelang darunter gelitten, dass die B.L. [Bezirksleitung] zu Beginn der Illegalität auseinander fiel und, dass dadurch viele Verbindungen verlorengingen.“<sup>5</sup>

In den Verhaftungswellen Ende Februar und März 1933 wurden im Bereich des Polizeipräsidiums Gleiwitz (Gliwice), welcher dem ober-schlesischen Industriebezirk entsprach, 475 „kommunistischer Funktionäre“ festgenommen, von denen im Juni 1933 sich noch 140 in polizeilicher Haft befanden. In dieser Zeit wurde eine bemerkenswerte illegale Tätigkeit der KPD, sowie ihrer Nebenorganisationen nach einem Bericht des Regierungsbezirks Oppeln an den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien nicht festgestellt, wobei Ermittlungen über eine illegale Tätigkeit der „Roten Hilfe“ in Oppeln (Opole) noch nicht abgeschlossen waren.<sup>6</sup>

In der Gemeinde Petersgrätz (Piotrowka), Kreis Groß – Strehlitz (Strzelce Opolskie) nutzte eine Gruppe Kommunisten die örtliche „Vereinigung der inter-

3 Der „Genfer Minderheitenschutzvertrag von 1922“ regelte die Rechte der nationalen und religiösen Minderheiten im ehemaligen Abstimmungsgebiet Oberschlesiens. Dieser Vertrag sicherte Religionsfreiheit die Einrichtung von Schulen und anderen kulturellen Einrichtungen zur Pflege der Minderheitensprache u.ä.

4 „Bericht über die Delegiertenversammlung der Kommunistischen Partei am 29. Januar 1933 im Saale der Neuen Welt, Gleiwitz“ in Bundesarchiv (Barch), Reichssicherheitshauptamt (R-58), Akte Nr. 3985, Bl. 2ff.

5 „Bericht Oberschlesien“ in Barch, RY 1/1 3/6/ Akte Nr. 24, Bl. 30 ff.

6 Bericht „Stand der kommunistischen Bewegung“ vom 13. Juni 1933 an den Regierungspräsidenten in Oppeln, Archiwum Panstwowe w Opolu (APO), Oberpräsidium Oppeln, Sygnatur 967, Bl. 20.

nationalen Bibelforscher“ und die „Gemeinschaft des göttlichen Sozialismus – Apostelamt Juda“ zur Tarnung der eigenen Organisation und für ihre Propagandatätigkeit, deren drei leitende Mitarbeiter im Mai 1933 „wegen kommunistischer Umtriebe“ in Schutzhaft genommen wurden.<sup>7</sup>

Ende Mai 1933 richtete sich der faschistische Terror auch gegen den in Berlin registrierten als „polnisch – kommunistisch“ klassifizierten Verein „Zwiazek Kulturalno Oswiatowy Robotnikow Polskich w Niemczech – Jednosc Robotnicza – (Kultur- und Bildungsverein Polnischer Arbeiter in Deutschland – Arbeiterereinigkeit e.V.)“, dem auch eine enge Verbindung zur sowjetischen Handelsvertretung in Berlin vorgeworfen wurde. Nach der Einschätzung des preußischen Innenministers handelte es sich um „eine rein radikal kommunistisch eingestellte Organisation mit radikaler Propagandatätigkeit“. Der überwiegende Teil des erweiterten Vorstandes wurde aus Deutschland ausgewiesen. Die oberschlesischen Funktionäre Anton Jadasch, auch langjähriger kommunistischer Abgeordneter im Reichstag, und der Redakteur des Vereinsorgan „Glos Pracy“, Paul Achtellik aus Hindenburg (Zabrze), wurden in Schutzhaft genommen.<sup>8</sup>

Im oberschlesischen Industrieviertel kursierten in diesem Zeitraum mehrere illegal hergestellte Flugschriften, wie der von „revolutionären Polizeibeamten“ bzw. „Roten Schupozelle“ unterzeichnete „Roter Alarm“<sup>9</sup>, in denen in der Sprache über lokale Ereignisse berichtet wurde.

7 „Betrifft: die Vereinigung der internationalen Bibelforscher“ 19.Mai 1933 in APO, Oberpräsidium Oppeln, Sygnatur 981 „Verschiedne linksgerichtete Organisationen“, Bl. 13.

8 „Bericht an den Herrn Preuß. Minister des Innern in Berlin“ vom 24.Mai 1933 in APO, Oberpräsidium Oppeln, Sygnatur 978 „Die Kommunistische Partei in Oberschlesien“, Bl. 49 ff, Anton Jadasch schilderte etwa 1958 seine Schutzhaft in der Festung Groß-Strelitz „Am 5. Mai 1933 Abtransport von Berlin nach der Festungshaftanstalt Groß-Strelitz, in Oberschlesien, meiner Heimat. Es ist dies noch die einzige Festungshaftanstalt. Richard Scheringer, eine Anzahl Fürstenwalder Roter Reiter, ein Zahlmeister aus Königsberg, ein Feldwebel, der Genosse Kottenhof aus Essen, ein Nazimann und noch eine Anzahl Genossen, nicht zu vergessen Hermann Gartmann, sind hier inhaftiert.

Ein Sanatorium zur Erholung denk ich mir nach den Strapazen der bisherigen Gefängnisse. Dem Direktor Rauschel der Haftanstalt muß ich in Anwesenheit R. Scheringers in die Hand versprechen, nicht zu flüchten, da Fluchtmöglichkeit jede Stunde besteht.

Ich kenne hier in Groß-Strelitz fast jeden Baum und Strauch, da ich hier aufgewachsen bin. Richard Scheringer ist der Vertrauensmann der Festungsgefangenen und zugleich unser marxistischer Zirkelleiter. Ich bin platt: die kommunistische Zelle funktioniert wie früher, eine der besten Zellen. Stundenplanmäßig und pünktlich wird die Schulung durchgeführt.

Im September wird Richard Scheringer entlassen. Ich werde nun zum Vertrauensmann gewählt und bleibe des nachts in einer unverschlossenen Zelle.

Mit uns ist auch der KAPD-Mann Springstube hier inhaftiert. Er soll nach seiner Entlassung in ein KZ. Am letzten Tag vor seiner Entlassung geht Springstube flüchten und entkommt auch glücklich seinen Häschern. Jeder Gefangene hier hat zwei Zellen: eine Wohn- und eine Schlafzelle. Zu bestimmten Stunden des Vor- und Nachmittags ist Freistunde mit Fußballspiel und anderen Turnarten, - oder auch Liegen in der Sonne. Jeder hat in seiner Zelle Radio-Kopfhörer. Hier hören wir jeden Tag den Dimitroff - Prozeß ab.

Am 28.12.1933 wird die Festungshaftanstalt Groß-Strelitz geschlossen, und wir Häftlinge, ungefähr elf Mann bei Bergedorf / Hamburg überführt....“ Barch SgY 30, Signatur 424, Bl. 39ff.

9 Flugblatt „Roter Alarm“ publiziert auf der Homepage der „Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.“ / Fundstücke (<http://www.2i.westhost.com/bg/index.html>) Quelle: APO, Oberpräsidium Oppeln, Sygnatur 974 „Kommunistische Agitation und Zersetzungsarbeit in der Reichswehr, Polizei und Post usw.“, Bl. 68 ff.

In diesen Sommermonaten des Jahres 1933 reorganisierten sich kommunistische Gruppen unter konspirativen Bedingungen mit Kadern aus dem Bezirk, deren Arbeit sich in der Hauptsache auf das Bergbauindustriegbiet mit Stützpunkten in Beuthen (Bytom), Hindenburg (Zabrze), Gleiwitz (Gliwice) und Ratibor (Raciborz) erstreckte. Kurze Zeit später wurde auch eine Verbindung zur KPD-Zentrale hergestellt.<sup>10</sup>

Josef Wiora, aktiver Gewerkschafter in der Roten Gewerkschaftsopposition, organisierte im 1933 in der Illegalität gewerkschaftliche Arbeit in Zusammenarbeit mit der KPD-Bezirksleitung und dem RGO-Reichskomitee in verschiedenen Betriebsgruppen im Industriegbiet (in den Schachtanlagen Castellengo, Zentrum, Karsten, Gleiwitzer Grube und Konkordia, in der Donnersmarkhütte Hindenburg (Zabrze), den Gleiwitzer Drahtwerken, sowie in Bahnwerkstätten in Gleiwitz (Gliwice) und Beuthen (Bytom). Verbindung bestand auch zu einer Erwerbslosengruppe in Gleiwitz (Gliwice)<sup>11</sup>).

Die Taktik der Verfolgung von polizeibekanntem kommunistischen Funktionären sei in Oberschlesien höchst unterschiedlich gehandhabt worden. So schildert Josef Wiora, dass er obwohl er als Funktionär der RGO bekannt war, nicht am 2. März 1933 – der ersten großen Verhaftungswelle – verhaftet wurde, weil er sich in Beuthen (Bytom) verbarg. In Wioras Hindenburger Wohnung, die gleichzeitig Büro der RGO Oberschlesien war, fiel den Nazis ein nachgeordneter RGO-Funktionär in die Hände. Dies schädigte Wioras Ruf unter der Arbeiterschaft. „Die ‚Großen‘, die sind ausgerissen und die ‚Verführten‘ müssen leiden.“<sup>12</sup>

Im September 1933 attestierte das Geheime Staatspolizeiamt der „KPD in den verschiedensten Zweigen ihrer Organisationen (Partei, RGO, RFB, Rote Hilfe und Zersetzungsapparat) in ... , Oppeln (Opole), ... trotz zahlreicher erfolgreicher Eingriffe in den illegalen Apparat nach wie vor sehr rührig“ zu sein.<sup>13</sup> Eine kommunistische Propagandazentrale wurde im tschechischen Ort Setzdorf bei Frywaldow festgestellt, die kurze Zeit später nach Mährisch – Schönberg verlegt wurde.<sup>14</sup>

Im gleichen Bericht vermeldete die Staatspolizeistelle Oppeln (Opole), konnte die „Aushebung der dortigen illegalen Parteiorganisation, das Vorhandensein kommunistischer Terrorgruppen, einer M-Leitung (Militärische Leitung, Anm. KW) sowie einer Gruppe, die sich speziell mit der Zersetzung der Reichswehr, der

10 Vgl. Erinnerungen Emanuel Gomolla – Barch Berlin, SgY 30, Signatur 1594, Bl. 5 ff. und Barch Berlin, RY 1 –KPD, I 2/ 3 Postbüro, Akte Nr. 97, Bl. 102 ff sowie ebenda, RY 1 I 3/6/ Akte Nr. 24.

11 „Bericht über die Tätigkeit und den Aufenthalt im Bezirk Oberschlesien in der Zeit 1933 bis 1937 – Viktor“ in Barch, RY 1 „KPD“, I 2/3 „Postbüro“/ Akte 97 „Schlesien, Oberschlesien“, Bl. 92 ff Diesen Bericht musste Josef Wiora (Deckname „Viktor“) anscheinend wegen des Vorwurfs wegen Inaktivität in der illegalen Arbeit von „Clemens“ verfasst (siehe ebenda, Bl. 90).

12 „Bericht über die Behandlung des Falles Viktor durch die Polizei“ 1937 Autor Viktor (Josef Wiora)RY 1 „KPD“, I 2/3 „Postbüro“/ Akte 97 „Schlesien, Oberschlesien“, Bl. 103 ff.

13 „Geheimes Staatspolizeiamt: Mitteilung Nr. 10 (11. September 1933) - Stand der kommunistischen Bewegung“ in Barch Berlin, Reichssicherheitshauptamt (R-58), Akte Nr. 1068, Bl. 91 ff.

14 „Stand der kommunistischen Bewegung“ Bericht an den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien in APO, Oberpräsidium Oppeln, Sygnatur 978 „Die Kommunistische Partei in Oberschlesien“, Bl. 76.

Polizei und der Wehrverbände befasste, feststellen. Neben Generalstabskarten, Munition, Sprengstoffen und Material zur Herstellung von Druckschriften wurden 17 Militärgewehre und Karabiner sichergestellt. 61 Personen wurden festgenommen.“ Ein illegaler Bericht aus Oppeln (Opole) beziffert die Zahl der Verhaftungen bis Ende 1933 auf 160, von denen „95 in Konzentrationslager abgeschoben und 20 der Besten zu Krüppeln geschlagen wurden“. Als Ursache für diesen Gestapoeinbruch sah der Verfasser den Verrat durch den ehemaligen Polit. Leiter des Unterbezirks Oppeln (Opole), Josef K.<sup>15</sup>

Ende Oktober 1933 fiel der Gestapo ein „ORG-Brief“ an alle Instrukteure, Unterbezirke, Massenorganisationen und Abteilungen“<sup>16</sup> in die Hände. Dieser Brief forderte von allen illegalen Kommunisten eine „offensive Einheitsfrontpolitik zu betreiben“, die „Elementarregeln in der konspirativen Arbeit zu berücksichtigen“, durch deren Anwendung der größte Teil Verluste in den ersten Monaten hätte vermieden werden können. Als wichtigster Grundsatz galt: „Jeder Genosse, gleichviel, wer er ist, darf nur soviel wissen und kennen, als er zu seiner Arbeit unbedingt braucht, und jeder kommt nur mit der Stelle in Verbindung, die ihm seine Aufträge erteilt.“ In einer Zelle, der untersten Einheit der Partei, durften sich nur fünf Genossen kennen.

In der Zeit von November 1933 bis Anfang Februar 1934 war die Verbindung zur Zentrale bedingt durch erzwungene Emigrationen, Verhaftungen und Einschränkung der Beweglichkeit der Vorort bekannten Funktionäre unterbrochen, wodurch „wir nach eigenen Auffassungen Politik machen mussten, die manchmal gut, aber vielfach auch nicht gut war. Vorrangiges Ziel bestand im Herstellen von Verbindungen zu allen Volksschichten, Betrieben und Organisationen und dort Oppositionsstimmungen zu erzeugen.“<sup>17</sup>

Mit Beginn des Jahres 1934 wurden im Industrieviertel mehrere im Sommer 1933 aus der Schutzhaft entlassene Kommunisten (Karl Lamla aus Gleiwitz (Gliwice), Johann Bramer aus Beuthen (Bytom) und Geord Placzek aus Lenkau, Krs. Cosel (Kedzierzyn Kozle)) erneut wegen „Herstellung und Verbreitung illegaler Hetzschriften“ verhaftet.<sup>18</sup>

Unter großen Schwierigkeiten wurden neue Zellen auf- und die Organisation ausgebaut. Ende November 1933 betrug die „fest erfasste Mitgliederzahl“ 150 Genossinnen und Genossen (im März 1934 – etwa 200) mit 6 Betriebsstützpunkten. Im Februar 1934 besuchte ein Instrukteur der Zentrale mehrere Wochen Oberschlesien, um das „politische Niveau durch eine kollektive Beratung der Beschlüsse des XIII. EKKI [Exekutivkomitee der Komintern]-Plenums zu erhöhen.“<sup>19</sup>

15 „Politischer Bericht über Oberschlesien - Ende 1933“ in Barch, RY 1,I 2/3/ Akte Nr 97, Bl. 28 ff.

16 APO, Oberpräsidium Oppeln, Sygnatur 967 , Bl. 63 ff.

17 „Bericht über meine Tätigkeit und den Aufenthalt im Bezirk Oberschlesien in der Zeit von 1933 bis 1937 – Berichterstatter Viktor (Josef Wiora)“ in Ebenda, Bl. 92 ff.

18 „Betriff: Rückfällige Schutzhäftlinge (23. April 1934) in APO, Oberpräsidium Oppeln, Sygnatur 978 „,Die Kommunistische Partei in Oberschlesien“, Bl. 78 ff.

19 „Oberschlesien –Anfang März 1934“ in Barch, RY 1/I 2/3/ Akte Nr. 97, Bl. 35 ff.

Um „aus einer zahlenmäßig schwachen Kaderorganisation eine arbeits- und kampffähige Organisation zu gestalten“, welche „3 Hauptaufgaben haben 1) Verstärkung und Politisierung der Kader, 2) Betriebsarbeit, 3) Kampf um die Gewinnung der SPD – Arbeiter und der proletarischen Zentrumsanhänger“, wurde ein BL [Bezirksleitung]-Sekretariat bestehend aus 3 Genossen gebildet. Zu den kommunistischen Massenorganisationen wurde eingeschätzt, KJV [Kommunistischer Jugendverband] fast vollständig zerschlagen, RGO [Rote Gewerkschaftsopposition] – Gruppen sind auseinandergefallen, von der RH [Rote Hilfe] bestehen noch einige Gruppen.<sup>20</sup>

Durch eine weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, eine hohe unbezahlten Zahl von „Feierschichten“ in den Kohlezechen während der Jahre 1934 und 1935 sank die Zustimmung zur Nazipolitik in der Bevölkerung Oberschlesiens, so in einer internen Analyse oberschlesischer Kommunisten.<sup>21</sup> In dieser Situation erschien im März 1934 die erste Nummer der Betriebszeitung auf der Grube „Castellengo“ mit einer Auflage von 150 Stück, von denen 110 Stück auf dieser Grube und 40 in benachbarten verkauft wurden. Daneben wurden 400 Exemplare der Zeitung „Rote Fahne“ verkauft. 200 zweiseitige Flugschriften wurden auf der Preussengrube, Hohenzollerngrube und der Grube „Ludwigsglück“ untergebracht.

In Gleiwitz (Gliwice) fand eine Besprechung mit einer illegalen SPD-Gruppe statt.<sup>22</sup>

Die illegale KPD kämpfte gegen die Nazi-Veranstaltungen zum 1. Mai 1934<sup>23</sup> und gegen die „Vertrauensrätewahlen“ in den Betrieben April 1935. In den Betrieben wurden durch illegale Kommunisten, auch publiziert in einer illegalen Ausgabe des regionalen kommunistischen Blatts „Neue Zeitung“ mit einer Auflage von 700 Stück und einer Stadtzeitung in Hindenburg (Zabrze), eine freie Aussprache, Vertrauensratslisten aus den Reihen der Belegschaft ohne Nazi-Vorgaben, die Einsetzung eines Wahlausschusses aus Mitgliedern der Belegschaft gefordert. Etwa 50 % der Belegschaften beteiligten sich an diesen Wahlen, der Anteil von Nein – Stimmen lag auch bei etwa 50%. Eine Woche vor der Wahl wurden in Razzien 40 Kommunisten und 38 Sozialdemokraten verhaftet, was die Stimmung in den Betrieben gegen die Nazis verstärkte. Diese Verhaftungen trafen kaum wichtige Funktionäre des illegalen kommunistischen Apparates, führten aber zum Abbruch der Gespräche zwischen KPD- und SPD-Arbeitern.<sup>24</sup>

Am 25. März 1935 hatte die Stapostelle Oppeln (Opole) „im oberschlesischen Industriegebiet [Gleiwitz (Gliwice), Beuthen (Bytom), Hindenburg (Zabrze)] eine Aktion durchgeführt, zahlreiche Durchsuchungen vorgenommen“ und ins-

20 Ebenda.

21 „Bericht über meine Tätigkeit und den Aufenthalt im Bezirk Oberschlesien in der Zeit von 1933 bis 1937 – Berichterstatter Viktor (Josef Wiora)“ in Barch, RY 1/I 2/3/ Akte Nr. 97, Bl. 92 ff und „Oberschlesien –März 1934“ in ebenda, Bl. 35 ff.

22 „D. Bericht O.Schl. – 20.4.34“ in ebenda, Bl. 43 ff.

23 „Schreiben Stapostelle für den Reg. Bezirk Oppeln – 19. April 1934“ in APO, Oberpräsidium Oppeln, Bl. 77.

24 „Die Absichten der Nationalsozialisten zur diesjährigen Vertrauenswahl – o.D.“ (enthält Analysen der Wahlergebnisse in einzelnen Betrieben in Barch, RY 1/I 2/3/ Akte Nr. 97, Bl. 112 ff)

gesamt 52 Personen festgenommen. Nach längerer Beobachtung in Sandwiesen (Przechlebie), Peiskretscham (Pyskowice), Hindenburg (Zabrze) und Beuthen (Bytom) hatte die Gestapo „Anzeichen eines festgefügtten Apparates der KPD“ festgestellt.<sup>25</sup> Gegen 15 dieser Verhafteten fand im November 1935 ein Verfahren „wegen Hochverrat“, sie hatten Versammlungen durchgeführt und Flugblätter ausgelegt, vor dem Oberlandesgericht in Breslau statt, in dem 10 Angeklagte freigesprochen und die Angeklagten Paul Schiffcyk, Bergmann aus Schechowitz (Gliwice – Czechowice), Krs. Gleiwitz (Gliwice), Robert Kalus, Bahnarbeiter aus Schechowitz (Gliwice – Czechowice), Krs. Gleiwitz (Gliwice), Richard Galonska, Grubenarbeiter aus Sandwiesen (Przechlebie), Krs. Gleiwitz (Gliwice), Anton Kubistin, Schlosser aus Sersno (Dzierzno), Krs. Gleiwitz (Gliwice) und Alois Lepiarczyk, Bergmann aus Gleiwitz (Gliwice) zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Als Zeuge trat ein ehemaliger Kommunist auf, der im August 1934 von der Polizei in einer Gastwirtschaft nach einem Ruf „Rot Front“ verhaftet worden war und später als Polizeispitzel „um sich als Vertrauensmann hinzustellen“ Angeklagte „zu kommunistischer Beteiligung zu verführen und selbst Dinge erfand.“<sup>26</sup>

Trotz dieser Verhaftungen erschien zum 1. Mai eine Maizeitung, „Kampfmai 1935“ betitelt, in Hindenburg (Zabrze). Die faschistischen Maiveranstaltungen „in Oberschlesien waren ... eine große Pleite.“<sup>27</sup>

Einen Erfolg ihrer Propaganda sah die illegale KP in der weitgehenden Verweigerung der Bergleute am ns. „Bergmann-Ehrentag“, dem 30. Juni teilzunehmen.

Illegale Gewerkschaftsgruppen, Bergleute und Metallarbeiter, arbeiteten an der Wiedergründung „Freier Gewerkschaften“ und bereiteten die Herausgabe einer selbst geschriebenen Gewerkschaftszeitung „Der Freie Gewerkschafter“ vor.<sup>28</sup>

In dieser Zeit bestand eine relativ feste Verbindung zur Zentrale der KPD in der tschechischslowakischen Hauptstadt Prag. Über diese Linie erhielten die Illegalen Materialien über den VII. Weltkongreß der Komintern, die sie zur Kenntnis nahmen aber wenig darüber diskutierten. Wichtigste Informationsquelle waren die Sendungen von „Radio Moskau“.

Die Mitgliederstärke konnte beibehalten bleiben, neue Betriebszellen entstanden in der Grube „Guido“, in den „Delbrückschächten“, Skaley Grube, in der Donnersmarckhütte Hindenburg (Zabrze), und in den Papierfabriken Gleiwitz (Gliwice) und Cosel (Kedzierzyn Kozle).<sup>29</sup>

25 „Strafsache gegen Richard Galonska und Gen. wegen Vorbereitung zum Hochverrat – 6. April 1935“ Barch, R 58, Akte Nr. 380, Bl. 61 ff.

26 „Urteil in der Strafsache gegen den Schmied Maximilian Kroll und andere“, Barch, NJ – Fond 10309, Bl. 9 ff.

27 „Bericht von O.S.“ Berichterstatter „Oswald“ in Barch, RY 1/I 2/3/ Akte Nr. 97, Bl. 82 ff.

28 „Bericht über eine Besprechung mit Bauführer und Gewerkschaftsmann von OS am 20. VII 1935“ Berichterstatter „Arno“ in Barch, RY 1/I 2/3/ Akte Nr. 97, Bl. 97 ff.

29 „Bericht Oberschlesien 9./10. Juni 1935“ Berichterstatter „E“ in ebenda, Bl. 91 ff.

Bedingt durch die höhere öffentliche Wirkung der oberschlesischen KP-Organisation verstärkte die Gestapo deren Verfolgung. Ihr gelang es einen langjährigen Spitzel aus dem oberschlesischen Grenzort Neustadt / OS (Prudnik), der bereits für die politische Polizei während der Weimarer Republik gearbeitet hatte, an die kommunistische Grenzarbeitsstelle auf tschechischen Gebiet anzuschließen. Dieser Verräter leitete die Dokumente, welche er als Kurier an die illegalen kommunistischen Gruppen transportieren sollte, der Gestapo zu. So gelang es der Gestapo Oppeln (Opole) sich ein realistisches Bild über die illegale KPD in Oberschlesien zu machen.

Beim Versuch einer Festnahme eines kommunistischen Instruktors am 6. August 1935 beim illegalen Grenzübertritt nach Deutschland auf der „Bischofskuppe“ (Biskupska Kupa) bei Neustadt / OS (Prudnik) mit einer Schießerei konnte der Instrukteur wieder in die Tschechoslowakei entweichen. Da für die Gestapo die Gefahr bestand, dass die illegale KP-Organisation in Oberschlesien gewarnt würde und untertauchen würde, begann sofort eine umfangreiche Festnahmeaktion. Unter den 38 Verhafteten befanden sich wichtige Funktionäre, wie der Leiter des Bezirks Oberschlesien Karl Gruchmann, der technische Leiter des Bezirks Georg Kurpas, der Leiter des Aufbaues der illegalen Jugendorganisation Erwin Lukaschek und Karl Wamser, der Leiter des Aufbaues illegaler Gewerkschaften Paul Achtellik, der Unterbezirksleiter Gleiwitz (Gliwice) Theodor Lellek, dessen Kassierer Karl Lamla und Anlaufstellen bzw. Kuriere in Gleiwitz (Gliwice), Hindenburg (Zabrze) und Beuthen (Bytom) . Von dem Instrukteur aus Prag, der sich zu Beginn des Jahres 1935 in Oberschlesien aufhielt, konnte die Gestapo nur dessen Decknamen „Oswald“ ermitteln.<sup>30</sup>

Trotz dieses schweren Einbruchs in die illegale Organisation erschienen in Hindenburg (Zabrze) mehrere im Durchschreibeverfahren gefertigte Flugblätter mit Titeln „Hindenburg Volksfront“ und „Hindenburg Volksbote“, in denen Hindenburger Verhältnisse in derber Sprache kommentiert wurden, Ermittlungen nach Herstellern und Verbreitern blieben ergebnislos.<sup>31</sup>

Am 31. Oktober 1935 traf es die Arbeiter Wilhelm Thomas und Karl Kupka aus Hindenburg (Zabrze) wegen Verbreitung von Flugblättern, die sich gegen das neue Wehrgesetz richteten.<sup>32</sup>

Anfang Januar 1936 verhaftete die Gestapo 9 Mitglieder der „Deutschen Arbeitsfront“ im Kreis Kreuzburg unter dem Verdacht, eine kommunistische Zelle gebildet zu haben.<sup>33</sup>

Ebenfalls im Januar 1936 lief eine Kurierin von der Grenzstützpunkt im tschechischen Frywaldow den Gestapospitzel in Neustadt/ OS. an, Gestapobeamte ver-

30 „Schießerei an der tschechischen Grenze mit kommunistischen Kurieren – 13. August 1935“ in Barch, R 58 , Akte Nr. 380, Bl. 76 ff.

31 ebenda, Bl. 72.

32 ebenda, Bl. 69.

33 ebenda, Bl. 97 ff.

folgten diese Kurierin ins oberschlesische Industriegebiet und verhaftete anschließend 7 illegale Kommunisten, darunter den neuen Bezirksleiter Josef Jagla aus Rokittnitz (Zabrze Rokitnica).<sup>34</sup>

Diese mehrfachen Einbrüche der Gestapo in die illegale Organisation untersuchte die KPD unter konspirativen Bedingungen. Durch die Verhaftungen im August 1935 waren für mehrere Monate die Verbindungen der Zentrale nach Gleiwitz (Gliwice), Hindenburg (Zabrze) und Groß-Strehlitz (Strzelce Opolskie) unterbrochen. Relativ schnell war der Verräter Max H. aus Neustadt / OS (Prudnik) gefunden, der seit langen Jahren das Vertrauen der tschechischen Kommunisten in Frywaldow genoß. Über einen Verbindungsweg durch polnisches Staatsgebiet wurde eine neue sichere Anlaufstelle in Neustadt / OS (Prudnik) festgelegt. Diese Nachricht traf aber erst einen Tag nach dem Aufbruch der Kurierin in Frywaldow im Januar 1936 ein, wodurch sie die Gestapo zum neuen Bezirksleiter im oberschlesischen Industrieviertel führte. In der illegalen Organisation liefen viele Verbindungen über den Bezirksleiter. Sein Ausfall schadete der Organisation stark und gefährdete viele Illegale. In einer Reorganisation wurden viele Verbindungen dezentralisiert.

Gleichzeitig wurde in der Analyse vor einer engen Bindung an die auf Grund des „Deutsch – Polnischen Minderheitenschutzgesetzes von 1923“ noch legal arbeitende „Polnische Berufsvereinigung“ gewarnt. In dieser Organisation arbeiteten mehrere Kommunisten, die bereits die deutsche gegen die polnische Staatsangehörigkeit getauscht hatten. Einige wurde nach Gestapo-Festnahmen nach Polen ausgewiesen. Der Verfasser des Berichts sah voraus, dass das obengenannte Minderheitenschutzgesetz nicht mehr im Interesse des faschistischen Deutschlands lag und dann auch nach 1937 nicht mehr verlängert wurde.<sup>35</sup>

Am 9. Februar 1936 zerschlug die Gestapo eine illegale Zelle der KPD in den Siemens – Plania Werken in Ratibor (Raciborz), 7 Personen wurden verhaftet, darunter Georg Bullok, der Mitglied im SS-Sturm 2 N/ 10 war. Ihnen wurde die Sammlung von Geldern für Schutzhäftlinge und deren Angehörige, Sabotage des „Winterhilfswerkes“ und Agitation gegen die NSDAP-Presse vorgeworfen.<sup>36</sup> Einen Tag später folgten 6 Verhaftungen in Gleiwitz (Gliwice) im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Karl Gruchmann.<sup>37</sup>

Trotz aller Verfolgung fand man am 7. März 1936 an verschiedenen Orten in Hindenburg (Zabrze) mehrere Flugblätter „Ins vierte Jahr der Hitlerdiktatur“, andere Flugblätter wurden auch in Gleiwitz (Gliwice) gefunden, die Urheber wurden nicht gefunden.<sup>38</sup> Vertreter der „Deutschen Arbeitsfront“ fanden im Hütten-

34 Ebenda, Bl. 80 ff.

35 „Bericht über die Verhaftung des Bauführers von Beuthen am 12. Januar 1936“ Berichterstatte „Ed.“ in Barch, RY 1/I 2/3/ Akte Nr. 97, Bl. 45 ff.

36 Ebenda Bl. 101.

37 Ebenda Bl. 102.

38 Ebenda Bl. 133.

werk Zawadski mehrere kommunistische Parolen, auf der Hindenburger „Luisen-grube“ trug ein Förderwagen die Aufschrift „Arbeiter, glaubt Ihr noch den braunen Schwindlern. Am 29.3. (Termin einer Reichstagswahlfarce) ein dickes ‚Nein‘“, ähnlich beschriftet wurde ebenfalls ein Förderwagen in der Beuthener Grube „Hohenzollern“. Weitere 6 Verhaftungen folgten am 27. März 1936 in Lichinia, Kreis Cosel (Kedzierzyn Kozle) wegen kommunistischer Betätigung.<sup>39</sup>

Trotz aller Verfolgung setzten Kommunisten auch im Mai und Juni 1936 Zeichen mit kommunistischen Parolen an publikumswirksamen Orten in Hindenburg (Zabrze) und Beuthen (Bytom) .<sup>40</sup>

Josef Wiora, vor 1933 ein bekannter Funktionär der RGO, der sich in den Jahren 1933 bis 1935, aktiv an der illegalen Gewerkschaftsarbeit beteiligt hatte, erkrankte 1936 schwer. Nach 4 Jahren in der Illegalität ging er im Sommer 1937 in die Emigration.<sup>41</sup>

Ein letzter illegal gefertigter Bericht über die Situation in Oberschlesien des Autors „Clemens“ ist mit dem 3. März 1937 datiert. Darin wird die soziale Situation von Bergleuten geschildert.<sup>42</sup>

Nach einem detailreichen Erinnerungsbericht, in den 70er Jahren verfasst, wird über eine aktive kommunistische Gruppe in Groß - Strehlitz (Strzelce Opolskie) berichtet, welche 1938 von der Gestapo zerschlagen wurde.<sup>43</sup>

Mit der Erhöhung der Kriegsspannungen, der Annexion der sogenannten „Sudetengebiete“ wurden die Verbindungen in CSR unterbrochen. Unter diesen Bedingungen, die sich nach dem Beginn des II. Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen im September 1939 verschärften, waren sicherlich isolierte kommunistische Gruppen tätig, über die mir leider keine Quellen bekannt sind. Der „Deutsch – Sowjetische Nichtangriffvertrag“ vom August 1939 und die militärischen Erfolge der faschistischen Wehrmacht trugen sicherlich auch zur Verwirrung der illegalen Kommunisten bei. Kurz nach dem faschistischen Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 verhaftete die Gestapo Oppeln (Opole) 61 Personen wegen kommunistischer Tätigkeit.<sup>44</sup>

Ab dem Jahr 1942 stellte die Gestapo auch im westlichen Oberschlesien die Tätigkeit der Polnischen Kommunistischen Arbeiterpartei „PPR“ fest.

39 Ebenda Bl. 141.

40 Ebenda, Bl. 181 ff.

41 „Bericht über die Behandlung des Falles VIKTOR (Josef Wiora) durch die Polizei“ erarbeitet in der Emigration in Barch, RY 1/I 2/3/ Akte Nr. 97, Bl. 102 ff.

42 RY 1/I 2/3/ Akte Nr. 97, Bl. 74 ff.

43 Barch, SgY 30, Signatur: 1594 „Gomolla, Emanuel“.

44 Barch, R 58, Akte Nr. 358, Bl. 35.

## **Fred Löwenberg auf der Suche nach den Spuren von Katharina Staritz**

Meine erste Begegnung mit Fred Löwenberg kam durch unsere Söhne zustande, die gemeinsam in die Kant-Oberschule in Lichtenberg gingen. Wir waren beide im Elternbeirat und bereiteten eine Klassenfahrt nach Buchenwald vor. Löwenberg nahm mein Angebot sofort auf, über die in Buchenwald inhaftierten Pfarrer Paul Schneider und Dietrich Bonhoeffer vor den Schülern zu sprechen. Er fand es wichtig, daß die jüngere Generation in der DDR erfahren sollte, daß es Christen im Widerstand gegen die Faschisten gab. Ich war überrascht, daß Löwenberg über den Widerstand in der Bekennenden Kirche nicht nur viel wußte, sondern interessiert war, daß gerade Schüler darüber informiert werden sollten. Er organisierte eine extra Unterrichtsstunde an der er selber teilnahm und beteiligte sich sehr informiert an dem Gespräch und ich war erstaunt über seine Kenntnisse zum Verhalten der Kirchen im Nationalsozialismus – vor allen Dingen über die Auseinandersetzungen der Bekennenden Kirche mit den deutschen Christen. Er war selbst rasser verfolgt und brachte Beispiele der Solidarität von Christen mit verfolgten Juden. Nach der Stunde fragte er mich, ob ich etwas über die Breslauer Vikarin Katharina Staritz wisse, die das Büro Grüber, der Hilfsstelle für getaufte Juden in Schlesien, leitete. Natürlich wusste ich von ihr und erzählte ihm von meinem Suchen nach Spuren ihrer Biografie zur Arbeit an einem Band zum 30. Jahrestag der Pogromnacht, der im Unionverlag 1968 erschienen war.<sup>1</sup>

Fred Löwenberg berichtete mir sehr nachdenklich über ein historisches Versäumnis, wie er es nannte, daß es nicht gelungen war, daß Christen und Kommunisten im Widerstand zusammengefunden hätten. Es hätte zu einem Bündnis im Widerstand gegen den Faschismus kommen müssen: „Wir Kommunisten und die Christen, die gegen den Faschismus gearbeitet haben, haben uns leider erst richtig im KZ kennengelernt.“ Er wusste viel über das kirchliche Leben in Breslau, kannte auch viele Namen, z.B. den von Dietrich Bonhoeffer, der in Breslau geboren war und noch kurz vor Ende des Krieges in Flossenbürg ermordet wurde. Er kannte auch Werner Schmauch, Pfarrer in Breslau, dann später Professor für Neues Testament in Greifswald; Hans Joachim Iwand, der an der Theologischen Fakultät in Breslau arbeitete und später nach 1945 Professor für Systematische Theologie in Bonn war. Er wusste auch, daß beide Mitbegründer der Christlichen Friedenskonferenz einer ökumenischen Antiatombewegung waren.

1 Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden – Herausgegeben von H. Fink: Berlin, 1968 – darin Charlotte Staritz: „Stand nicht Davids Stern über Bethlehem?“ Seite 125-131

Viel später haben wir, was wir damals nicht ahnen konnten, 1990 in dem damals gegründeten Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten zusammengearbeitet. Er hat mich zusammen mit Kurt Goldstein davon überzeugt, in diesem Bund mitzuarbeiten, um nun jetzt wenigstens ein breites Bündnis zu schließen. Sein Argument war, nun erneut, daß wir aus diesem damaligen Scheitern doch nun lernen müssen, heute gegen Neonazis und Rechtsextremismus uns nicht aus ideologischen Gründen aus dem Wege zu gehen. Wenn etwas aus der DDR erhalten werden müsse, dann die Option auf den Antifaschismus. Immer wieder sprach er mich auf Katharina Staritz an, sie war in seiner Erinnerung fest mit seiner Heimatstadt verbunden und spielte für ihn eine wichtige Rolle. Er nannte sie, einen Segen für Breslau.

Sie war die Tochter des Gymnasiallehrers Carl Staritz, den Löwenberg gut kannte und der bei den Schülern, wegen seines Sängerkhor-Wettbewerbes sehr beliebt war. Seine Tochter, die in Breslau Germanistik und Theologie studierte, wurde hingegen bekannt durch ihr Eintreten für Juden. Ihre Bibelarbeiten regten die Breslauer auf, weil sie theologische Kenntnisse vermittelte, die die Gemeinden bis dahin nicht kannten. Sie hatte theologisch bei Rudolf Bultmann und Hans von Soden in Marburg viel gelernt, in der historisch-kritischen Forschung zur Bibel. Sie kannte Dietrich Bonhoeffer und sein Eintreten für die Juden und war mit Jochen Klepper befreundet, dem evangelischen Schriftsteller, der sich später mit seiner Frau und Tochter das Leben nahm, weil es ihm nicht gelang, eine Einreise in die Schweiz zu bekommen. Löwenberg wusste, weil er an der evangelischen Kreuzschule in Breslau zur Schule ging, von Schulkameraden, zu denen er in der konspirativen Arbeit Kontakt hatte, daß Katharina Staritz wegen ihres Unterrichts bei den Konfirmanden wiederholt Schwierigkeiten bei ihrer kirchlichen Obrigkeit hatte. Mit leuchtenden Augen erzählte er von dem größten Skandal in Breslau, als am 3. März 1933 von der Laurentiuskirche eine große rote Fahne der KPD vom Turm herunterhing.

Löwenberg wusste von seiner Mutter, daß die Vikarin ihre Gemeinde, die der Bekennenden Kirche angehörte, darüber aufklärte, daß sie ein anderes Verhältnis zu Juden haben müssten, als die deutschen Christen. Ihr lapidarer Satz war: „Jesus war Jude“. Seine Botschaft ist aus der Hebräischen Bibel. Er ist in der Tradition der Synagoge groß geworden und sein Glaube war der der Juden, die aus der Botschaft der Tora lebten. Sie verschonte die Kirchenleitung und die Gemeinde nicht mit der Frage, warum sie den Schwestern und Brüdern von Nazareth, den Gekreuzigten, nicht helfen wollen. Je mehr Katharina Staritz von der Verfolgung der Juden erfuhr, von der Entlassung aus dem bürgerlichen Berufsleben, umso mehr suchte sie konkrete Wege zu konkreter Hilfe. Sie rief die Gemeinde direkt auf nicht zu dem Unrecht, was jetzt in Deutschland passiert, zu schweigen. Sie bat die Gemeinde „nicht arische Gemeindeglieder“ zum Sonntagsgottesdienst abzuholen, sich neben sie zu setzen, weil über dem Altar ja der

Gekreuzigte Jude hängt, zu dem die Gemeinde betete. In Breslau wurde nach einem Karfreitagsgottesdienst sehr bald ein Zitat aus ihrer Predigt bekannt, das wie ein Lauffeuer durch die Stadt ging: „Wir sollten Jesus vom Kreuz herab nehmen und mit ihm zu seinen Schwestern und Brüdern nach Auschwitz gehen.“ Fred Löwenberg wusste, daß sie eine der ganz wenigen war, die den Mut hatte, das „Unrecht anzuprangern und es beim Namen zu nennen, wo die Kirche theologisch schuldig wird.“ Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß sie in der Kirche wenig Unterstützung fand – auch nicht in der Bekennenden Kirche. Der spätere schlesische Bischof Hornig, der zur Bekennenden Kirche gehörte, schreibt in seinen Erinnerungen: „Die Haltung, welche die Bekennende Kirche in der Judenfrage einnahm, war symptomatisch für die von außen angegriffene, aber auch innerlich zerrissene und geschwächte Kirche. Sie kämpfte nicht an der Außenfront für das Recht und den Schutz der jüdischen Mitbürger und gegen die öffentlich propagierte Rassentheorie des nationalsozialistischen Staates, sondern zog sich schon frühzeitig auf eine Innenfront zurück, indem sie sich nur noch gegen die Maßnahmen zur Wehr setzte, die zu einer Diskriminierung der nicht arischen Christen innerhalb der Evangelischen Kirche führen könnte.“<sup>42</sup>

Bei Heinrich Grüber lesen wir: „Die offiziellen Organe der Evangelischen Kirche in Deutschland, die im Wesentlichen unter dem Einfluß der deutschen Christen standen, fanden nicht den Mut, sich für die nicht arischen Mitchristen einzusetzen, obwohl ja die Kirche ihnen gegenüber durch die Taufe eine besondere Verpflichtung übernommen hatte.“<sup>43</sup>

Für diese übernommene Verpflichtung arbeitete Katharina Staritz im Auftrage von Heinrich Grüber, der in Berlin eine „Evangelische Hilfsstelle für nicht arische Christen“ in der Oranienburger Str. eingerichtet hatte, nun in Breslau.

Am 15.9.1935 wurde im Reichsgesetzblatt (IS1165 ff.) erlassen, daß das Bürgerrecht allen Juden abgesprochen ist. Heinrich Grüber versuchte, möglichst vielen getauften Juden zur Auswanderung zu verhelfen. Er findet dabei Unterstützung besonders bei Bischof George Bell von Chichester, der mit großer Sorge den Antisemitismus in Deutschland verfolgte.

Katharina Staritz war am 6.11.1938, also drei Tage vor der Reichspogromnacht zur Vikarin ordiniert, was für sie zwar eine Art kirchliche Absicherung war, aber kein politischer Schutz.

Die Gestapo hatte sie ständig unter Beobachtung und die NSDAP erklärte sie zum Feind des deutschen Volkes. Sie ließ sich aber nicht einschüchtern. Als 1941 das Tragen des handtellergroßen Davidsterns amtlich angeordnet wird, schreibt sie an ihre Kirchenleitung und an ihre Amtsbrüder am 12.9.1941: „Im Reichsgesetzblatt am 5.9.1941 ist eine Polizeiverordnung veröffentlicht über die Kennzeichnung der Juden, die am 19.9.41 in Kraft tritt. Sie bestimmt folgendes: „Juden

2 Gerlind Schwöbel aus: Ich aber vertraue. Katharina Staritz – eine Theologin im Widerstand, Frankfurt/M 1990, Seite 32

3 Heinrich Grüber – Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln/Berlin 1968, Seite 104

im Sinne der Nürnberger Gesetze, die nicht in privilegierter Mischehe leben, müssen beim Erscheinen durch ein Abzeichen mit der schwarzen Aufschrift JUDE gekennzeichnet sein, sie dürfen Orden und andere Abzeichen nicht mehr tragen und ihre Wohnsitzgemeinde nicht ohne schriftliche polizeiliche Genehmigung verlassen. Zu den von dieser Verordnung betroffenen Menschen gehören auch einige unserer Gemeindeglieder ... Es ist Christenpflicht der Gemeinden sie nicht etwa wegen der Kennzeichnung vom Gottesdienst auszuschließen. Sie haben das gleiche Heimatrecht in der Kirche, wie die anderen Gemeindeglieder und bedürfen des Trostes aus Gottes Wort besonders! ... Praktisch bitte ich zu erwägen, ob nicht die Kirchenbeamten, Gottesdienstordner usw. in geeigneter seelsorgerischer Form anzuweisen wären, sich dieser gezeichneten Gemeindeglieder besonders anzunehmen. ... „, Lic. Staritz, Stadtvikarin.

Das Evangelische Konsistorium der Landeskirche Schlesien verhält sich sehr distanziert und verbreitet dieses Rundschreiben nicht. Es wird allerdings bekannt in der Stadt und die Nazis gehen aggressiv gegen sie vor und schreiben im „Schwarzen Korps“ am 18.12.41:

>>>Frau Knöterich als Stadtvikarin

Das Auftauchen des Judensterns hat die Gemüter in mannigfacher Weise erregt. Man könnte für diese Gemütsregungen entsprechend der Häufigkeit ihres Vorkommens eine Art von Rangordnung aufstellen:

Gemütsregung Nr. eins: Wer hätte gedacht, daß das Ungeziefer noch so zahlreich ist!

Nummer zwei: Wie es sich in den Verkehrsmitteln herumfläzt!

Nummer drei: Wie es sich in die Kaufläden drängt! ...

Die Gemütsbewegung, die auch von Dr. Goebbels erwähnte und hinlänglich gekennzeichnete Frau Knöterich erhält in dieser Rangordnung keinen Platz, denn die Schwachköpfe, die auf den alten Judentrick mit den „hilflosen Greisen“ und „harmlosen Kindern“ immer noch hereinfliegen, dürften zahlenmäßig nicht mehr zu erfassen sein. ...<<<<<sup>4</sup>

Katharina Staritz wurde wegen Gefährdung der Kirche in der Öffentlichkeit durch das Evangelische Konsistorium von allen ihren Dienstobliegenheiten entbunden und musste auf Weisung Breslau verlassen. Der Kirchenvorstand der Gemeinde St. Maria Magdalena, in deren Kirche Katharina Staritz ordiniert worden war, beschließt in seiner Sitzung am 24.11., daß die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden auch im Raume der Gemeinde eingehalten werden müsse. „Es ist verboten Judensternträger zu Evangelischem Unterricht, Taufen usw. zu bestellen.“

Katharina Staritz findet Zuflucht in der Bekennenden Kirche in Marburg an der Lahn und wohnt bei Freunden. Am 4.3.1942 wurde sie von der Gestapo verhaftet;

4 Jochen Klepper: Überwindung. Tagebücher und Aufzeichnungen aus dem Kriege, Stuttgart, 1958, Seite 193

sie wird in das Polizeigefängnis nach Kassel gebracht, dann in das Arbeitslager Breitenau und am 6.7.1942 nach Ravensbrück transportiert. Sie ist die Nummer 11575 und wird dem Block 5 zugeteilt. Sie schreibt später: „Wer als Gefangener das Lager zuerst betritt, das von einer hohen Mauer mit Hochstromdrähten umgeben, völlig nach außen abgeschnitten ist und dann die Lagerstraße entlang sieht – sie wirkt eher wie ein unendlicher Platz – von deren beiden Seiten die Baracken der Gefangenen stehen, ungefähr 20 an jeder Seite, der fühlt sich von der Welt ausgeschlossen. Wie viel mehr noch, wenn er erfährt, daß es hier kein Buch, keine Bibel, kein Gesangbuch gibt, ja daß sie nicht einmal ausgehändigt werden, wenn Verwandte sie schicken – dem wird allmählich klar, daß auch Christus hier eingesperrt werden soll.“<sup>5</sup>

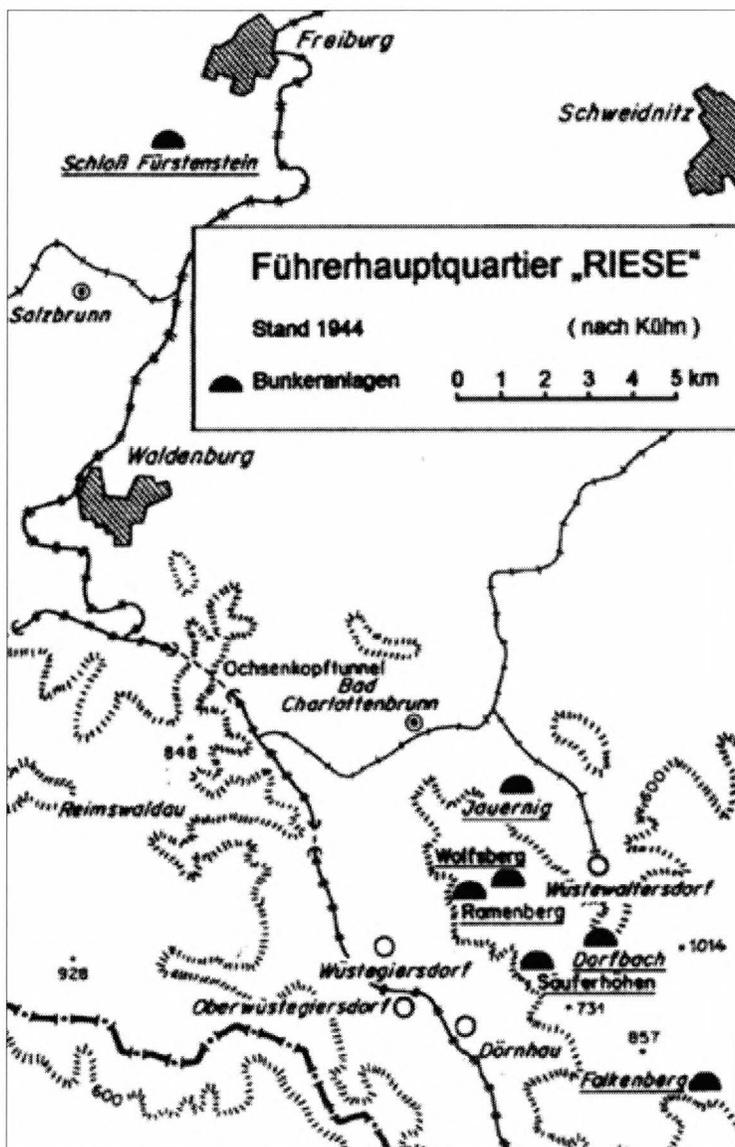
Gemeindeglieder, Freunde und Mitarbeiter der Bekennenden Kirche setzten sich für die Freilassung von Katharina Staritz ein. Am 18. Mai 1943 wird sie durch das engagierte Eintreten ihrer Schwester Charlotte probeweise entlassen.

Meine Frage an Fred Löwenberg, wie es möglich war solche Qualen im KZ, in dem er ja auch war, durchzustehen, beantwortete er ganz kurz: Nur durch die Solidarität der Kameraden im Lager.

Dies hat auch Katharina Staritz erlebt. Sie schreibt: >>Als ich nahe daran war, in der Tag- und Nachtarbeit der Pelznäherei zusammenzubrechen, waren es die Kommunistinnen, die in der Selbstverwaltung des Lagers den Arbeitseinsatz ordneten, die mir eine Stelle im Büro verschafften. Das bedeutet zugleich die Versetzung in den Eliteblock, wo ich unter viel menschlicheren Bedingungen leben konnte als bisher. Eine der Kommunistinnen, die wie ich im Büro arbeitete und im Block an meinem Tisch saß, nahm mich einmal in Schutz, als man mich meiner christlichen Haltung wegen anpöbelte. Als ich mich bei der Kommunistin bedankte, konnte ich nicht umhin zu sagen: „Hier bist Du so freundlich zu mir, wenn wir uns draußen einmal treffen, fürchte ich, wirst Du auch gegen mich sein.“ – „Oh, nein“, antwortete sie, „Du leidest wie ich um Deiner Gesinnung willen. Solche Menschen werde ich immer achten, sie sind unsere Kameraden.“<<<sup>6</sup>

5 Christliche Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939-1949 – Begleitbroschüre zur Ausstellung 1998, Seite 46

6 Katharina Staritz „Des großen Lichtes Widerschein“ in Gerlind Schwöbel a.a.O. Seite 59



■ Waldenburg

- ▲ Erlenbusch
- ▽ Ober Hausdorf
- ▲ Tannhausen
- ▽▲ Wolfsberg
- ▲ Marzbachtal ▲ Lärche
- ▽ Ramenberg
- ▲ Wüstegiersdorf
- ▲ Kaltwasser
- ▽ Säuferrhöhen
- ▲ Schottenwerk ▲ Säuferrwasser
- ▲ Dörnhau
- ▽▲ Dorfbach
- ▽▲ Falkenberg

▲ Lager  
▽ Stollen

## Der Komplex RIESE – vom Spagat zwischen touristischer Erschließung und historischer Aufarbeitung

Auf einer Reise im Eulengebirge vor einigen Jahren stieß ich das erste Mal unvermittelt auf die Spuren des Komplex' "Riese". In mehreren Orten rund um Walim (ehemals Wüstewaltersdorf) sah man touristische Wegweiser, die auf ein mögliches "Führerhauptquartier" hinwiesen. Begleitet von den Erzählungen eines älteren Herren, der seinen Reichsarbeitsdienst 1944 in der Gegend ableistete, über die unwürdigen Bedingungen unter denen jüdische Zwangsarbeiter hier leben und arbeiten mussten, besichtigten wir die touristisch zugänglichen Walimer Stollen.<sup>1</sup> Doch der bleibende Eindruck dieses Besuchs war nur eine lange Tour durch unterirdische Gänge mit vielen technischen Informationen über den Stollenbau und lediglich ein kleiner Hinweis auf die hier beschäftigten und umgekommenen Zwangsarbeiter – ein schlichter Gedenkstein.



1 Die Homepage des örtlichen Muzeum Sztolni Walimskich [Museum der Walimer Stollen]: <http://www.sztolnie.pl> (Stand: 22.04.2009). Das Museum wird vom örtlichen Tourismuswerk [Zakład Usług Turystycznych] betrieben.

Immerhin konnte man den Informationstafeln im Stollen noch entnehmen, dass es sich bei dem Komplex "Riese" um ein Außenlager des ca. 50 km entfernten Konzentrationslagers Groß-Rosen handelte. Wir fanden an diesem Tag noch weitere Spuren und Überreste aus der Zeit des Nationalsozialismus und es wurden noch mehr Mythen über die "geheimnisvolle unterirdische Stadt"<sup>2</sup> erzählt – von historischen Fakten und einem angemessenen Umgang mit den Überresten aus der NS-Zeit jedoch keine Spur. Und kein weiteres Wort über die Zwangsarbeiter\_innen und KZ-Häftlinge, die hier ausgebeutet, gequält und ermordet wurden.

Erst einige Zeit später begegnete mir der Außenlager-Komplex "Riese" wieder: 2006/07 beschäftigten sich Teilnehmer\_innen eines Gedenkstättenworkshops der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung in Polen<sup>3</sup> mit dem Komplex "Riese". Die Ergebnisse ihrer Recherchen machte mir Monika Szurlej, Mitarbeiterin der Stiftung Kreisau, zugänglich. Sie zeigte mir bei einem erneuten Besuch im April 2009, wie es um die baulichen Überreste der Außenlager bestellt ist, was sich bereits getan hat<sup>4</sup> und vor welchen Schwierigkeiten die Erinnerung an diesen Außenlagerkomplex immer noch steht<sup>5</sup>.

## Das Konzentrationslager Groß-Rosen

Das niederschlesische Konzentrationslager Groß-Rosen, ca. 60 km westlich vom heutigen Wrocław (Breslau) gelegen, gehört zu den weniger bekannten Konzentrationslagern im ehemaligen deutschen Reichsgebiet.<sup>6</sup>

1940 war es zunächst als Außenlager des KZ Sachsenhausen entstanden, die dort inhaftierten Menschen mussten im nahegelegenen Granitsteinbruch für die SS-Firma Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DESt) arbeiten. Im Mai 1941 wurde Groß-Rosen ein eigenständiges Konzentrationslager. Mit dem Ausbau des Lagers ab 1942 war eine Kapazität 15.000 bis 20.000 Häftlingen vorgesehen.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren durch die sehr harte Arbeit im Steinbruch und die ausgesprochen geringe Verpflegung und mangelnde medizinische

2 "Podziemne Miasto" - mit diesem Slogan bewirbt die Gemeinde Głuszyca den Komplex Osówka - auf dem Gelände der Stollenanlage Säuerhöhe und des Arbeitslagers Säuerwasser. Siehe: <http://www.osowka.pl> (Stand: 22.04.2009)

3 Homepage der Stiftung <http://krzyzowa.org.pl/> und die Homepage des durchgeführten Projektes <http://riese.krzyzowa.org.pl/> (Stand: 22.04.2009).

4 Vielen Dank an dieser Stelle an Monika Szurlej für die umfangreiche Auskunft, an Elli Kosek für das Dolmetschen unserer Spurensuche und an Ramona Bräu für die unzähligen geteilten Gedanken!

5 Siehe dazu auch der lesenswerte Beitrag von Barbara Distel: Zwischen Fakten und Legenden. Erinnerung an KZ-Verbrechen in Niederschlesien, in: Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, hrsg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel, 24. Jg., Dachau 2008, S. 95-102.

6 Davon zeugen die wenigen Monographien, die es über das Lager gibt: Alfred Konieczny: KL Gross-Rosen - hitlerowski oboz na Dolnym Slasku 1940-1945, Muzeum Gross-Rosen, Walbrzych 2007.; Isabell Sprenger: Groß-Rosen. Ein Konzentrationslager in Schlesien, Köln 1996.; Siehe auch Barbara Distel: Groß-Rosen, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. von Wolfgang Benz, München 1997, S. 498f.

sche Versorgung besonders schlecht. Im Lager herrschte eine extrem hohe Sterblichkeit.

Ab 1944 wurden neben dem Stammlager etwa 100 Nebenlager eingerichtet, in denen die Häftlinge verstärkt für die Rüstungsindustrie arbeiten mussten.

Mit der beginnenden Räumung der Lager und Gefängnisse im Osten vor der heranrückenden Roten Armee ab 1944 wurden weitere Menschen nach Groß-Rosen verschleppt, darunter auch 20.000 Häftlinge aus Auschwitz. Die Zahl der Gefangenen erreichte so Ende des Jahres den Höchststand von 90.000 Häftlingen - darunter 25.000 Frauen. Ab Ende Januar 1945 wurden die Häftlinge aus Groß-Rosen und seinen Nebenlagern auf Todesmärsche ins Reichsinnere geschickt. Die Rote Armee fand das Konzentrationslager am 13. Februar 1945 leer vor, die meisten Dokumente waren vernichtet worden.

Insgesamt waren etwa 125.000 Häftlinge – unter ihnen auch zahlreiche unregistrierte, wie beispielsweise 2500 sowjetische Kriegsgefangene – in Groß-Rosen und seinen Außenlagern inhaftiert. Die Häftlinge kamen vor allem aus Polen und der Sowjetunion, in den Außenlagern war etwa die Hälfte der Inhaftierten jüdischer Herkunft. Schätzungen gehen von ca. 40.000 ermordeten Menschen aus.<sup>7</sup>

Groß-Rosen ist ein weiteres Beispiel für die genozidale, expansions- und kriegsgerichtete Ideologie des NS-Systems, die die “Vernichtung durch Arbeit” insbesondere in der “totalen” Phase des nationalsozialistischen Vernichtungs- und Eroberungskrieges planmäßig einsetzte. Mittels Sklavenarbeit von KZ-Häftlingen, der Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen, ausländischen Arbeitskräften und anderen Deportierten wurde nicht nur die wirtschaftliche Versorgung der deutschen Bevölkerung sondern auch der rassistische Vernichtungskrieg, z.B. durch die Rüstungsproduktion aufrecht erhalten. Es gibt wohl kaum eine deutsche Firma, öffentliche wie private Unternehmen oder Reichsbehörden, die nicht von der Zwangsarbeit profitierte.

## **Der Außenlagerkomplex “Riese”**

Unter diesen Außenlagern nimmt der Komplex “Riese”, der sich im niederschlesischen Eulengebirge befindet, eine besondere Stellung ein. Hinter diesem Lagerkomplex verbirgt sich ein gigantisches geheimes Bauvorhaben mit dem Tarnnamen “Riese”, das selbst im nationalsozialistischen Deutschland einmalig war. Mitten im “Luftschuttkeller des Reiches” gelegen (Schlesien war für alliierte Bombenangriffe – noch – nicht erreichbar), sollte ein neues Führerhauptquartier und eine Wohnanlage für das Oberkommando von Wehrmacht und SS sowie Angehörige der nationalsozialistischen Regierung entstehen. Als Sitz des Führer-

<sup>7</sup> Isabell Sprenger/ Walter Kumpmann: Groß-Rosen, in: Wolfgang Benz/ Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 6, München 2007, S. 195ff.; Siehe dazu auch die Homepage der Gedenkstätte Groß-Rosen: <http://www.gross-rosen.pl> (Stand: 22.04.09)

hauptquartiers war das Schloss Fürstenstein (Zamek Ksiaz) vorgesehen. Die unterirdischen Luftschutzbunker mit Platz für bis zu 20.000 Menschen wurden von der Industriegemeinschaft Schlesien AG ab November 1943 im Eulengebirge geplant und gebaut.

Nach zögerlichem Baubeginn übernahm die Organisation Todt (OT) im April 1944 die Bauleitung und trieb das Unternehmen rücksichtslos voran. Die „Oberbauleitung Riese“ hatte ihren Sitz in Bad Charlottenbrunn (Jedlina Zdroj). Rund 150 Millionen RM waren bis zum Herbst 1944 verbaut worden. Rüstungsminister Speer schrieb in seinen Erinnerungen, dass das Projekt „Riese“ „mehr Beton [verbraachte], als 1944 der gesamten Bevölkerung für Luftschutzbauten zugestanden werden konnte“.<sup>8</sup>

Der Bau von sieben Stollenkomplexen mitten im Eulengebirge wurde innerhalb einer etwa 35 Quadratkilometer großen Sperrzone unter strengster Geheimhaltung begonnen. Als im Februar 1945 die Arbeiten abgebrochen wurden, waren bereits Stollen zwischen 500 m und drei Kilometern Länge in die Berge getrieben worden. Mehrere Stollen wurden gesprengt und die Lager Mitte Februar „evakuiert“, d.h. zwischen 8000 und 9000 Häftlinge wurden auf Todesmärsche über Trautenau nach Flossenbürg, Bergen-Belsen und in das Mauthausener Außenlager Ebensee geschickt.

Für die Bauarbeiten beschäftigte man 1943 zunächst überwiegend Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, mit dem Ausbau des Lagerkomplexes wurden ab Mai 1944 vor allem jüdische Häftlinge auf dem KZ Groß-Rosen eingesetzt. Etwa 13.300 Häftlinge waren im Komplex „Riese“ eingesetzt – fast ein Viertel aller jüdischen Gefangenen des KZ Groß-Rosen.<sup>9</sup> Von ihnen kamen etwa 5000 ums Leben.

Der Verwaltungssitz des „Arbeitslagers Riese“ war in Wüstegiersdorf/ Tannhausen untergebracht. Kommandant war der SS-Hauptsturmführer Albert Lütkemeyer<sup>10</sup>, die vier Wachkompanien des SS-Wachbataillons Groß-Rosen unterstanden SS-Hauptsturmführer Karl Beblo und als Lagerarzt fungierte Dr. Heinrich Rindfleisch<sup>11</sup>.

8 Albert Speer: Erinnerungen, Frankfurt/Main 1969, S. 231 u. S. 547.

9 Dorota Sula: Wüstegiersdorf /Tannhausen, in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 462.

10 Albert Lütkemeyer (1911-1947, hingerichtet), 1933 Mitglied der NSDAP und 1934 der SS, 1934 KZ Esterwegen, 1936 KZ Dachau. Ab 1940 im KZ Neuengamme als Rapportführer, ab Oktober 1942-April 1944 1. Schutzhaftlagerführer. Danach Lagerführer des Arbeitslagers Riese. Nach Kriegsende verhaftet und beim 8. Neuangammeprozess wegen der Teilnahme an Verbrechen im KZ Neuengamme zum Tod verurteilt und am 26. Juni 1947 im Zuchthaus Hameln hingerichtet. Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich: Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt/Main 2003, S. 383.

11 Heinrich Rindfleisch (1916-1969) Medizinstudium, SS-Mitglied, ab 1941 in den Konzentrationslagern Groß-Rosen, Ravensbrück und Sachsenhausen als Lagerarzt. März 1943 bis Juli 1944 Standortarzt im KZ Majdanek. Januar 1945 16. SS-Panzergranadier-Division „Reichsführer SS“. Nach dem 2. Weltkrieg von Frankreich, Polen und Belgien als Mörder gesucht. Bis zu seinem Tod 1969 Chefarzt der Chirurgischen Abteilung des Johanniter-Krankenhauses Rheinhausen. Klee: Personenlexikon, S. 498.

## Die KZ-Außenlager (AL) des Komplex’ “Riese”

In den Lagern des Unternehmens “Riese” mussten ab November 1943 zunächst vor allem Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene arbeiten. In den vier größeren Außenlagern, Wüstewaltersdorf (Walim), Dörnhau (Kolce), Wüstegiersdorf (Gluszyca) und Oberwüstegiersdorf (Gluszyca Gorna), wurde die Mehrzahl der Häftlinge in örtlichen Fabrikgebäuden untergebracht. Die Organisation Todt war ab Mai 1944 für den Arbeitseinsatz, Unterbringung und Verpflegung zuständig. Ab diesem Zeitpunkt wurden verstärkt KZ-Häftlinge aus Groß-Rosen zur Arbeit eingesetzt. Bis zum Oktober 1944 entstanden mindestens zwölf Außenlager, in den bis zu 13.300 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen Schwerarbeit leisten mussten. Den von der OT beauftragten Bauunternehmen wurden Häftlinge für die Arbeit zugeteilt. Zu diesen Firmen gehörten unter anderem Messinger (Tiefbau), Sager & Woerner, Wayss & Freytag (Hoch- und Tiefbau), Wilhelm Fix (Barackenbau), Dübner (Tunnelbau), Schallhorn (Stollenbau), die Philipp Holzmann AG und das Bauunternehmen Heinrich Butzer.<sup>12</sup> Über die Auseinandersetzung dieser und vieler anderer lokaler Firmen – die aus der Arbeitskraft, der Gesundheit und dem Leben unzähliger Zwangsarbeiter\_innen Profit schlugen – mit ihrer Rolle im NS-System und der daraus resultierenden Verantwortung ist nichts bekannt. Bis auf ganz wenige Ausnahmen, wie bspw. bei der Krupp AG<sup>13</sup> oder der Philipp Holzmann AG<sup>14</sup>, wurde Zwangsarbeit nie thematisiert, aufgearbeitet oder jemand zur Verantwortung gezogen. Da viele schlesische Firmen mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung verschwanden (und mit ihnen auch das Wissen über örtliche kleinere und größere Betriebe, die Zwangsarbeiter\_innen ausnutzten), spielte dieses Kapitel bei fortbestehenden Firmen in der neuen Bundesrepublik oder der DDR auch keine Rolle.

In Wüstewaltersdorf gab es von November 1943 bis Juni 1944 das Zwangsarbeiterlager Nr. I. 1500 Häftlinge (zunächst italienische Militärinternierte später polnische, russische und ukrainische Zwangsarbeiter) wurden für das Bauvorhaben “Riese” in einer stillgelegten Weberei untergebracht. Nach einer Typhusepidemie wurde das Lager geschlossen. Ende Mai 1944 wurden die Häftlinge in Zelten auf dem Stenzelberg (Chlopska Gora) untergebracht. Auf dem Werksgelände in Wüstewaltersdorf wurde dann ein Krankenhaus für die Mitarbeiter der Organisation Todt eingerichtet.<sup>15</sup>

12 Sula: Wüstegiersdorf /Tannhausen, in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 462.

13 Z.B. Lothar Gall (Hg.): Krupp im 20. Jahrhundert. Vom ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung. Berlin 2002.

14 Manfred Pohl: Philipp Holzmann. Geschichte eines Bauunternehmens 1849-1999, München 1999.

15 Sula: Wüstewaltersdorf (Walim), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 468.

Name der Außenlager	Arbeit in den bzw. für die Stollenanlagen
Wüstewaltersdorf (Walim)	Dorfbach (Rzeczka)
Dörnhau (u.a. Krankenlager) (Kolce)	Säuferhöhen (Osówka)
Wüstegiersdorf (Głuszycza)	
"Schotterwerk" bei Oberwüstegiersdorf (Głuszycza Górna)	Ramenberg (Soboń) Säuferhöhen (Osówka)
Wüstegiersdorf/ Tannhausen (Jedlinka)	Ramenberg (Soboń) Säuferhöhen (Osówka)
"Zentralkrankenrevier" Tannhausen (Jedlinka)	
Säuferwasser (Klobia)	Säuferhöhen (Osówka)
Wolfsberg (Włodarz)	Wolfsberg (Włodarz) Mittelberg (Dział Jawornicki)
Lärche (Soboń)	Ramenberg (Soboń)
Märzbachtal (Dolino Marcowego Potoku)	Ramenberg (Soboń)
Kaltwasser (Zimna)	
Erlenbusch (Olszyniec)	Wolfsberg (Włodarz) Ober Hausdorf (Jugowice)
Falkenberg (Sokołec)	Falkenberg (Sokołec) Schindelberg (Gontowa)
Stenzelberg (Chłopska Góra)	Wolfsberg (Włodarz) und Mittelberg (Dział Jawornicki)
Fürstenstein (Książ)	Fürstenstein (Książ)

Auch in Dörnhau bestand bereits Ende 1943 das Zwangsarbeiterlager Nr. II, das nach einer Typhusepidemie komplett geräumt wurde. Ab Juni 1944 wurden hier erneut bis zu 2200 Häftlinge untergebracht und das Lager wurde zum Krankenrevier, in dem jedoch viele Gefangene durch gezielte Vernachlässigung starben. Die Häftlinge starben im Durchschnitt nach einem zweimonatigen Aufenthalt im Krankenbau. Die arbeitsfähigen Häftlinge wurden beim Straßenbau, bei Arbeiten an der Kanalisation und den Stollen der Säufferhöhen eingesetzt. Das Lager wurde am 9. Mai 1945 durch die Rote Armee befreit und diente danach zunächst als provisorische Krankenstation für die ehemaligen Häftlinge. Das Gelände wird derzeit als Getreidelager genutzt.<sup>16</sup>

16 Sula: Dörnhau (Kolce), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 275ff.

In Wüstegiersdorf/ Tannhausen (Jedlinka)<sup>17</sup> existierte bereits 1943 ein Zwangsarbeitslager (Nr. III) für Juden, das im März 1944 dem KZ Groß-Rosen als Außenlager zugeordnet wurde.<sup>18</sup> Bis zu 2000 Häftlinge mussten für das Unternehmen "Riese" beim Bau von Gleisanlagen und Stollen am Ramenberg (Gora Sobof) und auf den Säuferhöhen arbeiten. Aber auch das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) und verschiedene örtliche Firmen wie die Firmen Messinger (Tiefbau), Lenz-Barackenbau, die Krupp AG<sup>19</sup> oder die Firma Dübner (Tunnelbau) ließen Zwangsarbeiter für sich arbeiten.

Im AL "Schotterwerk" in Oberwüstegiersdorf waren ab Mai 1944 400 bis 500 jüdische Häftlinge aus Griechenland, Polen und Ungarn untergebracht – insgesamt sind 1245 Häftlinge dieses Lagers namentlich bekannt. Sie arbeiteten im nahegelegenen Steinbruch, der die Baustellen am Ramenberg und den Säuferhöhen belieferte. Darüber hinaus mussten auch hier Häftlinge Kanalisationsarbeiten verrichten, beim Stollen- und Bahnbau arbeiten und auf der Bahnstation Oberwüstegiersdorf Baumaterial verladen. Anfangs mussten die Häftlinge in Zelten, später in acht bis zehn Baracken für je 100 bis 120 Häftlinge leben. Die Ausbreitung von Fleckfieber und Ruhr im Lager ist symptomatisch für die katastrophalen Lebensumstände. Als im Februar 1945 die AL Wüstegiersdorf und Wolfsberg geräumt wurden, kamen die marschunfähigen Häftlinge in das Lager Schotterwerk und wurden hier am 8. Mai 1945 befreit. Heute sind noch Überreste der Baracken auffindbar, eine Gedenktafel gibt es nicht.<sup>20</sup>

Insbesondere in den kleineren Außenlagern<sup>21</sup> hausten die Häftlinge in unbeheizten Zelten und Erdhütten unter katastrophalen Bedingungen: ohne Sanitäreinrichtungen, bei völlig unzureichender Ernährung und nicht vorhandener medizinischer Versorgung. Nicht mehr arbeitsfähige oder schwerverletzte Häftlinge wurden nach Auschwitz deportiert und Fluchtversuche vor Ort durch Erschießungen bestraft. Belegt sind der Tod von 3648 Häftlingen durch Misshandlungen, schwerste körperliche Arbeit, mangelnde Ernährung und schlechte Bedingungen im Lager, 857 Menschen wurden nach Auschwitz deportiert und 14 wegen Fluchtversuchs exekutiert.<sup>22</sup> Auch Schläge und die Misshandlung von Häftlingen, die bei

17 Auch unter der Bezeichnung AL Tannhausen und AL Wüstegiersdorf - wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass hier ein weiteres Arbeitslager existierte. Sula: Wüstegiersdorf/Tannhausen, in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 464.

18 Martin Weinmann (Hg.): Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt/ Main 1990, S. 639ff.; Internationaler Suchdienst (ITS) (Hg.): Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer SS (1933-1945). Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie andere Haftstätten unter dem Reichsführer SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten, Arolsen 1979. Siehe Datenbank des Projektes "Deutschland ein Denkmal": <http://www.keom.de/denkmal/information.html> (Stand: 22.04.2009).

19 Hier existierte ein gesondertes Frauenlager, in dem 250 Frauen für die Rüstungsindustrie arbeiten mussten. Sula: Wüstegiersdorf (Krupp), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 460f.

20 Sula: Schotterwerk, in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 443ff.

21 Wie z.B. Säuferswasser (Klobia), Wolfsberg (Włodarz), Lärche (Sobon), Märzachtal, Kaltwasser (Zimna), Erlebusch (Olszyniec), Schotterwerk (bei Gluszyca Gorna), Falkenberg (Sokolec) und Stenzelberg (Chlopska Gora).

22 Stiftung Kreisau: Der "Komplex Riese", Krzyzowa 2007, S. 5. Als PDF-Download unter: [http://riese.krzyzowa.org.pl/text/de/de\\_compendium.pdf](http://riese.krzyzowa.org.pl/text/de/de_compendium.pdf) (Stand: 22.04.2009).

Rodungsarbeiten, im Straßenbau, beim Verlegen von Gleisanlagen, dem Bau von Kanalisationen, bei Betonarbeiten, im Steinbruch und bei der Verarbeitung der aus dem Berg gesprengten Steine eingesetzt wurden, durch die Wachmannschaften waren an der Tagesordnung.

Im November 1944 wurde in Tannhausen das "Zentralkrankenrevier" für Häftlinge nahe dem AL Wüstegiersdorf/Tannhausen eingerichtet. Hier wurden diejenigen aufgenommen, die als "heilbar" galten.<sup>23</sup> Im Krankenrevier Tannhausen waren Ende 1944 etwa 600 Kranke in vier gemauerten Baracken untergebracht. Hier waren die SS-Ärzte Dr. Heinrich Rindfleisch und Dr. Heinz Thilo<sup>24</sup> tätig. Das Krankenrevier wurde ebenfalls im Februar 1945 aufgelöst, etwa 1000 marschunfähige Häftlinge blieben jedoch bis Kriegsende im Lager. Heute werden in Gluszyca noch drei der Baracken als Wohnungen und Kindergarten genutzt.

Im Nebenlager Märzbachtal in der Nähe des AL Wüstegiersdorf entstand im November 1943 ein Lager mit 400 Häftlingen, deren Zahl bis zum Juni 1944 auf etwa 800 anstieg. Die Häftlinge mussten überwiegend Rodungs- und Einebnungsarbeiten durchführen. Sie bauten Straßen, Brücken, Elektroleitungen und Meliorationsgräben und vermutlich auch Stollen des Komplexes Ramenberg (Góra Sobon). Außerdem waren Häftlinge am Bahnhof Lehmwasser für verschiedene Arbeiten eingesetzt. Kommandant Albert Lütkemeyer ordnete im Oktober 1944 an, alle Häftlinge unter 16 Jahren in Märzbachtal zu konzentrieren. 301 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren wurden nach Auschwitz deportiert und dort vermutlich ermordet.<sup>25</sup> Im Februar 1945 wurden die Gefangenen dieses Außenlagers ebenfalls auf Todesmarsch geschickt.<sup>26</sup>

Einzelne Lagerreste sind heute noch auf dem Gelände sichtbar. Überreste von Baracken, einzelnen Gebäuden und Straßen findet man auch bei den übrigen Außenlagern.

Zwischen dem AL Märzbachtal und Kaltwasser entstand das AL Lärche (beim Ramenberg/ Gora Sobon), in dem ab Dezember 1944 bis zu 2000 Häftlinge untergebracht waren. Sie mussten ebenfalls in Lehmwasser Kanalisationsarbeiten verrichten, die Mehrzahl wurde beim Bau am Ramenberg eingesetzt. Die Häftlinge wurden schikaniert, die SS führte Weihnachten 1944 z.B. eine Kleiderkontrolle durch, bei der die Gefangenen für jedes Loch 25 Schläge erhielten. Im Schnitt starben täglich vier Menschen im Lager. Die Auflösung erfolgte im Januar und Februar 1945 in die Lager Wolfsberg und Märzbachtal. Auf dem ehemaligen Lagergelände existieren noch Spuren von Gebäuden.<sup>27</sup>

23 Das Krankenrevier im AL Dörnhau (Kolce) galt dagegen als Sterbelager. Siehe Distel: Zwischen Fakten und Legenden, S. 96.

24 Heinz Thilo (1911-1945, Selbstmord) 1930 NSDAP, 1934 SS-Mitglied. Medizinstudium, April 1938 bis Ende 1941 Frauenarzt des "Lebensborn e.V.". 1942 Lagerarzt im KZ Auschwitz-Birkenau, leitender Arzt des Häftlingskrankenbaus - nahm an Selektionen und der Liquidierung des "Theresienstädter Familienlagers" März 1944 teil. Oktober 1944 Versetzung ins KZ Groß-Rosen. Beging am 13. Mai 1945 in Hohenelbe Selbstmord. Klee: Personenlexikon, S. 623.

25 Der "Komplex Riese", S. 7.

26 Sula: Märzbachtal, in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 388f.

In der Nähe von Oberwüstegiersdorf befand sich seit August 1944 ein weiteres Arbeitslager: Kaltwasser (Zimna). Bis zu 2000 Häftlinge, überwiegend aus dem Ghetto Lodz, mussten aus diesem Lager zum Eisenbahnbau, zu Rodungs- und Sprengarbeiten aber auch zu Kanalisations-, Transport- und Verladearbeiten für verschiedene Firmen, wie z.B. Weiden & Petersil, Philipp Holzmann und Argo Waldenburg.<sup>28</sup> Die Häftlinge im Lager waren ständig Gewalt durch die Wachmannschaften aber auch durch die Meister der einzelnen Firmen ausgesetzt. Im Dezember 1944 wurde das Lager aufgelöst und die Häftlinge auf die Lager Tannhausen, Wolfsberg und Lärche aufgeteilt. Reste von Ziegelbauten des Lagers sind noch auffindbar.<sup>29</sup>

Im Lager Falkenberg (Sokolec) waren etwa 1500 Häftlinge, meist ungarische Juden, untergebracht, die am Stollen "Falkenberg" arbeiten mussten. Am östlichen und nördlichen Hang des Schindelbergs (Gontowa) wurden Stollen ausgehoben, eine gefährliche Arbeit die oft zu tödlichen Unfällen unter den geschwächten und ausgehungerten Häftlingen führte. Neben Fundamentarbeiten, wurden durch die Häftlinge auch Bauarbeiten für die Schmalspurbahn oder Ladearbeiten im benachbarten Ludwigsdorf (Ludwikowice Klodzkie) durchgeführt. Erst nach sechsmonatigem Bestehen erhielt das Lager eine eigene Häftlingsküche, während die sanitären Einrichtungen unzureichend blieben. Im Februar 1945 wurden die 1000 Inhaftierten auf Todesmarsch geschickt. Fundamente der Baracken sind noch auffindbar.<sup>30</sup>

Im Mai 1944 war zudem das Nebenlager Erlenbusch (Olszyniec) für bis zu 500 polnische und ungarische Juden errichtet worden, die u.a. für die Deutsche Hoch- und Tiefbaugesellschaft arbeiten mussten.<sup>31</sup> Sie lieferten Baumaterial für die Stollen Wolfsberg und Ober Hausdorf. Überreste des Lagers sind nicht mehr vorhanden.<sup>32</sup>

Zudem gab es noch ein Außenlager Fürstenstein in der Nähe des gleichnamigen Schlosses (Zamek Książ), das als neuer Sitz des "Führerhauptquartiers" vorgesehen war. Zwischen 700 und 1200 Häftlinge, die den Stollenbau unterhalb des Schlosses durchführten, waren hier ab Mai 1944 untergebracht. Zudem waren Häftlinge auch im Planungsbereich beschäftigt oder beim Straßen-, Tunnel- und Gebäudebau eingesetzt. Die sanitären Bedingungen waren katastrophal, wobei die Verpflegung zumindest besser als in den übrigen Außenlagern war. Bei der "Evakuierung" im Februar 1945 wurden kranke Häftlinge nach Dörnhau deportiert. Die übrigen Häftlinge wurden auf Todesmarsch nach Flossenbürg und Buchenwald geschickt. An diesem Ort weist eine Gedenktafel auf das Lager hin, zum Teil sind noch Fundamente von Gebäuden im Wald vorhanden.<sup>33</sup>

27 Sula: Lärche, in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 372f.

28 IST, Nr. 686.

29 Sula: Kaltwasser (Zimna), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 354f.

30 Sula: Falkenberg (Sokolec), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 287ff.

31 IST, Nr. 655.

32 Sula: Erlenbusch (Olszyniec), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 286f.

33 Sula: Fürstenstein (Książ), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 301ff.

## Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit

Begibt man sich auf die Suche nach den historischen Orten und der Geschichte dieses Lagerkomplexes, so muss man sich auf einige Überraschungen gefasst machen.

Insbesondere die Stollenanlagen haben es Hobbyforschern und der örtlichen Tourismusindustrie angetan. Von den bekannten Stollenkomplexen Dorfbach (Rzeczka/ Walim), Oberdorf (Jugowice), Wolfsberg (Włodarz), Ramenberg (Sobon), Falkenberg (Sokolec) und Säuerhöhen (Osowka) sind immerhin drei zugänglich, da sie von privaten Betreibern touristisch erschlossen wurden. Der siebte Stollenkomplex Schloss Fürstenstein (Zamek Książ) befindet sich rund 20 km entfernt im Norden von Waldenburg (Włabrzuch)<sup>34</sup>?

Das restaurierte Schloss Fürstenstein ist eines der beliebtesten Ausflugsziele der Gegend und das größte erhaltene Schloss Schlesiens, dessen Geschichte bis in 13. Jahrhundert zurückreicht. Im Museum des Schlosses kann man einiges über den schlesischen Adel erfahren, durch die ausgedehnten Parkanlagen schlendern, Konzerten lauschen oder Hochzeit feiern.<sup>35</sup> Man kann jedoch auch an einer Führung durch die unterirdischen Stollenanlagen teilnehmen.

Immer wieder werden auf derartigen Führungen und in den wenigen touristischen Publikationen Spekulationen über mögliche Waffenproduktionen, verborgene Schätze aber auch unentdeckte Massengräber in den Stollen wiedergegeben. Und immer wieder wird der Eindruck vermittelt, dass bautechnische Details so viel wichtiger sind als die Darstellung des Lebens und Sterbens und der Schwerstarbeit, die Häftlinge für dieses Bauvorhaben leisten mussten.

### Stollen und AL Wolfsberg

Folgt man der Beschilderung zu “Hitlers Hauptquartier” (“Kwatera Główna Hitlera”) am Wolfsberg (Włodarz) so sieht man sich unvermittelt einer skurrilen Ansammlung von Militärgerätschaften gegenüber. Auf einer Waldlichtung finden sich neben einem Imbiß, einigen Zelten und Quadfahrzeugen auch allerlei Militärfahrzeuge und andere Gerätschaften u.a. auch aus dem Zweiten Weltkrieg. Junge Männer in Tarnfleckuniform mit dem Aufnäher des Betreibers “Kryptonim Olbrym Komplexu Włodarz” bieten hier Führungen und Bootsfahrten in den zum Teil gefluteten Stollen an. Auf dem Freigelände findet sich neben Tafeln zu Pflanzen, Tieren und einer Karte der Sudeten auch eine Tafel zur Geschichte des Wolfsberges. Informationen zum NS-System, zum System der Lager und zur Zwangsarbeit – auch nur den Hinweis auf NS-Deutschland und den Zweiten Weltkrieg sucht man allerdings vergebens.

34 Das Schloss Fürstenstein wird von der Stadt Włabrzuch (durch die Firma Przewodnictwo “Zamek Książ” Sp. z o. o.) touristisch vermarktet. Siehe <http://www.ksziaz.walbrzych.pl> (Stand: 22.04.2009).

35 Angebote siehe Homepage des Schlosses.

# Historia Włodzka



Pracowaliśmy przarczając i wybierając mokra ziemię, oraz wodę, która służyła jej z czyszczenia, bobutowi, spętny piły pracującą się na porcie - na 10h. Pracowaliśmy po 12h dziennie.



Wszystkie dni ciągniliśmy jedną zabudowaną łozę, w rezultacie ciężko na łozce wagać, nie ma nawet tyle miejsca, aby się stępnąć choć jedną ręką. Mójś i kaszanka pnieją nas aby nikt nie odoczywał.



Codziennie od czwartej do sasestej rano staliśmy na dziedzińcu łagrowym i marznięmy. W tym okresie obozow łozę przygotowują nas do apetu. Ustawiają grupy, uzupełniają stan grup, przarczając ludzi z jednej grupy do drugiej. Każda z firm nadaje co dzień różne zapotrzebowania na odpowiednią ilość niworników-häftlingów.



Niewktore grupy pracują przy szafowaniu kanalizacji. Słozę po kanci w wodzie, w odległości pięciu metrów jeżdżą od drugiej, więźniowie kują kłofami twerty grunt. Tam gdzie słoje jest wyłożony twardo, sprawała się maszyna, która boruje dziury całym założeniu dynamitu.



**JUGOWICE - JAWORNIK**  
 TEL./FAX - 074 872 22 25, [www.wlodarz.pl](http://www.wlodarz.pl)



Dabei war im Gebiet des Stollenkomplexes Wolfsberg im Mai 1944 das größte Außenlager des Unternehmens "Riese" entstanden. Mindestens 3000 jüdische Häftlinge, unter ihnen viele Kinder und Jugendliche<sup>36</sup>, mussten hier die Stollenanlagen ausbauen und bei Transport- und Bauarbeiten schwer arbeiten. Für über 30 Bauunternehmen arbeiteten die Gefangenen hier. Die Unterbringung in etwa 100 Zelten und Erdhütten, die nicht beheizt wurden und zudem undicht waren sowie die mangelnde Verpflegung, die aus Wüstegiersdorf geholt werden musste, waren absolut katastrophal. Mindestens 612 Häftlinge starben hier durch Arbeitsunfälle, an Erschöpfung und Krankheiten oder wurden durch die SS ermordet. Über 3000 marschfähige Häftlinge wurden Mitte Februar 1945 "evakuiert", während 600-700 kranke Häftlinge im Lager zurückblieben, wo sie im Mai befreit wurden.<sup>37</sup> Im Wald hinter der Anlage kann man noch auf Überreste des Baustellenmagazins stoßen: ordentlich aufgestapelte mittlerweile versteinerte Zementsäcke bilden ein skurrile Wallanlage.

36 Im November 1944 waren 510 der Häftlinge zwischen 14 und 18 Jahre alt. Sula: Wolfsberg (Włodarz), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 457.

37 Sula: Wolfsberg (Włodarz), in: Benz/ Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 457ff.



Unweit des Geländes des ehemaligen AL Wolfsberg am Fuße des Berges finden sich im Wald – in unmittelbarer Nähe von Privathäusern, die nach 1945 auf dem Gelände des ehemaligen Lagers gebaut wurden – die Überreste von mehreren SS-Kasernen, in denen Teile des SS-Wachbataillons Groß-Rosen stationiert waren.



Dagegen sind vom AL Stenzelberg (Chlopska Gora) nur noch wenige überwachsene Fundamente sichtbar, da die Häftlinge hier nur in Zelten untergebracht waren.

## **Stollen Säuferhöhen**

Auch die Stollen in Osówka kann man besichtigen – ein neugebautes Touristenzentrum bietet die üblichen vagen Informationen und Karten an. Neben organisierter Schatzsuche können hier Fahrten mit dem Geländewagen und Stollenführungen (auch mit “Geschichtsstunden”) gebucht werden.<sup>38</sup> Ganz offen wird auch hier wieder spekuliert, dass es sich bei dieser Anlage der “unterirdischen Stadt” (“Podziemne Miasto”) nicht nur um ein weiteres Führerhauptquartier gehandelt haben könnte, sondern dass hier auch der Bau unterirdischer Produktionsstätten für die kriegsentscheidende “Geheimwaffe” geplant war. Belege für diese Behauptung sucht man indes vergebens. Besonderheit der Anlage sind die erhaltenen oberirdischen Gebäude (das Offizierskasino und ein Kraftwerk), deren bauliche Überreste zu weiteren Spekulationen einladen. Der an dieser Stelle gebaute Speisesaal ist ein Hinweis auf die militärische Führung des AL-Komplexes “Riese” – alle anderen Vermutungen über diese Anlage sind nicht mit Quellen belegt.<sup>39</sup> In diesem Stollenkomplex mussten Häftlinge aus den KZ-Außenlagern Dörnhau, Säuferswasser und Wüstegiersdorf arbeiten.

Das Lager Säuferswasser (Klobia) – bauliche Überreste finden sich direkt neben dem Parkplatz des Touristenzentrums im Wald – wurde im August 1944 errichtet. Ca. 500 Häftlinge, überwiegend aus Ungarn und dem Ghetto Lodz, mussten hier leben und wurden beim Bau der Stollen, von Wohngebäuden, dem Offizierskasino, einem Kraftwerk, Wasserleitungen und Entwässerungsgräben eingesetzt. Das Lager hatte aufgrund der ausgesprochen schlechten hygienischen Bedingungen – trotz Wasserleitung wurde das Lager nicht mit Trinkwasser versorgt – die höchste Sterblichkeitsrate im Komplex “Riese”. Auch dieses Lager wurde im Februar 1945 “evakuiert”.

Wie viele der bis zu 9000 Häftlinge des Komplex’ “Riese” auf den Todesmärschen in die Konzentrationslager Flossenbürg, Bergen-Belsen und in das Mauthausen-Außenlager Ebensee noch starben, ist nicht erfasst. Die Rote Armee befreite im Mai 1945 mehrere tausend kranke Häftlinge, die in den Lagern im Eulengebirge zurückgeblieben waren. Nach heutigen Schätzungen wurden etwa 5000 Häftlinge im letzten Kriegsjahr beim Unternehmen “Riese” ermordet.

## **Ausblick**

Das staatliche Museum Groß-Rosen existiert erst seit 1983 – erst seit dem wurden bauliche Reste im ehemaligen Stammlager gesichert und Quellen und Zeugnisse

<sup>38</sup> Siehe dazu die Homepage des Komplexes Osówka/“Podziemne Miasto” <http://www.osowka.pl> (Stand: 22.04.2009)

<sup>39</sup> Vgl. dazu die Schilderung bei Distel: Zwischen Fakten und Legenden, S. 100f.

zur Geschichte des Lagers gesammelt. Seit 1999 wird die Gedenkstätte von der Wojewodschaft Walbrzych unterhalten und ist kein selbstständiges staatliches Museum mehr. In der polnischen wie internationalen Erinnerungslandschaft zu den nationalsozialistischen Verbrechen rangiert die Gedenkstätte – insbesondere in der finanziellen Ausstattung und Unterstützung für Forschungsvorhaben – weit hinter Auschwitz, Majdanek oder Stutthof.

Dass die Außenlager des Konzentrationslagers lange unbeachtet blieben, ist dagegen auch bei anderen Gedenkstätten zu beobachten gewesen. Das betrifft dabei nicht nur die Sicherung baulicher Überreste sondern in erster Linie auch deren genaue topographische Erfassung und die Aufarbeitung ihrer Geschichte und Bedeutung innerhalb des nationalsozialistischen Lagersystems. Wie die wissenschaftliche Auseinandersetzung und ein angemessenes Gedenken am historischen Ort aussehen können, zeigt die Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Bei der Beschäftigung mit dem Komplex “Riese” mussten sich aber andere Forschungsfragen gegen den dominierenden militärhistorischen Aspekt der Anlage und die Suche nach geheimen Waffen wie Schätzen durchsetzen. Erst in den letzten Jahren entstanden erste Forschungsarbeiten<sup>40</sup> zu den Außenlagern des Komplexes “Riese” und Geschichtsprojekte, die zur Entmystifizierung des Ortes<sup>41</sup> beitragen.

Doch damit sind nur erste Schritte getan. Was fehlt ist ein Gesamtkonzept: wird die Gedenkstätte Groß-Rosen sich mit den lokalen Verwaltungen und den privaten Betreibern der Stollenanlagen in Walim, Osowka und Wlodarz auf ein gemeinsames museales Grundkonzept einigen können? Werden die Besitzverhältnisse der topographischen Erfassung des Geländes und der Konzeption angemessener Gedenkort im Weg stehen? Wird es mehr Forschungsarbeiten zu den einzelnen Lagern geben, die nicht nur die Tiefe der Stollen und die Menge der transportierten Gesteinsmassen oder die Schwierigkeiten der Untertage-Betonierung zum Mittelpunkt haben? Wer erforscht die Lebensbedingungen in den Lagern, wer sucht die Berichte von Überlebenden und wer kann verlässliche Zahlen der Opfer nennen?

Es ist an der Zeit, der tausenden – vor allem jüdischen – Opfern zu gedenken, die in den letzten Monaten vor der bedingungslosen Kapitulation des NS-Regimes noch ihr Leben für ein wahnwitziges Bauvorhaben im Sinne der nationalsozialistischen Vernichtungsideologie lassen mussten. Zu diesem Gedenken gehört auch die umfassende Erforschung des Außenlager Komplexes “Riese” und das zurückholen der Erinnerung an das Leiden der Häftlinge aus Polen, Ungarn, Griechenland, der Sowjetunion, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Italien, Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Deutschland an die historischen Orte.

40 Jürgen Heckenthaler: Das Arbeitslager und das Sonderbauprojekt “Riese”. OT-Außenkommandos des Konzentrationslagers Groß-Rosen, unveröff. Examensarbeit, Universität Münster 1998. Auszüge online: <http://www.fhqriese.mynetcologne.de/> (Stand: 22.04.2009).; Dorota Sula: Arbeitslager Riese. Filia KL Groß-Rosen. Groß-Rosen 2003.; Piotr Kruszynski: Die unterirdischen Bauten im Eulengebirge und auf Schloß Fürstenstein, 2. Aufl., Walbrzych 1998.; Ders.: Die Ausbeutung der Häftlingsarbeit im Komplex Riese durch die Organisation Todt und mitarbeitende Firmen, in: Die Ausnutzung der Zwangsarbeit der Häftlinge des KL Groß-Rosen durch das Dritte Reich, Walbrzych 2003.

41 Der “Komplex Riese”, S. 14-16.

## **Zwiegespräch mit unserem Freund und Mitbegründer des Schülernetzwerkes „MuT“ (für Menschlichkeit und Toleranz) Fred Löwenberg**

Lieber Fred,

es ist Zeit, Dir mal von unseren Netzwerken, Deinen politischen „Kindern“ zu berichten.

Beide Netzwerke arbeiten aktiv und das nun schon fast acht Jahre. Ich glaube Du fändest es gut, dass die Arbeit weitergeht.

Unsere Schüler sind nun schon die dritte Generation im Netzwerk, weil sie ja leider regelmäßig nach der 10. oder 13. Klasse die Schulen verlassen. Aber es kommen immer wieder neue Schülerinnen und Schüler dazu, die sich aktiv einbringen möchten für „Menschlichkeit und Toleranz“ und manche bleiben auch während ihrer Ausbildung und danach dem Netzwerk treu.

Wir alle denken sehr gern an die Fahrt nach Buchenwald in die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers im September 2001. Mit 300 Schülerinnen und Schülern führen wir damals dorthin, um zu zeigen, dass nicht alle Marzahner und Hellersdorfer Neonazis sind, obwohl die Berichte der Medien in dieser Zeit einen solchen Eindruck verbreiteten wollten.

Du hattest eine Vielzahl von Zeitzeugen eingeladen und sie begleiteten die Schüler, bzw. führten mit ihnen Gespräche. Wie haben wir uns alle gefreut, dass sich zum Nachtreffen der Fahrt aktive Schülerinnen und Schüler zusammenschlossen und das Schülernetzwerk „für Menschlichkeit und Toleranz“ gründeten. Und was sie sich nicht alles einfallen ließen!

Du warst meist anwesend zu den Sitzungen des Schülernetzwerkes „MuT“ (für Menschlichkeit und Toleranz) und hast selbst immer wieder darauf hingewiesen, was wichtig ist. Du hast den Schülern die aktuellen politischen Ereignisse und ihre Zusammenhänge erklärt.

Du hast damit Ideen geweckt, die die Schülerinnen und Schüler umgesetzt haben und es heute noch tun:

### **1. Aktion Friedhof**

Ca. 40 Schülerinnen und Schüler treffen sich jedes Jahr im November zum Jahrestag der Pogromnacht auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee und entfernen das Herbstlaub von den Gräbern der Menschen, die keine Angehörigen mehr haben, die ihre Gräber pflegen könnten.

Du selbst bist oft mit dabei gewesen und hast den Schülerinnen und Schülern aus der Zeit des Faschismus erzählt und kein schlechtes Wetter konnte Dich aufhalten! So ist das jetzt auch mit Kurt Langendorf.

Vor einigen Jahren war auch der damalige Bezirksbürgermeister mit dabei, was uns sehr gefreut hat.

## **2. Aktion „Farbe bekennen“**

Die Aktion „Farbe bekennen“ führen wir nur noch bei Bedarf und Lust der Kids um den Jahrestag der Befreiung durch. Die Anregungen dazu hast Du den Kids gegeben, weil nach Deiner Erfahrung Neonazis besonders gern in zeitlicher Nähe der beiden Jahrestage (8. Mai und 9. November) aktiv werden und ihre Propaganda überall verbreiten.

Bei dieser Aktivität ziehen Schülerinnen und Schüler durch Marzahn und Hellersdorf und sehen sich Spiel- und Sportplätze, Gartenanlagen und Kaufhallen, Häuserwände und Hauseingänge an. Wo sie Neonazi-Aufkleber und Schmierereien finden ergreifen sie die mit den Ordnungshütern abgestimmten Maßnahmen.

Dafür haben unsere Netzwerkschülerinnen und Schüler selbst Spuckis entwickelt mit Sprüchen wie: „Sieh hin und nicht weg!“ und „Tut Denken weh?“. Diese brauchen sie nur über rassistische und ausländerfeindliche Aufkleber zu kleben und schon sieht das Straßenbild freundlicher aus.

Allerdings ist es nun so, dass die Schülerinnen und Schüler gar nicht mehr so viele Schmierereien oder Aufkleber gefunden haben, was ein gutes Zeichen für unseren Stadtbezirk ist. Aber es hat den Schülerinnen und Schülern nicht mehr so richtig Spaß gemacht, weil sie keine Erfolgserlebnisse hatten. Natürlich wollten sie während dieser Aktion auch möglichst viele Dinge finden und beseitigen.

Ich finde es großartig, dass wir nicht mehr so viele Fascho-Sachen finden!!!

Viele Gruppen aus Marzahn-Hellersdorf kümmern sich darum und wir hatten auch in dieser Frage große Unterstützung vom Bürgermeister und der Polizei. Bei deren Dienststellen liefen sonst die Telefone immer heiß, wenn wir Aktionstag hatten und sie schrieben eine Unmenge Anzeigen. So etwas ist heute nicht mehr nötig.

Wir orientieren die Netzwerkler jetzt darauf, dass jeder Netzwerkler immer und überall die Augen aufhält und faschistische Symbole sofort entfernt oder überklebt, wenn er/sie welche sieht.

## **3. Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz und Birkenau**

Der Einsatz auf dem jüdischen Friedhof gehört traditionell zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und Birkenau.

Leider haben wir es nicht mehr geschafft, gemeinsam mit Dir zu fahren.

Du wolltest mit uns dorthin fahren, wo mehr als zehn Deiner Familienangehörigen den Tod gefunden haben.

Diese Gedenkstättenfahrten mit dem Schülernetzwerk „MuT“ sind immer etwäs ganz Besonderes. Die Schülerinnen und Schüler haben die gesamte Organisation vor Ort in ihren Händen.

Es ist wunderbar zu beobachten, wie wirkungsvoll doch die Tatsache greift, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht von Lehrern, sondern von Gleichaltrigen betreut werden. Neu ist bei diesen Fahrten, dass das Gespräch am Abend des Tages, an dem wir Auschwitz und Birkenau besichtigen, schon rechtzeitig durch Fragen vorbereitet wird.

In Kleingruppen diskutieren die Schülerinnen und Schüler über die Antworten und diese Antworten werden dann in der Großgruppe gegeben.

Dabei fällt es doch einigen schwer, auch andere Meinungen zu respektieren, wenn es um aktuelle Ereignisse in der Bundesrepublik geht, denn an diesem Abend diskutieren die Schüler auch ausgehend von dem am Tag Gesesehen die aktuelle Situation in unserem Land, der Stadt und ihren Schulen. Dieses Gespräch ist eine gute Schulung für Toleranz.

In diesem Jahr ist sogar unsere Bezirksbürgermeisterin mit uns gefahren.

#### **4. Gedenkstättenfahrt Ravensbrück**

Wir fahren seit 2008 zwei Tage im September in die Gedenkstätte nach Ravensbrück und nicht mehr im Mai. Du weißt, dass ist die Gedenkstättenfahrt, die die Schülerinnen und Schüler völlig selbständig leiten und organisieren. Dorthin bist Du immer besonders gern mitgefahren, weil Du die Schülerinnen und Schüler in Aktion gesehen hast und die Ergebnisse der Workshops Dich immer sehr begeistert haben.

Wir haben diese Fahrt seit 2008 auf den September verlegt, weil die Schülerinnen und Schüler im Mai ihre Abschlussprüfungen für den mittleren Schulabschluss absolvieren und so die 10. Klassen nicht mehr mitfahren konnten.

Der September bietet aber genau diesen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich eines der vielen Themen des Widerstandes anzunehmen und damit ihre Präsentationsprüfung für den mittleren Schulabschluss zu gestalten. Im vergangenen Jahr haben Schülerinnen und Schüler das getan und hervorragende Präsentationsprüfungen zu verschiedenen Themen, die mit Ravensbrück verbunden waren, abgelegt.

Wir begleitende LehrerInnen und Eltern denken insbesondere in Ravensbrück immer an Dich, weil dort Dein letzter öffentlicher Auftritt war, bei unserer Netzwerkfahrt.

Weißt Du noch? Du hast mit ca. 80 Schülerinnen und Schülern im Kinosaal gesessen und ihnen aus Deinem Leben erzählt. Mit Jugendlichen zu sprechen war ja

eine Deiner Lieblingsbeschäftigungen der letzten Jahre. Auch wenn es Dich oft schon sehr angestrengt hat, hast Du aus diesen Gesprächen immer wieder auch viel Kraft und Zuversicht geschöpft und hast uns immer wieder zu verstehen gegeben, dass Du sehr sehr gerne mit jungen Menschen zusammen bist.

Mit „Zeitzeugen“ (ich weiß, Du magst das Wort nicht) wird es immer schwieriger. Jetzt fährt Adam König, selbst ehemaliger Sachsenhausenhäftling, seine erblindete Frau war Ravensbrückhäftling, mit uns und erzählt den Schülerinnen und Schülern über diese Zeit aber auch über den hoffnungsvollen Aufbruch nach dem Faschismus. Als er sich letztes Jahr aus gesundheitlichen Gründen nicht dazu in der Lage sah, hatten wir Jascha Pampuch und Constanze Jaisser mit, die Gedichte ehemaliger Häftlinge vertont haben und ein sehr zu Herz und Hirn gehendes Programm zusammengestellt haben. Dabei beginnt ihr Programm vor den Resten des Hauses, in dem die tschechische Frau gearbeitet hat, die das kleine Gedichtbuch „Evropa v Boji 1939-1944“ („Europa im Kampf 1939-1944“) im Lager geschrieben und illustriert hat, das Jascha und Constanze von ihren Erben bekommen haben.

## **5. Gespräche mit Zeitzeugen**

Seitdem Du nicht mehr da bist hatte das Schülernetzwerk mehrmals Begegnungen mit Sally Perell, der als jüdischer Jugendlicher in einer Eliteschule der HJ in Braunschweig überlebt hat. Heute gehört er der israelischen Friedensbewegung an, die eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes fordert.

Und dann haben wir über Conni von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Kontakt zu Adolf Burger bekommen und ihn mehrfach in Marzahn-Hellersdorf mit Schülerinnen und Schülern erleben dürfen. Er stammt aus der Slowakei und wurde nach seiner Verhaftung nach Birkenau gebracht. Von dort kam er nach Sachsenhausen ins „Fälscherkommando“, wo er die ganze Zeit mit Peter Edel zusammen war und auch überlebt hat.

## **6. Neue Zeitzeugenarbeit**

Wir haben lange überlegt, was wir tun, wenn keiner von euch mehr berichten kann. So werden Schüler aus dem Netzwerk mit Adam König und vielleicht auch mit seiner Frau ein Interview als Film aufnehmen, um das später noch zeigen zu können. Wie sehr bereuen wir, dass wir das nicht mit dir getan haben!

Wir und viele ehemalige Schülerinnen und Schüler erinnern uns noch an viele Details aus Deinen Erzählungen, natürlich besonders an die „Schlüsselerlebnisse“.

## **7. Antifaschistische Filmabende**

Ja, auch die gibt es noch, ca. dreimal im Jahr lädt das Schülernetzwerk ein und ihre Freunde und Klassenkameraden kommen. Dort werden nicht nur Filme gesehen, sondern es wird häufig auch lebhaft diskutiert über die Probleme unserer Zeit.

## **8. „1. Hilfe Kiste gegen Nazis“**

Im Vorfeld von Wahlen verteilt die JN verschiedenes Material vor Schulen, so z.B. die sogenannte „Schulhof-CD“. Darauf sind nicht indizierte aber sehr eindeutig ideologisierte Liedtexte arrangiert nach verschiedenen bei den Jugendlichen beliebten Musikrichtungen.

Als es zu einem Zwischenfall auf dem Hof der „Virchow-OS“ zwischen der stellv. Schulleiterin und JN-Leuten kam, der vor Gericht endete, überlegten die Netzwerker, was sie tun könnten.

Und sie erfanden den 1.-Hilfe-Kiste gegen Nazis.

Das ist ein rot beklebter Schuhkarton mit einem weißen Kreuz auf dem Deckel.

In dieser Kiste befinden sich Materialien wie antirassistische Schülerzeitungen, CD's gegen Nazis von sehr bekannten Gruppen und eine Mülltüte zum Entsorgen der JN-Sachen. Das alles können die Schülersprecher zum Tausch anbieten gegen Propagandamaterial der JN oder NPD. Wenn also Schüler mit Propagandamaterial der JN oder der NPD das Schulgelände betreten wird ihnen angeboten, dieses Material gegen antirassistische Schülerzeitungen, CD's und Infomaterial antirassistischer Gruppen zu tauschen.

Zunächst haben die Netzwerker solche Kisten für alle Marzahner Oberschulen gefertigt und sie zu den Gesamtschülervertretungen gebracht.

Dann haben sie die Idee mal vorgestellt und plötzlich trafen Bestellungen aus vielen Berliner Schulen und aus der gesamten Bundesrepublik ein. Und so wurde ein Riesenprojekt daraus und in den Oktoberferien 2008 haben die Netzwerker an die 100 solcher Kisten hergestellt und verschickt. Das war finanziell natürlich nicht mehr allein zu bewältigen und so wurden sie von“ respectabel“ unterstützt.

## **9. Jugendliche im freiwilligen sozialen Jahr**

Das waren unsere gemeinsamen Pläne, deren Verwirklichung Du schon nicht mehr miterlebt hast. Wir haben gleich im September den Florian eingestellt. Weißt Du, bei den vielen Aktivitäten des Netzwerkes schaffen wir Lehrer wirklich nicht mehr alles und es kam uns ja auch vor allem darauf an, dass das Netzwerk von Gleichaltrigen geleitet wird, weil Jugendliche untereinander sich viel besser verständigen können.

So haben sie eine antirassistische Konzertreihe in verschiedenen Clubs in Berlin organisiert, haben Ausstellungen betreut wie die über die beiden Jugendlager in Mohringen und dem Lager Uckermark bei Ravensbrück, haben eine Website eingerichtet unter [www.mut-netzwerk.de.vu](http://www.mut-netzwerk.de.vu), die weltweit eingesehen werden kann, haben einen Plakatwettbewerb ausgeschrieben und durchgeführt und einen Foto-Workshop u.v.m.

Leider konnten wir die geplante Finanzierung für unseren fsJ-ler nicht realisieren, weil Du nicht mehr da warst und die von Dir ins Leben gerufene Stiftung gar nicht auf unsere Anträge reagiert hat. Uns unterstützt seitdem das Bezirksamt, so dass auch dieser Plan von Dir weiterhin umgesetzt wird. Wir haben jetzt den vierten Jugendlichen im fsJ beim Netzwerk und das hat sich schon sehr bewährt.

Ja, lieber Fred, und das Eltern-Lehrer-Netzwerk gibt es auch noch. Wir unterstützen das Schülernetzwerk nach Kräften und kümmern uns um Veranstaltungen in den Schulen. So haben wir gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern Protestbriefe geschrieben und Unterschriften gesammelt gegen die drohende Abschiebung einer tschetschenischen Familie nach Polen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, aber wir tun alles in unseren Kräften stehende, damit die Familie hierbleiben kann, zumal die beiden Mädchen sich gut in der Thüringen-OS integriert haben.

Das Schülernetzwerk hat in den letzten Jahren eine Reihe von Auszeichnungen bekommen wie den „Mete Eksi-Preis“ und den Berliner „Demokratie-Preis“.

Die Preisgelder helfen uns, an Veranstaltungen wie „Denkmal“ jedes Jahr im Januar anlässlich des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz im Abgeordnetenhaus teilzunehmen. Die Netzwerkler haben eine Ausstellung über das Schülernetzwerk gestaltet. Auch zum Antifa-Sonntag im September sind wir präsent, wie damals, als wir uns den Stand mit Euch teilten.

Du siehst, es geht weiter. Das muss auch so sein, denn leider haben wir seit der letzten Wahl drei Verordnete der NPD in der BVV. Unser Einsatz soll verhindern, dass sie Wählerinnen und Wähler gewinnen und wir hoffen sehr, dass die nächsten Wahlen andere Ergebnisse bringen.

Nach wie vor arbeiten wir sehr eng mit Burkhard Zimmermann vom Kinder-ring Berlin zusammen, der uns unglaublich viel unterstützt und viele gute Leute kennt, die uns dann auch unterstützen.

Lieber Fred, wir vermissen Dich, aber Du lebst nicht nur in unserer Erinnerung weiter sondern auch in dem, was wir tun.

Und es gibt immer etwas zu tun für Menschlichkeit und Toleranz!



## Meine Begegnung mit Fred Löwenberg

Gerne komme ich der Bitte nach , meine Erinnerungen an Fred Löwenberg beizusteuern.

Ich habe Fred Löwenberg nach 1990 kennengelernt. Über Freunde und Ex-SPDler hatte ich gehört, dass Fred starkes Interesse hatte, mit linken Sozialdemokraten und Marxisten in der SPD in Kontakt zu kommen. Dies rührte aus seiner eigenen Sozialisation in der Breslauer und in der schlesischen Arbeiterbewegung. Kam er doch aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, seine ganze Familie war im Widerstand gegen den Faschismus tätig. Für mich war die Breslauer und schlesische Sozialdemokratie absolut faszinierend, weil ihr Funktionärskörper 1931 fast geschlossen (ohne Paul Löbe, den zweiten Reichstagsabgeordneten) den Weg zur SAP , der Partei Willy Brandts und Otto Brenners, antrat, was wahrscheinlich falsch, aber für mich insgesamt doch sehr faszinierend war. Davon wusste Fred Löwenberg zwar – er ist 1924 geboren - nichts zu berichten, aber aus diesem Umfeld stammte er und in diesem wurde er groß. Immerhin war er nach 1945 der letzte deutsche Bürgermeister in Breslau , bevor er nach Bayern wegziehen musste.

Auch in dieser Nachkriegszeit hat er mich in seiner Konsequenz immer wieder beeindruckt, wenn er berichtete, wie ihn in der unsäglichen Zeit des VVN-Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD sein bayrischer SPD-Vorsitzender Waldemar von Knöringen bearbeitete, lieber weiter in der SPD zu arbeiten und beispielsweise in den Landtag zu gehen, statt als VVNler aus der SPD rauszufliegen. Das machte ihm dann das Leben sehr schwer und führte auch zu seinem Weggang in die DDR.

Jetzt nach 1990 suchte er den Kontakt wieder zu uns SPD-Genossen und bemühte sich, am Marxistischen Arbeitskreis in der SPD teilzunehmen.

Wir haben gerne mit ihm zusammengearbeitet.

Mein zweiter , noch engerer Kontakt zu Fred war die Arbeit mit seiner Berliner Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus. Das war faszinierend zu erleben, wie er es in hohem Alter schaffte, eine aktive Arbeit zu initiieren und aufrecht zu halten – und sich zu streiten! Und wie er es verstand, auf ganz Junge zuzugehen, nämlich die jungen MuTler aus Marzahn. Hier hatte er verstanden, wie wichtig es ist, junge Menschen für einen Antifaschismus zu gewinnen, der auch Spaß machte und der auch Spaß verstand. Fred war ein genialer Zeitzeuge bei unzähligen Gesprächen u.a. in Ravensbrück, bei den MuT-Gesprächen, in Schulen. Nie vergessen werde ich das Zeitzeugengespräch mit Punkern an der Kurt-Schwitters-Schule in Prenzlauer Berg. Fred hatte stundenlang Zeit und er ließ Zeit. Sie wollten gar nicht aufhören. Fred ebenso nicht..

Er setzte keine preußische Disziplin voraus und war absolut realistisch, hatte Verständnis für sie, die andere schon lange aufgegeben hatten. Deshalb war er

auch so erfolgreich beim Aufbau des Schülernetzwerkes MuT in Marzahn. Ohne Fred wäre dieses nicht so erfolgreich geworden, Fred fühlte sich sehr geehrt, als dieses eines Tages auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung bei einer Preisverleihung für MuT anerkannt wurde. Fred Löwenberg versuchte auch die Arbeit dieses Schülerbündnisses durch die Finanzierung eines Freiwilligen, eines FSJlers zu unterstützen. Dafür hatte er sich auch durch die Gründung einer Stiftung stark gemacht. Wie wirkungsvoll diese engagierten SchülerInnen und FSJler sein können, haben wir im letzten Herbst erlebt. Krankheitsbedingt konnte die Diskussion mit Erika Rosenberg, der Biografin von Oskar und Emilie Schindler an einer Weisenseer Schule nicht stattfinden. Der engagierte Lehrer war krank. Stattdessen referierte Erika vor den Freiwilligen, also vor unseren FSJlern, die an Schulen tätig sind. Drei Tage später haben die FSJler an eben dieser Schule das Zeitzeugengespräch mit Erika Rosenberg selber durchgeführt. Wenn das nicht im Sinne von Fred gewesen ist.

Die Krönung dieser Zusammenarbeit mit Fred waren gemeinsame Fahrten nach Groß-Rosen und nach Breslau. Die gemeinsame Fahrt mit den Veteranen des B.V. VdN litt ein wenig unter dem Korsett des Reisebüros mit einem offiziellen Stadtbesuch durch einen schrecklichen städtischen Reiseleiter. Fred wollte aber noch einmal bei einer weiteren gemeinsamen Wroclaw-Fahrt seine frühen Wirkensstätten genau aufzeigen. Bei dieser Fahrt konnte er am Morgen nicht mitfahren, seine Gesundheit ließ es nicht zu. Aber wir hatten diese Fahrt so vorbereitet, dass wir bereits vorher die Orte seines Wirkens, das Gewerkschaftshaus, die Stätten der Breslauer Arbeiterbewegung, Clara Immerwahr, das Ghetto u.a. auf dem Stadtplan gefunden haben. Nach weiterer Lektüre u.a. in den Beschreibungen des Robert Bialek (Michael Herms) haben wir vieles andere im Telefonkontakt mit Fred vom Breslauer Markt, dem Rynek organisiert und nachgefragt. Daraus ist dann z.B. eine inzwischen viermal durchgeführte Busreise meiner SPD-Abteilung nach Breslau entstanden, bei der wir vor allem die Arbeitersiedlung Zimpel, das Mendelsohn-Kaufhaus, das Haus vom Clara Immerwahr, die Jahrhunderthalle, für deren Wiederverglasung sich der deutsche Bürgermeister Breslaus Fred Löwenberg stark gemacht hatte, angesehen haben.

Fred, es geht weiter !

## **Aufruf**

### **"Gegen das Vergessen, zusammen in die Zukunft"**

**Eine deutsch- polnische Begegnung mit Schwerpunkt Geschichte  
mit Fahrt nach Ravensbrück und Berlin  
für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 20 Jahren  
aus Deutschland und Polen vom 12. bis 18.Juli 2009**

#### **Veranstalter:**

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werftpfuhl  
Projektpartner: Jugendgruppe VVN-BdA Freiberg  
Dom Pokoju (Haus des Friedens), Wroclaw, Polen

#### **Informationen und Anmeldung:**

Marta Glauer, Bildungsreferentin  
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein  
Freienwalder Allee 8-10, 16356 Werneuchen/Werftpfuhl  
[www.kurt-loewenstein.de](http://www.kurt-loewenstein.de)  
Tel: +49 157 7473 9242, Fax: +49 33398 8999 13  
E-Mail: [m.glauer@kurt-loewenstein.de](mailto:m.glauer@kurt-loewenstein.de)  
Kosten: 80,00 Euro (für Übernachtung, Vollverpflegung, Programm, Fahrten nach Berlin und Ravensbrück, Freizeitangebote und pädagogische Betreuung) sind bei der Anreise in bar zu bezahlen.

#### **Anmeldeformular und Elternfragebogen unter:**

<http://www.kurtloewenstein.de/show/2512630.html>  
Das Projekt wird unterstützt vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk.

#### **Die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein:**

Die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein liegt mitten im Grünen am Landschaftsschutzgebiet Gamengrund nordöstlich von Berlin. Wir führen Seminare der außerschulischen politischen Bildung durch. Sie richten sich an Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende aus Berlin und Brandenburg, aber auch an Jugendliche aus ganz Europa. Wir veranstalten Fortbildungen für Aktive in der Jugendbildungs- und -verbandsarbeit. Zur Entspannung lädt unser großes Freigelände mit Bolzplatz, Volleyballfeld und Streetballcourt ein. Beim Tischtennis, Billard oder Kickern ist Einsatz gefragt – natürlich auch abends in der Disco oder beim Karaoke.

Wie kommt man dahin? Unser Haus liegt in Werftpfuhl, ca. 20 km nordöstlich von Berlin. Ab dem Bahnhof Berlin-Lichtenberg fährt man 40 Minuten mit der Regionalbahn OE25 bis zur Haltestelle Werneuchen. Vom Bahnhof fährt man mit dem Bus 887 ein paar Minuten nach Werftpfuhl.

Das Projekt „Gegen das Vergessen, zusammen in die Zukunft! richtet sich an deutsche und polnische Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 20 Jahren, die Interesse daran haben, sich der deutsch- polnischen Geschichte gemeinsam zu nähern und mit anderen jungen Leuten ins Gespräch zu kommen.

Wir möchten uns zusammen mit wichtigen Themen, wie die gemeinsame Geschichte, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus auseinandersetzen und Ideen für ein gemeinsames, friedliches Europa entwickeln.

Natürlich wird es auch genügend Zeit für das gegenseitige Kennenlernen, für Film und Spielabende, SpoDert Projektpartner »Jrtturniere oder Karaoke geben. Ihr werdet auch die Möglichkeit haben die Grundlagen der Sprache des Nachbarn auf spielerische Art zu lernen.

Eine Rückbegegnung in Wroclaw (Polen) ist in Planung.

Wenn du also schon immer andere Leute aus Deutschland und Polen kennen lernen wolltest und dich mit ihnen über die historischen Themen austauschen wolltest, bist du bei uns genau richtig!

Auf dem Programm stehen unter anderem:

- Besuch im KZ Ravensbrück,
- Fahrt nach Berlin mit Besichtigung der Stadt, Besuch des Jüdischen Museums, des Holocaust Mahnmals und/oder der Synagoge;
- Workshops und Diskussionsrunden;
- Filmabende;
- Gemeinsame Freizeitgestaltung: Karaoke, Sportturniere (Billard, Tischtennis, Fußball, Volleyball etc), Spielabende; Interkultureller Abend; Kennenlernen der Grundlagen der polnischen Sprache auf spielerische Art;
- Und noch Vieles mehr!!!

Das Projekt beginnt am Sonntag, 12.07.09 um 14.00 Uhr und endet am Samstag, 18.07.09 um 13.00 Uhr.

Was soll ich mitbringen?

- 80 Euro Teilnahmegebühr
- Handtücher / Waschzeug
- Bettwäsche (Kissen-, Bettbezug, Laken) oder 4 Euro Leihgebühr
- bequeme Kleidung, Sport- und Hausschuhe
- Taschengeld

Wie melde ich mich an?

Schicke bitte das Anmeldeformular und den Elternfragebogen (für minderjährige) an die Adresse der Jugendbildungsstätte.

**Der Projektpartner “Jugendgruppe VVN-BdA Freiberg” erstellt seit Jahren Dokumentationen zu Gedenkstättenfahrten von VVN-BdA.**

**Sowohl die Gedenkstättenfahrten als auch die Dokumentationen dazu werden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.**

**Eine Studien- und Gedenkstättenreise Rzeszów, Lwiw,  
Belzec, Łańcut und Kraków**



*„Auf den Spuren des Holocaust in Galizien“*



Dokumentation erstellt von der  
VVN-BDA Jugendgruppe Freiberg

Gefördert durch die  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

**rls**

## **AutorInnen/HerausgeberInnen der Reihe „Geschichte für die Zukunft“**

BRÄU, RAMONA

Jg. 1981; 2000-2007 Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Universität Wrocław; Abschlußarbeit zum Thema "Arisierung in Breslau"; wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Regionalgeschichte Prof. John; Stipendiatin an der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung; seit 2008 Volontärin an der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora.

BÜHRING, SIBILLE

Jg. 1952; 1967-1971 Besuch der Spezialoberschule zur Vorbereitung auf das Russischlehrerstudium in Wickersdorf /Thüringen; 1971-1975 Studium an der pädagogischen Hochschule Dresden, Fachrichtung Russisch/Geschichte mit Auslandssemestern; 1973-1974 an der Universität Woronesh/ UdSSR; anschließend bis 1977 "Drushba-Trasse" als Dolmetscherin und FDJ-Sekretärin in Tscherkassy/Ukraine; 1978-1981 Mitarbeiterin im Zentralrat der FDJ, verantwortlich für die "Drushba-Trasse"; 1981-1982 Mitarbeiterin im Kombinat "Schwarze Pumpe", Lehrerin der Sprachlehrgänge für Mocambique; 1982-1984 Leiterin des Kultur- und Sozialzentrums der "Carbomoc" in Moatize/ VR Mocambique; ab 1986 Lehrerin an der 29. POS Marzahn, dann 2. Gesamtschule bis 2005; seitdem Lehrerin am OSZ Handel I in Kreuzberg für die Fächer Wirtschafts- und Sozialkunde und Kommunikation; seit 2001 Mitglied des "Eltern-Lehrer-Netzwerkes gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Gewalt Marzahn/Hellersdorf" und Begleiterin des Schülernetzwerkes "MuT" (für Menschlichkeit und Toleranz) Marzahn/Hellersdorf; seit 1995 enge Zusammenarbeit mit Fred Löwenberg. Er kam jährlich einmal in die 10. Klassen und sprach mit den Schülerinnen und Schülern. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Netzwerke führen wir jährlich Gedenkstättenfahrten nach Ravensbrück und Auschwitz durch.

DOMASCHKE, CORNELIA

Jg. 1953; 1960-1970 Polytechnische Oberschule; 1970-1973 Berufsausbildung mit Abitur (Baufacharbeiter); 1973-1977 Studium der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin mit Abschluss als Diplomhistorikerin; 1978/79 Länderreferentin für Polen an der Liga für Völkerfreundschaft; 1979-1990 Akademie für Gesellschaftswissenschaften/Institut für Internationale Arbeiterbewegung als Assistentin, Aspirantin, wiss. Oberassistentin; 1984 Promotion zur Zeitgeschichte Albaniens und zu sozialstrukturellen Entwicklungen des Landes im 20. Jh.; danach Forschungen zu regionalen Entwicklungsproblemen in Osteuropa; 1990-2000: Ehrenamt und ABM bei Gesellschaftsanalyse und politische

Bildung e.V. / RLS zu Transformationsprozessen, nationalen Konflikten in Osteuropa, insbesondere Balkan, und Migrationsprozessen nach Westeuropa; seit 2000: Arbeitsgebiet „Biografisch-historisches Lernen“ im Bereich/ in der Akademie für politische Bildung der RLS.

FINK, HEINRICH

Jg.1935 in Bessarabien, durch Umsiedlung 1940 („Heim ins Reich“); dann über Jugoslawien, Tschechien und Polen 1945 durch Flucht nach Brandenburg; 1946 Einschulung; dann Erweiterte Oberschule; Abitur; 1954 Theologie-Studium in Berlin; 1960 Vikariat in Halle; seit September 1961 Wissenschaftlicher Assistent an der Theologischen Fakultät in Berlin; 1965 Promotion; danach Habilitation; 1969 Berufung zum Dozenten; 1979 Berufung zum ordentlichen Professor; 1991 Wahl zum Rektor der Humboldt-Universität Berlin; seit 1990 aktiv im Bund der Antifaschisten und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes; 1998 bis 2002 Abgeordneter im Deutschen Bundestag;

Publikationen: Zur Bekennenden Kirche (Dietrich Bonhoeffer, Karl Barth); Zum erneuerten Verhältnis von Juden und Christen; Zu Wurzeln des Antijudaismus und Antisemitismus; und zu Biografien zum Widerstand in der Zeit des Faschismus.

FUCHS-FROTSCHER, DANIELA

Jg. 1954; Geschichtsstudium in Wroclaw (Polen); 1977 Abschluss als Diplom-Historikerin (Magister); 1984 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin; Arbeitsgebiete: Polnische Geschichte und Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen; Siehe: [www.daniela-fuchs.de](http://www.daniela-fuchs.de)

KROCH, ERNESTO

Jg. 1917 in Breslau; als Jugendlicher im deutsch-jüdischen Jugendbund „Kameraden“ und späterer Wechsel zur Jugendorganisation der KPO; Ende 1934: Verhaftung durch die Gestapo, nach eineinhalbjähriger Haft folgte ein halbjähriger Aufenthalt im KZ Lichtenburg; nach der Entlassung mit Auflagen: 1937 Emigration über Jugoslawien nach Uruguay, dort Fortsetzung der politischen Tätigkeit; während der Militärdiktatur 1973-1984 politische Tätigkeit im Untergrund; 1982 erneute Flucht und Exil in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Sturz der Junta; seit 1985 wieder in Montevideo zuhause und nach wie vor in sozialen Basisorganisationen und im Umfeld des Linksbündnisses Frente Amplio aktiv, umfangreiche Zeitzeugentätigkeit in Deutschland in Zusammenarbeit mit der RLS; insbesondere auch in der historisch-politischen Jugendbildung; Autobiographie: Heimat im Exil – Exil in der Heimat.

LEDER, GÜNTER

Jg. 1936 in Arnsdorf, Kreis Strehlen; September 1947: Ausweisung aus dem nun polnisch besiedelten Heimatort; Zimmermannslehre in Sachsen und Besuch der

Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Leipzig; Studium der Pädagogik sowie Studium für Planung und Leitung des Volksbildungswesens, Abschlüsse als Fachlehrer; als Diplompädagoge sowie Promotion in der Erziehungstheorie, Tätigkeiten als Lehrer; als Direktor einer Oberschule, als stellvertretender Bezirksschulrat des Bezirkes Schwerin und zuletzt als Leiter einer methodischen Abteilung in Berlin, begleitet von einer diversen Anzahl von ehrenamtlicher politischer sowie publizistischer Arbeit.

LÖWENBERG, MARTIN

Jg. 1925 in Breslau; jüngerer Bruder von Fred Löwenberg; wie sein Bruder NS-Verfolgter und Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand; 1944 inhaftiert und ins KZ Flossenbürg in Bayern und später nach Longwy/Villerupt, Lothringen und anschließend in das KZ Leitmeritz (Litomerice, Außenlager des KZ Flossenbürg in Tschechien) verschleppt; am 7. Mai 1945 von der Roten Armee befreit; er ist Gründungsmitglied der VVN und des FDGB; trat 1945 der bayrischen SPD bei, aus der er wegen seiner VVN-Mitgliedschaft und seinem Engagement in der „Sozialistischen Aktion“ wieder hinausgeworfen und 1954 sogar zu zehn Monaten Einzelhaft im Münchner Gefängnis Stadelheim verurteilt wurde, dennoch bleibt er antifaschistisch und gewerkschaftlich aktiv, trat in den 1980er Jahren in die Partei der Grünen ein, die er in den 1990ern aber wieder verließ; 2004 wurde er mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille geehrt.

MOUNAJED, RENÉ

Jg. 1976; 1997-2004 Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Freien Universität Berlin (Erstes Staatsexamen); 1999-2002 Freier Mitarbeiter der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück; 2005-2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Didaktik der Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen. Seit 2006 Mitglied im Vorstand des Vereins Lagergemeinschaft und KZ-Gedenkstätte Moringen e. V.; 2008 Promotion an der Universität Göttingen zum „Lernpotential von Geschichtscomics im Unterricht“; langjähriges Mitglied der AG „Geschichte für die Zukunft“ der RLS und Mitinitiator dieser Publikations-Reihe, seit 2008 Studienreferendar in Niedersachsen.

Veröffentlichungen (in Auswahl): Außerschulisches Lernen an KZ-Gedenkstätten. In: GWU 58 (2007) H. 3, S. 187-194. Menschenrechtserziehung in KZ-Gedenkstätten als Upgrade? In: KZ-Verbrechen. Beiträge zur Geschichte der Konzentrationslager und ihrer Erinnerung, hrsg. von Wojciech Lenarczyk u. a., Berlin 2007, S. 205-212. Pilotprojekt Comicwerkstatt: SchülerInnen entwickeln selbst Geschichts-Comics. In: Dokumente (2008) H. 25, S. 5-11. Geschichte in Sequenzen. Über den Einsatz von Geschichtscomics im Geschichtsunterricht, Frankfurt/Main 2009.

SCHMOHL, DANIELA

Jg. 1976; 1995-2005 Studium an der Universität Leipzig und an der Universität Wrocław; Abschlußarbeit "Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945. Ein Vergleich zwischen Chemnitz und Eisleben"; 2005-2006 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Medienpädagogik der Universität Leipzig; seit 2006 in der historisch-politischen Bildungsarbeit aktiv, Themenschwerpunkte: Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Nationalismus und Rassismus sowie Gedenkstättenarbeit; zur Zeit Arbeit an einer Dissertation zum Thema: "Das sozialistische Milieu Breslaus im Umbruch. Kontinuitäten und Veränderungen während der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus" bei Prof. John, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

SCHULZE, EKKEHARD

Jg. 1934 in Lauban; Abitur 1953, Studium der Rechtswissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig 1953-57; Justitiarassistent in der Industrie, anschließend vorwiegend tätig als Justitiar von Kombinat in verschiedenen Industriezweigen.

WEHNER, GÜNTER

Jg. 1932; wohnhaft in Berlin; Historiker; Studium der Geschichte und Germanistik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; 1978 Promotion; 1964-1970 Fachlehrer an der H.-Heine-Schule Hennigsdorf, 1970-1980 wiss. Oberassistent am Museum für Deutsche Geschichte, 1980-1985 wiss. Mitarbeiter an der Akademie für Landwirtschaftswiss. der DDR, bis 1992 Leiter des Traditionskabinetts „Antifaschistischer Widerstandskampf“ in Berlin-Prenzlauer Berg; Forschungsschwerpunkt: Probleme der Neusten und Zeitgeschichte, seit 1962 speziell zum Widerstand gegen das NS-Regime.

Publikationen: Kataloge zu den Ausstellungen Zum gemeinsamen Kampf bulgarischer, sowjetischer, jugoslawischer, polnischer und deutscher Antifaschisten Berlin 1972, 1973 und 1975, Autor des ständigen Zeitabschnitts 1941-1945 im Museum für Deutsche Geschichte Berlin, Mithrsg: Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945 – Ein biographisches Lexikon in 12 Bänden Berlin 2002 bis 2005; Autor Bd. 3.

WOINAR, KLAUS

Jg. 1957; Beruf: Hochschulingenieurökonom; Mitglied in der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung und im Sachsenhausenkomitee in der BRD

Bisherige Forschungen und Veröffentlichungen zum KZ Börnicke / Osthavelland (1933), KZ Außenlager Falkensee (1943 -1945).

ZIMMERMANN, BURKHARD

Jg. 1950; Diplom-Politologe; Geschäftsführer Kinderring Berlin e.V.

Schwerpunkt: Politische Bildungsarbeit, Gedenkstättenarbeit, Geschichte der Arbeiterbewegung; Zeltlager seit 1980 und Gedenkstättenfahrten seit 1987 (Frühjahr 2009 war seine hundertste Auschwitz-Fahrt mit je 30-60 Jugendlichen); SPD-Ortsvereinsvorsitzender Berlin Dahlem seit 25 Jahren, Landesparteitagsdelegierter; Vorstand Forum DL21, das ist die SPD-Bundes-Linke.



